



Universität Potsdam



Christoph Raiser

Kompromisse im Europäischen Parlament

Eine kultursoziologische Untersuchung
von Einigungsprozessen in einer
supranationalen Institution

Universitätsverlag Potsdam

Kompromisse im Europäischen Parlament

Christoph Raiser

Kompromisse im Europäischen Parlament

Eine kultursoziologische Untersuchung von
Einigungsprozessen in einer supranationalen Institution

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2014

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: 2292

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2012

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:

Namensnennung - Keine kommerzielle Nutzung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland

Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

Umschlagbild: ©European Union 2008 - European Parliament

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der
Universität Potsdam:

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2014/6956/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-69560>

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-69560>

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam:

ISBN 978-3-86956-283-4

VORWORT UND DANKSAGUNG

Im Mai 2014 werden zum achten Mal seit 1979 direkte Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Die Wahrscheinlichkeit, dass das öffentliche Interesse an diesen Wahlen höher sein wird als bei den vorherigen Wahlen im Jahr 2009 – mit einer Wahlbeteiligung von gerade einmal 43 % – ist recht hoch. Das hat zwei Gründe. Erstens hat das sich Parlament im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Mitspracherechte erkämpft, wodurch es heute in fast allen Bereichen der Gemeinschaftlichen Politik auf gleicher gesetzgeberischer Stufe steht wie der Rat der Europäischen Union. Vor allem aber stehen die Europäischen Institutionen heute viel stärker im öffentlichen Fokus als vor dem Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise.

Dies ist Anlass genug, die Entscheidungsprozesse in diesem mächtigen europäischen Haus zu untersuchen und so einen Beitrag zur sachlichen Debatte über Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Parlamentsarbeit zu leisten. Die Frage, warum eine politische Institution wie das Europäische Parlament (EP) Entscheidungen fällt, klingt dabei zunächst trivial. Schließlich sind politische Institutionen, zumal repräsentative, doch genau dazu da: Entscheidungen für die Allgemeinheit zu treffen. Aber damit ist noch nichts darüber gesagt, warum Entscheidungen in einer bestimmten Art und Weise gefällt werden. Denn politische Institutionen sind letztlich genauso uneinheitlich wie die Gesellschaften, für die sie arbeiten oder die sie repräsentieren. Das gilt für lokale, regionale und nationale Institutionen genauso wie für supranationale. Im letzteren Fall allerdings wird die Frage nach dem Zustandekommen von politischen Entscheidungen umso spannender, weil hier davon ausgegangen werden muss, dass Akteure aufeinander treffen, die aus unterschiedlichen politischen Systemen und Traditionen kommen. Deshalb ist es keineswegs evident, dass Mitglieder von supranationalen Institutionen politische Probleme auf dieselbe Art und Weise interpretieren, geschweige denn lösen wollen.

Aus diesem Blickwinkel ist das Europäische Parlament eine besonders interessante Institution, da es aus Abgeordneten zusammengesetzt ist, die aus inzwischen 28 Mitgliedsstaaten kommen

und auf den ersten Blick nur wenig gemeinsam haben. Trotzdem fällt es inzwischen Entscheidungen mit teils weitreichenden Konsequenzen für über 500 Millionen Menschen in der EU. Angesichts dieser Voraussetzungen ist die Frage umso berechtigter, wie Entscheidungen des EP zustande kommen und wie sie erklärt werden können.

Dies ist das zentrale Anliegen der folgenden Arbeit und sie reiht sich damit, einige Monate vor den 8. Direktwahlen zum Europäischen Parlament, in eine wachsende Anzahl von Forschungsarbeiten zum EP ein. Dennoch hat sie einen eigenen Zugang zum Thema, indem sie vor allem auf kultursoziologischen Theorien aufbaut, um Entscheidungen zu erklären. Das hat drei Gründe: Zum ersten wird hier *inhaltlich* der Standpunkt vertreten, dass politische Entscheidungen maßgeblich davon abhängen, wie die beteiligten Akteure politische Probleme bewerten und auf welcher interpretatorischen Grundlage sie sich Verhandlungsstrategien zurecht legen. Damit will diese Arbeit auch einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion um kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union zu versachlichen. Denn, wie sich in den Fallstudien zeigt, spielt die nationale Herkunft bei der Bewertung politischer Probleme höchstens eine untergeordnete Rolle. Von wesentlich größerem Gewicht ist, welcher politischen Fraktion Abgeordnete angehören, wie politische Positionen begründet werden und wie die beteiligten Abgeordneten den Verhandlungsprozess und das Handeln ihrer Verhandlungspartner einschätzen. Kultur ist dann weniger ein Merkmal von Territorialgemeinschaften, sondern vielmehr ein sinnstiftendes Element sozialer Handlung, das sinnvolle Kompromisse auch zwischen Abgeordneten unterschiedlicher Herkunft ermöglicht. Diese Einsicht wird durch die Einbettung in den Kontext soziologischer Handlungstheorien untermauert.

Zum zweiten ist diese Arbeit auch eine logische Konsequenz meiner Ausbildung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und meiner Dissertation an der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS). Diese interdisziplinäre Schule hat die soziologische Auseinandersetzung mit politikwissenschaftlichen Themen genauso gefördert wie umgekehrt, wofür ich ihr dankbar bin. Zum dritten aber ist die Entscheidung für diese Perspektive auch den intensiven Diskussionen mit meinem Betreuer Prof. Dr. Klaus Eder zu verdanken, der wie nur wenige andere ein Gespür dafür hat, wie eng soziale und politische

Prozesse miteinander zusammenhängen und wie bereichernd es ist, politische Prozesse mit soziologischem Theoriewerkzeug zu betrachten.

Nicht umsonst gilt Klaus Eder meine erste Danksagung, da er es verstanden hat, mich zur Auseinandersetzung mit soziologischer Theorie und mit spannenden methodischen Zugängen herauszufordern und mir genauso wie vielen Anderen neue wie ertragreichere Wege in der Forschung aufgezeigt hat. Ebenso möchte ich meinem Zweitbetreuer Prof. Dr. Jürgen Mackert danken, der in meiner Ausbildung maßgeblich dafür verantwortlich war, dass ich für die Soziologie Feuer gefangen habe und die theoretische Ausrichtung dieser Arbeit besonders gefördert hat. Beiden Betreuern gilt auch mein zusätzlicher Dank für die Möglichkeit, an der Humboldt-Universität und der Universität Potsdam unterrichten zu dürfen. Die Konfrontation mit Studierenden war einer der besten Stimuli für diese Arbeit, insbesondere in den beiden Grundkursen für Soziologische Theorie in den Wintersemestern 2010/11 und 2011/12. Besonders wichtig waren aber auch die theoretischen und methodologischen Diskussionen mit anderen Mitgliedern der BGSS, vor allem mit meinen langjährigen Bürokollegen Eddie Hartmann, Stefan Solleder und Marcus Engler, aber auch mit Anne Krüger, Sören Carlson, Priska Daphi, Vincenz Leuschner, Andreas Schäfer, Petra Ahrens, Bettina Wagner und Claudia Huber. Ihnen allen danke ich für offene und konstruktive Kritik, wenn einmal mehr eine Sackgasse in der Arbeit drohte.

Ohne die BGSS wäre diese Zusammenarbeit nicht möglich gewesen, darüber hinaus hat die BGSS enorm wichtige logistische und finanzielle Unterstützung geleistet, daher möchte ich auch der Schule selbst und vor allem ihrer Geschäftsstelle in den Personen von Martin Nagelschmidt, Sonja Großmann, Kathrin Bauer und Thomas Wosnitza danken. Ebenso herzlich danke ich auch dem Evangelischen Studienwerk Villigst, das die Arbeit durch ein Stipendium ermöglicht hat und mir außerdem wertvolle ideelle Unterstützung hat zukommen lassen. Auch dem Team von *planpolitik* gilt mein herzlicher Dank, weil ich durch die gemeinsame Arbeit an politischen Planspielen enorm viel über politische Verhandlungen gelernt habe. Ein besonderer Dank geht außerdem auch an den Universitätsverlag Potsdam, der diese Arbeit im Gegensatz zur gängigen Praxis als Buch *und* als Open-Access-Dokument im Internet veröffentlicht. Und schließlich bin ich natürlich den insgesamt

34 Abgeordneten des 6. Europäischen Parlaments, die meine Interviewanfragen positiv beantwortet haben, zu tiefem Dank verpflichtet, weil sie mir mit ihren Berichten von Konflikten, Verhandlungen und Kompromissen die unersetzliche Grundlage für diese Arbeit lieferten.

In unterschiedlichen Phasen haben außerdem viele Menschen die Arbeit durch praktische und seelische Hilfen vorangebracht. Für wunderbare Gastfreundschaft in Brüssel danke ich Donatella Rostagno und Renato del Priore ebenso wie Eva und Jakob von Weizsäcker, für sprachliche Hilfen bei der Transkription der Interviews danke ich Silvia Rostagno, Enrico Baldissara, Ariane Josin und Keith Duncan sowie für unschätzbare Korrekturlesen des Ganzen (!) Carolin de West, Christiane Weihe, Björn Schürmann, Felix Will und Antje Schmücker. Bartosz Penczek hat mit Engelsgeduld meine Probleme mit Rechnern und \LaTeX behoben und mir in allen Phasen des Projekts beigestanden, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Meinen Eltern Elisabeth und Konrad gilt ebenso besonderer Dank wie meinen Brüdern Ulrich, Simon und Martin für ihre andauernde Unterstützung eines Projekts, dessen Ziel sie wahrscheinlich nicht immer genau gesehen haben. Vor allem aber möchte ich Antje und Martha Schmücker für schier endlose Geduld, drei Sonnen und eine besondere Gabe der Motivation danken. Dafür möchte ich ihnen diese Arbeit widmen.

Berlin, Januar 2014

INHALTSVERZEICHNIS

1	KOMPROMISSE ALS RÄTSEL	1
1.1	Warum einigt sich das Europäische Parlament? . . .	1
1.1.1	Das Puzzle der Einigungen im Europäischen Parlament	2
1.1.2	Institutionelle Bedingungen	3
1.1.3	Kultur des Kompromisses – Kompromiss der Kulturen	4
1.1.4	Macht	5
1.2	Kompromiss durch narrative Verknüpfung	8
1.2.1	Deutung als Fundament der Erklärung	8
1.2.2	Kulturelle Repertoires	9
1.2.3	Kultur als Aushandlung	9
1.2.4	Social Performance	11
1.2.5	Prozess und Relation	12
1.2.6	Narrative Grenzen und Brückenelemente . . .	13
1.2.7	Die theoretische These	15
1.2.8	Spezifität des Europäischen Parlaments . . .	17
1.3	Empirische Herangehensweise	19
1.3.1	Erwartungen an die Fallstudien	20
1.3.2	Methodische Herangehensweise – Narrative Netzwerke	21
1.4	Implikationen für die Forschung	23
1.4.1	Kultursoziologie	24
1.4.2	Europäisches Parlament	25
1.5	Überblick über die Gliederung	25
2	THEORETISCHE GRUNDLAGEN	27
2.1	Die Erklärungskraft der Kultur	27
2.1.1	Culture in action oder: Warum Kultur für Handlung wichtig ist	28
2.2	Der Handlungsbegriff der Kulturtheorien	33
2.2.1	Handlung zwischen Phänomenologie...	34
2.2.2	... und Strukturalismus	36
2.3	Kultur in der Handlung – Culture in action	40
2.3.1	Kultur als Werkzeugkasten	41
2.3.2	Bourdieu und der Praxissinn	42

2.4	Kultur in der Analyse politischer Handlung	46
2.4.1	Kultur als sinnstiftendes Element politischer Interessen	46
2.5	Der Politische als Kultureller Kompromiss	49
2.6	Performances als Handlungstheorie	52
2.6.1	Performances – Soziale Handlung als Kommunikation von Deutung	52
2.6.2	Die Vorteile des Performance-Begriffs	58
2.6.3	Das Publikum und die Bedingungen für Kommunikation	66
2.6.4	Die Bedingung des narrativen Sinns – Prozess und Relation	69
2.7	Die Veränderung narrativer Grenzen	72
2.8	Was heißt Kompromiss?	74
2.9	Die theoretische These	76
3	STATE OF THE ART: NARRATIVE EINES PARLAMENTS	83
3.1	Das Narrativ eines Parlaments	84
3.1.1	Zusammensetzung des Parlaments	89
3.2	Stand der Forschung	90
3.2.1	Institutionalismus	90
3.2.2	Soziologie: Akteure im Parlament	93
3.2.3	Kultur in Europäischen Institutionen	97
3.2.4	Performances, Skripte und Narrative in der EU-Literatur	103
4	METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN	109
4.1	Methodische Herausforderungen	109
4.1.1	Interviewmaterial als Grundlage der Analyse	110
4.2	Die Fälle und das Sample	112
4.2.1	Fallauswahl	112
4.2.2	Datenbasis	113
4.3	Analyse durch Narrative Netzwerkanalyse	114
4.3.1	Vorteile gegenüber der klassischen Inhaltsanalyse	117
4.3.2	Maße der Auswertung	119
4.4	Erwartungen an das empirische Material	126
5	REACH: KOMPROMISS DURCH ARGUMENTE	129
5.1	Die Vorgeschichte	129
5.2	Ergebnisse	135

5.2.1	Anteile der Elementeklassen	135
5.2.2	Framing des Konfliktthemas: Die Kompatibilität der Positionen	135
5.2.3	Die Externalisierung des Anderen	141
5.2.4	Performances der Verhandlung als Austausch von Argumenten	144
5.2.5	Der Kompromiss als Brückenelement	147
5.2.6	Die Bewertung des Ergebnisses	152
5.2.7	Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe	154
5.3	Zwischenfazit	158
6	DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE: ZWANG ZUM KOMPRO- MISS	161
6.1	Vorgeschichte	161
6.2	Ergebnisse	165
6.2.1	Anteile der Elementeklassen	165
6.2.2	Framing des Konfliktthemas: Der Antagonis- mus in sozio-ökonomischen Fragen	166
6.2.3	Der Andere im Parlament	169
6.2.4	Performances der Verhandlung als Eskalation des Konflikts	173
6.2.5	Das Brückenelement der Arbeitsgruppe	175
6.2.6	Das Ergebnis und seine Bewertung	180
6.2.7	Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe	183
6.3	Zwischenfazit	185
7	TDIP: DIE EINIGUNG ALS SELBSTVERPFLICHTUNG	187
7.1	Vorgeschichte	187
7.2	Ergebnisse	190
7.2.1	Anteile der Elementeklassen	190
7.2.2	Das Framing des Konfliktthemas: Menschen- rechte und Beweislast	190
7.2.3	Der Andere als moralische Abgrenzung	194
7.2.4	Die Verhandlungen als Lücke in den Geschichten	197
7.2.5	Kompromiss durch Differenzierung	198
7.2.6	Das Ergebnis und seine Bewertung	204
7.2.7	Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe	206
7.3	Zwischenfazit	207

8	VERGLEICH DER DREI FÄLLE	211
9	KULTUR ALS SCHLÜSSEL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	223
9.1	Fazit: Drei Arten von Kompromissen	223
9.1.1	Faktoren der Kompromissbildung: Das Thema und seine Inszenierung	224
9.1.2	Die theoretische These auf dem Prüfstand	227
9.1.3	Möglichkeiten und Desiderata der Generalisierung	228
9.1.4	Theoretisches Fazit: Der soziologische Mehrwert	232
9.2	Ausblick: Kultur und die Europäische Union	236
9.2.1	Kultur als Modus der Konziliation	236
9.2.2	Kompromisse im EP: Einheit in Vielfalt?	237
	LITERATURVERZEICHNIS	241
A	TECHNISCHE ANMERKUNGEN UND CODIERREGELN	267
A.1	Technische Anmerkungen	267
A.2	Codierregeln	267
B	NETZWERKE NACH FÄLLEN UND FRAKTIONEN	275
C	INTERVIEWLEITFADEN	307
D	CODEBUCH	309

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Kompromisse durch narrative Verknüpfung	80
Abbildung 2	Narrative Verknüpfungen im Fall REACH . .	149
Abbildung 3	Die Kompromisstruktur im Fall REACH . .	158
Abbildung 4	Narrative Verknüpfungen im Fall der Dienstleistungsrichtlinie	176
Abbildung 5	Die Kompromisstruktur im Fall der Dienstleistungsrichtlinie	185
Abbildung 6	Narrative Verknüpfungen im Fall des CIA-Ausschusses	199
Abbildung 7	Die Kompromisstruktur im Fall des CIA-Ausschusses	208

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Interviewpartner	115
Tabelle 2	Argumente im REACH-Fall	136
Tabelle 3	Argumente im Fall der Dienstleistungsrichtlinie	167
Tabelle 4	Argumente im Fall des CIA-Ausschusses . .	191

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EG	Europäische Gemeinschaften
MEP	Member of the European Parliament, engl. Abkürzung für Mitglied des Europäischen Parlaments
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
MEV	Mitentscheidungsverfahren
EuGH	Europäischer Gerichtshof
CoE	Council of Europe, engl. Abkürzung für den Europarat
ENVI	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit
IMCO	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
ITRE	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Industrie, Forschung und Energie
TDIP	Ehemaliger nicht-ständiger Ausschuss des Europäischen Parlaments zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen
LIBE	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

AFET	Ausschuss des Europäischen Parlaments für Auswärtige Angelegenheiten
OEIL	Legislative Observatory of the European Parliament, Datenbank zu Legislativprozessen im EP
EPP-ED	European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats, Konservative Fraktion im EP
PES	Party of European Socialists, Sozialistische und Sozialdemokratische Fraktion im EP
ALDE	Alliance of Liberals and Democrats for Europe, Liberale Fraktion im EP
GREENS/EFA	Greens/European Free Alliance, Bündnis aus Grünen und Regionalistischen Parteien im EP
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left, Linke Fraktion im EP
UEN	Union for a Europe of Nations, Nationalkonservative Fraktion im EP
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals, Kurzname für die Chemikalienverordnung
WWF	World Wide Fund for Nature, Naturschutzorganisation
CEFIC	Conseil Européen de l'Industrie Chimique, Wirtschaftsverband der europäischen Chemieindustrie
OSOR	One Substance One Registration, Kurzformel für einen Vorschlag zur Chemikalienregistrierung
DLR	Dienstleistungsrichtlinie
CIA	Central Intelligence Agency, Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten von Amerika

US(A)	Vereinigte Staaten von Amerika
AT	Österreich
DE	Deutschland
DK	Dänemark
ES	Spanien
FR	Frankreich
GB	Großbritannien
HU	Ungarn
IT	Italien
NL	Niederlande
PL	Polen
PT	Portugal
SE	Schweden
SF	Finnland
SL	Slowenien

ENGLISH SUMMARY

COMPROMISE IN THE EUROPEAN PARLIAMENT – A CULTURAL SOCIOLOGICAL APPROACH TO DECISION-MAKING PROCESSES IN A SUPRANATIONAL INSTITUTION

The argument

This study investigates processes of decision-making in the European Parliament (EP), the most powerful representative body on the supranational level. Based on the assumption that political understanding within a massively heterogeneous group is not self-evident, the main research question is why Members of the European Parliament (MEP) do agree.

Existing approaches to this question focus on institutional rules, power of single MEP or single groups and a presumed culture of compromise within the European Institutions. These approaches tend to maximise the effect of context variables upon the result of negotiations, while they ignore the process character of decision-making processes and the specific relations between actors in such a process.

The main theoretical argument then maintains that actors in negotiation processes act according to their interpretation of a given political problem, or, put in other words: actions are culturally embedded. Drawing on work by Ann Swidler (1986) on cultural repertoires, by Andreas Wimmer (1996, 2005) on cultural compromise and by Jeffrey Alexander (2004, 2006) on performances as enactment of social meaning, a model of negotiation as culture in action is developed.

Theoretical background

The position from which this book theoretically starts is that culture is at the basis of all political processes. As Marc Howard Ross puts it: "Culture orders political priorities, meaning it defines the symbolic and material objects people consider valuable and worth fighting over, the contexts in which such disputes occur, the rules (both formal and informal) by which politics takes place and who

participates in it. By doing so, culture defines interests and how they are to be pursued" (Ross 1999, 46).

Culture and interests are thus interdependent, but it is important to stress that culture is relatively autonomous (Alexander/Smith 1991) from social variables as it can be used strategically in interaction between individuals or groups. Actors have access to a range of interpretations from which they can select one interpretation appropriate for the situation they find themselves in. This is what Ann Swidler calls a cultural 'tool-kit' or cultural repertoire from which individuals can choose (Swidler 1986). Of course, the number of alternative interpretations that individuals can choose from is not unlimited. For example, individuals are constrained in their access to different interpretations by the socialization within one political system, but still within that single system there is some degree of freedom as to how to tackle political problems.

If individuals employ different interpretations of a political problem, then we can enrich the notion of compromise by the concept of cultural compromise by Andreas Wimmer (1996). Wimmer in fact points out that cultural conflict – conflict over how to understand things and phenomena – is a basic element of all societies and social groups. He proposes to view culture as "an open and instable process of the negotiation of meanings" (Wimmer 1996, 403), whose end is the preliminary closure of social groups. The participating individuals and groups need to agree upon the boundaries of the group supporting the compromise, but they don't necessarily need to share the same interpretation of a political problem. In fact, Cultural Compromise does not lead to a convergence of interpretations, it may even be ambiguous. But it gives groups and individuals of previously different opinions the possibility to connect their own position to the common result. Such a Cultural Compromise, however, is not necessarily to last for a long time – it might as well be a temporary compromise which is enough just to resolve the present conflict, but not future conflicts on the same topic.

Yet culture is not something freely floating among individuals; culture has to be expressed, either through speech or through other forms of communication. Here is where the theory of Social Performance steps in. During the process of negotiation, parliamentarians act towards and with one another, and they act meaningfully (Weber 1972 [1921], 13), that is they want to convey meaning by act-

ing in a certain way: they enact a Social Performance (Alexander 2004). Performances are the enactment of cultural scripts, which are fed by cultural background representations. These representations are structured by "codes that provide analogies and antipathies and by narratives that provide chronologies" (Alexander 2004, 530). Thus, performances can be understood as the enactment of political positions, codes and narratives. This theoretical approach permits to conceptualize parliamentary action as culturally embedded – since meaning and the communication of meaning lies at the heart of action – but also as rational at the same time – since actors can chose between a range of possible performances in order to reach a strategic goal: to convince the possible coalition partners.

In order to properly analyse parliamentary agreements, it is therefore necessary to combine both the concept of Cultural Compromise and the concept of Social Performance in a perspective of a relational social process: Actors try to convey their interpretation of a political problem by enacting cultural scripts and they observe one another doing so. Following initial performances on all sides, they react to each other, thereby building a chain of performances. As part of these performances, political actors relate to one another by re-telling and re-enacting their interpretation of the state of the negotiation process. While at the beginning of negotiation processes the performances will tend to draw symbolic boundaries between the own position and a variety of other positions, these boundaries need to be changed in order to reach an agreement. This can be done by changing the script of performances, thus recurring on different codes and/or on amended narratives of the political situation.

Compromise then is not so much the convergence between political positions, but the opportunity to connect diverging interpretations of a political problem in a non-antagonistic way. In order to do this, actors need to include bridging elements in their narratives of the negotiation process which will permit them to portray the result as being in line with their initial position. Furthermore, they need to see all participants in the compromise as legitimate partners, thereby extending their own symbolic boundaries to exclude only those groups which are not part of the compromise.

The thesis

The model is operationalized by insights from analysts of narrative structures such as Charles Tilly (2003), Peter Bearman, Karen Stovel (2000) and Tammy Smith (2007). Smith proposes the concept of bridging elements to describe the change of narrative boundaries between previously adversarial ethnic groups. This concept is adopted to the case of political conflict within a firm institutional setting to develop the following theoretical thesis:

Actors will reach a compromise in a given negotiation process if they can successfully connect their narratives of the negotiation process and can performatively communicate this connection.

The thesis is then tested in three case studies of negotiation processes within the the 6th European Parliament between 2004 and 2009: The Chemicals Regulation REACH as an example of a conflict between environmental and industrial interests in Europe, the Services Directive as an example for a conflict in the field of social policy and labour relations, and finally the case of the CIA-Committee, a special committee founded to investigate allegations of Human Rights violations in the fight against terrorism against European governments and indirectly also against the US secret service. This last committee serves as an example for a conflict between Human Rights considerations and Foreign Policy perspectives.

Data and analysis

For all three case studies about ten members of the responsible committees from different party groups were interviewed with the aim of collecting the *highest possible* variety of stories about a given negotiation process. These interviews were then transcribed and divided into epistemic elements, which were in turn categorized and coded. The main methodological innovation of the study is then to apply the method of Narrative Networks (Bearman/Stovel 2000, Smith 2007) to the interview material. Thereby the epistemic elements are connected to one another on the basis of chronological or logical connections. Thus, the interviews can be transformed into networks of meaningful elements which offer the opportunity for a qualitative network analysis and above all can help identify

bridging elements between otherwise diverging stories – the starting point for the analysis of compromise.

The analysis permits the identification of three different types of compromise which depend on the topic and the performances by actors during the process. The case of REACH presents a *substantial compromise* by bargaining numbers and percentages between an environmental and an industrial position. This is possible because the subject of negotiation is a dividable good (Hirschman 1994) and is framed and performed as such by the participating actors. The stories told by actors can be connected by the bridging element of the compromise itself. This means that all actors principally maintain their initial interpretation of the problem, on either side of the divide, but accept each other's position as legitimate. Accordingly, narrative boundaries which denominate the inside and the outside of the social group supporting and performing the compromise, are drawn primarily between the EP and external actors such as lobbyists or the European Commission.

The case of the Services Directive on the other hand represents an example for an *institutional compromise*. The topic of the conflict is contested as an undividable good since both sides on the divide recur on principal justifications for their positions. While one side is arguing for free markets, the other is claiming the preservice of social justice in Europe. The conflict cannot be resolved by bargaining tit-for-tat and is about to escalate after yet another voting disagreement between the principle negotiators. The solution is found by transferring the negotiations into a separated arena, a working group, which is regarded by all as a legitimate means for resolving conflict. The result of the working group is a compromise which renames controversial issues and defers others to future negotiations. This does not resolve the underlying issue, the narrative boundaries are drawn across the assembly and in some case across the own political groups even after the end of negotiations. But the compromise permits temporarily pacifying the Parliament for the sake of taking a decision at all – a failure for many of the participating MEPs would have meant a loss of credibility for the EP. The bridging element between the diverging stories is in fact the justification of the working group as institutionally necessary, not the compromise itself.

The case of the CIA committee presents yet another type, where the majority does not have to be crafted throughout the process

but basically follows the same composition from the start of negotiations. Given that the defence of Human Rights is one of the defining narratives of the European Parliament, a majority of MEPs support the work of the investigation committee and refer to the necessity to defend European citizen's rights. Only a small minority views the committee's work as an expression of ideological prejudices against the US. However, the majority is not united in its interpretation of either the evidence the committee finds or the evolution of the negotiation process. While on one side of the divide MEPs claim that the evidence is enough to condemn member state governments for the abuse of Citizens' Rights, the MEPs on the other side don't see the same evidence as sufficient. The compromise is found by re-formulating certain accusations according to the wishes of the cautious group. Although both groups within the majority accuse each other of either being too radical or too cautious and thus draw narrative boundaries between each other, the composition of the group is never challenged. This is mainly due to the large consensus on the EP's role in protecting citizens' rights and on the need to act accordingly. Thus, the case of the CIA committee is an example for a *compromise in spite of consensus*.

Conclusion

Concluding, the study presents three main findings: 1) the results show that compromises can take very different shape according to the topic and the way this topic is enacted in actors' performances. The cases of REACH and the Services Directive show how the different cultural background representations on which actors built their scripts for performances render compromise more or less complicated. Still, the cases also show that actors have a(n albeit limited) choice between different scripts, which highlights the validity of the concept of social performance for the analysis of political processes. It follows that, 2) a cultural sociological approach to political phenomena yields new insights into political decision-making, since it focusses on the cultural embeddedness of social and political action as well as on the process character of political negotiation. More importantly, however, it makes clear that the understanding of culture as an attribute of a specific social group cannot be supported. Cultural variation is a defining feature of all groups and societies. Therefore, political negotiation always in-

cludes the negotiation of meanings and cultural sociology provides the means for analysis. 3) The study of European Institutions and mainly of the European Parliament needs to be complemented by a perspective on culture as a tool-kit for action. Since members of the EP need to build each majority anew, the analysis of parliamentary action is central to the understanding of the institution itself. Given the cultural embeddedness of action, the cultural sociological approach provides an appropriate complement to the existing focus on institutional rules and power.

KOMPROMISSE ALS RÄTSEL

1.1 WARUM EINIGT SICH DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?

„Parliament’s first pursuit of power came with the 1979–80 struggle over the budget, a classic pursuit of power of the purse in Anglo-Saxon tradition. It was a joy to watch Robert Jackson collaborating with Altiero Spinelli in a fruitful amalgam of British Conservative and Italian Communist traditions. The rejection of the first budget of the new parliament was more than just good theatre. It was sensible choice of parliamentary tactic which led to the joint exercise of budgetary power that we now take for granted in the Union“ (Tom Spencer (MEP 1979–84 & 1989–99) 2003, 79).

In seiner rund 50-jährigen Geschichte hat das Europäische Parlament (EP) – die parlamentarische Repräsentationskörperschaft der Europäischen Union (EU) – eine beachtliche Entwicklung vollzogen. Während es in seinen Anfängen eine rein konsultative Versammlung von Delegationen der nationalen Parlamente der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) war, ist es heute die weltweit einflussreichste transnationale parlamentarische Vertretung mit gleichberechtigten legislativen Kompetenzen in vielen Bereichen der gemeinschaftlichen Politik der EU. In den Worten von Corbett et al. entwickelte sich das EP von einem „Feigenblatt“ der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften zum Mitgesetzgeber (Corbett et al., 2005, 3 f.) der EU. Herausragende Etappen in diesem historischen Prozess waren vor allem die ersten direkten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 und die Einführung des so genannten Mitentscheidungsverfahrens durch den Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 (ebd., vgl. ebenso Judge/Earnshaw 2003, Kap. 2), wodurch sich das Parlament in einigen Gebieten europäischer Gesetzgebung zum gleichberechtigten Gesetzgeber mit dem Europäischen Rat entwickelte.

Mit zunehmenden gesetzgeberischen Kompetenzen wurde das EP auch für die sozialwissenschaftliche Forschung attraktiv. Dabei wurden etwa in Bezug auf die institutionelle Ebene Fragen danach

gestellt, welche Konfliktlinien sich im EP herauskristallisieren (vgl. dazu exemplarisch Hix/Noury/Kreppel 2003 und Viviani 2009) oder warum das EP mehr und mehr Mitspracherechte erhalten hat (vgl. etwa Costa/Magnette 2003, Goetze/Rittberger 2010). Auf der Individualebene beschäftigten sich unterschiedliche Arbeiten mit der sozialen Repräsentation der europäischen Bevölkerung im Parlament (Norris 1999, Judge/Earnshaw 2003), mit Repräsentationsfoki und Rollenorientierungen von Mitgliedern des EP (MEP)¹ (Wessels 1999, Katz 1999) oder mit der These einer pro-europäischen Sozialisierung der Abgeordneten im EP (Scully 2005).

1.1.1 *Das Puzzle der Einigungen im Europäischen Parlament*

Bislang nur wenig explizit formuliert wurde die Frage, wie und warum es im EP überhaupt zu Einigungen kommt. Zwar gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Arbeiten zur Kohäsion der Fraktionen im Parlament (etwa Kreppel 2002, Viviani 2009, McElroy/Benoit 2012) und zur Frage, welche Bedingungen Einigung fördern (vgl. für einen Überblick Hix et al. 1999, ebenso Hix et al. 2007, Settembri/Neuhold 2009, Rose/Borz 2011, Costello 2011, Scully et al. 2012, Ripoll Servent 2013), jedoch bleibt der soziale Mechanismus, der Einigungen zugrunde liegt, bislang unklar. In diese Lücke möchte die vorliegende Arbeit treten, indem anhand von drei konkreten Konfliktfällen der sechsten Wahlperiode des EP zwischen 2004 und 2009 untersucht wird, wie die beteiligten Akteure Einigungen erleben, deuten und rekonstruieren.

Die Frage ist aus zwei Gründen besonders spannend: Erstens ist allein die Organisation der alltäglichen Arbeit des EP eine große organisatorische Herausforderung. Ein kurzer Blick auf die Zahlen mag als Illustration genügen: Im Jahr 2008, als die empirische Untersuchung zu dieser Arbeit begann, hatte das EP 785 Mitglieder, die aus den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kamen und von 141 unterschiedlichen nationalen Parteien als Kandidaten zum EP aufgestellt worden waren. Die allermeisten der 141 Parteien organisierten sich im EP in sieben unterschiedlichen Fraktionen, 31 Abgeordnete waren unabhängig. Insgesamt werden im EP seit dem Beitritt Kroatiens 24 unterschiedliche Sprachen gebraucht, da

¹ In dieser Arbeit wird entgegen der deutschsprachigen Tradition nicht die Abkürzung MdEP (Mitglied des Europäischen Parlaments) verwendet, sondern die international gebräuchlichere Formel MEP (Member of the European Parliament).

alle offiziellen Amtssprachen der EU auch als Arbeitssprache im EP gesprochen werden dürfen. Darüber hinaus hat das EP je einen Arbeitssitz in Straßburg und Brüssel, wobei die Abgeordneten pro Monat durchschnittlich vier Tage in Straßburg, etwa zwei Wochen in Brüssel und die restlichen Tage in ihren Wahlkreisen verbringen. Da das EP (noch) nicht für die Wahl der Exekutive in der Europäischen Union zuständig ist, gibt es zwischen den einzelnen Fraktionen des EP auch keine klare Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen.² Kurzum: Das EP ist gegenüber nationalen Parlamenten außerordentlich komplex. Zweitens zeichnet sich das EP durch wechselnde, issue-spezifische Mehrheiten (vgl. Judge/Earnshaw 2003, Viviani 2009, Corbett et al. 2005) aus. Es gibt also keine festen Bündnisse, die durch den Druck, die Regierung unterstützen zu müssen, zusammengehalten werden (Costa 2001). Auch dadurch rückt die Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen für Einigungen umso mehr in den Vordergrund.

1.1.2 *Institutionelle Bedingungen*

Aus der bisher existierenden Literatur zum EP lassen sich jedoch unterschiedliche Antwortmöglichkeiten ableiten, die auf drei Faktoren zielen: institutionelle Bedingungen, Kultur und schließlich Macht, wobei der erste Faktor bei weitem am häufigsten genannt wird. Eine ganze Reihe von politikwissenschaftlichen Autoren stellt heraus, dass in den meisten Fällen absolute Mehrheiten im EP verlangt werden, die nur durch Koalitionsbildung erreicht werden können, weil keine Fraktion und keine nationale Delegation allein in der Lage ist, diese Grenze zu erreichen (vgl. etwa Corbett et al. 2005, Hix/Lord 1997, Hix et al. 1999, Kreppel 2002, Judge/Earnshaw 2003, Costa 2001). Absolute oder größere Mehrheiten werden, so die Argumentation weiter, ebenso benötigt, um gegenüber anderen Institutionen, vor allem dem Rat der Europäischen Union und

² Offiziell darf das EP die Kommission laut Artikel 17 des EU-Vertrags lediglich in ihrer Gesamtheit bestätigen oder ablehnen (Art. 17, EU-Vertrag). Selbst wenn die Fraktionen im EP Spitzenkandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten nominieren – was zur Wahl 2014 diskutiert wird und ohne Zweifel ein Schritt zum Abbau des viel diskutierten Demokratiedefizits wäre – so ist dies lediglich eine informelle Maßnahme und wird nicht viel daran ändern, dass das EP keine Regierungs- oder Oppositionsfraktionen im klassischen Sinn kennt.

der Europäischen Kommission, in einer überzeugenderen Verhandlungsposition zu sein.

Das Argument der institutionellen Bedingungen ist aus institutionalistischer Perspektive logisch und überzeugend, jedoch bleibt unklar, wie der Prozess der Einigung tatsächlich vonstatten geht und welche Positionen im Verlauf eines Konflikts aufgebaut und wieder verlassen werden.³ Darüber hinaus ergibt sich auch ein weiteres Problem, denn mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit institutioneller Geschlossenheit gegenüber den anderen EU-Institutionen wird bereits eine Annahme über eben diese institutionelle Geschlossenheit gemacht, ohne sie zu spezifizieren: Sehen alle Abgeordneten die institutionelle Konstellation gleich? Sind alle Abgeordneten für eine generelle Stärkung des EP gegenüber dem Rat und der Kommission? Tatsächlich, wie Scully und Farrell (2003, 280) feststellen, befürworten die allermeisten MEP eine Stärkung der Rolle des Parlaments im Europäischen Gesetzgebungsprozess (vgl. ebenso Costa/Magnette 2003), jedoch wird dadurch immer noch nicht klar, wie diese Einstellung sich auf die Handlungen im Verlauf des Konfliktprozesses auswirkt und ob sie letztendlich entscheidend für Abstimmungsverhalten ist. Das Argument der institutionellen Anreize (Lord gebraucht das Wort „incentive“) klärt letztlich nur die Rahmenbedingungen, die eine Einigung, einen Kompromiss oder sogar einen Konsens erleichtern. Wie er zustande kommt, klärt es nicht.

1.1.3 *Kultur des Kompromisses – Kompromiss der Kulturen*

Ein zweiter Argumentationsstrang kommt hingegen aus der inzwischen recht reichhaltigen anthropologischen Literatur zur Europäischen Integration, wobei hier vor allem die Arbeiten von Marc Abélès und Irène Bellier zu nennen sind. Dabei wird die These aufgestellt, dass in den Europäischen Institutionen eine Kultur des Kompromisses etabliert worden sei, die gleichsam mit sich einen Kompromiss der Kulturen ziehen würde (vgl. Abélès/Bellier 1995, Abélès 2000, Bellier 2000). Demnach sei für eine Verständigung zwischen den Individuen unterschiedlicher kultureller Herkunft eine Flexibilität der Individuen nötig, die dazu führe, dass ein genuiner

³ Den Punkt unterstreicht auch Lord (2003a), indem er zeigt, dass in ökonomischen Fragen die Anfangspositionen von MEP teilweise erheblich weiter auseinander liegen als das Kompromissergebnis zunächst vermuten lassen würde.

europäischer Weg, eine gemeinsame Kultur, nicht erreicht werde. Am Beispiel des scheinbaren Widerspruchs zwischen dem freien Markt und der Strukturanpassung durch den Europäischen Regionalstrukturfonds möchten Abélès und Bellier zeigen, wie Kompromisse letztlich zu undeutlichen Konzepten wie dem des „Gemeinsamen Marktes“ führen.

In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Nicolas Jabko (2006), wenn er darlegt, wie das Konzept des Gemeinsamen Marktes von europäischen Akteuren wie der EU-Kommission bewusst mehrdeutig gehalten wurde, um so eine möglichst breite Unterstützung für das Projekt zu generieren. Auch das Argument der Kultur des Kompromisses soll zunächst nicht inhaltlich kritisiert werden,⁴ vielmehr weist dieser Ansatz dieselben Schwächen auf wie das Argument der institutionellen Notwendigkeit: Wie sich die Kultur des Kompromisses auf die tatsächlichen Handlungen der Akteure auswirkt, bleibt auch hier unklar. Noch gravierender aber ist, dass kein analytischer Begriff des Kompromisses aufgestellt wird, der dabei helfen könnte, Kompromisse zu erkennen und genau zu benennen. Letztendlich ist auch die Kultur des Kompromisses, sofern sie als solche von den Akteuren wahrgenommen wird, eine weitere Kontextbedingung für soziales Handeln in einem bestimmten Kontext, aber keine Erklärung dafür, wie und warum es zu Einigungen oder Kompromissen kommen kann.

1.1.4 *Macht*

Der dritte Argumentationsstrang schließlich setzt für die Erklärung von Koalitionen und Gruppenzusammenhalt auf die Macht entweder einzelner Personen oder Gruppen im Vergleich zu anderen. Unter anderem stellen Simon Hix (2001) und Roger Scully (2000) dar, dass einerseits die Fraktionen bzw. Fraktionsvorsitzenden über gewisse Anreizmittel verfügen, um Abgeordnete zur fraktionellen Geschlossenheit zu bewegen. Dazu gehören etwa die Verteilung von fachpolitischen Spitzenposten oder Berichterstatterfunktionen, also Schlüsselstellen im legislativen Prozess (vgl. auch Maurer/Wessels 2003, Stamm 2008). Andererseits haben auch die nationalen Parteien bei steigenden legislativen Kompetenzen des EP ein größeres

⁴ Obgleich Abélès und Bellier auf der einen und Jabko auf der anderen deutliche Unterschiede in der normativen Bewertung von konzeptioneller Mehrdeutigkeit aufweisen.

Interesse daran, ihren Abgeordneten bestimmte Anweisungen zu geben (Whitaker 2005), die sie mit einem gewissen Nachdruck einfordern können, da die Kandidatenwahl für das EP immer noch durch die nationalen Parteien erfolgt. Empirische Ergebnisse weisen diesbezüglich auf keine klare Machtverteilung hin, sondern bestätigen vielmehr, dass MEP sich in einem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen Fraktion, nationaler Delegation, Wahlkreis und nationaler Partei befinden (vgl. etwa Judge/Earnshaw 2003, 146 ff., vgl. ebenso Blomgren 2003). In Bezug auf das Puzzle dieser Arbeit haben beide Hypothesen ihre Grenzen, denn wann welche Anreize welche Auswirkungen auf individuelles Verhalten im Konfliktprozess haben, wird auch hier nicht deutlich.

Einen Schritt weiter gehen einige Ansätze aus der Soziologie, die den Machtansatz mit Pierre Bourdieu erweitern und dessen Begriff des politischen Feldes und seinen Spielregeln auf das EP bzw. auf das politische System der EU anwenden (vgl. etwa Beauvallet 2005, 2007, Beauvallet/Michon 2010, Georgakakis 2002, Kauppi 2003). Dabei steht der Gedanke im Vordergrund, dass seit den ersten Direktwahlen zum EP Professionalisierungstendenzen bei MEP auszumachen sind, die dazu führen, dass einige Abgeordnete einerseits für ihre Heimatparteien zu unersetzbaren Spezialisten für europäische Angelegenheiten werden, andererseits aber auch die Spielregeln im politischen System Europas und im Parlament besser kennen als andere Abgeordnete, die über weniger Erfahrung oder spezifisches Kapital verfügen. Die Theorie nimmt Statusunterschiede zwischen den Abgeordneten quer durch Fraktionen und nationale Delegationen an, die wiederum dazu führen, dass Abgeordnete mit hohem spezifischem Kapital einen erhöhten Einfluss auf die Deutung, die Definition und letztlich eben auch die Lösung von Konflikten haben. Einfluss oder soziale Macht einzelner Personen oder Gruppen auf den Prozess der Einigung oder der Kompromissbildung soll hier nicht in Abrede gestellt werden, gleichwohl wird auch bei diesem Ansatz nicht klar, mit welchen Mitteln Macht eingesetzt wird, oder – um eine Kritik am institutionalistischen Ansatz zu wiederholen – welcher soziale Mechanismus greift, wenn Macht im Spiel ist. Werden andere Abgeordnete zur Zustimmung gezwungen? Und wenn ja, beispielsweise durch eine Form des Fraktionszwangs, warum halten sich die meisten dran? Und wenn es um Deutungs- oder Problemdefinitions-macht geht, wie genau funktioniert dann das Überzeugen der großen Gruppe

durch einzelne Abgeordnete mit spezifischem Kapital? Kurz: Auch Macht ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine Einigung im EP.

Schließlich bleibt die eigentliche Frage, wie und warum es zu inhaltlichen Einigungen kommt, in allen drei Varianten unbeantwortet. Sie alle liefern wertvolle Hinweise auf Rahmenbedingungen, unter denen Einigungen ermöglicht werden. Was sie nicht liefern, sind Erklärungen für den Umstand, dass Akteure, die an einem Verhandlungsprozess beteiligt sind, Positionen ändern, sich aneinander annähern oder Bündnisse aufkündigen, um andere Bündnisse einzugehen. Institutionelle Rahmenbedingungen, eine Kultur des Kompromisses oder auch Macht können Einfluss auf die Entscheidungen von Akteuren haben, aber wie dieser Einfluss aussieht und wie er mit der Bildung einer Gruppe zusammenhängt, die dann einem Kompromiss zustimmt, bleibt letztlich unklar.

An diesem Punkt möchte diese Arbeit ansetzen und mithilfe eines kultursoziologischen Ansatzes eine Erklärung liefern, die über die Beschreibung von Rahmenbedingungen hinausgeht. Der Begriff Kultur löst in der sozialwissenschaftlichen Debatte – umso mehr in Bezug auf die Europäische Union – häufig Unmut aus, weil er schwer zu greifen ist. Das hängt sicherlich mit der Vielzahl an unterschiedlichen Konzepten zusammen, die Kultur beschreiben (Sewell 1999), weshalb an dieser Stelle eine Definition gegeben werden soll, was im Folgenden unter Kultur und spezifischer unter politischer Kultur verstanden wird:

„Political cultures are sets of symbols and meanings or styles of action that organize political claims-making and opinion-forming, by individuals or collectivities. By culture, we mean patterns of publicly shared symbols, meanings, or styles of action which enable and constrain what people say and do“ (Lichterman/Cefai 2005, 392).

Die häufig negative Reaktion auf kulturtheoretische Ansätze in der Sozialwissenschaft ist aber auch Folge einer gleichzeitigen Über- und Unterschätzung der Kultur: Überschätzt wird sie, weil kulturelle Unterschiede auch innerhalb der Europäischen Union häufig essentialisiert und an nationalen Grenzen festgemacht werden. Unterschätzt wird sie, weil in der Debatte um politische Interessen übersehen wird, dass Kultur letztlich dafür verantwortlich ist, wie politische Interessen definiert und ausgedrückt werden. Diesem Bild möchte diese Arbeit entgegentreten, indem gezeigt werden

soll, wie im Fall des Europäischen Parlaments Interaktion im alltäglichen Geschäft der Mehrheitsbildung kulturell eingebettet ist und maßgeblich für den sozialen Mechanismus verantwortlich ist, der Einigungen zwischen Parteien im politischen Wettbewerb ermöglicht.

1.2 KOMPROMISS DURCH NARRATIVE VERKNÜPFUNG

Was es zu einem hinreichenden Verständnis der Einigungsprozesse im EP braucht, ist ein Ansatz, der Konflikte erstens in ihrer Prozesshaftigkeit ernst nimmt und nicht aus Kontextbedingungen auf den Ausgang schließt. Zweitens ist ein analytischer Begriff des Kompromisses nötig, der dieser Prozessperspektive gerecht wird. Drittens muss eine solche Herangehensweise sowohl die beteiligten Akteure in Betracht ziehen, die eine Einigung aushandeln, als auch ihre Interpretationen eines politischen Problems und ihrer Verhandlungspartner. Der Ansatz, der in dieser Arbeit verfolgt werden soll, möchte einen soziologischen Zugang zum Problem der Kompromissbildung im EP vorschlagen, da die Akteure in parlamentarischen Konflikten im Sinne Webers in einer sozialen Beziehung zueinander stehen, das heißt in einem „seinem Sinngehalt nach aufeinander bezogenes gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer“ (Weber 1972 [1921]), 13). Diese Vorlage eines soziologischen Klassikers dient zur Einleitung in die Grundannahmen dieser Arbeit, die kurz erläutert werden sollen, um im Anschluss zunächst eine theoretische These aufzustellen, die in Kapitel 2 genauer ausgearbeitet wird.

1.2.1 *Deutung als Fundament der Erklärung*

Aus Webers Verweis auf den Sinngehalt von Verhalten folgt die erste Grundannahme, nach der die Deutung sozialer Sachverhalte durch Individuen einen elementaren Sockel für Erklärungen sozialer Phänomene bildet. Damit wird eine kultursoziologische Grundhaltung angenommen, und zwar im Sinne von Jeffrey Alexander und Phillip Smiths Unterscheidung zwischen „cultural sociology“ und „sociology of culture“ (Alexander/Smith 2002). Im Gegensatz zum Ansatz der „sociology of culture“, der Kultur weitgehend als von sozialen Variablen abhängig sieht, heben Alexander und Smith

hervor, dass jegliche Handlung, sei sie auch noch so instrumentell, in einen Bedeutungshorizont eingebettet, also kulturell imprägniert ist. Kultur besitzt somit eine relative Autonomie gegenüber sozial-strukturellen oder sozial-ökonomischen Variablen und kann als unabhängige Variable für die Erklärung von Handeln herangezogen werden. Marc Howard Ross macht diesen Punkt auch in Bezug auf den in der Analyse politischer Konflikte häufig verwendeten Begriff der Interessen deutlich: „Culture orders political priorities, meaning it defines the symbolic and material objects people consider valuable and worth fighting over, the contexts in which such disputes occur, the rules (both formal and informal) by which politics take place and who participates in it. By doing so, culture defines interests and how they are to be pursued“ (Ross 1999, 46).

1.2.2 *Kulturelle Repertoires*

Daraus soll jedoch nicht zwangsläufig folgen, dass Individuen Deutungen unterworfen sind. Vielmehr, so die zweite Grundannahme dieser Arbeit, verfügen Individuen über Zugriff auf einen kulturellen Werkzeugkasten, auf ein Repertoire an Deutungsmustern und Handlungsschemata, aus dem sie mehr oder weniger bewusst auswählen können (vgl. Wimmer 1996, 407). Diese Grundannahme geht auf die Theorien „kultureller Repertoires“ zurück, nach der Kultur kein einheitliches System ist, das Handlung in eine ganz bestimmte Richtung drängt. Kultur, so Ann Swidler in ihrem für die Entwicklung der Repertoire-Theorie zentralen Aufsatz, „is more like a ‘tool kit’ or repertoire from which actors select different pieces for constructing lines of action“ (Swidler 1986, 277, vgl. ebenso Griswold 1992, Silber 2003).

1.2.3 *Kultur als Aushandlung*

In Bezug auf die Frage dieser Arbeit ergibt sich aus diesen beiden Grundannahmen, dass Akteure im parlamentarischen Konflikt über Deutungs- und Handlungsrepertoires verfügen, mithilfe derer sie einerseits politische Probleme oder Sachverhalte deuten und andererseits Strategien zur Lösung von politischen Konflikten aufbauen. Dass Konflikte überhaupt entstehen, hängt demzufolge nicht ausschließlich, aber dennoch maßgeblich damit zusammen,

dass Akteure bestimmten Sachverhalten unterschiedliche Deutungen zukommen lassen. Aus dieser Einsicht ergibt sich nun auch eine Möglichkeit, den Begriff des Kompromisses anzureichern. Nach Andreas Wimmer gehört kulturelle Variation zu den „grundlegenden Tatbeständen selbst einfachster Gemeinschaften“ (Wimmer 1996, 403). Er sieht „Kultur als einen offenen und instabilen Prozess des Aushandelns von Bedeutungen [...], der bei einer Kompromissbildung zur Abschließung sozialer Gruppen führt“ (ebd., 405). Ein Kultureller Kompromiss ist daher zu verstehen als das Ergebnis einer Aushandlung von Bedeutungen, die Akteuren aus ihren Repertoires zur Verfügung stehen. Der Kompromiss ist umso leichter zu erreichen, wenn Repertoires Ähnlichkeiten aufweisen. Diese Überschneidung von Repertoires kann zum Beispiel durch eine einheitliche Schulbildung auf dem Gebiet eines Nationalstaats gefördert werden oder durch die politische Ausbildung in demselben politischen System oder sogar derselben Partei. Determiniert wird der Kompromiss dadurch aber nicht, sondern er ist immer Gegenstand von Verhandlungen, in denen institutionelle Rahmenbedingungen und Machtverhältnisse ebenso eine Rolle spielen. Um also eine Einigung in einem politischen Konflikt zu erzielen, so die dritte Grundannahme dieser Arbeit, müssen sich die beteiligten Akteure – zumindest diejenigen, die bei der finalen Abstimmung gemeinsam stimmen, auf einen Kulturellen Kompromiss einigen, der einschließt, dass die Beteiligten gemeinsame Grenzen ihrer Koalition teilen.

Dieser Kompromiss ist nach Wimmer keineswegs eindeutig, sondern wie auch bei Abélès und Bellier schon klar wird, mehrdeutig und damit für unterschiedliche Individuen oder Gruppen anschlussfähig. Nicolas Jabko beschreibt, wie das Konzept des Gemeinsamen Marktes sowohl als Fortschritt für freien Handel in Europa wie auch als Schutzmaßnahme gegenüber den unkontrollierbaren Kräften eben desselben freien Marktes im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung gedeutet werden konnte und so unter dem von vielen Akteuren geteilten Ziel des Gemeinsamen Marktes eine Konstellation von „strange bedfellows“ entstand (Jabko 2006). Das Problem des Kompromiss-Konzepts, das Abélès und Bellier vorstellen, liegt auch nicht in der Fokussierung auf Mehrdeutigkeit, sondern in der normativen Bewertung dieser Mehrdeutigkeit als Grund für die Unmöglichkeit politischer Kommunikation im europäischen Raum. Wenn politische Kommunikation und Argu-

mentation tatsächlich unmöglich sein sollten, dann wäre das Ergebnis der bisherigen Integrationsschritte doch überraschend, wo doch scheinbar niemand so genau wüsste, worüber gesprochen wird. Vielmehr kommt es darauf an, Kulturelle Kompromisse als Basis für neuerliche Gruppenbildung zu sehen, wie Wimmer deutlich macht, und als Grundstein für neue oder zumindest gewandelte Deutungsmuster.⁵ Damit ist zumindest die theoretische Möglichkeit eröffnet, dass sich *gemeinsame Deutungs- und Handlungsmuster* entwickeln können, ungeachtet der kulturellen Heterogenität der personellen Zusammensetzung europäischer Institutionen.

1.2.4 *Social Performance*

Kultur ist aber, wenn es um soziale Beziehungen und das „Sichverhalten“ geht, nicht freischwebend, sondern wird in konkreten sozialen Handlungen und Äußerungen von Akteuren manifest. Daraus folgt die vierte Grundannahme dieser Arbeit, dass die Aushandlung von Kulturellen Kompromissen, also im Fall parlamentarischer Konflikte die Aushandlung gemeinsamer Bedeutungen mit vielfacher Anschlussfähigkeit, über soziale Interaktion verläuft, in der Bedeutungen und Symbole sowohl sprachlich, aber auch durch physische Handlung zum Ausdruck gebracht werden. Damit wird ein weiterer für den hier verfolgten Ansatz zentraler Begriff eingeführt, und zwar die Interpretation sozialer Handlung als „Social Performance“ (Alexander 2004, Alexander/Mast 2006). Dabei wird davon ausgegangen, dass soziale Handlungen Bedeutungen transportieren, indem kulturelle Repräsentationen wie Codes und Narrative in spezifische Skripte kanalisiert werden, auf deren Grundlage die Handlung zu einer Performance wird mit einer bestimmten Botschaft für das Publikum. Der Performance-Begriff, auf den später noch genauer eingegangen werden soll, bietet gegenüber dem Repertoire-Begriff den Vorteil, Handlung selbst und nicht nur ihre Bedingungen zu thematisieren. Er bietet also die Möglichkeit einer kultursoziologischen Handlungstheorie. Denn im Gegensatz

⁵ Luc Boltanski und Laurent Thévenot sprechen auch ausdrücklich davon, dass Teilnehmende an einem Kompromiss nicht versuchen, dessen Termini eindeutig zu klären, sondern sich eher auf ein höheres gemeinsames Gut berufen, ein „Common Good“, ohne dieses aktiv zu bestimmen (Boltanski/Thévenot 2006 [1991], 277 ff.). Für eine genauere Besprechung der Implikationen für einen analytischen Kompromissbegriff siehe Kapitel 2.

zu Swidler betont Alexander auch, dass Performances durchaus sehr strategisch geplant und durchgeführt werden können im Sinne einer rationalen Handlung (vgl. Swidler 1986 und Alexander 2004). Kultur, das wird auch bei den Repertoire-Theorien deutlich, ist gleichzeitig „enabling and constraining“ (Silber 2003), wobei die Freiheit, die Kultur dem Individuum zur Verfügung stellt durch das Repertoire an Handlungsmöglichkeiten, als durchaus zur bewussten Wahl befähigende und damit positive Freiheit zu verstehen ist, kulturelle Deutungen performativ einzusetzen. Für den Aushandlungsprozess im EP heißt dies, dass er in dieser Perspektive maßgeblich durch Performances bestimmt wird bzw. dass gemeinsame Deutungen performativ ausgehandelt werden.

1.2.5 *Prozess und Relation*

Nun besteht ein langer Aushandlungsprozess natürlich aus vielen unterschiedlichen Performances, in denen die Akteure sinnhaft aufeinander Bezug nehmen. Aus dieser Einsicht folgen zwei weitere Grundsteine des hier verfolgten Ansatzes: Zum einen muss der Kompromiss-Begriff, wie schon angedeutet, um eine Prozessperspektive erweitert werden. Denn Akteure müssen, um später von einem Kompromiss sprechen zu können, von unterschiedlichen Positionen starten, um dann für eine Einigung diese Anfangsposition zu verändern bzw. von ihr abzurücken. Damit ist noch keine Aussage darüber getroffen, wie weit sich Anfangs- und Kompromissposition unterscheiden und wie viele Anschlussmöglichkeiten ein Kompromiss bietet. Wichtig ist nur, dass es im Verlauf des Prozesses zu Änderungen in den Positionen und damit auch in den geäußerten Deutungen bzw. Performances kommt. Zum anderen vollziehen Akteure keine Positionswechsel, sofern keine anderen Akteure ihnen eine Hilfe geben, um ihre Position im Koordinatensystem des Konflikts zu bestimmen. Oder, anders ausgedrückt: Wie sehr ich meine Position verändern muss, hängt nur davon ab, wie weit andere Akteure von mir entfernt sind, das heißt wie wir uns zueinander in Beziehung setzen. Diese Einsicht folgt der Forderung nach einer relationalen Soziologie (Emirbayer 1997, für ein Beispiel aus der Europäischen Politik vgl. Mitschele 2007), die hervorhebt, dass Individuen oder Gruppen ihre Positionen und Deutungen in Bezug auf andere erstellen.

Für einen politischen Konfliktprozess heißt dies, dass Akteure im Verlauf eines Prozesses Strategien entwerfen und gegebenenfalls neu ausrichten müssen – je nachdem, wie sich andere strategisch denkende Akteure im Bedeutungsfeld positionieren. Dabei ist zum Beispiel denkbar, dass diejenige Positionsbestimmung, sprich: Performance, die als erste erfolgt, ein erstes Richtmaß für andere Performances darstellt, die sich relational zu ihr im Bedeutungsfeld ansiedeln. Diese Einsicht ist auch mit Argumenten aus der Performance-Theorie vereinbar, die darauf verweisen, dass Performances Gegenperformances provozieren (Alexander 2006), auf die die Initiatoren der ersten Performance wiederum versuchen zu reagieren. Dieser Prozess ist äußerst kompliziert zu berechnen im Sinne einer rationalen Kalkulation, freilich werden gerade politische Performances durch strategisch geplante Skripte entworfen, um etwa die Beziehung zu anderen Akteuren als besonders nah oder weit entfernt deutlich zu machen. In den Worten von Andreas Maurer: „[In the European System] players are not able to coerce their view or to dominate the whole process entirely. Instead they are dependent on unstable (that is, unforeseeable) support, coalition-building and compromise. Decision-making takes the shape of continuous negotiation, where each solution forms the basis for the next round and therefore shapes the preferences of the actors concerned“ (Maurer 2003, 243).

1.2.6 *Narrative Grenzen und Brückenelemente*

Aus den bislang erläuterten Grundannahmen folgen nun die letzten Bausteine zur Formulierung der theoretischen These. Denn Performances sind nicht als singuläre Handlungen zu verstehen, sondern bilden eine Kette von aufeinander folgenden, teils auch parallel verlaufenden Handlungen, die eben gerade jene Prozesshaftigkeit ausmachen, die für Aushandlungen charakteristisch ist. Die in diesen Prozess involvierten Akteure und das Publikum bewerten Performances ebenso wenig singulär, sondern als Teil einer Kette von Handlungen, als Teil eines Narrativs über einen Prozess. Je nach Position des Akteurs werden Performances also in unterschiedliche Zusammenhänge gesetzt, die in Form von Narrativen oder in Form von Skripten (als konkrete Handlungsanleitungen für Performances) verfügbar sind. Damit zwei Akteure sich auf einen

Kompromiss einigen können, müssen sie zwei Dinge gleichzeitig tun. Sie müssen zum einen Anschlussfähigkeit zwischen dem ausgehandelten Ergebnis und ihrer Anfangs-Position herstellen. Dies geschieht in der Regel dadurch, dass sie den Aushandlungsprozess, also die Kette von Performances, die sie gesehen oder selbst auf die Bühne gebracht haben, in einen narrativen Zusammenhang setzen, der die Überführung von Konflikt in Kompromiss mit Sinn versieht. Zum anderen und damit eng zusammenhängend müssen sie sich gegenseitig als legitime Kompromisspartner wahrnehmen, um so die symbolischen Grenzen zwischen zwei Gruppen für die Dauer der Einigung aufzuheben.

Zur Operationalisierung dieses Konzepts greift diese Arbeit auf Tammy Smiths Studie über Versöhnung zwischen ehemals verfeindeten ethnischen Gruppen zurück, und zwar auf den Begriff des Brückenelements (vgl. Smith 2007).⁶ Smith macht deutlich, dass narrativ gesetzte Grenzen zwischen sozialen Gruppen aufweichen oder verwischen, wenn sich die Struktur der Narrative insofern verändert, dass neue Anschlussmöglichkeiten für die Narrative anderer Gruppen möglich werden. Das kann etwa geschehen, indem bestimmte Elemente eines Narrativs ausgespart oder indem eben so genannte Brückenelemente eingebaut werden. Damit ist der soziale Mechanismus benannt, der im Zentrum dieser Arbeit steht: Gruppen, die miteinander verhandeln, müssen es schaffen, die narrativ gesetzten Grenzen zwischen sich selbst und der anderen Seite, gegenüber der es sich zu differenzieren gilt, aufzuweichen, um die Einigung als *gemeinsam erreichten* Schlusspunkt des Verhandlungsprozesses ansehen und nach außen darstellen zu können.

Die Umstrukturierung eines Narrativs muss nicht bewusst erfolgen, in unserem Fall aber gehen wir von strategisch handelnden Akteuren aus, die sich des Gewichts bestimmter narrativer Elemente bewusst sind und sie ebenso bewusst einsetzen oder auslassen.⁷ Um den Punkt zu verdeutlichen, ziehen wir eine kurze Parallele zwischen erzählten Geschichten und einigen Elementen der Performance (vgl. dazu auch Tilly 2003 und Brysk 1995, vor allem

6 Smith selbst spricht dabei von „boundary elements“, die zwischen „competing narratives“ eine Brücke bauen können, deshalb wird hier der Begriff des Brückenelements verwendet, der mit dem Konzept der Anschlussfähigkeit besser harmoniert.

7 vgl. hierzu auch die Studien Francesca Polettas (2006) zur strategischen Verwendung von Stories im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den 1960er-Jahren.

aber Alexander 2004): Beide bauen auf der symbolischen Vereinfachung von sozialen Tatbeständen und Prozessen auf, in der die Protagonisten immer kohärent handeln, das Gute gegen das Böse gestellt wird (also symbolische Grenzen gezogen werden) und in der Raum und Zeit auf ein erzählbares oder inszenierbares Maß verkürzt werden. Indem nun zum Beispiel in einem Narrativ oder einer Performance, die auch eine Inszenierung von Narrativen und binären Oppositionen ist, die symbolischen Grenzen verändert werden, ergibt sich für Gruppen, die bis dato außerhalb dieser Grenzen waren, eine neue Anschlussmöglichkeit. Oder aber es werden Brückenelemente wie der Verweis auf ein höheres Gemeinsames Gut in die Performance oder das Narrativ eingebaut, die es erlauben, unterschiedliche Deutungen zu übergehen und für die Zeit des Kompromisses in den Hintergrund treten zu lassen.

Brückenelemente müssen nicht von Dauer sein, sie können auch nur zu strategischen Zwecken gebraucht werden, um eine kurzfristige Einigung zu erzielen. Aber sie bilden das entscheidende Element, das erklärt, warum Gruppen oder Individuen, die unterschiedliche Positionen in Bezug auf ein politisches Problem einnehmen, sich auf einen Kompromiss einigen können, dem alle Beteiligten zustimmen können, ohne dabei einen Gesichtsverlust zu erleiden. Durch die Konzepte der narrativen Grenzen und der Brückenelemente wird die erste Grundannahme dieser Arbeit, dass Deutungen von Akteuren ein Fundament zum Verständnis von Konfliktverläufen und vor allem von Kompromissen sind, aufgefüllt, indem ein sozialer Mechanismus benannt wird, über den eine Einigung erfolgen kann, auch und gerade unter der Berücksichtigung der institutionellen Rahmenbedingungen, einer „Kultur des Kompromisses“ (Abélès/Bellier) oder der Machtkonstellationen.

1.2.7 Die theoretische These

Die Vorgaben zusammenfassend lautet die theoretische These also:

Ein Kompromiss kommt dann zustande, wenn die beteiligten Akteure ihre jeweiligen Narrative des Verhandlungsprozesses sinnvoll miteinander verknüpfen und diese Verknüpfung performativ kommunizieren können.

Zu Beginn eines parlamentarischen Prozesses ist davon auszugehen, dass es eine heterogene Zusammensetzung von Positionen

gibt, die durch Performances (Alexander 2004) kommuniziert und so vom Publikum, d. h. den anderen parlamentarischen Akteuren beobachtet werden. Im Sinne der eingangs erwähnten Rahmenbedingungen haben dabei nicht alle Mitglieder des Parlaments dieselben Zugangschancen zur Bühne des EP, sondern Akteure und Publikum werden vor allem aus den verantwortlichen Ausschüssen zu einem Dossier rekrutiert und vertreten dort mehr oder weniger die Rolle von Vertretern ihrer Fraktionen und nationalen Delegationen. Eine besondere Rolle wiederum kommt den Berichtserstattern und Schattenberichtserstattern zu, die als Verhandlungsführer für die jeweiligen Fraktionen fungieren und damit im Zentrum der Bühne stehen. Der Prozess der Aushandlung – hier folgen wir Wimmers Konzept des Kulturellen Kompromisses (Wimmer 1996, 2005) – folgt dann dem Mechanismus der Suche nach den Anschlussmöglichkeiten der den unterschiedlichen Performances zugrunde liegenden Skripte. Dabei nehmen die beteiligten Akteure Bezug aufeinander, woraus sich eine Dynamik von Performance und Gegenperformance entwickelt, die wiederum durch die Beteiligten narrativ verarbeitet wird. Ein Kompromiss kann dann geschlossen werden, wenn die Akteure – im Fall des EP sind das meistens die Bericht- und Schattenberichtserstatter – sich auf eine Formulierung des Berichttextes, also des Legislativvorschlags einigen, die als Kultureller Kompromiss dienen kann, an den narrativ angeschlossen (Jabko 2006) werden kann. Narrativer Anschluss heißt dabei, dass narrative Grenzen zwischen den Beteiligten für die Dauer einer Einigung abgebaut werden, um den Akteuren ermöglichen zu können, den Kompromiss sinnvoll in ihre Geschichten des parlamentarischen Verhandlungsprozesses einbauen zu können und diese Geschichten dann als Grundlage für eine gemeinsame, kollektive Kompromissperformance zu nehmen.

Diese Arbeit geht also davon aus, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen der Deutung eines Themas durch die verhandelnden Akteure und dem Kompromiss als Ergebnis dieser Verhandlung besteht. Dabei sieht sie die drei zu Beginn dieses Kapitels kritisierten Ansätze nicht als falsch an, sondern will das Argument belegen, dass es sich bei institutionellen Rahmenbedingungen, Macht und einer Kultur des Kompromisses letztlich eben nur um Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Akteure handelt, die mit bestimmen, warum ein Thema in einer bestimmten Art und Weise gedeutet wird. Entscheidend für den Kompromiss aber

ist vielmehr die Kommunikation der Deutung in Form von Performances und Erzählungen, die symbolische Grenzen zwischen den verhandelnden Akteuren auf- oder abbauen und so den Anschluss an einen ausgehandelten Kompromiss ermöglichen.

Mit dem hier vorgeschlagenen Modell ließe sich auch das Problem der wechselnden Mehrheiten im EP besser verstehen (vgl. vor allem Hix et al. 2007 und Viviani 2008), und zwar wiederum im Rückgriff auf das Konzept von Narrativen Grenzen (Smith 2007, vgl. ebenso Bearman/Stovel 2000). Demnach wird, auch konform mit der Idee Kultureller Kompromisse, Zugehörigkeit zu Gruppen über Narrationen und den durch sie gesetzten Grenzen geregelt und eben nicht an institutionalisierten Grenzen festgemacht. Dies schließt eine Kongruenz narrativer und institutionalisierter Grenzen nicht aus, aber gibt die Möglichkeit, dass Mitglieder unterschiedlicher institutioneller Gruppen – wie die Fraktionen im EP – dieselben Narrationen verwenden und damit auch dieselben oder zumindest sehr ähnliche Deutungen von Problemen erreichen. Wechselnde Mehrheiten, so die Fortführung der oben genannten These, sind dann das Ergebnis von fortlaufenden Prozessen der Aushandlung Kultureller Kompromisse, die in einem Fall eine bestimmte Gruppe von Abgeordneten teilen und in einem anderen Fall eine andere Gruppe.

1.2.8 *Spezifität des Europäischen Parlaments*

Was unterscheidet nun das Europäische Parlament von anderen parlamentarischen Institutionen? Zum einen ist das EP im Vergleich zu nationalen Parlamenten in einem entscheidenden Punkt verschieden, da es zwischen den Fraktionen keine Aufteilung nach Regierung und Opposition gibt (vgl. hierzu Judge/Earnshaw 2003, 117 ff., Costa 2001, Guiraudon 2000). Dies ermöglicht den Abgeordneten eine höhere Flexibilität in Bezug auf politische Entscheidungen, die nicht gleichbedeutend sind mit der Unterstützung oder der Gegnerschaft einer bestimmten Regierungspolitik. Zum anderen bewegen sich die Abgeordneten des EP, wie bereits erwähnt, in einem kulturell und institutionell hoch komplexen politischen Feld – eine Komplexität, die noch erhöht wird durch den Umstand der hohen Fluktuation von MEP auch während der Legislaturperioden (vgl. dazu Corbett et al. 2005, 48 ff.). Das heißt, dass die Her-

ausbildung fester narrativer Grenzen auch institutionell erschwert wird und damit der Prozess der Suche nach einem Kulturellen Kompromiss auch nicht auf dem Fundament klarer Koalitionen stehen kann.

Damit ist aber nicht gemeint, dass Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament beliebig ist und allein den subjektiven Deutungen der beteiligten Individuen unterliegt. Die Interpretationen eines politischen Problems müssen etwa an historische Vorbilder oder an den Diskurs über ein Gemeinsames Gut anknüpfen, um als legitim gelten zu können. Die Möglichkeiten der Rahmung (Goffman 1977) sind insofern begrenzt, als die kulturellen Strukturen, mithilfe derer Individuen ihrer Umwelt Sinn zuordnen, nicht beliebig verändert werden können. Dies schlägt sich auch im Europäischen Parlament insofern nieder, als bestimmte Codierungen und Narrative sich in die Selbstwahrnehmung der meisten Abgeordneten eingefügt haben und in gewisser Art und Weise als selbstverständlich gelten können. In Kapitel 4 werden noch einige Beispiele dazu eingeführt, an dieser Stelle genügt es darauf hinzuweisen, dass das Selbstbild des Europäischen Parlaments maßgeblich davon bestimmt wird, dass es sich als demokratisch legitimierte Institution im Gegensatz zum Rat der Europäischen Union und vor allem im Gegensatz zur Kommission sieht (vgl. Guiraudon 2000). Inhaltlich wiederum ist klar, dass Performances, die die Europäische Union an sich infrage stellen, nicht als legitim angesehen werden, oder dass Performances, die auf Vorteile für die gesamte europäische Bevölkerung hinweisen, mehr Chancen auf Erfolg haben als solche, die Vorteile für eine nationale Gesellschaft allein einfordern.

Damit ist die Spezifität des EP auch schon auf den Punkt gebracht, indem sich zwei Imperative in einer Art und Weise gegenüber stehen, die in nationalen Parlamenten und auch in anderen Institutionen so nicht vorzufinden sind. Auf der einen Seite müssen sich die Akteure im EP wie alle Akteure im politischen Wettbewerb voneinander differenzieren. Es besteht ein Imperativ zur Differenzierung, nicht zuletzt, um vor Wahlen auch Anreize zur Stimmabgabe geben zu können. Auf der anderen Seite aber steht das EP vor einem Imperativ zur Einigung, gerade auch aufgrund der institutionellen Bedingungen, die den Alleingang einer Fraktion nicht ermöglichen. Darüber hinaus werden Einigungen aber auch deshalb angestrebt, weil das Scheitern eines Gesetzgebungsprozesses im Parlament als Schwäche der Institution gegenüber dem Rat

und der Kommission und mithin auch als Indiz für einen schwachen Integrationsprozess angesehen werden kann. Dafür spricht etwa auch der Umstand, dass in der 6. Legislaturperiode zwischen 2004 und 2009 gerade einmal zwei von knapp 500 Projekten – die so genannte Softwarerichtlinie und die Hafenerichtlinie – im Mitentscheidungsverfahren scheiterten (vgl. OEIL 2011, zum Fall der Hafenerichtlinie vgl. auch Beauvallet 2010). Wenn also Projekte zu einem geregelten Ende gebracht werden sollen, dann sind Einigungen zwischen Fraktionen oder Delegationen, die im Zweifel unterschiedliche Positionen vertreten, unumgänglich. Gerade dieser Imperativ zur Einigung ist im EP sehr viel stärker ausgeprägt als in nationalen Parlamenten und gemeinhin auch als in vielen anderen politischen Institutionen.

1.3 EMPIRISCHE HERANGEHENSWEISE

Wenn die Grundannahme dieser Arbeit also ist, dass letztlich die Deutungen eines politischen Problems durch die beteiligten Akteure entscheidend sind für die Kompromissbildung, liegt die Auswahl von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Politikbereichen nah, um die theoretische These auch über thematische Grenzen hinweg zu bestätigen. Darüber hinaus bieten sich Fallbeispiele aus verschiedenen Bereichen auch an, um zu verstehen, inwiefern Mehrheiten aus dieser Perspektive als issue-spezifisch bezeichnet werden können. Hierbei greift diese Arbeit auf die Unterscheidung Lorenzo Vivianis (2009) zwischen issue-spezifischen Mehrheiten insofern zurück, als mit der Dienstleistungsrichtlinie und der Chemikalienverordnung REACH zwei typische Fälle jeweils für den sozio-ökonomischen Bereich und den Bereich „neuer“ Konflikte gewählt wurden, in denen sich die linke und die rechte Seite des Parlaments tendenziell entgegenstehen und die liberale Fraktion je nach Themenbereich auf die eine oder andere Seite wechselt. In beiden Fällen wurden die Kompromisse schließlich durch eine große Koalition zwischen der sozialistischen und der konservativen Fraktion erzielt, was der Vorhersage Vivianis widerspricht. Gerade dann ist die Frage umso brennender: Wie kann der Kompromiss erklärt werden? Der dritte Fall – der Sonderausschuss zur Untersuchung zweifelhafter CIA-Aktivitäten auf europäischem Boden im Kampf gegen Terrorismus – schließlich ist insofern speziell, als er sowohl

in den außenpolitischen als auch in den Bereich von Bürgerrechtspolitik eingeordnet werden kann.

1.3.1 *Erwartungen an die Fallstudien*

In allen drei Fällen waren die Möglichkeiten der Rahmung und performativen Verarbeitung des politischen Problems durch gesellschaftliche Diskurse im Vorlauf eingeschränkt, aber nicht determiniert. Aus diesen Vorbedingungen heraus ergeben sich für die hier verfolgte Perspektive folgende Erwartungen an die Ergebnisse aus den Fallstudien.

Sowohl im Fall der Chemikalienverordnung REACH als auch im Fall der Dienstleistungsrichtlinie waren die Bedingungen für eine klassische Links-Rechts-Konfrontation gegeben, im ersten Fall durch eine unterschiedliche Bewertung der Konsequenzen einer stärkeren Regulierung der Chemikalienproduktion, im zweiten Fall durch eine unterschiedliche Grundausrichtung zwischen den Konzepten des freien Marktes und der sozialen Gerechtigkeit. In beiden Fällen aber stimmte letztendlich eine Koalition zwischen weiten Teilen der großen Fraktionen einem gemeinsamen Kompromiss zu, das heißt das Ergebnis entsprach nicht den Erwartungen durch die thematische Fallstruktur. Angesichts der erwähnten Spezifität des EP in Bezug auf den Imperativ zur Einigung wird hier davon ausgegangen, dass in beiden Fällen gerade der Verweis auf die institutionelle Notwendigkeit zum Kompromiss diesen erst ermöglicht hat, indem es gelang, die inhaltlichen Differenzen durch den Rekurs auf die gemeinsame institutionelle Grundlage zu überbrücken und so die Grenze zum anderen nicht nur um die eigene Fraktion, sondern um alle Teilnehmer in der Koalition zu ziehen. Dennoch unterscheiden sich die beiden Fälle insofern, als der Konflikt um die Chemikalienverordnung allein durch seine Struktur bessere Anknüpfungsmöglichkeiten liefert: Es ging bei REACH vor allem auch um Grenzwerte und Prozente, es war ein Konflikt um teilbare Werte (vgl. dazu Hirschman 1994). Dagegen gab es eine solche Möglichkeit im Fall der Dienstleistungsrichtlinie nur eingeschränkt, denn eine Öffnung des Marktes konnte nicht nach Prozenten berechnet werden. Aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass das Argument der institutionellen Notwendigkeit

im Fall der Dienstleistungsrichtlinie noch mehr Gewicht für die Verknüpfung der Stories hatte.

Anders hingegen verhält es sich im Fall des CIA-Ausschusses, der sich letztlich um die Frage aufbaute, ob die Geheimflüge des US-Geheimdienstes CIA ein Verstoß gegen die Bürgerrechte waren oder als ein legitimes Mittel im Kampf gegen den Terrorismus anzusehen waren. Auch in diesem Fall standen sich zwei nur schwer zu vereinbarende Positionen in einem unteilbaren Konflikt gegenüber, weshalb davon ausgegangen wird, dass auch hier die institutionelle Notwendigkeit eine gewisse Rolle spielte. Gleichwohl gibt es im Gegensatz zu den beiden anderen Fällen einen gewichtigen Unterschied: Entgegen der Vermutung Lorenzo Vivianis (2009), dass sich in außenpolitischen Fragen ein solider Block in der Mitte des EP bilde, bestand die Mehrheit im Fall des CIA-Ausschusses aus allen Fraktionen der linken Hälfte des EP und einer großen Zahl von Abgeordneten der konservativen EPP-ED-Fraktion. Bei einer solchen Konstellation kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit in groben Zügen bereits zu Beginn des Prozesses stand, da sie den Kern des Problems in einer vermuteten Verletzung der Bürgerrechte sah. Es wird also erwartet, dass eine Verknüpfung der Geschichten ähnlich wie im Fall der REACH-Verordnung auch über inhaltliche Brückenelemente möglich war, dass aber gleichzeitig eine deutliche Grenze zur rechten Hälfte der Versammlung gezogen wurde, deren Standpunkt als nicht akzeptabel abgelehnt wurde.

1.3.2 *Methodische Herangehensweise – Narrative Netzwerke*

Die theoretischen Vorgaben für die methodischen Entscheidungen liegen also auf der Hand: Es braucht eine Methode, mit der die Art und Weise, wie Beteiligte an einem Kulturellen Kompromiss den Verhandlungsprozess verarbeiten und Anschlussfähigkeit herstellen, sichtbar gemacht werden kann. Diese Forderung wird mit der Methode der Narrativen Netzwerke erfüllt, indem Geschichten zunächst in Abschnitte unterteilt und dann mithilfe von chronologischen und weiteren Verknüpfungen zu Graphen und Netzen verbunden werden. Die Methode greift zum einen auf Arbeiten zur zentralen Stellung von Geschichten in der Ontologie sozialwissenschaftlicher Forschungsobjekte zurück (Somers 1994, Tilly 2003, Be-

arman et al. 1999, White 2008),⁸ zum anderen auf die Arbeiten Tammy Smiths (2007), Karen Stovels und Peter Bearmans (2000), die in der strukturellen Repräsentation von Geschichten einen Weg sehen, Interview- und weiteres Zeugnis material zu quantifizieren und Aussagen über die Identitätskonstrukte der Befragten zu machen. Diese Arbeit versteht sich dabei als eine Art Mittelweg zwischen einer Methode, die netzwerkanalytische Kennzahlen (vgl. hierzu Jansen 2003, Beckert 2005) wie die Anteile bestimmter Elementeklassen und ihre Lage in einem narrativen Netzwerk zur Grundlage der Auswertung nimmt und eher klassischen inhaltsanalytisch orientierten Ansätzen (vgl. Nohl 2006, vgl. auch Przyborski 2004), die den semantischen Gehalt von narrativen Elementen in den Fokus der Interpretation rücken (vgl. zu dieser Mittelposition zwischen syntaktischen und semantischen Erklärungsansätzen auch Abbott 2004).

Grundlegend für die hier verfolgte Analyse ist die Einsicht, dass Elemente eines Netzwerkes eine Bedeutung dadurch erfahren, dass sie in spezifischen Beziehungen zu anderen Elementen des Netzwerkes stehen. Der Sinn von Handlungen, die in Geschichten erzählt werden, ergibt sich also aus der Beziehung dieses narrativen Ereignisses zu anderen in der Geschichte, er kann aus Sequenzen herausgelesen werden und ist durch Abfolgen bestimmt. Gerade hier liegt der entscheidende Vorteil der Methode Narrativer Netzwerke im Vergleich zu klassischen inhaltsanalytischen Methoden zur Genese von Erklärungen: Ereignisse haben als narrative Elemente nicht einfach eine kategoriale Bedeutung, sondern sind nur relational vollständig zu erfassen.

Darüber hinaus bieten Narrative Netzwerke aber auch die Möglichkeit, die narrativen Grenzen zwischen Individuen und Gruppen auf eine neue Art und Weise sichtbar zu machen (vgl. Smith 2007, Tilly 2003). Während die klassische Inhaltsanalyse bei der Kategorisierung derjenigen Elemente stehen bleiben würde, in denen der Andere als Marker für Differenzierung erwähnt wird, setzt die Narrative Netzwerkanalyse gemäß dem relationalen Paradig-

⁸ vgl. auch Maines 1993 und Berger/Quinney 2005 für eine andere Verwendung von Geschichten in der Sozialforschung. Der entscheidende Unterschied zwischen diesen Arbeiten und dem hier verfolgten Ansatz ist, dass erstere bereits in den Narrationen selbst Erklärungen für soziale Phänomene sehen (Narrative Explanation), während hier argumentiert werden soll, dass die Geschichten und vor allem ihre strukturellen Eigenschaften zwar Hinweise auf eine Erklärung liefern, nicht aber die Erklärung selbst sind.

ma auch darauf, die konkrete Position dieser Elemente herauszuarbeiten, um zu verstehen, welche Rolle die narrativen Grenzen für eine Geschichte und damit auch für die Möglichkeiten zum Kompromiss spielen.

Aus dieser Einsicht ergeben sich für die Analyse einige Ansatzpunkte, die zur Erklärung von Kompromissen hilfreich sein können. Zunächst können durch die graphische Repräsentation von Geschichten die Abfolgen von narrativen Ereignissen, die Wendepunkte (Abbott 2001) und kognitiven Schleifen herausgearbeitet werden, die anzeigen, um welche Eckpfeiler herum eine Geschichte aufgebaut ist, wer die Rolle des Guten und wer die Rolle des Widersachers hat, wie bestimmte Handlungen der anderen und der eigenen Seite begründet werden und wie eben gerade durch die bestimmte Abfolge von Ereignissen und Kognitionen der Konflikt sinnvoll in einen Kompromiss überführt wird. Vor allem ermöglicht die Methode einen neuen Blick auf den Kompromiss selbst, als weniger der Inhalt der Einigung denn seine narrative Einbettung in den Fokus der Analyse rückt. Über diese mehr deskriptiven Möglichkeiten hinaus können Narrative Netzwerke aber auch dabei helfen, Identitätskonstruktionen der Befragten insofern aufzudecken, als die Unterscheidung zwischen rein narrativen, also kognitiv nicht hinterfragten Sequenzen, die dem *common sense* (Müller-Funk 2002, vgl. ebenso Bearman/Stovel 2000) entsprechen, und unterbrochenen Sequenzen unterschieden werden kann, die Begründungen für Handlungen explizit machen. Hier zeigen sich Selbstverständlichkeiten in der narrativen Rekonstruktion eines parlamentarischen Prozesses, die auf sedimentierte Identitätskonstrukte hinweisen.

1.4 IMPLIKATIONEN FÜR DIE FORSCHUNG

Aus den Ergebnissen dieser Studie ergeben sich zwei allgemeine Erkenntnisse. Zum einen geht es darum, kulturelle Variation sowohl für eine sinnvolle Auswertung repräsentieren zu können als auch ihre Rolle für soziale Gruppenbildung neu zu interpretieren. Denn während kulturelle Einheit bislang als Grundlage für den Zusammenhalt sozialer Gruppen galt und dementsprechend kulturelle Unterschiede eben diese Gruppenbildung erschweren oder sogar verhindern, kann mithilfe des hier vorgeschlagenen Modells ein

Mechanismus aufgezeigt werden, wie über kulturelle Varianz hinweg Deutungsmuster aneinander angeschlossen werden können, um einen Kompromiss zu formulieren und eine temporäre Gruppenbildung zu erreichen. Der Zusatz temporär ist insofern wichtig, als mit dem Modell keine Prognosen darüber möglich sind, wie lang ein Kultureller Kompromiss hält – es gilt lediglich festzuhalten, dass er möglich ist.

Zum anderen sollte diese Arbeit Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen in der Forschung zu politischen Kompromissen bieten können, denn Kompromisse werden hier eben nicht nur als die Verbindung von abstrakten politischen Positionen verstanden, sondern als konkrete Verknüpfung durch die Struktur von Geschichten zu einem konkreten Fall. Während also generell Kulturelle Kompromisse durch die Öffnung, Verknüpfung und Schließung von kulturellen Strukturen möglich sind, bietet die Untersuchung von narrativen Strukturen ein konkretes Beispiel für die Verbindung zwischen unterschiedlichen Strukturen. Darüber hinaus jedoch, und das kann nicht oft genug wiederholt werden, sind Narrative allein keine Erklärung für politisches Handeln, sondern sie müssen, um auf eine pointierte Beschreibung durch Jeffrey Alexander vorzugreifen, „gehen und sprechen“ (walk and talk), um zur Entfaltung zu kommen (Alexander 2004, 530). Kurzum: Zu einer vollständigen Beschreibung und Erklärung politischer Kompromisse braucht es also das Dreieck zwischen dem Konzept des Kulturellen Kompromisses, der sozialen Performance und den Narrativen als Hintergrundfolie und Manifestation des erreichten Kompromisses.

1.4.1 *Kultursoziologie*

Damit ergibt sich für die Kultursoziologie vor allem die Konsequenz, Abschied von essentialistischen Kulturkonzepten zu nehmen, die kulturelle Unterschiede so hoch bewerten, dass Anschluss hier unmöglich scheint. Deutung ist keine Frage allein kategorialer Zuschreibung, sondern eher eine Frage von Relationierung. Die Deutung eines Ereignisses ergibt sich nicht aus dem Ereignis selbst, sondern erst im Zusammenhang eines Prozesses. Gerade durch die Möglichkeiten für Individuen, Prozesse auf unterschiedliche Arten und Weisen zu verarbeiten und zu berichten, ergeben sich

Anschlussmöglichkeiten oder auch Sackgassen. Kultur wird dann strukturalistisch gesehen zu einem Modus der Konfrontation oder zu einem Modus der Konziliation, da Deutungen eben nur als Deutungsstrukturen zu begreifen sind, die verknüpft werden können oder eben nicht. Festzuhalten ist auch, dass ein parlamentarischer Prozess zwar in gewissen Grenzen vorausgesagt werden kann, gleichwohl ist die Kontingenz von Performances als sozialer Handlung nicht zu vernachlässigen. Denn ob ein Redebeitrag als flammende Verteidigung des europäischen Sozialmodells oder als Beispiel für allgemeinen Protektionismus angesehen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie das Publikum die Performance mit den eigenen Deutungsstrukturen verknüpfen kann und will. Die Frage, ob Individuen oder Strukturen letztlich entscheidend sind, wird in dieser Arbeit jedenfalls keine Antwort finden.

1.4.2 *Europäisches Parlament*

Für die Forschung zum Europäischen Parlament wiederum ergeben sich ähnliche Konsequenzen: Zum einen sprechen die Ergebnisse eindeutig gegen den Versuch, allgemeingültige Modelle nationaler oder ideologischer Trennlinien aufzustellen. Zu sehr scheinen die Mechanismen der Mehrheitsbildung vom jeweiligen Themenbereich abzuhängen, wie es bei Viviani bereits deutlich wird. Zum anderen kann die Rekonstruktion von Entscheidungsprozessen durch die Beteiligten dabei helfen, ein besseres Verständnis eben dieser Prozesse über die Konstatierung von institutionellen Rahmenbedingungen hinaus zu entwickeln. Auch hier stellt sich in der Forschung die Frage, ob die Lösung eines Konflikts eher von Strukturen oder von Individuen abhängt. Die Antwort dieser Arbeit ist eine beherzte Mittelposition, die der Realität des EP (und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch der Realität der Europäischen Union) näher kommt als Modelle mit Allgemeingültigkeitsanspruch.

1.5 ÜBERBLICK ÜBER DIE GLIEDERUNG

Der Rest der Arbeit ist wie folgt strukturiert: Kapitel 2 spannt den theoretischen Bogen vom kulturtheoretischen Ansatz über Begriffe für soziale Handlung wie Praxis und Performance hin zur Verbindung der zentralen Konzepte dieser Arbeit: Kultureller Kompro-

miss, Soziale Performance, Narrative Grenzen und Brückenelemente. Dabei gilt es zu zeigen, dass der hier vorgeschlagene Weg einen Mittelweg zwischen existierenden kulturtheoretischen Handlungsbegriffen wählt, bei dem sowohl der Kultur als auch den handelnden Individuen eine relative Autonomie voneinander zugestanden werden. Kapitel 3 führt dann mit einem historischen Überblick zur Entwicklung des Europäischen Parlaments in das Thema der empirischen Untersuchung ein und verknüpft den Stand der Forschung mit der Formulierung von Annahmen über Narrative und Skripte, die dem Handeln im Europäischen Parlament zugrunde liegen. In Kapitel 4 werden auf der Grundlage der vorherigen Kapitel die Methode diskutiert, die Datenbasis erläutert und Erwartungen an das empirische Material formuliert. Die Kapitel 5 bis 7 präsentieren die Ergebnisse der Auswertung der Interviews anhand der zuvor erarbeiteten Maße zur Bewertung des Materials. Jedes der empirischen Kapitel wird von einem kurzen Zwischenfazit zum jeweiligen Fall abgeschlossen, wohingegen Kapitel 8 die drei Fälle miteinander vergleicht, wobei deutlich wird, wie die thematischen Unterschiede sich auf die Differenzen in den Verläufen der Geschichten auswirken. Kapitel 9 schließlich gibt einen Ausblick und führt noch einmal die Hauptaussagen gebündelt zusammen. Zu Beginn aber steht die Aufgabe, die soeben formulierte theoretische These zu begründen und zu stützen, indem sie in den weiteren Kontext kultursoziologischer Handlungstheorien eingeordnet wird.

THEORETISCHE GRUNDLAGEN

2.1 DIE ERKLÄRUNGSKRAFT DER KULTUR

Die im ersten Kapitel implizit formulierte Kritik an den bestehenden Erklärungen für Einigungen im Europäischen Parlament besteht darin, dass sie das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses über Randbedingungen voraussagen, ohne auf den Verlauf des Prozesses einzugehen. Eben diese theoretische Lücke möchte das folgende Kapitel füllen, indem versucht wird, parlamentarisches Handeln über die Begriffe des Kulturellen Kompromisses, der Sozialen Performance und der Narrativen Anschlussmöglichkeit zu konzeptionalisieren. Um deutlich zu machen, was damit gemeint ist, wird ein Vorgehen in fünf Schritten vorgeschlagen: Zunächst wird der Vorteil eines kultursoziologischen Handlungskonzeptes gegenüber klassischen, zweck- und normorientierten Handlungsbegriffen diskutiert, um ihn im folgenden Schritt genauer zu definieren. Dazu wird der hier angewandte Begriff in ein Kontinuum zwischen den Polen des Strukturalismus und der Phänomenologie eingeordnet, die jeweils der Kultur gegenüber dem Handeln mehr oder weniger Autonomie zugestehen. Im dritten Schritt wird der Begriff der Sozialen Performance als Verortung der Kultur in der Handlung vorgestellt, mit anderen praxeologischen Ansätzen verglichen und in den Zusammenhang der Diskussion um politische Kultur gestellt. Danach wird in einem vierten Schritt das Konzept des Kulturellen Kompromisses erläutert, das die Grundlage für eine Verbindung zwischen Performance und politischen Kompromissen bildet, um vor diesem Hintergrund die Vorteile des Alexanderschen Performance-Begriffs gegenüber anderen dramaturgischen Ansätzen in der Soziologie zu diskutieren. Schließlich wird der letzte Baustein des Modells, das Konzept der Narrativen Brückenelemente zur Verständigung zwischen sozialen Gruppen, eingeführt, um die theoretische These erneut formulieren zu können. Auf dieser Ausgangsbasis kann dann die Frage, was ein Kompromiss ist, neu definiert werden, um den Grundstein für die empirische Arbeit zu legen.

2.1.1 *Culture in action* oder: Warum Kultur für Handlung wichtig ist

Soziales Handeln wird in dieser Arbeit im Sinne Max Webers definiert als „... solches Handeln [...], welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist“ (Weber 1984, 19, Hervorhebung im Original). Sinn ist hier gemeint als „subjektiver“ Sinn (ebd.), das heißt, Deutung durch die Handelnden ist grundlegend für die Handlung. Für die Beobachtung von Handeln und damit auch die Theorieentwicklung heißt das, wie Hartmut Esser es etwa formuliert, dass „die Erklärungsmodelle der Soziologie [...] nicht nur die Kategorien eines externen Beobachters enthalten [dürfen], sondern [sie] *müssen* von den *subjektiven* Erwartungen und Bewertungen der Akteure ausgehen“ (Esser 1993, 83, Hervorhebung im Original).

Handlungstheorien haben dieses „handlungskonstitutive Sinn-element“ (Reckwitz 2004, 306) immer berücksichtigt, aber in ihrer Entwicklung wurde die Definition dieses Elements verändert. Während das rationale Handlungsmodell, paradigmatisch bezeichnet als der homo oeconomicus und auf den Theorietraditionen der schottischen Moralphilosophen des 18. Jahrhunderts aufbauend, den individuellen Zweck und Nutzen bzw. das Eigeninteresse als Sinnelement der Handlung bezeichnet, wurde in der soziologischen Theorietradition vor allem das Paradigma des homo sociologicus vertreten in der Tradition von Émile Durkheim und Talcott Parsons. In dieser Denkrichtung wurde Zweck und Interesse ersetzt durch Normen und Werte, die nicht nur handlungskonstitutiv, sondern auch gesellschaftsintegrativ wirken (vgl. ebd.).

Nach Reckwitz hat sich in der Folge gegenüber diesen beiden Strategien der Handlungserklärung eine dritte Form etabliert, die er als kulturtheoretische Handlungserklärung bezeichnet (Reckwitz 2000). Grundlegend ist hierbei, dass Interesse und Zweck ebenso wie Werte und Normen eingebettet sind in kulturelle Deutungsschemata, die das Geschehen der Welt für die Akteure sinnvoll ordnen und ihnen dabei helfen, die Goffmansche Frage zu beantworten: Was geht hier eigentlich vor? Dieser kulturtheoretische Zugang, der Kultur nicht wie in früheren Theorietraditionen als Epiphänomen, sondern als konstitutiven Teil jeglicher Handlungserklärung sieht, hat im Zuge des „cultural turn“ in den Sozialwissenschaften (Alexander 1988) zunehmend an Gewicht gewonnen.

ZWECK ALS SINNELEMENT SOZIALEN HANDELNS Handeln wird in der ersten dieser Traditionen unter Rückgriff auf die individuelle Nutzenmaximierung erklärt, die von der Mikro- auf die Makroebene durch die Transformationsregel des Aggregats gehoben wird (vgl. Esser 1993). George Homans etwa erklärt Interaktion zwischen alter und ego damit, dass beide sich Belohnungen von dieser Interaktion versprechen. Bleiben die Belohnungen aus oder verliert die Belohnung an Wert, da sie zu häufig vergeben wird, so wird auch die Interaktion abgebrochen (vgl. Homans 1972). Homans gilt mithin als Begründer der Rational-Choice-Theorie, da alter und ego in seinem Modell ein bestimmtes Interesse, die Belohnung, verfolgen und die Chancen, in einer Interaktion belohnt zu werden, berechnen, um den Nutzen, also die Steigerung des eigenen Interesses, zu maximieren.

Kritik wird an diesem Modell von unterschiedlichen Seiten geübt, obwohl die Eleganz und Attraktivität einer alles erklärenden Regel unbestreitbar ist. Zunächst ist es die historisch spezifizierbare, aber nur schwer zu verallgemeinernde Grundregel des Strebens nach Nutzenmaximierung (zur Kritik vgl. etwa Tilly 2002, 33, oder Wimmer 2005, 11 f., allgemein Reckwitz 2004, 6 f.). Es gilt dann, Annahmen über Nutzen eines jeden Akteurs zu tätigen, wie im Fall von Abgeordneten der alles überragende Nutzen der eigenen Wiederwahl (etwa Scully 2005). Diese Annahme ist selbst schon heroisch genug, denn warum sollten alle Abgeordneten nur ihre Wiederwahl im Auge haben und nicht etwa die Durchsetzung einer bestimmten Politik aus moralischen Gründen. Aber selbst wenn die Annahme akzeptiert wird – schließlich ist die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele auch die Repräsentation einer Interessengruppe und dient somit der eigenen Wiederwahl – so scheint ein Nutzen wie die eigene Wiederwahl angesichts der vielen verschiedenen Faktoren, die auf diesen geplanten Vorgang Einfluss haben können, doch ausgesprochen schwierig zu berechnen zu sein. Wahlrecht, Art und Weise der Kandidatenominierung, Sichtbarkeit der parlamentarischen Handlungen für die eigene Wählerschaft und schließlich vor allem im europäischen Fall der komplizierte Zusammenhang zwischen nationalen politischen Stimmungslagen und den Wahlen zum Europäischen Parlament – all diese Faktoren machen die Berechnung des eigenen Nutzens zu einem sehr kom-

plizierten Unterfangen.¹ Damit soll nicht behauptet werden, dass Abgeordnete nicht zweckorientiert handeln, aber es wird die allgemeine Gültigkeit von a priori definierten Zielen sozialen Handelns deutlich in Frage gestellt.

NORM ALS SINNELEMENT SOZIALEN HANDELNS Talcott Parsons als Vertreter des Paradigmas des homo sociologicus kritisiert das Modell des homo oeconomicus aber auch auf einer anderen Ebene (vgl. Reckwitz 2004, 305 f.). Die Frage, die Parsons – und letztlich auch Emile Durkheim – beantworten wollen, ist nicht, warum eine Person in einer bestimmten Art und Weise handelt, sondern wie die sozialen Beziehungen geordnet sind und wie eine kollektive Handlungskoordination möglich ist, um die Integration einer Gruppe zu sichern. Es geht also mehr um Ordnung als um konkrete Handlung. Somit wird auch klarer, was gemeint ist, wenn im Paradigma des homo sociologicus das handlungskonstitutive Sinnelement nicht der Zweck, sondern die Norm wird, die Konkretisierung der Werte, um die sich eine Gruppe schart. Die Handlungserklärung hat nun die Aufgabe, „nicht mehr eine bloße Erklärung individuellen Handelns, sondern eine Erklärung der Kollektivität von Handlungsmustern im Sinne einer Erklärung intersubjektiver Handlungskoordination [zu] liefern“ (ebd., 309).

Damit spricht Parsons der Kultur – oder, wie sie in seinem AGIL-Schema sozialer Handlung heißt, dem System latenter Strukturhaltung, kurz: dem kulturellen System – eine besondere Rolle zu: „[...] systems of value standards (criteria of selection) and other patterns of culture, when institutionalized in social systems and internalized in personality systems, guide the actor with respect to both the orientation to ends and the normative regulation of means and of expressive activities, whenever the need-dispositions of the actor allow choices in these matters“ (Parsons/Shils 1990, 40). Obwohl in dieser Formulierung auch andere „patterns of culture“ von Gewicht sind, geht es Parsons vornehmlich um Werte bzw. Wertorientierungen, die Handelnde dazu bringen, bestimmte Normen zu befolgen: „Value-orientation refers to those aspects of the actor’s

¹ Wie Forschungsarbeiten aus ganz anderen Bereichen sozialen Handelns zeigen, sind es vor allem empirische Beobachtungen darüber, dass Handelnde Normen und Werte wie Fairness höher wertschätzen als die Maximierung des eigenen Vorteils, die das zweckrationale Handlungsmodell in Erklärungsnot bringen (vgl. etwa Henrich et al. 2001).

orientation which commit him to the observance of certain norms, standards, criteria of selection, whenever he is in a contingent situation which allows and requires him to make a choice" (ebd.). Gesellschaften werden also durch gemeinsam geteilte Werte zusammengehalten, durch sie wird ihre Struktur erhalten, denn sie geben die normativen Orientierungen vor, innerhalb derer Handlungen stattfinden (vgl. Alexander 1990, vgl. auch Münch 1999).

Mit dieser Konzeption von Kultur lehnt der funktionalistische Ansatz zwar eine materialistische Position im Sinne einer Determinierung von Kultur durch ökonomische Verhältnisse ab, denn soziale Handlungen haben aus dieser Perspektive immer kulturelle Referenten. Aber mit dem Fokus auf die Integration durch gemeinsame Werte wird eine offene Flanke des Parsonschen Kulturbegriffs und damit auch des normorientierten Handlungsbegriffs deutlich: Zum einen ist kulturelle Variation innerhalb einer Gesellschaft oder auch nur einer Gruppe nur schwer mit einer Integration durch Werte zu vereinen, was in den Worten von Margaret Archer den „myth of cultural integration“ (Archer 1985) begründet.² Zum anderen aber werden gemeinsame Werte innerhalb einer Gesellschaft vorausgesetzt, ohne dabei in Betracht zu ziehen, dass zum Beispiel Strukturen wie die soziale Ungleichheit den Handelnden unterschiedliche Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, Werte zu realisieren und Ziele zu erreichen (vgl. dazu etwa die Kritik Ann Swidlers (1986) am Parsonschen Kulturbegriff).

WISSENSORDNUNGEN ALS SINNELEMENT SOZIALEN HANDELNS Dazu kommt aber eine weitere Kritik aus der kulturtheoretischen Perspektive. Entscheidend ist hierbei, dass in Abgrenzung zu gemeinsamen Werten und Normen die Wahrnehmungen und das Wissen der Handelnden in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken und das Sinnelement sozialen Handelns eben nicht mehr aus „Zweck“ oder „Norm“ besteht, sondern aus Wissensord-

² Die Kritik an einem Modell kultureller Integration bezieht sich aber nicht nur auf Parsons, sondern generell auf Kulturbegriffe, die Gesellschaft mit Kultur gleichsetzen und so von einer kulturellen Gleichförmigkeit ausgehen. Dieser vor allem in der Anthropologie propagierte Kulturbegriff, auf den später im Zusammenhang mit Victor Turner noch zurückgekommen wird, wurde weitgehend von einem bedeutungs- und wissensorientierten Begriff abgelöst (vgl. Moebius 2009, 5 ff.), dennoch findet er in Debatten über Nationalkulturen ebenso Wiederhall (Inkeles 1997, Huntington 1993) wie er in der Forschung nach gemeinsamen Werten in der Europäischen Union (vgl. etwa Gerhards 2005) anklingt.

nungen und kulturellen Codes (vgl. Moebius 2009, 18). Diese kulturtheoretische Perspektive wurde unter anderem durch den „interpretative approach“ der nordamerikanischen Mikrosoziologie um Harold Garfinkel oder Erving Goffman vertreten. Spätestens seit dem so genannten „cultural turn“ (Alexander 1988) in den Sozialwissenschaften kann die kulturtheoretische Perspektive aber auch als einer der bestimmenden Perspektiven auf soziales Handeln gesehen werden. Dabei sind die kulturtheoretischen Ansätze sehr disparat untereinander und richten das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Aspekte der Wissensordnungen und Codes.³ Gleichwohl verbindet sie alle eine gemeinsame Antwort darauf, was soziales Handeln ausmacht, und zwar – in Anlehnung an Goffman – die Definition dessen, was hier eigentlich vorgeht (Goffman 1974). Statt übersoziale Normen als Sollens-Regeln für soziales Handeln vorauszusetzen, wird in der kulturtheoretischen Perspektive die Wahrnehmung der Welt durch die Individuen der Definition von Normen quasi vorgeschaltet. Denn tatsächlich ist eine offene Frage im Paradigma des homo sociologicus, woher die Normen kommen, die das soziale Handeln regeln. Gerade hier setzen kulturtheoretische Ansätze an, indem sie die Genese sozialer Normen auf die Wahrnehmung der Welt durch die sozial Handelnden zurückführen.

Wenn die drei Modi der Handlungserklärung miteinander verglichen werden, so können sie auf unterschiedlichen Ebenen des Handlungsbegriffs angesiedelt werden (vgl. Reckwitz 2000, 143). Die zweckorientierte Erklärung steht dabei auf der obersten Ebene und nennt Zwecke wie die Maximierung des Eigennutzes universal. Die normorientierte Erklärung dagegen macht deutlich, dass diese Definition von Zwecken und Zielen abhängig ist von steuernden Normen, deren Nicht-Befolgung sanktioniert wird. Die kulturtheoretische Perspektive schließlich setzt noch weiter unten an und versucht die Entstehung und Reproduktion sowohl von Normen als auch von Zielen und Zwecken zu erklären.

In diesem Sinn wird dann auch deutlich, warum die kulturtheoretische Perspektive für die Erklärung von politischem Handeln

³ Eine systematische Aufarbeitung kulturtheoretischer Ansätze liefert Reckwitz (2000) in seinem Werk über die Transformation der Kulturtheorien. Aber auch in Überblicksarbeiten zur Kultursoziologie wie denen von Moebius (2009), Junge (2009) oder Alexander/Seidman (1990) wird schnell deutlich, dass die Kulturtheorien nicht viel gemeinsam haben, außer ihrer Betonung der Wissensordnungen.

sinnvoll ist: Kultur definiert die Interessen, die politische Akteure verfolgen (Ross 1999) und die Normen politischen Handelns (vgl. hierzu etwa Mayntz/Neidhardt 1989). Damit ist auch klar, dass die kulturtheoretische Perspektive nicht etwa einen intentionalen Handlungsbegriff ablehnt. Dass Akteure Ziele verfolgen (können), wird nicht an Abrede gestellt. Vielmehr geht es darum, die Intentionen als kulturelle Muster zu entschlüsseln und so vom einzelnen Individuum zu lösen. Denn Wissensordnungen sind eben nicht individuell zu begreifen (ansonsten droht die Erklärung auf einer Mikro-Ebene festzustehen), sondern gelten als kollektive Wissensmuster, die kollektive Handlungen ermöglichen und implizit regeln. Normen sind also Teil der Wissensordnungen, sie sind aber eben nicht die ganze Kultur, was letztlich der Fehlschluss des strukturfunktionalistischen Ansatzes war.

2.2 DER HANDLUNGSBEGRIFF DER KULTURTHEORIEN

Die kulturtheoretische Erklärungsstrategie ist jedoch keineswegs einheitlich zu verstehen, sondern beruht auf teilweise gegenläufigen Verständnissen dessen, wie Kultur und Handlung in Beziehung zueinander stehen.⁴ Auf der einen Seite steht dabei der phänomenologisch-interpretative Zugang zur sozialen Realität, der sich auf die Annahme stützt, dass eben diese Realität nur durch die interpretative Leistung der Individuen erfahrbar ist. Dadurch wird Kultur oder Deutung zu einer Leistung des Subjekts, überindivi-

4 Hier wird auf eine Unterteilung zwischen phänomenologisch-interpretativen Zugängen und strukturalistischen Zugängen von Andreas Reckwitz (2000) zurückgegriffen, die er im Zuge seiner These zur Transformation und Konvergenz der Kulturtheorien entwickelt. Reckwitz spricht hier von einem Unterschied zwischen Subjektivismus und Objektivismus in Anlehnung an die Frage, wie Kultur erfahrbar ist. Jeffrey Alexander (1990) fasst den Unterschied etwas anders und allgemeiner auf Sozialtheorien bezogen, indem er unterscheidet zwischen mechanistischen Ansätzen, nach denen soziale Strukturen vornehmlich für kulturelle Deutungsmuster verantwortlich zeichnen und kulturellen Ansätzen, die wiederum individuelle Erfahrung und Deutung zur Grundlage ihrer Sozialanalyse machen. In dieser Unterscheidung ist die Autonomie der Kultur im strukturalistischen Programm am höchsten und besonders niedrig in der marxistischen Tradition. Da Alexander aber in dieser Darstellung nur bedingt Bezug auf den Handlungsbegriff nimmt, scheint uns die Unterteilung von Andreas Reckwitz wesentlich nützlicher und auf den Punkt gebracht. Dennoch wollen wir von Alexander den Begriff der relativen Autonomie der Kultur übernehmen, da er das Konzept einer überindividuellen Kultur deutlich macht.

duelle oder kollektive Kultur ist mit dieser Sicht nur sehr schwer zu begründen.⁵

Auf der anderen Seite wiederum steht mit dem strukturalistischen Ansatz in der Tradition der Semiotik Ferdinand de Saussures ein Verständnis von Kultur als außerindividuelle Realität, als Netzwerk von Bedeutungen, das Individuen nur schwer verändern können, da die Bedeutungen sich allein aus den Beziehungen der Elemente des Netzwerkes zueinander ergeben. Beide Pole bilden Extrempositionen der Kulturtheorien, die im folgenden kurz dargestellt werden sollen, um die vorteilhafte Position des hier verfolgten Ansatzes deutlich zu machen.

2.2.1 *Handlung zwischen Phänomenologie...*

Die phänomenologisch-interpretative Tradition geht in den Sozialwissenschaften vor allem auf Alfred Schütz und seinen *sinnhaften Aufbau der Welt* (Schütz 1974) zurück. Die zentrale Komponente des Kulturbegriffs und damit auch der Erklärung sozialen Handelns liegt dabei in den Erfahrungen des Individuums. Es ist wichtig, Schütz' Ansatz auch im Hinblick auf seine Kritik an naturwissenschaftlichen Methoden in den Sozialwissenschaften zu verstehen. Soziale Interaktion, so Schütz, lässt sich nur erklären, wenn die subjektive Perspektive des Individuums nachvollzogen und in ihrer Sinnhaftigkeit verstanden wird. Dabei soll für die Forschung und Erklärung die folgende Frage beantwortet werden: „Was bedeutet diese Sozialwelt für den beobachteten Handelnden in der Sozialwelt, welchen Sinn verbindet er mit seinem Handeln?“ (Schütz 1977). Demgegenüber versuche eine objektive Sozialwissenschaft nur eine bloße Rekonstruktion sozialer Interaktion nach den Beobachtungs- und Bewertungsschemata des Beobachters. Die subjektive Sinnwelt des Handelnden wird in der phänomenologischen Perspektive daraus gewonnen, dass vergangene Erfahrungen mit aktuellen Ereignissen verglichen werden; Erfahrungen und Erinnerungen ergeben also den sinnhaften Hintergrund für Sinnzuschrei-

⁵ Natürlich ist diese Formulierung zugespitzt, da es sehr wohl den Begriff kollektives Deutungsmuster in der phänomenologischen Tradition gibt (Schütz 1974). Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Fokus der Analyse auf dem Subjekt liegt und dass aus dieser Grundhaltung eine Existenz kollektiver Interpretationen nur schwer durchzuhalten ist. Wie wir später bei Erving Goffman sehen werden, bleibt diese Frage nicht restlos geklärt (vgl. Kap. 2.6.3.).

bungen in der Gegenwart (vgl. dazu Reckwitz 2000, 374). Sie fungieren als „Deutungsmuster“: „Deutung ist dann nichts anderes als Rückführung [...] von in Zuwendungen Erfasstem auf Schemata der Erfahrung“ (Schütz 1974, 112).

Die phänomenologische Perspektive in der spezifischen Art Alfred Schütz' verfolgt eine Art Radikalisierung des Subjekts. Für eine kulturwissenschaftliche Erklärung birgt dieser Ansatz zwar den Anstoß, die Perspektive der Handelnden ernst zu nehmen, aber es ergeben sich Probleme bei der Erklärung von Handlungskoordination in Gruppen (Reckwitz 2000, 390 ff). Denn in dieser radikalen Version erscheint es nur dann möglich, dass Individuen über gleichförmige Deutungsmuster verfügen, wenn sie exakt denselben Erfahrungsschatz haben. Dann aber erscheint auch Verständigung über Auslegungen besonders schwierig, es sei denn, persönliche Erfahrungen werden erweitert durch berichtete Erfahrungen, durch Erzählungen anderer Individuen. Geteilte Deutungsmuster können, wenn die subjektivistische Perspektive konsequent weiter gedacht wird, nur als die *subjektive Vorstellung* dieser Gemeinsamkeit gelten. Dann aber wird die Erklärung von der Permanenz bestimmter kultureller Muster schwierig und es stellt sich das ein, was Alexander (1988) das „individualistische Dilemma“ der interpretativen Sozialwissenschaft bezeichnet: Die subjektive Perspektive erlaubt keinen Blick über das Subjekt hinaus und damit auch keinen Einblick in intersubjektive oder kollektiv geteilte Deutungsmuster.

Schütz' Perspektive aber muss nicht so konsequent zu Ende gedacht werden, sondern ähnlich wie bei Peter Berger und Thomas Luckmann oder auch bei Erving Goffman – die sich alle auf Schütz beziehen –, kann die Annahme gelten, dass intersubjektiv geteilte Deutungs- und Handlungsmuster durch „wechselwirkende Interaktionsmuster“ (Moebius 2009, 101) produziert werden und dass „die daraus entstandenen Institutionen und Vorstellungsschemata sich durch permanente Wiederholungen zu 'natürlichen Fakten' sedimentieren“ (ebd.). Der Mensch schafft im Sinne des Simmelschen Kulturbegriffs (Simmel 1919, vgl. auch Junge 2009) kulturelle Produkte, die ihm gegenüber ein Eigenleben, eine gewisse Autonomie entwickeln. Dazu gehören dann eben auch Deutungsmuster, die kollektiv verfügbar werden.

Trotz dieser Kritik an der zu starken Fokussierung auf das Subjekt bzw. auf die Negierung jeglicher Autonomie kultureller Struk-

turen von subjektiven Sichtweisen bleibt die phänomenologische Perspektive für jeglichen kulturtheoretischen Zugang zu sozialem Handeln besonders wichtig. Denn durch sie wurde der Grundstein dafür gelegt, was Berger und Luckmann später die „Soziale Konstruktion der Wirklichkeit“ genannt haben (Berger/Luckmann 1987 [1969]). Wie soziale Realität in einem bestimmten Forschungsfeld beschaffen ist, vor allem aber warum bestimmte Prozesse so ablaufen wie sie ablaufen, kann nicht einfach objektiv beschrieben werden, ohne die spezifischen Deutungsmuster der Akteure in diesem Feld mit einzubeziehen. Was das genau heißt, wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels, mehr aber noch in den methodischen Überlegungen in Kapitel 4 deutlich werden. Zunächst aber noch zur anderen Seite des kulturtheoretischen Kontinuums.

2.2.2 ... und Strukturalismus

Auf dieser anderen Seite des Spektrums wird die Kollektivität von Deutungsmustern vorausgesetzt und damit zum Ausgangspunkt der Analyse. Die grundsätzliche Idee des Strukturalismus von Claude Lévi-Strauss ist, dass kulturelle Strukturen nicht nur die analytische Umgebung von Handeln darstellen, sondern diese Strukturen geben den Handelnden auch vor, was gut und schlecht, was erwünscht und verboten, kurz: was als legitime Handlung gilt und was nicht. In diesem Sinn ist Handlung immer auch Ausdruck von kulturellen Unterscheidungen (vgl. Reckwitz 2000, 209). Lévi-Strauss vergleicht im Rückgriff auf Ferdinand de Saussure (2001 [1931]) kulturelle Strukturen mit den Strukturen der Sprache, deren Zeichen durch ihre Beziehung zueinander ihre Bedeutung erfahren. Das heißt, dass sprachliche Zeichen nicht etwa per se eine Bedeutung haben, sondern erst durch ihre Beziehung zu anderen Zeichen ihre spezifische Bedeutung erhalten: „... die kognitive Erfassung der Welt [scheint] wenigstens zum Teil überhaupt erst dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein differenzierender Zeichen geschuldet, [es] scheinen [...] mithin die Zeichen zu sein, die unsere Wahrnehmung der Umwelt in bestimmte Bahnen leiten“ (Reinhardt 2008, 44).

Dadurch, dass Bedeutung also durch Differenzierung von Zeichen generiert wird, entzieht sie sich auch dem sprechenden Subjekt. Sprache ist dann nicht mehr individuell, sondern überindi-

viduell und dem Bewusstsein des sprechenden Akteurs weitgehend entzogen (ebd., vgl. ebenso Moebius 2009, 89). Dieses Modell überträgt Lévi-Strauss nun auf kulturelle Strukturen wie Verwandtschaftssysteme oder Mythen. Dabei sind „Verwandtschaftsbezeichnungen Bedeutungselemente, [...] sie bekommen ihre Bedeutung nur unter der Bedingung, dass sie sich in Systeme eingliedern; [...] die Verwandtschafterscheinungen sind in einer anderen Ordnung der Wirklichkeit Phänomene vom gleichen Typus wie die sprachlichen“ (Lévi-Strauss 1993, 46). Diese „unbewusste Infrastruktur“ (ebd., 45) bildet demnach den Grund, auf dem Handelnde sich bewegen.

Das heißt für konkretes Handeln nicht, dass auf der Grundlage von bestimmten Codierungen nur eine *richtige* Handlung möglich ist. Tatsächlich geht auch Lévi-Strauss von einer Vielzahl von Variationen im Handeln aus (Reckwitz 2000, 223), die aber alle dasselbe kulturelle Schema reproduzieren: [...] „Die symbolischen Ordnungen haben [...] eine überhistorische Existenz, die den verschiedensten ‘historischen’ Ereignissen zugrunde liegt. Die bewussten Handlungsakte verändern diese übersubjektiven Strukturen – mag es den Subjekten selbst auch so vorkommen – hingegen nicht“ (Reckwitz 2000, 227). Wichtig ist demnach für die strukturalistische Variante der kulturtheoretischen Perspektive, dass Handlung immer durch die übersubjektiven kulturellen Codes vorstrukturiert ist und das Individuum nur innerhalb der bestehenden Codes ein Maß an Autonomie genießt, diese jedoch nicht verändern kann.

Die Kritik an Lévi-Strauss Grundgedanken der Unterscheidung zwischen einem unbewussten Set and Codes und den sie immer wieder umsetzenden Handlungssequenzen ist auch ganz besonders von Autoren geübt worden, die sich ausdrücklich durch den Strukturalismus beeinflusst sehen wie etwa Anthony Giddens und Pierre Bourdieu (Moebius 2009). Dabei wird vor allem ein Aspekt kritisiert, und zwar die Frage der konkreten Umsetzung der kulturellen Codes durch die „unter Handlungsdruck stehenden Akteure“ (Reckwitz 2000, 233). Genauer zielt die Frage darauf ab, wie sich Codes in der Analyse rekonstruieren lassen, wenn sie den Beteiligten unbewusst sind (Bourdieu 1972, 151 ff., Giddens 1987, 73 ff.). Auf einer generelleren Ebene stellt sich dann die Frage, wie eine kulturtheoretische Handlungserklärung noch funktionieren kann, wenn Bedeutung von der subjektiven Sinnzuschreibung abgekoppelt wird, da sie ‘unbewusste Infrastruktur’ ist. Es scheint,

als seien die handelnden Subjekte dann nichts weiter als die kulturelle Struktur ausführende Instrumente, wobei situations- oder interaktionsbedingte Handlungen konsequenterweise ausgeblendet werden müssen.⁶

Festzuhalten bleibt aber erstens, dass Lévi-Strauss und mithin die gesamte strukturalistische Perspektive den Blick eben über das Subjekt selbst hinaus lenkt und eine „Dezentrierung des Subjekts“ (Giddens 1987) betreibt. Dadurch wird es möglich, über kollektive Wissensordnungen nachzudenken, die mit einem subjektivistischen Erklärungsansatz wie etwa dem von Alfred Schütz und auch mit einer klassischen Handlungstheorie nach der Zweckorientierung nicht zu erfassen sind (Reckwitz 2000, 230). Es scheint, dass diese kollektiven Wissensordnungen über mehr Autonomie verfügen als das „unter Handlungsdruck stehende“ Subjekt ihnen zugestehen kann. Zweitens hebt die strukturalistische Tradition hervor, dass innerhalb der Strukturen einzelne Elemente nur durch ihre Beziehung zu anderen Elementen eine Bedeutung erhalten (vgl. Alexander/Smith 2002).⁷ Das heißt, dass bestimmte Elemente in einer Deutungsstruktur zueinander gegensätzlich oder homolog sind. Alexander und Smith machen dies etwa deutlich daran, dass sie im Diskurs der US-amerikanischen Zivilgesellschaft einen demokratischen Code ausmachen, der seinen Gegensatz durch einen undemokratischen Code erfährt. Dabei sind zum Beispiel Offenheit und Transparenz als Elemente des demokratischen Codes zueinander homolog, während Geheimnis und Berechnung ebenso zuein-

6 vgl. die Kritik zum Strukturalismus de Saussures bei Alexander (1990, 9).

7 Im klassischen Fall der Semiotik wird dies immer deutlich gemacht durch die Beziehung zwischen dem Bezeichneten (signifié) und dem Bezeichnenden (signifiant) (vgl. Saussure 2001 [1931]). Ein Pferd ist zunächst einmal einfach nur ein belebter Gegenstand, es wird zu einem Pferd erst durch unsere sprachliche Bezeichnung Pferd und dadurch, dass es eben keine Kuh ist. Auf die hier verfolgte Fragestellung bezogen heißt das, dass etwa ein/e Abgeordnete/r eines Parlaments in den seltensten Fällen ohne seine/ihre Fraktionszugehörigkeit erwähnt wird, etwa in Presseberichten oder anderen Diskursformen. Erst durch den Zusatz „Abgeordnete der sozialistischen Fraktion“ werden bestimmte Assoziationsketten in Gang gesetzt, die diesem Ausdruck eine klare Bedeutung zuweisen. Gleiches aber gilt ebenso für die Beziehung von signifiants untereinander. Der Ausdruck „Abgeordnete der sozialistischen Fraktion“ steht dabei im Gegensatz zum Ausdruck „Abgeordneter der konservativen Fraktion“. Das kulturelle Schema, das in der Beschreibung von Gruppenzugehörigkeiten in einem Parlament zum Tragen kommt, unterscheidet generell zwischen sozialistisch und konservativ, wenngleich es durchaus denkbar ist, dass Sozialisten mindestens ebenso konservativ sein können wie Konservative und umgekehrt.

ander homolog wie zu den beiden anderen Elementen gegensätzlich sind. Im Fall von politischen Streitthemen etwa kann dieser Aspekt kultureller Strukturen bestimmte Lösungswege verbauen, indem zwei miteinander verhandelnde Gruppen ein Thema derart interpretieren, dass ihre jeweiligen Interpretationen einander antagonistisch gegenüber stehen. Was genau damit gemeint ist, soll später deutlich werden, für den Moment genügt der Hinweis, dass kulturelle Strukturen Gegensatzpaare wie Homologien bilden, die von handelnden Subjekten zunächst einmal nur wenig kontrolliert werden können.

Mit der Frage nach der relativen Autonomie der Kultur gegenüber handelnden Subjekten ist dann auch die Frage angesprochen, inwieweit Kultur von sozialen Strukturen und Institutionen abhängig ist (vgl. Alexander 1990). Der Ansatz dieser Arbeit gesteht hierbei der Kultur eine „relative Autonomie“ gegenüber der sozialen Sphäre zu (vgl. Alexander 1990, vgl. aber auch Hall 1980). Darunter ist makrotheoretisch zu verstehen, dass zwar grundsätzlich die Annahme einer Eigendynamik kultureller Strukturen auch unabhängig von sozialen Bedingungen akzeptiert wird. Deutungsmuster oder Deutungsstrukturen existieren demnach auch intersubjektiv (etwa durch die Produktion durch Interaktionsbeziehungen) und können unabhängig von einzelnen Individuen fortbestehen. Gleichwohl sind dieser Unabhängigkeit insofern enge Grenzen gesetzt, als kulturelle Strukturen immer wieder der Bestätigung durch handelnde Subjekte oder durch soziale Strukturen bedürfen. Ihre Autonomie ist also nur relativ, oder, um eine Formulierung aus dem ersten Kapitel wieder aufzunehmen: Kultur schwebt nicht im freien Raum, sie muss von handelnden Akteuren umgesetzt werden, um als Deutung von anderen wahrgenommen zu werden. Einer Sicht auf Kultur als reiner Struktur geht der Blick auf den wesentlichen Bestandteil der Sozialität verloren, nämlich der sozialen Handlung.

Halten wir fest: Die kulturtheoretische Handlungstheorie setzt gegenüber den klassischen Ansätzen der Handlungserklärung auf eine kulturelle Einbettung von Handlung, ohne die weder Zwecke noch Normen als Erklärungen taugen können, denn ihr spezifischer Sinn geht ohne den Blick auf Kultur verloren. Innerhalb der kulturtheoretischen Ansätze wiederum breitet sich ein Kontinuum zwischen strukturalistischen und phänomenologischen Ansätzen aus, die sich im Hinblick auf diese Arbeit vor allem darin unterscheiden, wie viel Autonomie sie kulturellen Strukturen zuge-

stehen. Der Weg, der in den folgenden Kapiteln gegangen werden soll, versteht sich als Mittelweg zwischen diesen Polen des Kontinuums, indem kulturellen Strukturen eine Eigendynamik zugestanden wird, die jedoch auch darauf angewiesen ist, von handelnden Akteuren immer wieder neu bestätigt zu werden.

Für den empirischen Ansatz dieser Arbeit lässt sich gemäß dieser Mittelposition ebenso festhalten, dass von phänomenologisch-interpretativen Ansätzen die Einsicht übernommen wird, dass kulturelle Inhalte primär durch die Deutung von Individuen zu erschließen sind, während strukturalistischen Ansätzen insofern gefolgt wird, als eben diese kulturellen Inhalte und Deutungen in bestimmten Beziehungen zueinander stehen, welche dem Einfluss handelnder Individuen bis zu einem gewissen Grad entzogen sind. Zunächst aber muss es nun darum gehen, die Perspektive zu ändern von einer groben theoretischen Einordnung weg und hin zu einer konkreten Formulierung des theoretischen Ansatzes zu kommen, der hier vorgeschlagen wird.

2.3 KULTUR IN DER HANDLUNG – CULTURE IN ACTION

Mit den bisherigen Vorarbeiten werden sowohl der theoretische als auch der empirische Blick auf die Umsetzung kultureller Inhalte in konkrete Handlungen gelenkt. Dabei wird aber eben nicht davon ausgegangen, dass handelnde Akteure durch kulturelle Inhalte determiniert sind – eine solche Annahme würde der Kultur zuviel Autonomie zugestehen. Vielmehr beruht der Ansatz dieser Arbeit auf einem Konzept von ermöglichenden und beschränkenden Strukturen (Giddens 1984), oder, um es mit Andreas Reckwitz zu formulieren: „Kultur [...] als jener Komplex von Sinnsystemen oder – wie häufig formuliert wird – von 'symbolischen Ordnungen', mit denen sich die Handelnden ihre Wirklichkeit als bedeutungsvoll erschaffen und die in Form von Wissensordnungen ihr Handeln ermöglichen und einschränken“ (Reckwitz 2000, 84). Der handelnde Akteur verfügt aus dieser Perspektive nicht über eine, auch nicht über unendlich viele, aber dennoch über eine gewisse Anzahl von unterschiedlichen Handlungsoptionen, die ihm/ihr dabei helfen, eine Handlungsstrategie zu entwerfen.

2.3.1 *Kultur als Werkzeugkasten*

Gerade diese Einsicht ist der Ansatzpunkt für Ann Swidlers berühmte Formulierung von Kultur als Werkzeugkasten (Swidler 1986). Demnach können Individuen mehr oder weniger bewusst auf einen kulturellen Werkzeugkasten, auf ein Repertoire an Deutungsstrukturen und Handlungsschemata, zurückgreifen (vgl. Wimmer 1996, 407, vgl. ebenso Griswold 1992, für einen Überblick über Repertoiretheorien vgl. Silber 2003). Swidler bezieht vor allem Stellung gegenüber einem Konzept von Kultur als einheitlichem Wertsystem, also einem Parsonsen Kulturbegriff (vgl. 2.1.1.). Unter Verweis auf die Jugendlichen in benachteiligten Gebieten schreibt sie, dass diese zwar sehr wohl dieselben Werte haben können wie Jugendliche in Mittelschichtsvierteln, aber eben nicht über dieselben Mittel verfügen, diese Werte auch umzusetzen. Zu diesen Mitteln zählen sicherlich auch sozialstrukturelle Faktoren, wichtiger aber ist, dass bestimmte Handlungen gar nicht in Erwägung gezogen werden: „To adopt a line of conduct, one needs an image of the kind of world in which one is trying to act, a sense that one can read reasonably accurately (through one’s own feelings and through the responses of others) how one is doing, and a capacity to choose among alternative lines of action. [...] Action is not determined by one’s values. Rather action *and* values are organized to take advantage of cultural competences” (Swidler 1986, 275, Hervorhebung im Original). Mit anderen Worten ist das Umsetzen von Werten oder persönlichen Zielen darauf angewiesen, Vorbilder in selbst erlebten Handlungen zu haben oder sich auf Handlungen anderer beziehen zu können.

Diese möglichen Handlungen können dann von Akteuren zu „strategies of action“ zusammengefügt werden, die jedoch nicht vor Beginn der Handlung klar festgelegt sind. Tatsächlich müssen Akteure in der Lage sein, zu improvisieren, Handlungen im letzten Moment zu ändern, da sie sich – wie im oben zitierten Handlungsbegriff Max Webers – auf andere Akteure beziehen. Kultur hat dabei eine entscheidende Rolle, denn Kultur gibt die Möglichkeiten vor, die ein Akteur bei der Konstruktion von Handlungsstrategien hat: „A culture is not a unified system that pushes action in a consistent direction. Rather, it is more like a ‘tool kit’ or repertoire from which actors select differing pieces for constructing lines of action” (ebd., 277). Damit legt Swidler den Grundstein für

eine Handlungstheorie, die nicht von deduktiv erarbeiteten Werten auf die Handlung schließt und unterschiedliche Handlungen mit dem etwas blassen Verweis auf „kulturelle Unterschiede“ begründet, sondern Kultur als Möglichkeitsraum für Handlung interpretiert.

2.3.2 Bourdieu und der Praxissinn

In eine ähnliche Richtung deutet auch Pierre Bourdieu, dessen Konzeption von Habitus als einverlebte Kultur (Bourdieu 1979) und Handlungsanweisung ebenso wie Swidlers Idee kultureller Repertoires häufig als Praxistheorie bezeichnet wird (vgl. Reckwitz 2004, vgl. ebenso Hörning/Reuter 2004).⁸ Der Habitus ist für Bourdieu die Schnittstelle zwischen der Gesellschaftsstruktur und dem handelnden Individuum (vgl. Moebius 2009), denn er vermittelt klassen- bzw. milieuhängige kulturelle Strukturen, also „Deutungs-, Wahrnehmungs-, Verhaltens- und Bewertungsschemata“ (ebd.). Gleichwohl ist der Habitus für Bourdieu auch „strukturierende Struktur“, denn wesentlich stärker als Ann Swidler hebt Bourdieu hervor, dass der Habitus nicht ohne die handelnden Subjekte fortbestehen kann wie etwa die Strukturen im Sinne Lévi-Strauss'. Vielmehr sind es die Subjekte selbst, die Denk- und Verhaltensweisen und damit auch den strukturellen Hintergrund dieser reproduzieren.

Das heißt aber auch, dass der Habitus nicht allein verantwortlich ist für bestimmte Handlungen oder Praktiken, sondern eher eine

⁸ Die Darstellung von Pierre Bourdieus Konzept des Habitus soll auf wenig Platz beschränkt werden, weil es an dieser Stelle nur darum geht zu zeigen, dass ein Praxiskonzept im Sinne Bourdieus ebenso wie der Ansatz dieser Arbeit einen Mittelweg zwischen Strukturalismus und Phänomenologie geht. Dass der Ansatz aber nicht weiter vertieft wird, hängt vor allem damit zusammen, dass es besonders schwierig ist, Bourdieus Konzept zu nutzen, ohne mit ihm zusammenhängenden Konzepte wie Feld und Kapital auch zu erläutern und zu verwenden. Eben dieser Versuch wurde von Beauvallet (2007, vgl. auch Kapitel 1) und Kauppi (2003, 2005) für das Europäische Parlament und weitere europäische Institutionen unternommen, mit einigem Erfolg. Letztlich aber führt Bourdieus Konzept auf eine Analyse von Machtstrukturen hinaus, im kultursoziologischen Sinn auf eine Analyse von symbolischen Machtstrukturen. Wiewohl eine solche Analyse eben spannende Ergebnisse zeigt, so ist das Anliegen dieser Arbeit doch ein anderes, denn Macht wird hier auch als eine Randbedingung wahrgenommen, deren schlichte Existenz nichts über den Ausgang eines Verhandlungsprozesses verrät.

Art Möglichkeitsraum absteckt, der bestimmte Handlungen in einer bestimmten Situation angemessen erscheinen lässt. Wie etwa Michael Meier (2004) schreibt, ist Bourdieu weniger an der konkreten Ausführung einer Praxis interessiert als daran, „wie sie *im Unterschied* zu anderen praktiziert wird. Die Aufmerksamkeit gilt also (jeweils 'angemessenen') Stellungnahmen im Raum der *möglichen* Stellungnahmen“ (Meier 2004, Hervorhebung im Original). Dass Individuen die Entscheidung für eine angemessene Handlung fällen, wird von Bourdieu mit dem impliziten Handlungswissen des Praxissinns oder des Sinns für das Spiel erklärt, der über den Habitus vermittelt wird. Da der Habitus einverlebte Struktur ist, geschieht wiederum diese Entscheidung unbewusst, denn der Habitus „[aktiviert] als strukturierende und strukturierte Struktur in den Praktiken und im Denken praktische Schemata, die aus der – über den historischen Sozialisationsprozess ontogenetisch vermittelten – Inkorporierung von sozialen Strukturen hervorgegangen sind“ (Bourdieu/Wacquant 1996, 173).

Der Verweis auf den historischen Sozialisationsprozess wiederum macht deutlich, dass der Habitus nicht etwa rein individuelle Praktiken aktiviert, sondern eher kollektive (vgl. Bourdieu 1979, 82, vgl. ebenso Meier 2004, 64 FN), denn durch ähnliche Sozialisationsbedingungen werden auch ähnliche Habitusformen generiert. Dabei ist jedoch wichtig, Bourdieu nicht als Vertreter einer mechanischen Reproduktion von sozialer Ungleichheit zu verstehen. Vielmehr geht es ihm darum zu zeigen, dass – ähnlich wie bei Swidlers Argument gegen gemeinsame Werte als Kulturkonzeption – bestimmte Sozialisationsbedingungen mit *höherer Wahrscheinlichkeit* zu bestimmten Habitusformen führen können.

Bourdieu wurde von vielen Seiten vorgeworfen, zwar die engen Schranken des Strukturalismus überwunden zu haben (Moebius 2009), dabei aber dennoch bei einer strukturellen Determination der handelnden Akteure zu verharren. Die Individuen haben, so diese gängige Interpretation, nur wenig Chancen, ihre soziale Lage zu verändern geschweige denn zu verbessern (vgl. etwa Müller-Funk 2006). Wenngleich die Kritik, dass der einverlebte Habitus als Schnittstelle zwischen gesellschaftlicher Struktur und Individuum die Möglichkeiten des Individuums begrenzt, einleuchtet, wird dabei gern übersehen, inwiefern der Habitus eben auch eine Anpassung an Gelegenheitsstrukturen bedeuten kann. Demnach unterschätzt eine solche Interpretation die Möglichkeiten des Ha-

bitus oder überschätzt leicht Bourdieus strukturalistische Seite (vgl. dazu auch Hartmann 2011).

Das heißt, der Vorwurf der Determinierung der Individuen kann in diesem Fall als nicht zu problematisch angesehen werden. Damit ist aber noch nichts gesagt über das Problem, mit dem sich diese Arbeit beschäftigt, und zwar der Verständigung von Akteuren durch soziale Handlung. Denn was Bourdieu und auch Swidler tun, ist, in diesem Sinne die individuelle Seite einer Handlung von zu strengen sozialstrukturellen bzw. normativen Schranken zu befreien. Tatsächlich aber muss Handlung auch immer aus der Sicht der anderen Seite, des Gegenübers oder des Publikums betrachtet werden. Denn Handlung hat Adressaten, umso mehr, wenn sie, wie in unserem Fall, als explizite Kommunikationshandlung gelten muss, mit der Akteure ihren Gegenübern bestimmte Botschaften übermitteln wollen. Und damit Handlung ihr Ziel erreicht und eben nicht nur als ziellose Reproduktion kultureller Strukturen gelten soll, muss sie vom Gegenüber in irgendeiner Art und Weise verstanden werden. Dabei aber stoßen Swidler und Bourdieu durch ihre Verweise auf sozialstrukturelle Zusammenhänge (nicht Determinierungen!), in denen Handlungen stattfinden, auf strukturelle Grenzen: Denn im Falle Bourdieus muss davon ausgegangen werden, dass der Habitus zweier unterschiedlicher Gruppen eine Verständigung zwischen beiden Seiten zumindest erschwert. Bei Swidler wiederum scheint es, als ob bestimmte Fragen von einigen Gruppen schon gar nicht thematisiert werden. Insofern wird die Öffnung der strukturalistischen Grenzen an diesem Punkt wieder eingeholt durch die Schwierigkeiten, gruppenübergreifende Kommunikation einordnen zu können. Beide Ansätze liefern ein hervorragendes Vokabular, um den Zusammenhang oder die Schnittstelle zwischen Kultur und dem handelnden Individuum deutlich zu machen. Dennoch verharren beide Ansätze schließlich dabei, Kultur mehr oder weniger als gruppenspezifisch zu begreifen und damit zumindest theoretisch die Möglichkeit gruppenübergreifender Kommunikation nur schwer erklären zu können.

Dieses Problem kann für diese Arbeit noch insofern entschärft werden, als wir im Rahmen von parlamentarischen Entscheidungsprozessen davon ausgehen können, dass zumindest sozialstrukturelle Unterschiede innerhalb der parlamentarischen Versammlung weniger groß ausfallen als im Beispiel Ann Swidlers zwischen Jugendlichen der verarmten Innenstädte und der Mittelklassenvor-

städte (vgl. hierzu Judge/Earnshaw 2003 zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments). Trotzdem bleiben zwei Probleme bestehen, ein theoretisches und ein empirisches: Empirisch mögen die sozialstrukturellen Unterschiede zwar klein sein, aber dass in einer Versammlung von 785 Abgeordneten⁹ kulturelle Variation auch unabhängig von nationalen Grenzen vorherrscht, ist nur schwer zu leugnen. Das heißt, hier ist zwangsläufig eine Form von repertoire- oder habitus-übergreifender Kommunikation nötig, um zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. Das heißt, dass das Problem von Verständigung bei kultureller Variation zwar entschärft, aber noch nicht gelöst ist. Theoretisch wiederum fehlt es der Habitus-Theorie und der Theorie kultureller Repertoires schlicht an Begriffen für eine kommunikative Handlung, die von einer Seite ausgesendet und von einer anderen empfangen wird.

Dazu sind zwei Schritte notwendig, die bei Swidler und Bourdieu zwar angelegt, aber letztendlich nicht durchgeführt sind: Zum einen muss Kultur eben von sozialen Strukturen analytisch getrennt werden, um den Individuen die Möglichkeit zu eröffnen, kulturelle Inhalte variabel zu verwenden. Zum anderen muss dazu das Individuum mit der Möglichkeit ausgestattet werden, tatsächlich strategisch zu handeln. Das heißt, es ist nötig, nicht nur die relative Autonomie der Kultur von sozialen Strukturen festzuhalten, sondern eben auch eine relative Autonomie der Handlung von kulturellen Strukturen. Individuen sind in diesem Sinne eben keine kulturellen Deppen, um Garfinkels berühmten Ausdruck zu verwenden, die in der Verwendung kultureller Strukturen determiniert sind, sondern sie können als bewusste Akteure konzipiert werden, die innerhalb bestimmter Grenzen Freiheitsgrade zur Umsetzung kultureller Strukturen haben.

Beide Probleme, so unsere Argumentation, können mithilfe der Konzepte von Performance (vgl. Alexander 2004, Turner 1989, Butler 1991, Goffman 1969) und Kulturellem Kompromiss (vgl. Wimmer 1996, 2005) und ihrer Verbindung durch narrative Brückenelemente (Smith 2007) gelöst werden. Bevor die drei Konzepte eingehender vorgestellt und im Zusammenhang mit unserer Frage diskutiert werden, erscheint es uns an diesem Punkt sinnvoll, einen kleinen Exkurs zum Begriff der politischen Kultur einzuschieben.

⁹ Dies war die Zahl der Abgeordneten während der untersuchten, 6. Wahlperiode zwischen 2004 und 2009. Seit 2009 und dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ist die Zahl wieder auf 732 reduziert worden.

Zum einen ist es notwendig zu klären, auf welchen konkreten Handlungsbegriff wir uns nach der theoretischen Bereitung des Felds beziehen, zum anderen ist dann eine Abgrenzung dessen, was hier unter politischer Kultur verstanden wird, von anderen Verwendungsweisen dienlich.

Halten wir aber das bislang Gesagte noch einmal fest: Handlung, so unsere Annahme, ist immer kulturell eingebettet, ebenso wie Interessen und Normen, zwei der wichtigsten Handlungsmoden in der klassischen Handlungstheorie, letztlich kulturell begründet sind. Dabei gehen wir davon aus, dass Kultur in Form von Deutungsstrukturen organisiert ist, auf deren Grundlage Handlung durch Akteure organisiert wird. Kultur, das heißt die Deutungsstrukturen, wird dabei als relativ autonom von sozialen Strukturen betrachtet, da ihre Elemente zueinander in spezifischen Beziehungen stehen, die nicht beliebig verändert werden können. Dennoch haben Akteure innerhalb der kulturellen Strukturen eine gewisse Wahlfreiheit, wodurch Verständigung mit anderen Akteuren durch soziale Handlungen als weder durch kulturelle noch durch soziale Strukturen determiniert aufgefasst werden sollte. Verständigung kann dann als ein Prozess aufgefasst werden, in dem Akteure aufgrund der Definition dessen, „was hier eigentlich vorgeht“ (Goffman), flexibel, „auf das Verhalten *anderer* bezogen [...] und daran in seinem Ablauf orientiert“ (Weber) handeln.

2.4 KULTUR IN DER ANALYSE POLITISCHER HANDLUNG

2.4.1 *Kultur als sinnstiftendes Element politischer Interessen*

Nach der bisherigen Vorarbeit ist es deutlich, dass Kultur in Bezug auf politisches Handeln so verstanden werden muss, dass politische Akteure die Themen, mit denen sie konfrontiert werden, mithilfe kultureller Deutungsstrukturen ordnen und demzufolge ihre Interessen definieren (vgl. hierzu Ross 1999). Ein a priori Interesse kann es aus dieser Perspektive nicht geben, ebenso wenig können gemeinsame Werte und Normen als Handlungsanweisungen akzeptiert werden, sondern Interessen sind genauso wie Werte und Normen kulturell geformt.

Damit wird eine klassische Annahme auf den Prüfstand gestellt, und zwar die der einheitlichen Gruppeninteressen, -normen und

-kultur. Diese Annahme hatten, eher implizit als ausformuliert, zuerst Gabriel Almond und Sidney Verba in ihrer klassischen Civic-Culture-Studie angedeutet (Almond/Verba 1963). Basierend auf Umfragedaten hatten sie die politische Kultur verschiedener demokratischer Systeme untersucht und dabei einen Begriff politischer Kultur entworfen, der versuchte, eine einheitliche Kultur für ein gesamtes politisches System zu definieren. Überdies hatte ihre Studie einen stark normativen Charakter, indem die Stabilität von demokratischen Systemen mit kultureller Homogenität gleichgesetzt wurde (vgl. dazu Sturm 2004, Lichterman/Cefai 2005). Almond und Verba setzten sich intensiv mit der Kritik auseinander und revidierten ihre Aussagen zu politischer Kultur teilweise später, dennoch hatte ihr Ansatz insofern große Wirkung, als politische Kultur immer noch vor allem als Gruppenmerkmal verstanden wird, ohne kulturelle Variation innerhalb der Gruppen ernst zu nehmen (zur Kritik an Almond und Verba vgl. auch Lijphart 1980, Rohe 1994, Schwelling 2001, Schuppert 2008, Salzborn 2009, Raiser 2013).¹⁰

Problematisch bei dieser Auffassung ist dabei gar nicht einmal die Auffassung einer einheitlichen Gruppenkultur selbst – denn tatsächlich ist es nach den oben gemachten Annahmen durchaus denk- und vertretbar, dass die durch häufige Wiederholung sedimentierten Deutungsstrukturen sich gleichmäßig über eine Gruppe verteilen. Das Problem hierbei ist, dass die Gruppe vorkulturell bestimmt wird, um dann für diese Gruppe eine einheitliche Kultur anzunehmen. Dabei stellt sich dann das Problem, dass politische Verständigung nur insofern begründet werden kann, als Gruppen kulturelle Strukturen teilen. Dann aber macht die Annahme einer Einheit keinen Sinn mehr.

Tatsächlich ist dann die Definition von politischer Kultur, die Paul Lichterman und Daniel Cefai geben, sinnvoller: „Political cultures are sets of symbols and meanings or styles of action that organize political claims-making and opinion-forming, by individuals or collectivities. By culture, we mean patterns of publicly shared symbols, meanings, or styles of action which enable and constrain what people say and do“ (Lichterman/Cefai 2005, 392). Dabei repräsentiert diese Definition die Mittelposition zwischen struktureller Bedingtheit und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten, die auch mit dieser Arbeit verfolgt werden soll. Politische Kultur ist

¹⁰ siehe aber auch Putnam 1993, Inglehart 1997 oder Pollack et. al 2003 zur Umsetzung des Konzepts auf andere Fälle.

demnach zu verstehen als ein Werkzeugkasten, der mit Deutungsmustern und Handlungsalternativen für politisches Handeln bestückt ist. Diese Deutungsmuster und Handlungsalternativen existieren unabhängig von einzelnen Personen, aber sie sind darauf angewiesen, dass sie von Akteuren immer wieder abgerufen werden (ebd., 399). Dieses Abrufen, und das ist im Zusammenhang dieser Arbeit besonders wichtig, kann strategisch geplant und durchgeführt werden, um Publika auf eine bestimmte Deutung eines politischen Problems einzuschwören und so Unterstützung für ein Anliegen zu gewinnen.¹¹

Diese Perspektive wird auch von der inzwischen umfangreichen Literatur zum Gebrauch von Frames oder Rahmen in sozialen Bewegungen geteilt (vgl. Snow et al. 1986, Snow and Benford 1988, vgl. ebenso Gamson 1992). Dabei wird Erving Goffmans Konzept von Rahmen (1974), mithilfe derer Akteure ihre Umwelt ordnen, auf politisches Handeln übertragen. So ist es sozialen Bewegungen möglich, Rahmen strategisch zu ordnen und so Botschaften auf eine sehr bestimmte Art und Weise in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie Cefaï und Lichterman auch argumentieren, hilft die Framing-Perspektive, den Begriff der politischen Kultur mit konkreten und strategischen Handlungen zu verbinden und so die Kultur als Einheit-Perspektive zu verändern (Lichterman/Cefaï 2005). Tatsächlich aber verleitet die Rahmenanalyse – zu einer anderen Kritik an Goffman kommen wir im nächsten Kapitel – dazu, Deutungen als statisch zu begreifen und die Effekte von Interaktion zwischen politischen Akteuren zu vernachlässigen (vgl. Steinberg 1999).

Auch hier wird also deutlich, dass es einen Begriff für politische Kultur braucht, der zwar die Relationierung von kulturellen Elementen ernst nimmt, aber dennoch Deutungen nicht als feststehend propagiert. Tatsächlich wird im späteren Verlauf dieser Arbeit deutlich, dass die Möglichkeit für den flexiblen Einsatz von kulturellen Elementen besonders wichtig für die Erklärung politischer Kompromisse ist. Damit geht auch einher, dass ein Kompromiss eben nicht eine gemeinsame Deutung eines politischen Problems beinhaltet, sondern unterschiedliche Deutungen vereinbar halten muss. Politische Akteure sind, wie bereits im ersten Kapitel angedeutet wurde, darauf angewiesen, sich voneinander zu differenzieren und Probleme auch öffentlich unterschiedlich zu deuten.

¹¹ vgl. auch Carr 2007 zur Konstruktion von politischen und sozialen Grenzen.

In anderen Worten gibt es einen Imperativ zur Grenzerhaltung, der Kompromisse nur durch den flexiblen Einsatz von kulturellen Elementen möglich scheinen lässt. Im letzten Abschnitt dieses theoretischen Kapitels soll auf diesen Gedanken noch genauer eingegangen werden, für den Moment genügt es, den Umstand der Differenzierung im politischen Wettbewerb als weiteres Indiz gegen einen einheitlichen Kulturbegriff zu werten. Um die Möglichkeit des Kompromisses aber theoretisch angemessen beschreiben zu können, müssen nun noch die letzten Bausteine des theoretischen Konzepts angefügt werden: Kultureller Kompromiss, Performance und narrative Brücken.

2.5 DER POLITISCHE ALS KULTURELLER KOMPROMISS

Was es nach diesen Vorreden braucht, ist ein theoretischer Modus der Verständigung, der kulturelle Variation tatsächlich als solche ernst nimmt, auch im Hinblick auf die Relationalität politischen Handelns. Gerade an dieser Frage setzt Andreas Wimmers These von Kultur als Aushandlung und Prozess an (Wimmer 1995, 2004). Wimmer kritisiert herkömmliche Beschreibungen von Kultur, denen er – ähnlich unserer bisherigen Argumentation in Kapitel 1 und 2.2 – vorwirft, Kultur entweder als geschlossenes System, als Sphäre der Machtentfaltung oder als Erweiterung des rational handelnden Menschen zu betrachten. Konkret geht es ihm darum zu zeigen, dass eine Sicht von Kultur als geschlossenem Sinnsystem, wie es etwa in der Anthropologie des 20. Jahrhunderts besonders stark vertreten wurde, Probleme hat zu verstehen, „was geschieht, wenn innerhalb eines einzigen gesellschaftlichen Systems mehrere kulturelle Codes gleichzeitig für gültig erachtet werden“ (Wimmer 2004, 8). Wie wir später sehen werden, ist dies gerade die Situation, in der sich Abgeordnete des Europäischen Parlaments befinden, da sie dasselbe politische Problem auf unterschiedliche Weisen präsentieren, aber dennoch die Gültigkeit der Ansprüche der anderen Seite grundsätzlich akzeptieren müssen, um eine Mehrheit zu finden. Kultur als Macht wiederum sieht Wimmer in den strukturalistischen Ansätzen vertreten, denen er vorwirft, nicht deutlich machen zu können, wie hegemoniale Codes sich durchsetzen können bzw. woher ihnen ihre „alles durchdringende Macht“ zukommt: „Kultur als machtgebundener Diskurs trägt [...] das Problem des

‘falschen Bewusstseins’ mit sich” (ebd., 11). Mit anderen Worten kann die Konzeption von Kultur als Macht nur dann aufrecht erhalten werden, wenn den Individuen keine Fähigkeit zur kritischen Reflektion dieses Diskurses gegeben wird.¹² Schließlich kritisiert Wimmer aber auch eine Sicht auf Kultur als informelle oder formelle Regeln in einem auf persönlichen Nutzen ausgerichteten ökonomischen System, indem er darauf verweist, dass Menschen auch gegen ihren rational erscheinenden Nutzen handeln (Wimmer 2004, 12).

Zusammengefasst fordert Wimmer, Kultur eben nicht statisch, sondern dynamisch zu begreifen und den Akteuren eine gewisse Flexibilität in der Anwendung kultureller Werkzeuge zu gestatten, denn er versteht „Kultur als *Resultat eines Prozesses des Aushandelns von Bedeutung zwischen kulturell geprägten, aber zur reflexiven Hinterfragung und Innovation fähigen Individuen*“ (ebd., 12, Hervorhebung im Original). Dabei geht es aber nicht darum, den Individuen eine völlige Wahlfreiheit in bezug auf diese reflexive Verwendung von kulturellen Elementen zuzugestehen. Wimmer kritisiert die „Kapriolen des Konstruktivismus“ und stellt stattdessen fest, dass Bourdieus Konzeption des Habitus insofern korrekt ist, als „die Definition und Wahrnehmung der eigenen Interessen immer auch von bereits habitualisierten, d. h. über Lernprozesse verinnerlichte Anpassungen an kulturelle Setzungen abhängt“ (ebd., 15). Nur die Annahme, dass durch den Habitus ein quasi perfekter Reproduktionszyklus entstehe, kann so nicht von Bourdieu übernommen werden. Mit anderen Worten wird auch hier gefordert, den Individuen zuzugestehen, ihre eigene Lage kritisch einschätzen zu können und so strategisch handeln zu können – womit eine der Forderungen aus den bisherigen Vorarbeiten erfüllt wird.

Den Endpunkt des Prozesses Aushandlung von Kultur bezeichnet Wimmer als einen „Kulturellen Kompromiss“ (Wimmer 1996, 2004), der kulturelle Variation vorübergehend ersetzt. Ein solcher

12 Diese Kritik formulieren auch Luc Boltanski und Laurent Thévenot in der Abgrenzung ihres Modells der „cités de la justification“, das heißt der Modi der Rechtfertigung, von Modellen, die Macht an den Beginn jeglicher Analyse stellen: „The main problem of critical sociology is its inability to understand the critical operations undertaken by the actors. A sociology which wants to study the critical operations performed by actors [...] must therefore give up (if only temporarily) the critical stance in order to recognize the normative principles which underlie the critical activity of ordinary persons“ (Boltanski/Thévenot 1999, 364).

Kultureller Kompromiss ist aber nicht mit einer neuen kulturellen Einheit zu verwechseln, die eine Bedeutung eindeutig festlegt. Vielmehr muss der Kulturelle Kompromiss nur für alle Beteiligten anschlussfähig sein (vgl. Wimmer 1996), das heißt, sie müssen sich und ihre Position mit ihm verbinden können. Daraus entsteht etwa die Möglichkeit, die unterschiedliche Deutung von Verhandlungsergebnissen zu erklären, ohne damit den gefundenen Kompromiss infrage zu stellen. Wimmer zufolge führt ein Kultureller Kompromiss dann zu einer sozialen Schließung nach Max Weber (1972 [1921]: 23 ff., vgl. zur Schließungstheorie auch Mackert 2004), das heißt zu einem Ausschluss von Nicht-Angehörigen oder zumindest einer Distanzierung von denjenigen, die dem Kompromiss nicht zustimmen. Es ist nicht notwendig, seine Argumentation auch in Bezug auf größere Gruppen wie Ethnien oder nationalen Großgruppen nachzuvollziehen, um zu akzeptieren, dass ein politischer Kompromiss jeglicher Art auch eine vorübergehende Trennung der am Ergebnis Teilnehmenden von den Außenstehenden impliziert. Grenzen werden also, soviel wird bereits hier klar, im Verlauf eines Verhandlungsprozesses aufgebaut und bestätigt oder abgebaut, wichtig ist vor allem, dass die Teilnehmenden an einem Kulturellen Kompromiss die Grenze nicht quer durch diese Kompromissgruppe ziehen.

Das heißt nicht, dass ein Kultureller Kompromiss auf ewig halten muss – in unserem Zusammenhang ist gerade der Hinweis auf das *Temporäre* dieser Konstellation wichtig, denn wie im ersten Kapitel bereits dargelegt, muss es im Fall des Europäischen Parlaments darum gehen, wechselnde Mehrheiten zu erklären, deren Größe nicht durch die Regierungs-/Oppositionsstrukturierung vorgegeben sind. Die Mehrheiten müssen sich also von Fall zu Fall neu konstituieren und gerade dazu ist Wimmers Konzept des Kulturellen Kompromisses besonders gut geeignet, da eben nicht davon ausgegangen werden kann, dass bei jeder Entscheidung eine gemeinsam geteilte Deutung eines Problems erzielt wird, sondern der Kompromiss erst durch den Anschluss aus unterschiedlichen Richtungen ermöglicht wird.

Das Konzept des Kulturellen Kompromisses sieht also in den Individuen Akteure, die kulturelle Inhalte nicht einfach nur reproduzieren, sondern pragmatisch einsetzen können. Eine solche Vision der Kultur ist sehr gut mit unseren bisherigen Forderungen vereinbar, der Kultur eine relative Autonomie zuzugestehen und

dennoch dem handelnden Akteur die Wahl zwischen unterschiedlichen Strategien zu lassen und vor allem flexibel auf Handlungen des Gegenübers zu reagieren. Bezogen auf den Fall des Europäischen Parlaments gewinnt das Konzept noch mehr Gewicht, da es hilft zu verstehen, dass Mehrheiten nicht fest sind, sondern wechselnd und Erwartungen häufig widersprechen. In einem solchen Fall ist es plausibel anzunehmen, dass die Inhalte eines politischen Streitthemas, die kulturellen Inhalte, von den Akteuren flexibel eingesetzt werden, um das nötige Quorum einer absoluten Mehrheit zu erreichen. Dieser Punkt wird bei der Vorstellung der Fallbeispiele noch einmal genauer ausgeführt.

Zweitens hilft das Konzept, eine soziologische Erklärung politischer Mehrheitsbildung zu geben, indem der Begriff der vorübergehenden sozialen Schließung einen Mechanismus aufzeigt, wie aus mehreren Interpretationen eines politischen Problems eine Deutung werden kann, die zwar nicht eindeutig, aber dennoch von allen Befürwortern so geteilt wird, dass Nicht-Teilnehmende ausgeschlossen werden. Darüber hinaus aber macht die Idee von Kultur als Prozess den Weg frei, eben die Aushandlung von Bedeutungen als *dynamischen Verlauf* zu betrachten und nicht als statisches Festhalten an einmal formulierten Bedeutungen. Das hat durchaus Auswirkungen auf die Betrachtung eines politischen Prozesses, denn mithilfe dieses Konzepts lassen sich politische Akteure zwar als Botschafter von Interpretationen eines politischen Problems verstehen, aber ihre Rolle ist nicht eindeutig festgelegt. Vielmehr hängt sie auch davon ab, wie ihre Verhandlungspartner ihr Handeln interpretieren und darauf reagieren. Damit ist der Weg geebnet zur Ausarbeitung des Zusammenhangs zwischen Kultur und Handlung, wie er für die hier verfolgte These grundlegend ist.

2.6 PERFORMANCES ALS HANDLUNGSTHEORIE

2.6.1 *Performances – Soziale Handlung als Kommunikation von Deutung*

Mit dem bisher erarbeiteten Rüstzeug für einen Handlungsbegriff, der eine kulturtheoretische Mittelposition einnimmt und dabei sowohl die relative Autonomie der Kultur wie auch die des Individuums beherzigt, deutet diese Arbeit in Richtung dessen, was auch

als „Practice-Turn“ (Schatzki 2001) in den Sozialwissenschaften bezeichnet wird. Dabei geht es vor allem darum, Handlung als solche wieder in den Fokus der Analyse zu nehmen und sie nicht durch Überlegungen zu kultureller Determinierung bzw. dem Gegenteil, das heißt der Unmöglichkeit überindividueller kultureller Prägung, analytisch unbrauchbar zu machen.

In diese Richtung geht auch Jeffrey Alexanders Vorschlag, Handlung als „social performance“ zu konzeptionalisieren, das heißt als die mehr oder weniger bewusste Inszenierung von kulturellen Strukturen durch Akteure vor einem Publikum (vgl. Alexander 2004).¹³ Nach Alexander sind Performances wie folgt definiert:

„Cultural performance is the social process by which actors, individually or in concert, display for others the meaning of their social situation. This meaning may or may not be one to which they themselves subjectively adhere; it is the meaning that they, as social actors, consciously or unconsciously wish to have others believe. In order for their display to be effective, actors must offer a plausible performance, one that leads those whom their actions and gestures are directed to accept their motives and explanations as a reasonable account“ (2006, 32).

Für Alexander geht es also darum aufzuzeigen, dass Handlung vielmehr eine Ausdrucksform statt eine bloße Reaktion auf Reize ist. Damit folgt er vor allem der Sprech-Akt-Theorie John Austins (1962), die postuliert, dass die Sprachhandlung nicht nur eine simple Äußerung, sondern auch eine Handlung ist, die bestimmte Botschaften beinhaltet. Alexander überführt nun diese These auf die Bühne sozialer Handlungen. Indem Akteure im Rahmen ihrer Handlung kulturelle Inhalte inszenieren, das heißt vor einem Publikum auf einer Bühne aufführen, wollen sie eine Botschaft vermitteln, die vom Publikum aufgenommen und entschlüsselt werden soll. Damit geht die Vorstellung sozialen Handelns über die Begriffe des kulturellen Repertoires und des Habitus hinaus. Denn mithilfe der Beschreibung sozialer Handlung als Performance wird ein Weg aufgezeigt, wie *strategies of action* (Swidler 1986) in die Tat

¹³ vgl. ebenso Schechner 1990, Aston/Savona 1991 für Beispiele von theaterwissenschaftlichen Performance-Ansätzen, die Alexander auch zur Inspiration dienen. Aston/Savona etwa sehen Theater als Zeichen-System an, greifen also das auf, was im weiteren Verlauf dieser Arbeit auch als Hintergrundrepräsentation diskutiert wird. Siehe ebenso Bennett 1979 für einen frühen Versuch, die Theater-Metapher für die Beobachtung politischen Handelns brauchbar zu machen.

umgesetzt werden. Gleichzeitig muss Handlung nicht nur als eine sehr wahrscheinliche Reproduktion sozialer oder – in unserem Fall – politischer Verhältnisse verstanden werden, sondern kann als mehr oder weniger bewusste Ausdrucksform konzipiert werden.

Darüber hinaus verbindet der Performance-Ansatz aber auch die verschiedenen, eingangs des Kapitels beschriebenen handlungstheoretischen Ansätze, indem die Konzeption einer mehr oder weniger bewussten Übersetzung kultureller Strukturen in eine körperliche Ausdrucksform sowohl mit zweckorientierten wie auch mit normorientierten Ansätzen verbunden werden kann. Zur Illustration sei noch einmal an Reckwitz' und Ross' Anregung erinnert, dass Interessen nicht a priori bestimmt werden können, sondern durch Kultur geformt werden (vgl. Reckwitz 2000, Ross 1999). Kulturelle Strukturen geben den Rahmen vor, innerhalb derer Performances als soziale Handlung sinnvoll erachtet – „a reasonable account“, wie es bei Alexander heißt – werden und als interessen- oder normgeleitet gelten können. Kultur ist dann nicht länger eine Residualkategorie, sondern integraler Bestandteil der Analyse von sozialen Handlungen.

Jeffrey Alexander ist mitnichten der erste Sozialtheoretiker, der sich zur Ausformulierung einer Handlungstheorie am Theater orientiert, gleichwohl bietet sein Ansatz aus vier Gründen den besten Ansatzpunkt zur Erklärung von Verhandlungsprozessen. Zum ersten macht sein Modell die Verbindung zwischen relativer Autonomie kultureller Strukturen und sozialer Handlung explizit und löst damit ein Problem bei der Verwendung der Theater- und Rahmen-Metaphern im Werk von Erving Goffman, einem der Urväter des Performance-Begriffs. Zum zweiten löst er die soziale Performance analytisch von Ritualen ab und schließt damit eine Lücke zwischen der anthropologischen Betrachtung von Konflikten bei Victor Turner und der kultursoziologischen Analyse von Konflikten in modernen Gesellschaften kultureller Variation. Zum dritten hebt er die wichtige Rolle des Publikums von Performances hervor und verweist damit auf einen zentralen Punkt der für die Entwicklung der Performance-Theorie besonders wichtigen Sprech-Akt-Theorie John Austins, nämlich die Vereinbarkeit der Deutungsstrukturen von Darstellern und Publikum. Zum vierten schließlich lässt sich dann ein Verhandlungsprozess mithilfe des Alexanderschen Begriffs als eben solch ein Prozess verstehen, der in einem kulturellen Kompromiss mündet, wodurch die analytische Beobachtung

die Dynamik von Entscheidungen ebenfalls in den Blick nimmt. Wie im weiteren Verlauf dieses Abschnittes noch deutlich gemacht wird, müssen Performance und Kompromiss als deutende und gedeutete Handlung zwangsläufig gemeinsam gedacht werden, um den Kompromiss als solchen zu verstehen. Zunächst jedoch ein paar Erläuterungen zum Performance-Begriff bei Jeffrey Alexander.

2.6.1.1 *Elemente der Performances*

Der Performance-Begriff Alexanders versucht, einer Grundfrage moderner Gesellschaften auf den Grund zu kommen, und zwar wie die Integration von Gruppen durch symbolische Kommunikation gelingen kann, wenn moderne Gesellschaften sich gleichzeitig durch kulturelle Variation und Komplexität auszeichnen (vgl. Alexander 2004, 528 f.). In etwas anderen Worten formuliert Alexander damit auch die Frage Wimmers nach der Verständigung unter der Bedingung von kultureller Variation und passt in die Fragestellung dieser Arbeit nach der Erklärung politischer Kompromisse unter der Annahme, dass Kommunikation und Handlung immer kulturell eingebettet sind. Alexander löst das Puzzle, indem er ein Kontinuum aufspannt zwischen Ritualen als der höchsten Form kultureller Verschmelzung zwischen Akteur und Publikum auf der einen Seite und Performances auf der anderen Seite als dem Versuch, ritual-ähnliche Zustände und damit eine kulturelle Integration zu erreichen. Hier bereits wird die Affinität zu Turners Idee von der Lösung sozialer Dramen durch Rituale deutlich (vgl. Turner 1989), aber Alexanders Vorstellung von Performances ist weitaus differenzierter, deshalb ist es sinnvoll, die einzelnen Elemente seines Modells darzulegen.

Zunächst ist klar, dass Alexander von einem handelnden Individuum ausgeht, einem *Akteur*, der bestimmte Ziele verfolgt. Für den Fall dieser Arbeit können wir davon ausgehen, dass das Ziel der meisten parlamentarischen Akteure ist, eine Stimmenmehrheit für einen bestimmten Vorschlag zu erreichen, das heißt, es müssen Botschaften ausgesandt werden, die andere Parlamentarier überzeugen oder ihnen zumindest entgegenkommen. Das heißt, es existieren Akteure, die vor einem Publikum sprechen oder in anderer Form kommunizieren und dabei durch Argumentation oder andere Mittel eine Botschaft überbringen wollen. Um dies zu tun, fol-

gen die Akteure einem bestimmten *Skript*, einem Drehbuch, das eine Argumentationslinie vorgibt, nach der bestimmte Punkte in einer klaren Reihenfolge vorgetragen werden sollen. Das Skript ist also eine Art Handlungsanweisung, die sich aus der Situationsdefinition des Akteurs ergibt. Diese Situationsdefinition wiederum speist sich aus dem verfügbaren kulturellen Text oder dem, was Alexander *collective background representations* nennt. In den Termini, die bisher in diesem Kapitel verwendet wurden, handelt es sich bei den Hintergrundrepräsentationen um die kulturellen Strukturen, in die Handlung eingebettet ist und die zugleich Handlung ermöglichen und begrenzen. Alexander wird noch ein wenig expliziter und schreibt, dass die Hintergrundrepräsentationen ebenso wie die Skripte strukturiert sind durch „codes that provide analogies and antipathies and by narratives that provide chronologies“ (Alexander 2004, 530).

Damit ist eine genauere Beschreibung dessen geliefert, was Swidler unter kulturellen Repertoires versteht: Es handelt sich dabei um die unterschiedliche Verteilung – über eine Gruppe von Individuen oder auch über mehrere Gruppen hinweg – erstens von kulturellen Codes, die die Wahrnehmung von Akteuren und demnach ihre Situationsdefinition beeinflussen, und zweitens von Narrativen oder Geschichten, die eben diese Situationsdefinition in einen chronologischen Rahmen setzen (vgl. dazu auch Somers 1994, Poletta 2006). Wenn also Akteure eine bestimmte Botschaft aussenden wollen, so müssen sie aus den ihnen verfügbaren Unterscheidungen und Narrationen diejenigen auswählen und in ein Handlungsskript überführen bzw. vercoden (Hall 1980), denen sie eine besonders große Überzeugungskraft zutrauen. Damit ist im Grunde nichts anderes gemeint als die Anschlussfähigkeit in Wimmers Definition des Kulturellen Kompromisses. Zur Herstellung dieser Anschlussfähigkeit wiederum ist das *Publikum* vonnöten.¹⁴ Das Pu-

14 Aus dem Alexanderschen Modell nicht übernommen werden hier die Elemente Produktionsmittel, *Mis-en-scène* und Soziale Macht. Das Skript muss nach diesem Modell mithilfe von *Produktionsmitteln* umgesetzt bzw. inszeniert (*mis-en-scène*) werden und dafür ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass gesellschaftliche Akteure unterschiedlichen Zugang zu Produktionsmitteln haben, sei es weil der Zugang zu gewissen Foren oder Bühnen beschränkt ist, sei es, weil *Macht* bewusst dafür eingesetzt wird, Produktionsmittel zu monopolisieren. In unserem Fall wiederum müssen diese Elemente der Performance analytisch vernachlässigt werden, weil erstens die Produktionsmittel einzelner Inszenierungen über einen gesamten Entscheidungsprozess nur sehr schwer zu beobachten sind

blikum decodiert die Botschaft des Akteurs, gleichwohl kann Letzterer aufgrund der üblichen doppelten Kontingenz von Kommunikation nie sicher sein, dass seine Botschaft auch genauso decodiert wird wie er sie codiert hatte (vgl. ebenso Hall 1980). Das Publikum kann wie im echten Theater ein passives Publikum sein, das lediglich Botschaften konsumiert, es kann aber ebenso – wie im Fall von parlamentarischen Verhandlungen anzunehmen ist – aus „fellow performers“ (Alexander 2004, 530) bestehen, die sich gegenseitig dabei beobachten, wie sie ihre Botschaften inszenieren. Ob sich dadurch die Schwierigkeit erhöht, sich gegenseitig zu überzeugen, soll hier nicht diskutiert werden, tatsächlich aber gilt: „If cultural texts are to be communicated convincingly, there needs to be a process of cultural extension that expands from script and actor to audience“ (Alexander 2004, 531). Es muss nach dem Modell Alexanders also zu einer Art kultureller Verschmelzung kommen, die dann erreicht ist, wenn das Publikum sich ohne Nachdenken mit dem Akteur identifiziert und damit auch seine Codierung der Hintergrundrepräsentationen kritiklos übernimmt. Unter diesen Voraussetzungen ist ein ritual-ähnlicher Zustand erreicht, der

(vgl. methodische Anmerkungen in Kapitel 4) und weil zweitens die institutionellen Regeln des Europäischen Parlaments zumindest im öffentlichen Bereich einen gleichen Zugang für alle Abgeordneten sichern. Zum Problem der Macht vgl. die Kritik in 2.5. und 3.2., dennoch hier ein paar Worte der Erläuterung: In dieser Arbeit spielt Macht als Erklärungsfaktor eine unbedeutende Rolle. Macht ist Teil des Alexanderschen Modells von Social Performance, außerdem haben wir Macht zu Beginn des ersten Kapitels auch als eine Randbedingung bezeichnet, die zwar wichtig ist, aber das Verhalten von Akteuren im Verhandlungsprozess letztendlich nicht allein erklären kann. Hier folgen wir Luc Boltanski und Laurent Thévenot, die zur Erklärung von Konfliktlösungen auf das Gewicht von Legitimationen verweisen und Macht – wenngleich nur vorübergehend – eine untergeordnete Rolle zuweisen: „By emphasizing the justification process, we want to take seriously the question of the legitimacy of the agreement, rather than set it aside for an explanation exclusively styled in terms of contingency, deceit or force. [...] A sociology which wants to study the critical operations performed by actors – a sociology of criticism taken as a specific object – must [...] give up (if only temporarily) the critical stance, in order to recognize the normative principles which underlie the critical activity [...]“ (Boltanski/Thévenot 1999, 364). Mit anderen Worten plädieren wir dafür, dass Macht als möglicher Erklärungsfaktor erst dann wieder in die Gleichung aufgenommen wird, wenn die kulturellen Grundlagen einer Einigung klar sind. Dann kann und muss sogar darüber nachgedacht werden, warum die Einigung anderen Möglichkeiten des Kompromisses vorgezogen wurde. Den Einigungsprozess als solchen aber sofort mit Machtstrukturen zu analysieren würde, so unsere Vermutung, den Blick auf die kulturellen Strukturen, innerhalb derer Macht ausgeübt wird, verdecken.

eine nicht näher bestimmte Dauer anhält und zur Integration der Gruppe von Akteur und Publikum führt.

Es wäre nun ein Leichtes, Alexanders Vorschlag so zu deuten, dass eine tatsächliche Integration nur dann möglich ist, wenn eben dieser ritual-ähnliche Zustand erreicht wird. Dem ist aber sicherlich nicht so, sondern es geht vor allem darum, dass durch Performances, also durch den sprachlichen und körperlichen Ausdruck von Botschaften, Möglichkeiten für Anschlüsse der Hintergrundrepräsentationen gegeben werden. Eine Identifikation mit einem Akteur ist zumindest für den politischen Betrieb, der stark auf der fortwährenden Unterscheidung von politischen Gruppen, Parteien und Fraktionen aufbaut, eine heroische Annahme. Vielmehr kann es sich im Fall politischer Kommunikation nur um eine Teil-Identifikation handeln und um eine Teilkonvergenz der Hintergrundrepräsentationen, daher ist auch der Begriff des Kulturellen Kompromisses so geeignet zur Ergänzung von Alexanders Performance-Modell. Dennoch wird – so unsere Vermutung – mithilfe einer so gestalteten kultursoziologischen Handlungstheorie das klassische soziologische Problem der Gruppenbildung, das heißt wie Interaktion auf Dauer gestellt werden kann, in einem bestimmten politischen Rahmen erklärt, und zwar durch den Erfolg mehr oder weniger bewusster symbolischer Kommunikation.

Alexanders Performance-Begriff schiebt sich damit wie der Habitus an die Schnittstelle zwischen Struktur und Handeln, aber mit einem wesentlich stärkeren Akzent zum einen auf dem kulturellen Hinter- und Vordergrund jeglicher sozialer Handlung und zum anderen auf die strukturelle Verfasstheit kultureller Elemente und ihrer damit einhergehenden relativen Autonomie. Damit nimmt er die bislang formulierten Forderungen an einen kultursoziologischen Handlungsbegriff auf und gibt eine Antwort darauf, wie Verständigung zwischen Akteuren möglich werden kann: Über Inszenierung und ihre Interpretation. Gerade auch deshalb eignet sich der Performance-Begriff besonders gut zur Erklärung von Interaktionen im politischen Raum.

2.6.2 *Die Vorteile des Performance-Begriffs*

Die Hintergrundrepräsentationen sind also das, was auch als kultureller Hintergrund verstanden werden kann. Dieser kulturelle Hin-

tergrund ist durch Codes und Narrative strukturiert, die einerseits die Einordnung von Ereignissen und Beobachtungen in bereits existierende Deutungsstrukturen erlauben und andererseits eben diese Ereignisse in eine chronologische Abfolge bringen. Mit dem Verweis auf Hintergrundrepräsentationen wird im Performance-Modell eine theoretische Lücke geschlossen, die bei einem der Urväter der sozialen Performance, Erving Goffman, noch evident ist.

2.6.2.1 *Der ungeklärte Ursprung von Rahmen bei Erving Goffman*

Zweifelsohne hat Erving Goffman die Metapher des Theaters für die Soziologie fruchtbar gemacht. Für Goffman ist soziale Interaktion dadurch gekennzeichnet, dass Akteure sich selbst in Szene setzen, um ein bestimmtes Bild von sich nach außen zu tragen (Goffman 1969). Damit ist zunächst einmal gemeint, dass die Handlung eines Akteurs in zwei unterschiedliche kommunikative Ebenen aufgeteilt werden kann: eine wörtliche, womit die vom Akteur tatsächlich gesagten Sätze gemeint sind, und eine performative, womit die Ebene bezeichnet ist, in der der Akteur eine ungesprochene Botschaft von sich gibt (vgl. hierzu auch Lenz 1991). Diejenige Ebene, um die es in Goffmans Analyse vor allem geht, ist dabei die nicht-sprachliche, es geht ihm also um die Inszenierung der eigenen Person in einer bestimmten Rolle.¹⁵ Die Selbst-Inszenierung muss weder eindeutig bewusst noch zweckorientiert sein, eher schon versuchen Akteure, einer Situation *angemessen* zu handeln.

Die Theater-Metapher allein ist jedoch nicht hinreichend, wenn das Verhältnis zwischen Kultur und Handlung geklärt werden soll, denn Goffman bleibt zunächst vage bei der Beantwortung der Frage, woher die Rollen denn kommen, die Akteure einnehmen und spielen. Wohl auch als Antwort auf diese Kritik entwickelt Goffman in seinem späteren Werk eine zweite wichtige Metapher, und

¹⁵ Performance wiederum taucht als Begriff bei Goffman als eine Reihe erfolgreicher Selbst-Inszenierungen auf, also eine Sequenz von Handlungen, die dabei helfen, ein bestimmtes Bild der eigenen Rolle beim Publikum zu wiederholen und damit zu verfestigen (Goffman 1969 [1959]). Dieser Gebrauch des Begriffs ist im mikrosoziologischen Blickfeld, das Goffman hatte, sicherlich sinnvoll, im Fall dieser Arbeit aber ist eine genaue Beschreibung von Handlungssequenzen aus methodischen Gründen nicht möglich, auf die im nächsten Kapitel noch genauer eingegangen werden soll. Tatsächlich ist für unsere Zwecke eine genaue analytische Trennung zwischen einzelnen Handlungen auch nicht unabdingbar.

zwar die des Rahmens, den er folgendermaßen definiert: „Ich gehe davon aus, dass wir gemäß gewissen Organisationsprinzipien für Ereignisse – zumindest für soziale – uns für unsere persönliche Anteilnahme an ihnen Definitionen einer Situation aufstellen; diese Elemente [...] nenne ich Rahmen“ (Goffman 1977 [1974], 19). Die Rahmen dienen erst einmal der Situationsdefinition: Was geht hier eigentlich vor? Sie sind demnach analytisch dem Einnehmen einer Rolle vorzuschalten – wie im Falle des Alexanderschen Performance-Modells die Skripte –, denn die Rahmung einer Interaktionssituation gibt dem Akteur Hinweise darauf, wie er sich angemessen zu verhalten hat, um die Interaktion auf Dauer zu stellen (vgl. etwa Hettlage 1991).

Wenngleich mit der Rahmen-Metapher das Problem angegangen wird, woher Akteure ihre Handlungsanweisungen und Rollen beziehen, so wird doch immer noch nicht ganz klar, warum bestimmte Rahmen in bestimmten Situationen mehr Einfluss haben als andere. Goffman gibt keine Hinweise, ob Rahmen etwa nach einem Gramscianischen Verständnis hegemonial durchgesetzt werden können oder ob Rahmen zueinander in bestimmten Relationen stehen, wodurch sich bestimmte Rahmen gegenseitig ausschließen, sprich: wie autonom Rahmen sind. Gerade an diesem Punkt setzt Alexanders Performance-Begriff an, denn die Beschreibung der Hintergrundrepräsentationen als kulturelle Strukturen erlaubt, die Verfügbarkeit von Rahmen als abhängig von eben diesen Strukturen und damit den Relationen einzelner kultureller Elemente zueinander in einer gegebenen Situation zu verstehen. Rahmen sind damit keine feststehenden Elemente, sondern kontingent.

2.6.2.2 *Der arbiträre Charakter von Deutungsstrukturen bei Judith Butler*

An diesem Punkt ist es argumentativ sinnvoll, auch auf den Performance-Begriff Judith Butlers einzugehen, der sich ebenso wie Alexander auf Austin bezieht, darüber hinaus aber wesentlich mehr Ideen aus der phänomenologischen Tradition übernimmt. Für Butler ist eine Performance die Realisierung einer sozialen Kategorie, in ihrem Fall vor allem des Geschlechts. Demnach existiert Geschlecht als Identitätskategorie nicht an sich, sondern wird von Individuen performativ inszeniert und erst dadurch real, dass sie eine „stilierte Wiederholung von Akten“ (Butler 2003, 302) ist. Wie auch

bei Bourdieu klingt hier die Stabilisierung von kulturellen Strukturen an, die durch Wiederholung verfestigt werden. Paula-Irene Villa fasst diesen Punkt wie folgt zusammen: „So lässt sich [...] die performative Konstruktion des Geschlechts nicht auf eine Situation oder eine Biografie reduzieren, sondern ist der Effekt epochaler Diskurse, in denen sich Geschichte sedimentiert hat“ (Villa 2003, 159).¹⁶ Gerade in der Sedimentierung von Diskursen liegt die Macht über die Einteilung in Geschlechterkategorien, mit anderen Worten: Sie bilden eine strukturierende Struktur. Gleichwohl ist Butler nicht deterministisch zu verstehen, sondern sie verweist darauf, dass gerade der relationale Charakter von Strukturen Möglichkeiten eröffnet, die herkömmlichen Kategorisierungen zu umgehen: „Ist die Grundlage der Geschlechteridentität die stilisierte Wiederholung von Akten durch die Zeit und keine scheinbar nahtlose Identität, so sind die Möglichkeiten von Geschlechteränderungen in der arbiträren Beziehung zwischen den Akten zu finden, in der Möglichkeit anderer Arten des Wiederholens, im Durchbrechen oder in der subversiven Wiederholung dieses Stils“ (Butler 2003, 302). Damit ist auch Judith Butler durchaus zwischen einer relativen Autonomie kultureller Strukturen, das heißt in ihrem Fall der Deutungsstrukturen, die Geschlecht auf eine Dichotomie reduzieren, und der Freiheit des Individuums, eben diese kulturellen Strukturen zu durchbrechen, anzusiedeln. Tatsächlich gibt sie dem Individuum sogar viel Raum, den arbiträren Charakter von Deutungsstrukturen für Neuinszenierungen zu nutzen.

Im Sinne der bislang geleisteten Vorarbeiten aber müssen die Möglichkeiten für Neuinszenierungen begrenzt erscheinen, vor allem vor dem Hintergrund der Bedingung, dass Performances verstanden werden müssen. Bedeutung muss, in den Worten Alexanders und Masts (2006), verfangen, und das geschieht, indem Zeichen und Akte miteinander in Bezug gesetzt werden. Eine Bedingung für Neuinszenierungen ist aber, dass das Publikum eben diese Relationierung versteht.¹⁷ Wenn es darum geht, Mehrheiten in einer parlamentarischen Versammlung zu organisieren, müssen

¹⁶ Vor allem geht es Butler auch darum aufzuweisen, dass es keine „wahre“ weibliche Identität gibt, sondern Identität immer erst performativ realisiert werden kann (vgl. Butler 2002, 103 ff., vgl. ebenso Salih 2003, 90 ff.).

¹⁷ Im Falle der Butlerschen Theorie ist das möglicherweise nicht besonders problematisch, weil sie die bewusste Neuinszenierung von Geschlecht durch die Queer-Bewegung in den Blick nimmt (Butler 1991, Villa 2004). Dabei handelt es sich um eine soziale Bewegung, die – folgen wir den vorhin verwendeten

die jeweiligen Verhandlungsakteure also Anschlussmöglichkeiten für die andere Seite inszenieren, sofern sie einen Kulturellen Kompromiss erreichen wollen. Demnach kann ihre Inszenierung nicht völlig beliebig sein.

Butler klärt im Gegensatz zu Goffman zwar, woher Rahmen kommen, denn sie sieht sie in sedimentierten Diskursen verankert, gleichwohl nimmt sie das Publikum als theoretische Kategorie nur wenig in den Blick, weshalb ihr Begriff letztlich dem Individuum doch zuviel Freiheit zur Inszenierung einräumt. In anderen Worten: Butlers Theorie der performativen Identität ist keine Theorie des performativen Dialogs. Dennoch ist ihr Beitrag zur Performance-Theorie und auch zum Ansatz dieser Arbeit wichtig, weil sie klar macht, dass Bedeutung unmittelbar an ihre Realisierung durch performative Akte gekoppelt ist.

2.6.2.3 *Autonomie der Strukturen*

Eben auf diesen Punkt zielt auch der entscheidende Kniff beim Ansatz der Cultural Pragmatics. Alexander betont in Abgrenzung zu rein strukturalistischen Ansätzen, dass kulturelle Hintergrundrepräsentationen zwar einen wichtigen Bestandteil jeglicher Performance bilden, aber dass sie eben gerade inszeniert werden müssen, um ihre Wirkung in sozialen Beziehungen entfalten zu können: „[...] no matter how intrinsically effective, collective representations do not speak themselves. Boulton [...] once described theater as ‘literature that walks and talks before our eyes’. It is this need for walking and talking – and seeing and listening to the walking and talking – that makes the practical pragmatics of performance different from the cultural logic of texts. It is at this conjuncture that cultural pragmatics is born“ (Alexander 2004, 530). In anderen Worten sind die Möglichkeiten für die Inszenierung politischer Inhalte begrenzt durch die Struktur eines politischen Diskurses, gleichwohl

Vokabeln – Rahmen bewusst verändert, um bestimmte politische Ziele zu erreichen (vgl. Kapitel 2.4.). Dabei sind die Möglichkeiten für Neuinszenierungen insofern gegeben, als sie sich von bestehenden Deutungen mehr oder weniger bewusst absetzen. Diese Neu-Relationierung wird im Zweifel nur von Teilen des Publikums verstanden. Der Queer-Bewegung geht es aber gerade darum, einen Status zu erreichen, der sich bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abhebt, also ist die Neuinszenierung von Geschlecht an ein Minderheitenpublikum gerichtet, bei dem ein gewisses Maß an Einklang kultureller Repertoires vorausgesetzt werden kann.

muss eben diese Struktur auch immer wieder aufs Neue inszeniert werden.

Die Akteure haben die Wahl, wie bei Alexander etwa durch das Element des Skripts deutlich wird. Ihre Wahl ist nicht determiniert, aber sie ist sicherlich eingeschränkt durch die relative Autonomie kultureller Strukturen, also der Codierschemata und der Narrativen Strukturen. Alexander verweist zurecht darauf, dass die Strukturen von Diskursen so organisiert sind, dass Elemente in bestimmten Beziehungen zueinander stehen und die Verknüpfungen bestimmte Deutungen favorisieren. Dabei nimmt er deutlich Bezug auf Durkheims Unterscheidung zwischen sakralen und profanen Elementen einer Gesellschaft, die immer wieder zelebriert werden muss (Durkheim 1994 [1912]). Diesen Punkt macht er daran deutlich, dass in den Diskursen über die US-amerikanische Zivilgesellschaft (vgl. Kapitel 2.2.2.) die Kombination der Diskurselemente Transparenz und Demokratie deutlich auf der sakralen Seite zu finden ist, wohingegen die Kombination Autokratie und Intransparenz auf der profanen Seite steht. Diese Elemente können nicht beliebig miteinander kombiniert werden (vgl. Alexander/Smith 2002), denn die Kombination aus Autokratie und Transparenz ergibt für die allermeisten Menschen keinen Sinn, deshalb kann sie weder in Narrativen kommuniziert noch in ein überzeugendes Skript überführt werden. Ähnlich drückt es auch Phillip Smith aus, der diesen Punkt auch speziell auf das Handeln von Akteuren in Konfliktsituationen bezieht: „[...] Actors are not free to create any code they like to generate consensual understanding. Rather, they have to draw upon presupposed cultural resources to generate the inter-subjective basis for agreement and dissent“ (Smith 1991, 108 f.). Smith zeigt anhand der Kommunikationsstrategien während des Falkland-Kriegs, wie die Kombination aus den Ausdrücken Diktatur, Aggression und Irrationalität von britischer Seite verwendet wurde, um die kriegerischen Handlungen gegenüber Argentinien zu legitimieren. Kurzum: Kulturelle Codierungen geben bestimmte Rahmungen vor bzw. machen ihre Durchsetzung leichter oder schwieriger.

Ähnlich verhält es sich mit Narrationen, die wir als zweiten wichtigen Bestandteil von Hintergrundrepräsentationen bezeichnet hatten. Damit ist gemeint, dass Akteure ihre Deutung der Welt oder bestimmter Probleme in Form von Geschichten einzuordnen pflegen, in denen es meist auch um die codierte Unterscheidung zwi-

schen Gut und Böse geht (vgl. Tilly 2003, Somers 1994, vgl. auch Müller-Funk 2002). Narrationen und Codes müssen also immer gemeinsam gedacht werden. Dadurch, dass Narrationen aber auch immer bestimmte Strukturen sind, sei es chronologischer Art oder in Bezug auf grundsätzliche Unterscheidungen, setzen auch sie der Freiheit der performativen Einbettung bestimmte Grenzen. In den Worten von Margaret Somers erfordert Narrativität, „that we discern the meaning of any single event only in temporal and spatial relationship to other events“ (Somers 1994, 616). Ereignisse können also nicht singular betrachtet werden, sondern müssen in Beziehung gesetzt werden zu anderen Ereignissen, wodurch sie eine bestimmte Bedeutung erfahren.

In Bezug auf Performances heißt das, dass sich Akteure im Zuge ihrer Inszenierung neben dem Rückgriff auf codierte Unterscheidungen auch auf vorangegangene Ereignisse oder auf allgemein verfügbare und legitimierte Geschichten beziehen müssen, um ihrer eigenen Handlung einen spezifischen Sinn zu verleihen. Akteure sind auch auf der parlamentarischen Bühne in ein Netz von Geschichten über das Konfliktthema, die eigene Fraktion, das Verhältnis der eigenen zu anderen Fraktionen oder – auf europäischer Ebene – Geschichten über die Legitimität des Europäischen Einigungsprozesses verstrickt oder eingebettet, die ihre Performances vorformen und somit einmal mehr auf die relative Autonomie der Kultur verweisen. Dennoch sind Akteure dadurch in ihrem symbolischen Handeln nicht determiniert. Die relative Autonomie der Strukturen steckt nur einen Raum der Möglichkeiten ab, innerhalb dessen Akteure sich bewegen sollten, wenn sie verstanden werden wollen.

Mit diesem Punkt kann auch veranschaulicht werden, dass Jeffrey Alexander versucht, eine Brücke zwischen der Mikro-Perspektive sozialer Interaktion und der Makro-Perspektive der kulturellen Hintergrundrepräsentationen zu schlagen, indem er klar aufzeigt, wie der Zusammenhang von Kultur und Handlung analytisch sauber zu greifen ist. Darüber hinaus aber wird der Performance-Begriff durch diese klare Benennung kultureller Elemente auch anschlussfähig für eine Situation kultureller Variation und damit befreit von den Grenzen des Ritual-Begriffs, wie er im Zusammenhang mit der Performance-Theorie vor allem von Victor Turner propagiert wurde.

2.6.2.4 *Die Grenzen sozialer Dramen bei Victor Turner*

Victor Turner kommt, wie auch Alexander hervorhebt, das Verdienst zu, soziale Prozesse zum ersten Mal als „soziale Dramen“ aufgefasst zu haben und damit die Theater-Metapher auch für die Beschreibung kollektiver Interaktionen verfügbar gemacht zu haben. Soziale Dramen sind im Sinne Turners solche Prozesse innerhalb einer sozialen Gemeinschaft, die den Weg vom Beginn eines Konflikts bis zu seiner rituellen Lösung oder aber zum Schisma beschreiben (vgl. Turner 1989). Turner lenkt den Blick nicht nur auf die performative Komponente von Konflikten, sondern auch auf den prozessualen Charakter, den es zu beachten gilt. Er unterteilt soziale Dramen in vier Abschnitte (vgl. ebd., 144 f., vgl. ebenso Moebius 2009, 108 f.): Erstens erfolgt ein Bruch mit den sozialen Normen und Regeln der Gemeinschaft, woraus zweitens eine Krise entsteht. Diese Krise wird drittens zu bewältigen versucht, meist durch rituelle Handlungen wie das Erbringen von Opfern oder durch Gerichtsverhandlungen, die viertens abgeschlossen werden durch ein Schisma, also einen nicht zu behebbenden Bruch der Gemeinschaft oder durch die Versöhnung und Reintegration der Konfliktparteien. Der entscheidende Punkt bei der Aktivierung von Ritualen im Zusammenhang mit Konflikten liegt in der Erinnerung an die die eigene Gemeinschaft konstituierenden kulturellen Muster oder, wie es Clifford Geertz (1983, 252) ausdrückt, dem „meta-sozialen Kommentar“.

Dementsprechend definiert Turner Rituale als „vorgeschriebenes, förmliches Verhalten bei Anlässen, die keiner technologischen Routine überantwortet sind und sich auf den Glauben an unsichtbare Wesen oder Mächte beziehen, die als erste und letzte Ursachen aller Wirkungen gelten“ (Turner 1989, 126). Selbst wenn die religiöse Komponente durch eine „zivilreligiöse“ ersetzt wird und damit die „höchsten Werte einer Kultur“ (ebd.) gemeint sind, dann liegt das Problem bei der Verwendung des Ritualbegriffs gerade darin, dass hierbei implizit eine kulturelle Einheit der Performance-Gemeinschaft angenommen wird. Durch diese Annahme aber, die bereits weiter oben kritisiert wurde, geht eine besonders wichtige Komponente sozialer Performances in modernen Gesellschaften verloren, und zwar die Kontingenz der performativen Handlung.

Statt Turner folgen wir auch hier Alexander, wenn er sagt, dass „...the ability to understand the most elementary contours of a

performance depends on an audience knowing already, without thinking about it, the categories within which actors behave. In a complex social order, this knowledge is always a matter of degree" (Alexander 2004, 550). Auch ist Performance nicht automatisch rituell, sondern immer der *Versuch*, den Grad der Übereinstimmung zwischen den Interpretationen der Darsteller und des Publikums zu erreichen, der sonst nur bei Riten erreicht wird.

Gerade in heterogenen Gruppen – wie es das EP zweifelsohne ist – ist daher der Performance-Begriff wesentlich angemessener als der Ritual-Begriff, der voraussetzt, dass Hintergrundrepräsentationen, Skript, *mis-en-scène* und Interpretation des Publikums zu einer Einheit verschmelzen und damit das Individuum aus der Spannung zwischen kulturellen Strukturen und Inszenierungs- bzw. Interpretationsfreiheit entlässt. Der Ritualbegriff eignet sich daher auch nicht zur Erklärung von Kompromissen, zumal diese eben gerade aus der kulturellen Variation entstehen.¹⁸

2.6.3 *Das Publikum und die Bedingungen für Kommunikation*

Mit dem Hinweis auf die Kontingenz von Performances ist zugleich auch ein kritischer Punkt des Alexanderschen Modells angesprochen: Die Einbeziehung des Publikums in die Analyse. Denn für das Gelingen einer Performance ist, wie bereits im Zusammenhang mit Judith Butler erwähnt, ebenso wichtig wie die richtige Skript-Wahl auch die Bedingung, dass das Publikum eine Botschaft versteht und entsprechend bewertet. Mit anderen Worten ist dies das Problem der doppelten Kontingenz, das jegliche Handlungstheorie zu lösen hat. Alexander baut bei seiner Lösung ebenfalls auf die kulturellen Hintergrundrepräsentationen auf. Eine erfolgreiche Performance, die einen ritual-ähnlichen Zustand erreicht, schafft eine 'cultural extension', was so zu übersetzen ist, dass die kulturellen Inhalte der Handlung als selbstverständlich betrachtet werden.

Maßgeblich beziehen sich Alexander wie auch Butler in der Ausformulierung ihrer Performance-Begriffe auf John Austins Sprech-Akt-Theorie, nach der die Handlung des Sprechens nie nur das

¹⁸ Demgegenüber lassen sich mit dem Begriff interessante deskriptive Ergebnisse durch den Vergleich von parlamentarischen Ritualen sammeln, wie etwa der Band von Crewe und Müller (2006) zeigt. Für die hier verfolgte Frage aber ist der Begriff des Rituals letztlich irreführend.

Sprechen selbst ist, sondern immer auch eine Botschaft impliziert. Austin formuliert, dass ein Sprechakt nur dann gelingen kann, wenn sich der Sprecher auf eine Konvention beruft, die im gleichen Maße für das Publikum gilt (vgl. Austin 1962, 14 f., vgl. ebenso Iser 2003). Konventionen wiederum können im Sinne Alexanders als eine bestimmte Form von Codes bzw. Narrationen gesehen werden, die die Grundlage für Handlung bilden. Ähnlich begründen auch Luc Boltanski und Laurent Thévenot die Möglichkeit für einen Kompromiss. Wenn zwei Streitende einen Konflikt beilegen wollen, müssen sie sich auf eine gemeinsame Definition dessen einigen, was in der Situation als relevant angesehen wird: „But in order to converge in sorting out relevant and irrelevant items they must share a common capacity to see what fits the situation and under which relation“ (Boltanski/Thévenot 1999, 361). Kurzum: Für Verständigung wird implizit vorausgesetzt, dass Deutungen übereinstimmen.

Gerade dieser Punkt aber bedarf einer Präzisierung. Tatsächlich widmet Alexander dem Publikum einige Aufmerksamkeit und schreibt etwa, dass das Ausmaß von ‘cultural extension’ und ‘psychological identification’ empirisch variabel ist (2004, 531). Als Gründe führt er etwa an, dass Darsteller und Publikum sozial orthogonal zueinander stehen können, dass Kritiken zwischen Performance und Publikum zwischengeschaltet sind oder dass das Publikum zwar die Nachricht versteht – und somit die Kodierung entschlüsselt –, aber emotional nicht involviert wird. Gerade aufgrund dieser empirischen Variabilität bleibt aber ein wenig unklar, wie genau kulturelle Hintergrundrepräsentationen übereinstimmen müssen, um Performances erfolgreich werden zu lassen.

Es ist aber zweifelsohne wichtig, die Reaktion des Publikums in die Analyse aufzunehmen, da nur mithilfe dieser Erweiterung die Dynamik eines Prozesses sichtbar gemacht werden kann. Als Startpunkt hierfür kann Stuart Halls Konzept des Kommunikationsprozesses als einem Prozess des Kodierens und Dekodierens (Hall 1980)¹⁹ nützlich sein, indem er herausstellt, dass Nachrichten (in seinem Sinn tatsächlich als Fernsehnachrichten gemeint) vom

¹⁹ Hall spricht in seinem Text übrigens analog zur hier vertretenen relativen Autonomie von Kultur von einer relativen Autonomie der Nachricht – sie ist den Regeln der Sprache ebenso unterworfen wie den Produktionsverhältnissen, aber sie ist eben auch deshalb relativ autonom gegenüber den Einflussversuchen durch den Sender (Hall 1980, 98).

Sender kodiert und vom Empfänger dekodiert werden, also auf beiden Seiten eine aktive kulturelle Leistung vollzogen wird. So können Nachrichten anders dekodiert werden, als sie kodiert wurden, wobei diese Deutungsschere auch bewusst in Kauf genommen werden kann. Die Kontingenz von Performance, wie Alexander sie bezeichnet, ist daher nicht nur so zu verstehen, dass sie keine 'cultural extension' herstellen kann, sondern dass diese extension absichtlich vermieden wird. Der hermeneutische Zirkel wird in diesem Fall vom Publikum bewusst nicht geschlossen oder schlicht verweigert.

Dementsprechend ist auch davon auszugehen, dass in Situationen, in denen die Interpretation eines politischen Problems zum Kern des Konflikts zwischen Individuen und Gruppen wird, die Identifikation des Publikums mit dem Darsteller bzw. seine Authentizität nur eingeschränkt als Merkmal erfolgreicher Performances (Alexander 2004, 548) dienen kann. Zwar ist Alexander generell zuzustimmen, aber ein Akteur auf der politischen Bühne kann sich noch so sehr um Authentizität bemühen, seine Gegner werden diese Authentizität nicht zum Anlass nehmen, seiner Interpretation des Problems zuzustimmen. Im Gegenteil, in einigen Fällen werden sie ihm sogar noch eher vorwerfen, einer Ideologie anzuhängen und deshalb für Verhandlungen um Kompromisse nicht geeignet zu sein. Gerade auch durch solche Gegenperformances werden symbolische Grenzen zwischen einzelnen Gruppen verstärkt, ohne dass Authentizität dabei eine besondere Rolle spielt.

Dennoch ist Alexanders Vorschlag der Überschneidung von kulturellen Hintergrundrepräsentationen ein sinnvoller Ausgangspunkt, um die Beziehung zwischen Akteur, Botschaft und Publikum etwas klarer zu fassen und den Begriff der Anschlussfähigkeit zu einem Werkzeug der Analyse von Kompromissen zu machen. Denn um das Problem der doppelten Kontingenz oder auch der Verständigung zu lösen, müssen wenigstens Teile der Hintergrundrepräsentationen zueinander passen oder anschlussfähig sein. Damit ist keine Deckungsgleichheit gemeint, sondern das Publikum muss lediglich in der Lage sein, die Performance des Akteurs mit Sinn zu versehen. Ist es negativer oder den eigenen Hintergrundrepräsentationen entgegenstehender Sinn, so ist eine Einigung auf einen Kompromiss sehr unwahrscheinlich. Die Akteure, die an einem Kompromiss interessiert sind, müssen also die gegenseitigen Performances in solcher Art und Weise mit Sinn versehen, dass sie

eine Brücke zwischen ihrer eigenen Inszenierung und der Inszenierung der Anderen schlagen können, um symbolische Grenzen abzubauen. Wie kann das gehen?

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass Hintergrundrepräsentationen nach Alexander durch „codes that provide analogies and antipathies and by narratives that provide chronologies“ (Alexander 2004, 530) strukturiert sind. Sinn wird also verliehen, indem Handlungen mittels Codes bewertet und vor allem indem sie in einen chronologischen Zusammenhang gesetzt werden. Codes sind trotz ihrer relativen Autonomie variabel verteilt über eine Gruppe von Menschen, nichts anderes ist mit dem Begriff der kulturellen Variation gemeint. Damit ist aber auch klar, dass Kombinationen von kulturellen Elementen nicht nur in einer festen Gestalt auftreten, sondern verschieden ausfallen können je nach Größe der beobachteten Gruppe. Um auf eines der empirischen Beispiele vorzugreifen, kann dieser Punkt daran veranschaulicht werden, dass eine Gruppe von Abgeordneten des EP die freie Entfaltung des Dienstleistungsmarktes deutlich auf der sakralen oder „guten“ Seite verorten würde, eine andere dagegen würde sie eher auf der profanen bzw. „schlechten“ Seite einordnen. Beide Gruppen aber bewerten die Europäische Integration an sich für gut und sehen in ihr ein sakrales Element. Hier ergibt sich also ein Anknüpfungspunkt bzw. ein Brückenelement (Smith 2007) zwischen sich widerstrebenden Narrativen, dessen theoretische Bedeutung im nächsten Abschnitt noch deutlicher wird. An diesem Punkt ist vor allem wichtig zu bemerken, dass für eine Verständigung zwischen Akteur und Publikum keine volle Übereinstimmung von Hintergrundrepräsentationen, keine Deckungsgleichheit von Codes oder Narrativen notwendig ist, sondern nur die Möglichkeit der Anschlussfähigkeit gegeben sein muss. Umso mehr gilt gerade dies auch für die Möglichkeit des Kompromisses.

2.6.4 *Die Bedingung des narrativen Sinns – Prozess und Relation*

Wenn also die Möglichkeit aufgezeigt ist, wie Codestrukturen miteinander verbunden werden können, muss schließlich die Frage geklärt werden, wie die anderen wichtigen Elemente der Hintergrundrepräsentationen, die Narrative, der Bedingung der Anschlussfähigkeit gerecht werden können. Dazu ist es sinnvoll, auf

zwei mit der Reaktion des Publikums eng verbundene Aspekte von Konflikt und Kompromiss einzugehen: Den Konflikt als Prozess und die Relationierung von Performances. Bisherige Modelle politischer Entscheidungsprozesse gehen häufig von einer Art statischem Interessenverständnis aus, in dem Individuen ihren Interessen auf Gedeih und Verderb folgen, ohne auf mögliche Veränderungen in der Konfliktstruktur einzugehen.²⁰ Diese Position erscheint insofern fragwürdig, als ein Kompromiss natürlich der vorläufige Endpunkt eines Prozesses von mehreren aufeinander folgenden Performances ist, in denen die Beteiligten sinnvoll aufeinander Bezug nehmen und in denen sie ihre Positionen zumindest so verändern müssen, dass die andere Seite eine Veränderung erkennen kann. Denn nur so kann, so unsere Vermutung, von einem Kompromiss gesprochen werden: Indem die Beteiligten ihn auch als solchen wahrnehmen.

PROZESSE ALS NARRATIVE KONSTRUKTE Indem auch mit Andreas Wimmer angenommen werden kann, dass Kompromisse immer der vorläufige Endpunkt von Prozessen der Aushandlung sind, ist klar, dass Performances immer nur in einer Prozess-Perspektive gesehen werden können. Alexanders Modell bietet dafür auch theoretische Ansatzpunkte, indem er darauf verweist, dass Performances Gegenperformances provozieren (Alexander 2006). Deutlich wird hierbei, dass Performances nicht einfach singuläre Ereignisse sind, die kontextlos im sozialen Raum entstehen, sondern sie beziehen sich immer aufeinander. Damit müssen Prozesse der Aushandlung auch immer aus einer relationalen Perspektive beobachtet werden (Emirbayer 1997, vgl. ebenso Mische 2011). Ein Ereignis wie eine Performance zeigt keine inhärenten Eigenschaften, durch die sie ihren Sinn bekommt, sondern sie wird erst dann sinnvoll, wenn sie in Bezug gesetzt wird zu anderen Ereignis-

20 Ein Beispiel dafür bieten im Zusammenhang mit dem EP die vielen Untersuchungen zu so genannten roll-call-votes (vgl. auch Kap. 3.2.1), also namentlichen Abstimmungen, deren Ergebnisse ohne Beachtung des Prozesses mit den zu Beginn formulierten Positionen verglichen werden. In der Tat kann nicht angenommen werden, dass alle Abgeordneten ihre Positionen ändern bzw. ihre Rahmen modulieren – dazu ist die Arbeitsteilung innerhalb einer Fraktion zu ausgeprägt. Dennoch muss die Möglichkeit an sich in Betracht gezogen werden, ansonsten machen Kompromisse eigentlich keinen Sinn.

sen bzw. zu anderen Performances.²¹ Sobald eine Verhandlungsseite in einem Prozess ihre Position geäußert hat, werden die anderen Parteien dieser Position entweder zustimmen oder sie ablehnen oder Änderungen vorschlagen. Sie beziehen sich auf diese erste Positionsäußerung, was auch der Differenzierung der unterschiedlichen Gruppen voneinander dient.

Mithin bedeutet dies, dass Akteure auch versuchen, durch ihre Performance ihre Deutung des bisherigen Verlaufs eines Verhandlungsprozesses zum Ausdruck zu bringen. Hierbei ergibt sich jedoch für die Akteure die Schwierigkeit, dass sie ebenso wie Sozialforscher keinen Anspruch auf Vollständigkeit ihrer Sicht auf den Prozess erheben können – kein Akteur kann alle Gespräche verfolgen und alle Performances bewerten. Aus diesem Dilemma heraus wählen Akteure – mehr oder weniger bewusst – Ereignisse, die sie zu einer sinnvollen Geschichte, einer Narration, verknüpfen, indem sie sie in eine bestimmte Reihenfolge bringen und so genannte Standard Stories (Tilly 2003, vgl. auch Somers 1994) konstruieren.²² Natürlich kann diese Reihenfolge nicht vollkommen willkürlich sein, denn Geschichten wie auch Performances, die auf der Grundlage von Geschichten dargestellt werden, müssen plausibel für das Publikum sein (Alexander 2004). Darüber hinaus aber gilt für Geschichten auch, was für Kombinationen binärer Oppositionen gilt: Ihre Struktur ist relativ autonom, das heißt, sie muss bestimmte Anforderungen erfüllen, um als legitime Erzählung gelten zu können. Vor allem müssen die Geschichten sinnvoll sein. Ist etwa ein Verhandlungsprozess in eine Sackgasse geraten, weil beide Seiten auf ihren Standpunkten beharren und sich gegenseitig Irrationalität vorwerfen, so würde eine *direkte* Verknüpfung mit einer Einigung keinen Sinn machen. Um diese beiden Ereignisse – Sackgasse und Einigung – miteinander in Bezug setzen zu können, müssen ein oder mehrere Elemente zwischengeschaltet werden, die plausibel erklären, wie die Sackgasse verlassen werden konnte.

21 Dies ist die Grundeinsicht der sozialen Netzwerkanalyse (vgl. Beckert 2005), in der vor allem die Beziehungen zwischen Personen oder Organisationen betrachtet werden, um ihr spezifisches Handeln zu erklären. Die Netzwerkanalyse ist aber, wie später noch deutlich wird, auch auf andere Einheiten ausdehnbar wie etwa auf Ereignisse und ihre Beziehung zueinander. Dazu mehr im methodischen Teil.

22 Das nennt Somers die „Ontological Narrativity“, das heißt die Art und Weise des Erzählens, in der unsere Wahrnehmung der Welt zum Ausdruck kommt.

2.7 BRÜCKENELEMENTE UND DIE VERÄNDERUNG NARRATIVER GRENZEN

Aus den Bedingungen für narrativen Sinn ergibt sich auch die Möglichkeit, divergente Berichte über einen Prozess so miteinander zu verknüpfen, dass symbolische Grenzen abgebaut werden können und ein Ergebnis als gemeinsam erarbeitet dargestellt werden kann. Diese Möglichkeit bespricht Tammy Smith in ihrer Antwort auf die Frage, wie einstmals verfeindete Gruppen später gemeinsame Aktivitäten rechtfertigen können (Smith 2007). Ausgehend von der Prämisse, dass Identität narrativ konstruiert wird, zeigt Smith, dass die Geschichte des blutigen Konflikts zwischen italienischen und kroatischen Bewohnern der istrischen Halbinsel von Mitgliedern beider Gruppen anders erzählt wird, je nachdem ob sie in Italien, in Kroatien oder aber in New York leben, wo sie ein gemeinsames Kulturzentrum aufgebaut haben. Während die Geschichten der Geliebten die jeweils andere Seite als unmenschlich und brutal darstellen, weichen die Geschichten der nach New York emigrierten Istrier diese narrativen Grenzen auf, entfernen trennende Elemente und lassen sich über so genannte Brückenelemente oder „boundary elements“ miteinander verbinden:

„Very often boundaries are said to function as sites of difference. However much they may produce opportunities for differentiation between two narratives, though, boundary elements also produce a tie or a link between the two narratives. [...] Because of boundary elements' countervailing ties within and across narrative boundaries, it is here that we find the potential for narrative change“ (Smith 2007, 38).

Ein kurzes Beispiel aus ihrer Studie mag den Punkt verdeutlichen: Für die italienischen Istrier, die nicht ausgewandert sind, sind die istrischen Slawen die Bösewichte der Geschichte, die eine vormalige Idylle zerstört hatten. Für die italienischen Istrier in New York hingegen sind es nicht Slawen aus Istrien, die alles verändert hatten, sondern der Einfluss aus anderen slawischen Ländern und vor allem aus Belgrad. Der Unterschied liegt in dem, was später noch als Externalisierung des Anderen wiederkehren wird: Nicht mehr mein direkter Gegenüber ist „böse“, sondern Kräfte, die außerhalb des Verhandlungsraumes sind. Dadurch wird der Gegenüber aber auch gleich zum potentiellen Partner, wie Smith am Beispiel des

gemeinsamen Kulturzentrums der Istrier in New York zeigt (vgl. ebd.).

Smith deutet damit auf den zentralen Punkt in der Kompromissbildung allgemein hin: Einigungen setzen voraus, dass die narrativen Grenzen zwischen Individuen oder Gruppen nicht mehr quer durch die Gruppe der Beteiligten an einem Kompromiss verlaufen, weil sonst eine Verknüpfung der jeweiligen Geschichten schwierig oder sogar unmöglich wird. Mit diesem Hinweis kann auch die Brücke zu Wimmers Konzept des Kulturellen Kompromisses geschlagen werden, denn er sieht diesen als Teil eines Prozesses der sozialen Schließung derjenigen, die einem Kompromiss zustimmen (vgl. Kap. 2.5.). Letztlich also geht es bei der Verknüpfung durch Brückenelemente auch darum, narrative Grenzen – die durch Performances kommuniziert werden – zu verschieben.

Um zu verdeutlichen, was Brückenelemente sind, sei noch einmal an die relationale Struktur von Geschichten erinnert: Einzelne Ereignisse beziehen ihren spezifischen Sinn daraus, dass sie in Beziehung gesetzt werden zu anderen Ereignissen – gleiches gilt auch für Performances. Unterschiedliche Geschichten können ein und dasselbe Ereignis – in institutionellen Zusammenhängen etwa eine Abstimmung – beinhalten, aber in einen anderen Zusammenhang stellen, so dass der Sinn des Ereignisses ein anderer erscheint. Brückenelemente sind dann nicht etwa die Ereignisse, die in allen Geschichten berichtet werden, sondern die Elemente, die eine sinnvolle Überführung des Konflikts in einen Kompromiss und so den Anschluss aneinander ermöglichen. Das können inhaltliche Elemente sein, in denen ein Positionswechsel berichtet und nötigenfalls gerechtfertigt wird, es können Verlagerungen symbolischer Grenzen auf einen externen Anderen sein, aber es können auch Elemente sein, die ein Kompromissereignis in den Zusammenhang eines höheren gemeinsamen Gutes stellen, das die politischen Differenzen im wörtlichen Sinn überbrückt. Anders ausgedrückt gehen wir davon aus, dass bei einer Pattsituation (die im Europäischen Parlament immer dann auftritt, wenn die beiden großen Fraktionen sich gegenüber stehen) die Performances insofern verändert werden, als thematische Hintergrundrepräsentationen (also binäre Codes und Geschichten, die die Wahrnehmung des politischen Problems und der Verhandlungsseiten als Kluft prägen) zurück gestellt und stattdessen einende Repräsentationen ausgewählt werden, die einen entstandenen Graben zu überbrücken suchen. Mit

Goffman (1969) können wir dann davon sprechen, dass eine Rahmenmodulation erfolgt als eine Form kollektiven Schutzmanövers. Brückenelemente stellen die Anschlussmöglichkeit dar, die nach der Definition des Kulturellen Kompromisses verlangt wird.

2.8 WAS HEISST KOMPROMISS?

Mithilfe des bislang erarbeiteten Vokabulars ist es nun möglich, sich der Definition von Kompromiss zu nähern, die hier als analytische Grundlage dienen soll. Ein Kompromiss ist zunächst nur die Verknüpfung politischer Positionen zu einer Position, die von den Verhandlungspartnern als Mittelposition bezeichnet wird und so kollektiv getragen werden kann. Daraus ergibt sich die Performance eines Kompromisses, die darin besteht, dass die Beteiligten die erzielte Einigung als *gemeinsames* Ergebnis darstellen. Politische Positionen selbst sind Relationierungen zu einem politischen Thema, das mithilfe von Narrativen über Unterscheidungen, andere Akteure, Ereignisse und Rahmenbedingungen eingeordnet oder gerahmt wird. Die Akteure können Teile dieser Narrative bewusst wählen oder unterdrücken, dabei sind ihnen aber durch die relative Autonomie dieser kulturellen Hintergrundrepräsentationen Grenzen in ihrer Wahlfreiheit gesetzt. Kommuniziert werden politische Positionen und damit auch die in ihnen enthaltenen Narrative durch Ketten von aufeinander bezogenen sozialen Performances der Verhandlungspartner, die in ihre eigenen Inszenierungen wie auch in ihre Interpretationen der Performances der anderen Seite(n) sinnvoll ihre Stories, ihre Deutungen des Prozessverlaufs einbauen. Damit es zu einem Kompromiss kommen kann, müssen eben diese Deutungen des Prozessverlaufs, das heißt die chronologischen Relationierungen von Performances als Relationierungen zu einem politischen Thema, miteinander so verknüpft werden können, dass erstens die narrativen Grenzen zwischen Partnern fallen und zweitens die Stories sinnvoll vom Konflikt in den Kompromiss überführt werden können. Die Elemente einer Geschichte, die dies ermöglichen, heißen Brückenelemente. Wenn das gegeben ist, so können die Verhandlungspartner die Einigung kollektiv auf die Bühne bringen und darüber eine kohärente Geschichte erzählen.

Ein Kompromiss kann demnach definiert werden als *kollektive Performance der über ein oder mehrere Brückenelemente sinnvollen Ver-*

knüpfung von Geschichten über den Verlauf eines Konflikts zu einem politischen Thema. Kompromisse sind also keine von außen objektiv zu bestimmende Realitäten, sondern sie bedürfen einer narrativ-performativen Konstruktion durch die an ihnen beteiligten Akteure. Dabei spielen alle Elemente – Hintergrundrepräsentationen, Skripte, Inszenierungen, Akteure, Publikum und nicht zuletzt die Verfügbarkeit von Narrativen und Unterscheidungen – eine besonders wichtige Rolle, ein Kompromiss ist also ein hoch kontingentes Ereignis, das nur dann einigermaßen sicher vorausgesagt werden kann, wenn es sehr klare Geschichten darüber gibt, wie ein Konflikt aufzulösen ist.²³

Verknüpfung heißt in diesem Zusammenhang nicht, dass es zu einer Übereinstimmung der Geschichten kommt, sondern es muss lediglich sicher gestellt sein, dass die einzelnen Geschichten das Ereignis Einigung auch als solche bzw. als Kompromiss bezeichnen und damit eine sinnvolle Überführung eines Konfliktberichts in einen Kompromissbericht erreichen. Tatsächlich kann die Bedingung der Verknüpfung noch weiter gefasst werden, indem selbst die Hinführung zum Kompromiss nicht in derselben Art und Weise gedeutet werden muss – Akteure können einen Kompromiss in unterschiedliche Sinnzusammenhänge stellen, je nachdem vor welchem Publikum sie ihn auf die Bühne bringen. Wichtig ist nur, dass die Deutungen sich nicht gegenseitig ausschließen, dass sie eben nicht in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen, nicht als zwei Seiten einer Dichotomie dargestellt werden.

In einem Extremfall heißt das, dass Geschichten sich tatsächlich nur einmal verknüpfen lassen und zwar im Moment der Hinführung zum Kompromiss, dem wiederum eine antagonistische Relationierung der Akteure folgt, um den Kompromiss als absoluten Gewinn für die eigenen und als Niederlage für die andere Seite darzustellen. Im anderen Extremfall wiederum sind die Geschichten fast deckungsgleich, das heißt es gibt kaum Deutungskonflikte und der Kompromiss ist quasi von Beginn an abzusehen. Während wohl beide Extremfälle auch empirisch zu finden sind, dürfte sich die Mehrzahl der Kompromissstories auf einem Kontinuum dazwischen bewegen, in dem sich Geschichten mal leichter, mal weniger leicht verknüpfen lassen, je nachdem, welche grundsätzlichen Nar-

²³ Gerade das ist der Fall bei Turners sozialen Dramen, die durch institutionalisierte Konfliktlösungen aufgelöst werden, die Akteuren einen Sinn für die Einigung durch die Institution an die Hand geben.

rative zu einem politischen Thema zur Verfügung stehen und wie sie inszeniert werden.

Eine solche Sicht auf Kompromisse hat durch ihre grundsätzliche relationistische Perspektive den Vorteil, den Kulturbegriff, und – durch die kulturelle Einbettung von Handeln – letztlich auch das soziale Handeln im politischen Kontext, von der Kategorisierung in einheitliche Gruppen zu befreien. Wie vor allem in Harrison Whites Ansatz zur narrativen Konstruktion von Märkten deutlich wird, erfolgt Gruppenbildung nicht mithilfe von klaren Grenzziehungen, sondern durch die Relationierung der Akteure in Form von Geschichten, die über einander erzählt werden (vgl. White 2008, Mützel 2007). Akteure können demnach durchaus gleiche oder ähnliche Geschichten erzählen und damit besonders stark miteinander verbunden sein, aber Mitglied einer Gruppe (einer Fraktion, einer Institution, einer Nation) zu sein, bedeutet eben nicht automatisch, auf dieselben Narrative zurückzugreifen. Mit anderen Worten ist mit einer solchen Definition die Forderung nach einem nicht-kategorialen Kulturbegriff erfüllt, der aber die Möglichkeit einer kulturellen Konvergenz erhält.

Zum anderen ist es wichtig zu betonen, dass es unter einer solchen theoretischen Perspektive nicht darum geht zu verstehen, wie ein Prozess tatsächlich abgelaufen ist bzw. von außen zu bestimmen, welche Ereignisse oder Motive objektiv einen Kompromiss herbeigeführt haben. Vielmehr wird die Antwort auf die Frage nach dem Grund des Kompromisses gerade in der selektiven Rationalisierung von Ereignissen durch die beteiligten Akteure gesucht. Denn eine Einigung, die für die beteiligten Akteure keinen Sinn macht, das heißt in keinen kohärenten Sinnzusammenhang mit der eigenen Position gestellt werden kann, ist nach unserem Verständnis kein Kompromiss. Damit soll aber nicht gesagt werden, dass es unmöglich ist, einen Prozess von außen zu beschreiben. Dabei aber sollten Prozesshaftigkeit und Relation der Handlungen immer mitgedacht werden, um den Fallstricken einer reduktionistischen Betrachtungsweise zu entgehen.

2.9 DIE THEORETISCHE THESE

Auf der Grundlage der theoretischen Bausteine ist es nun möglich, eine *theoretische These* zur Kompromissbildung zu formulieren:

Ein Kompromiss kommt dann zustande, wenn die beteiligten Akteure ihre jeweiligen Narrative des Verhandlungsprozesses sinnvoll miteinander verknüpfen und diese Verknüpfung performativ kommunizieren können.

Deutlich wird bereits an der Formulierung dieser These, dass ein solcher Prozess Kontingenzen aufweist und Vorhersagen über den Ausgang eines Verhandlungsprozesses schwierig sind. Ihre Diskussion wird uns auch gestatten, den Bogen zum ersten Kapitel und zum Beginn dieser theoretischen Ausarbeitungen zu schlagen.

Zu Beginn steht dabei natürlich die Kontingenz des politischen Themas an sich. Akteure, ob im parlamentarischen Rahmen oder in anderen Positionen des politischen Feldes, deuten politische Themen auf unterschiedliche Art und Weise, indem sie sie zu verfügbaren Narrativen in Beziehung setzen, die Vergleiche oder Unterscheidungen zwischen dem vorliegenden Thema und früheren Konflikten ermöglichen. Aus diesen unterschiedlichen Deutungen ergeben sich sowohl verschiedene Skripte wie auch abweichende Interpretationsweisen für das Publikum einer Performance. Aus dieser Perspektive scheint eine Verknüpfung von Narrativen zumindest sehr schwierig. Aber die Maßgabe der relativen Autonomie kultureller Strukturen wirkt sich auf die Möglichkeiten der Auswahl von Narrativen und Skripten, von Anknüpfungspunkten und Inszenierungen, beschränkend aus, was wiederum die Wahrscheinlichkeit der Verknüpfung erhöht. Denn weder sind Narrative unbegrenzt verfügbar noch sind sie beliebig konstruierbar oder performativ umzusetzen. Ihr Sinn wirkt als begrenzende Struktur, was wiederum gegen eine übertrieben konstruktivistische Sichtweise ins Feld geführt werden kann. Mit anderen Worten: Die Rahmenbedingungen sind für alle immer noch dieselben und alle erleben auch mehr oder weniger dieselbe Kette von Ereignissen, die sie in ihrer Deutung sinnvoll aneinander reihen. Jedes neue Ereignis muss dann an diese bereits existierende Geschichte sinnvoll angehängt werden, deshalb ist die Deutung nicht frei von vorherigen Deutungen. So ist eine Wahrscheinlichkeit gegeben, die kontingenten Momente zu überbrücken. Freilich dient ein solches theoretisches Modell vor allem der retrospektiven Analyse eines Prozesses und muss vor dem Hintergrund der Kontingenzen als nur begrenzt prognosefähig eingeschätzt werden.

Inwiefern aber hilft es dabei, die Probleme bisheriger Ansätze zu lösen bzw. ihre Lücken zu füllen? Die Antwort ist verhältnismäßig einfach zu geben: indem Rahmenbedingungen narrativ gefasst und von den Beteiligten an einem Prozess auch in Narrative und Performances eingebaut werden. Aus der Perspektive eines institutionalistischen Ansatzes (vgl. 3.2.1.) etwa spielen die formellen und informellen Regeln eine besondere Rolle, sie beeinflussen maßgeblich die Möglichkeiten der Kompromissbildung. Nach der hier formulierten These hat diese Rahmenbedingung tatsächlich einen Einfluss, wenn die am Kompromiss beteiligten Akteure das Narrativ institutioneller Notwendigkeiten in die Skripte ihrer Performances einbauen und dadurch eine Brücke zu anderen Geschichten schlagen können. Dass dies häufiger passiert, wird durch die spezifische institutionelle Stellung des EP (vgl. Kap 1.2.8) und den daraus folgenden Imperativ zur Einigung klar, aber wie bereits weiter oben argumentiert wurde, sollte dieser Imperativ nicht als unsichtbare Macht, sondern vielmehr als konkretes Argument verstanden werden, das in Verhandlungsperformances zum Ausdruck kommt. Auch die Kultur des Kompromisses ist demnach als ein besonderes Narrativ aufzufassen, nach dem eine Einigung selbst oberflächlicher und möglicherweise sogar zweideutiger Art besser sei als keine Einigung. In bezug auf die These der Macht einzelner Personen und Gruppen bietet es sich an, diese Macht als besonderen Einfluss von Akteuren anzusehen, die kraft ihrer institutionellen Rolle entweder über besondere Inszenierungsmöglichkeiten verfügen oder durch ihre vielfältigen Relationen zu anderen Akteuren im Verhandlungsprozess eine besondere Hoheit darüber genießen, welche Narrative und Performances als legitim erachtet werden.²⁴

Darüber hinaus sollte aber auch deutlich geworden sein, dass rationales Handeln im Sinne von strategischen Performances sehr gut in den Ansatz integriert werden kann, indem Geschichten selektiv zu Skripten verarbeitet werden und je nach Publikum auch variiert werden können.²⁵ Ebenso können Geschichten auch als Ausdruck normativer Unterscheidungen und mithin symbolischer

24 Dennoch sollte auch an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Macht als Faktor von Einigungen in dem hier verfolgten Ansatz nur eine Nebenrolle spielt. Das Argument, dass durch den Fokus auf Macht die Kritikfähigkeit der Individuen zu stark in den Hintergrund tritt, wird in den Kapiteln 2.5. und 3.2. noch genauer ausgearbeitet.

25 vgl. hierzu auch Poletta 2006 zur Art und Weise wie politische Aktivisten Geschichten anders erzählen, um damit andere Publika zu erreichen.

Grenzen angesehen und so mit dem Modell des homo sociologicus verbunden werden. Gleichwohl sind der Berechnung von Kosten und Nutzen durch die relative Autonomie kultureller Strukturen und damit der Grundlage von sozialen Performances Grenzen gesetzt, die sich alle Akteure vor Augen halten müssen. Und dennoch: Gerade diese relative Autonomie erlaubt es auch, Akteure in ihrer Reaktion auf strategische Performances zu bestimmen. In einem Vorgriff auf die empirischen Kapitel sei hier ein Beispiel angeführt, das diesen Punkt veranschaulichen kann: Wird ein Thema mithilfe der Unterscheidung soziale Gerechtigkeit vs. Markt gerahmt, werden also auf der einen Seite performativ Geschichten über die Ungerechtigkeit des Marktes erzählt, so ist es sehr wahrscheinlich, dass eine Gegenperformance, die wiederum den Markt als das erstrebenswerte Ziel der europäischen Entwicklung darstellt, als Provokation aufgefasst werden wird. Indem also bestimmte Rahmungen verwendet und bestimmte Geschichten verarbeitet werden, können Prozesse in eine gewisse Richtung gelenkt werden.

Jedoch sollte auch klar sein, dass bei einer retrospektiven Analyse eines Verhandlungsprozesses, wie sie in dieser Arbeit vorgeschlagen wird, die Motive für einzelne Handlungen nicht relevant sind für die Erklärung des Kompromisses. Denn worauf hier abgezielt wird, ist nicht, dass durch ein bestimmtes Motiv ein bestimmtes Ergebnis in der sozialen Interaktion erreicht wird – vielmehr steht hier die sinnvolle Verknüpfung von Ereignissen und Performances im Vordergrund, denn nur durch diese sinnvolle Verknüpfung wird ein Ereignis zum Kompromiss. So ist es auch denkbar, dass Motive von den beteiligten Akteuren noch während des Prozesses falsch eingeschätzt werden, dass Teile des Publikums in einer Performance eben eine Provokation sehen, während der Akteur nur eine Positionsbestimmung vornehmen wollte. Kurzum: Auch Motive können als sinnvolle Teile einer Performance gesehen werden, aber sie unterliegen ebenso wie die gesamte Darstellung der doppelten Kontingenz. Damit verliert eine Erklärung, die lediglich auf die Motive der Handelnden abzielt, an Kraft. Diese soll mit dem hier vorgeschlagenen Analysemodell wiedergewonnen werden, indem Motive nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für den soziologischen Beobachter plausibel erscheinen und somit sinnvoll in die Rekonstruktion eines Verhandlungsprozesses eingebaut werden können.

Der *soziologische* Mehrwert des hier vorgeschlagenen Ansatzes wird am ehesten deutlich, wenn die Funktion narrativer Grenzen in Zusammenhang mit Kompromissen noch einmal am Schaubild 2.1 klar gemacht wird:

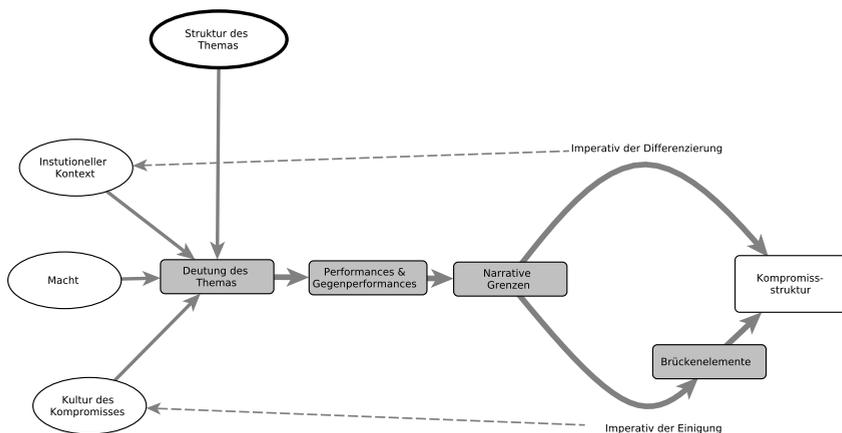


Abbildung 1: Kompromisse durch narrative Verknüpfung

Institutionelle Faktoren, die Kultur des Kompromisses, Macht und möglicherweise auch andere Rahmenbedingungen wirken auf die Art und Weise, wie Akteure ein politisches Problem deuten. Der Zahl der Einflüsse ist hier jedenfalls theoretisch keine Grenze gesetzt, im Rahmen dieser Untersuchung aber interessieren zunächst einmal nur diese drei Faktoren. Die Deutung eines politischen Problems wird performativ kommuniziert, wodurch sich innerhalb der Gruppe von Abgeordneten – in allgemeiner Form aber auch jeglicher Gruppe – narrative Grenzen etablieren, die zwischen den Partnern einer Verhandlung und den Nicht-Teilnehmern unterscheiden. Diese Grenzen werden sicherlich nicht in jedem Konfliktfall neu gezogen, sie beruhen auf länger bestehenden Unterschieden in Bezug auf größere Themenbereiche. Jedoch müssen eingerastete Grenzen für einen Kompromiss wieder verschoben werden, um dem Imperativ der Einigung nachzukommen. Dieser wirkt dem Imperativ der Differenzierung im politischen Alltag entgegen, aber bestätigt letztlich die formulierten Annahmen zum

Kompromiss: Es geht um die Möglichkeit, an ein Verhandlungsergebnis anschließen zu können und alle Teilnehmenden als legitime Partner desselben zu betrachten, und nicht um völlige Kongruenz. Diese Möglichkeit wird durch Brückenelemente geliefert, mithilfe derer narrative Grenzen verschoben werden können. Dieser Mechanismus, so die grundlegende Annahme dieser Arbeit, schließt die Lücke zwischen den von bisherigen Arbeiten formulierten Rahmenbedingungen für Kompromisse und den parlamentarischen Einigungen als soziale Handlungen.

Für die methodische Strategie heißt das, dass zunächst einmal nach dem Kompromiss und dessen Deutung durch die beteiligten Akteure gesucht werden muss. Dabei spielt vor allem die Frage eine Rolle, in welchen Sinnzusammenhang die Akteure die Einigung setzen. Über eine Rekonstruktion dieses Sinns wird eine Differenzierung unterschiedlicher Kompromisse möglich, je nachdem, wie sie gedeutet werden. Dazu benötigen wir als Primärmaterial die Darstellungen von an den jeweiligen Kompromissen beteiligten Personen und damit ihre Deutungen der Ereignisse. Darüber hinaus aber ist es natürlich notwendig, die kontextuelle Einbettung des Prozesses zu gewährleisten. Aus diesem Grund soll im folgenden Kapitel der Hintergrund umrissen werden, vor dem Konflikte innerhalb des EP stattfinden und spezifisch auf die drei Konflikte eingegangen werden, die Gegenstand der empirischen Analyse sind. Diese Analyse ist dann der Rekonstruktion der Verhandlungsprozesse durch die Akteure gewidmet, wobei drei Aspekte im Vordergrund stehen. Erstens muss eine Rekonstruktion dessen erfolgen, was von den Akteuren als Kompromiss betrachtet wird, und von seiner unmittelbaren Hinführung durch Performances im Verhandlungsprozess. Zweitens soll eine Rekonstruktion der Geschichten oder Narrationen erfolgen, mithilfe derer narrative Grenzen auf- oder abgebaut werden und die Akteure den Kompromiss sinnvoll mit ihren Anfangspositionen und den Konfliktereignissen verknüpfen. Und zum Dritten suchen wir auch eine über den spezifischen Fall hinausgehende Erklärung, indem wir feststellen wollen, inwiefern der beschriebene Prozess einen Normalfall für die jeweilige Gruppe darstellt und sich zur Generalisierung eignet. Diese drei Schritte, so der methodische Vorschlag, sind über das Instrument der Umwandlung von Interviewtexten in Narrative Netzwerke zu bewältigen.

STATE OF THE ART: NARRATIVE EINES PARLAMENTS

Ein wiederkehrender Befund der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Europäischen Integration ist der Hinweis, dass es trotz der steigenden Zahl von Arbeiten zu verschiedenen Aspekten der Europäischen Institutionen und Gesellschaften noch immer an genauen Einblicken in den Brüsseler Alltag fehle (vgl. etwa Shore 2000, 5). In der politikwissenschaftlichen Forschung interessierte die Frage nach dem konkreten Handeln von Europas Akteuren auch lange Zeit nicht, da mit dem Modell der rationalen Wahl ein sehr klares Bild von Handlungsabläufen zur Verfügung stand. Dabei war vor allem das Ergebnis einer Handlung von Interesse, um der Frage nachzugehen, was beim Zusammentreffen von rational motivierten Akteuren herauskommt. Erst mit dem Einzug des Sozialkonstruktivismus in die politikwissenschaftliche Forschung, maßgeblich gefördert durch eine Konstruktivismus-Debatte in den Theorien Internationaler Beziehungen (Wendt 1992, Checkel 2004),¹ wurde auch Handeln insofern wieder interessant, als Interessen nicht mehr a priori festgelegt wurden und Akteure nicht mehr nur nutzenmaximierend handelten. Die Soziologie wiederum beschränkte sich lange Zeit darauf, vor allem europäische Gesellschaften miteinander zu vergleichen, um daraus Schlüsse über die Möglichkeiten und Grenzen europäischer Sozialintegration zu leisten. In Bezug auf die Erforschung der Funktionsweisen der Institutionen der politischen Integration hatte es die Soziologie nach vielversprechenden Anfängen durch Amitai Etzioni (1967), Karl W. Deutsch (1957) und Ernst B. Haas (1958) lange Zeit schwer, sich gegen dominante politikwissenschaftliche Paradigmen durchzusetzen und eine Nische zu schaffen (Shore 2000, Rumford 2002, Delhey 2005). George Ross zum Beispiel vergleicht die Situation für Soziologen mit der Ankunft einer Gruppe von Menschen auf einem Ball, dessen Tänze von den Organisatoren bereits entschieden

¹ vgl. auch Favell/Guiraudon 2011 für einen sehr informativen Überblick in Bezug auf konstruktivistische Ansätze in der Europa-Forschung, vgl. ebenso Christiansen et al. 2001.

seien, von dieser Gruppe aber nicht getanzt würden (Ross 2011). Einzig in der Anthropologie wuchs das Interesse am Einfluss der europäischen Institutionen auf das Handeln ihrer Akteure, beispielhaft hierfür stehen die Studien von Marc Abélès (1992) zum Europäischen Parlament und von Chris Shore (2000) zur Europäischen Kommission.

Diese Forschungslücke wurde in den vergangenen Jahren mehr und mehr bearbeitet, wie durch einige Sammelband-Erscheinungen zur politischen Soziologie der Europäischen Integration deutlich wird (vgl. Mangenot/Rowell 2010, Favell/Guiraudon 2011, Saurugger/Mérand 2010). Dennoch, so wird auch hier behauptet, ist bis auf wenige Ausnahmen der Fokus auf die Kommission und den Rat gerichtet, nicht aber auf das Europäische Parlament.² Daher versteht sich diese Arbeit auch als Beitrag zu einem besseren Verständnis der Abläufe im Europäischen Parlament aus soziologischer Perspektive, die darin besteht, soziales Handeln in einem bestimmten Kontext zu erklären. Um diesen Punkt besser verdeutlichen zu können, sollen in diesem Kapitel bisherige Ansätze zur Erforschung des Europäischen Parlaments vorgestellt und miteinander in Bezug gesetzt werden, um anschließend die besondere Stellung des hier verfolgten Ansatzes hervorzuheben.

3.1 DAS NARRATIV EINES PARLAMENTS

Die Entwicklung des Europäischen Parlaments von der Gründung der Europäischen Gemeinschaften bis zum heutigen Tag wird in der Literatur meist als eine Geschichte des fortlaufenden Kompetenzzuwachses erzählt (vgl. Corbett et al. 2005, 3 ff., Judge/Earns-

² So findet sich bei Mangenot und Rowell (2010) lediglich ein Artikel zum EP (Beauvallet 2010), bei Favell und Guiraudon (2011) ist es genau genommen nur ein halber, da sich Kauppi (2011) mehr mit den Wechselwirkungen zwischen nationalen politischen Feldern und dem EP beschäftigt als mit internen Abläufen (Kauppi 2011). In der von Saurugger und Mérand herausgegebene Spezialausgabe von *Comparative European Politics* (2010) wiederum gehen Goetze und Rittberger (2010) der Frage nach, warum das EP über die Jahrzehnte immer mehr an Macht gewonnen hat, einmal mehr aber spielen alltägliche Prozesse der Entscheidung keine Rolle. Lediglich in den politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften *Journal of European Public Policy* (Vol. 20, Issue 7, 2013) und *West European Politics* (Vol. 37, Issue 1, 2011) haben Spezialausgaben in den vergangenen Jahren vermehrt die Entscheidungsprozesse im Europäischen Parlament diskutiert. Hierbei überwiegen natürlich Diskussionen zu roll-call-votes und institutionellen Rahmenbedingungen (s. unten).

haw 2008, Kap. 2, Abélès 1992, Kap. 2 und Costa 2001, Kap. 1). So verwenden Corbett et al. (2005, 3) den Ausdruck „Vom Feigenblatt zum Mitgesetzgeber“, um in Kürze den Weg zu beschreiben, den das Parlament in den vergangenen 50 Jahren gegangen ist. Dehousse bringt den Eindruck auf den Punkt, dass die Entwicklung des Parlaments in gewisser Weise überraschend ist: „Seen in historical perspective, the process is impressive in its continuity. In little more than [a few decades] the Parliament has moved from the status of a consultative assembly to that of a fully-fledged legislative body“ (Dehousse 1998, 605). Um diese Perspektive zu verstehen, und um nachvollziehen zu können, welches Narrativ dem Selbstverständnis vieler Abgeordneter zugrunde liegt, ist es sinnvoll, eben diese Entwicklung kurz nachzuzeichnen.

Das Europäische Parlament wurde 1951 als Bestandteil der Römischen Verträge zur Gründung der Kohle- und Stahlgemeinschaften unter dem Namen Parlamentarische Versammlung gegründet. Mitglieder der Versammlung waren Vertreter der nationalen Parlamente, wobei die Nominierung auf Freiwilligkeit beruhte (vgl. Judge/Earnshaw 2008, 30). Dieser Punkt ist hervorzuheben, da diese Grundkonstellation dazu führte, dass vor allem Europa-Enthusiasten unter den nationalen Abgeordneten sich für einen Sitz in Straßburg meldeten und damit der Grundstein gelegt war für eine tendenziell supranationale Ausrichtung der Versammlung im Vergleich zum intergouvernementalen Charakter des Rates, in dem die Regierungen der Mitgliedsstaaten vertreten waren. Ein Indiz für diese Ausrichtung war der Beschluss der Versammlung, die Sitzordnung nach politischen Familien und nicht etwa nach nationalen Delegationen zu organisieren (vgl. ebd, 31).

Die legislativen Kompetenzen der Parlamentarischen Versammlung waren jedoch in ihren Anfangsjahren auf eine beratende Funktion im so genannten Konsultationsverfahren beschränkt. Das Initiativrecht für Europäische Gesetze war in den Händen der Kommission, während die eigentliche Entscheidungsgewalt beim Rat verblieb. In den Gründungsverträgen angelegt waren jedoch zwei weitere Charakteristika von parlamentarischen Vertretungen, die in den folgenden zwei Jahrzehnten auch formell umgesetzt wurden. Zum einen erhielt das Parlament 1970 das für nationale Parlamente konstitutive Recht der Budgetkontrolle (vgl. hierzu auch Priestley 2008, Patzelt 2003, Dreischer 2003, 2006, Marschall 2005). Während das Parlament bis dato auch in Haushaltsfragen nur be-

ratend tätig war, konnte es nun den Haushalt ablehnen oder Änderungen an der Verteilung der Haushaltsmittel fordern (vgl. Judge/Earnshaw 2008, 36 f.). 1975 folgte daraus die Einführung eines Vermittlungsverfahrens zwischen Rat und Parlament für den Fall von grundsätzlichen Differenzen in Haushaltsfragen. 1976 schließlich beschloss der Rat freie und direkte Wahlen zum Parlament, die zum ersten Mal im Juni 1979 stattfanden. Die Direktwahlen markierten einen klaren Wendepunkt insofern, als damit die Möglichkeiten für eine Emanzipation des Parlaments von den nationalen Regierungen erweitert wurden: Die Verpflichtung der Abgeordneten galt nun formell ihren Wahlkreisen und nicht den Regierungen. Tatsächlich war die Einführung der Direktwahlen für die Regierungen ein sehr schwieriger Schritt, weil sie dadurch fürchteten, einen Teil der Kontrolle über das Europäische Projekt aus der Hand zu geben. Herman und Lodge etwa beschreiben, wie Regierungen der EG-Staaten den Wahlen nur unter der Bedingung zustimmten, dass zukünftig keine weiteren Rechte an das Parlament vergeben würden (Herman/Lodge 1978). Wie Judge und Earnshaw jedoch argumentieren, ging mit den Direktwahlen auch eine Veränderung der Einstellungen gegenüber dem Parlament seitens der Kommission und des Rates einher. Zwar hatte das Parlament nach wie vor nur eine beratende Funktion, gleichwohl war seine Zustimmung zu Gesetzesinitiativen politisch wichtig, um deren Legitimität zu sichern. In den Worten von Westlake war die Konsequenz, dass „although the Parliament was still practically dependent on the Commission, the Commission was becoming politically dependent on the Parliament“ (Westlake 1994, 25). Deutlich wird hier, dass die informellen Möglichkeiten des Parlaments zur Einflussnahme bereits vor der Einführung formeller gesetzgeberischer Kompetenzen groß waren.

1985 wurden die Kompetenzen des Parlaments im Rahmen der Europäischen Einheitsakte durch die Einführung des Kooperationsverfahrens, bei dem der Rat zu Einstimmigkeit verpflichtet ist, wenn das Parlament einen Vorschlag der Kommission ablehnt, zusätzlich erweitert. Zwar entsprach dieses Verfahren nicht der Forderung des Parlaments nach einem Mitentscheidungsverfahren (MEV), jedoch wurde dem Parlament zumindest eine deutliche Rolle im Gesetzgebungsverfahren zugesprochen. Das geforderte Mitentscheidungsverfahren war dann 1993 einer der Hauptpfeiler des Vertrags von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union. Obwohl es zunächst nur in wenigen Bereichen der

Gemeinschaftspolitik Anwendung fand, wurde das Parlament mit dem MEV zu einem mit dem Rat gleichberechtigten Partner in der Europäischen Gesetzgebung. Als Folge veränderten sich auch die informellen Beziehungen zwischen Rat, Kommission und Parlament, da erstere fortan die Möglichkeit eines Vetos durch das Parlament fürchten mussten, wenn es nicht in die Beratungen einbezogen würde. In den folgenden Verträgen von Amsterdam (1999) und Nizza (2001) wurde das Mitentscheidungsverfahren auf immer neue Bereiche ausgedehnt und gilt seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags als „Ordentliches Gesetzgebungsverfahren“.³ Et-

- ³ Da dieses Verfahren in zwei der drei Fallstudien angewandt wurde, soll hier kurz erläutert werden, wie es bis zum Vertrag von Lissabon funktionierte: Die Kommission eröffnet das Verfahren, indem sie einen Legislativvorschlag an Rat und Parlament versendet. Das Parlament entscheidet die Zuständigkeit eines Ausschusses und benennt einen Berichterstatter, der beauftragt wird, im Namen des Parlaments einen Bericht zu verfassen und die Änderungsanträge einzuarbeiten (vgl. zum System der Ernennung von Berichterstattern auch Kaeding 2005, vgl. auch Yordanova 2011 zur Entwicklung dieses Systems seit dem Vertrag von Lissabon). Dieser Text der ersten Lesung des Parlaments muss mit einer absoluten Mehrheit, also der Mehrheit aller Mitglieder des Europäischen Parlaments, angenommen werden. Wird dieses Quorum nicht erreicht, so gilt das Gesetz als gescheitert. Das ist in der Regel aber nicht der Fall, sondern ein vom Parlament in erster Lesung abgeänderter Entwurf wird wieder an Kommission und Rat gesandt. Die Kommission hat das Recht, Stellung zu nehmen, die an diesem Punkt des Verfahrens aber noch nicht bindend ist. Wichtiger ist die Bearbeitung durch den Rat, der entweder die Position des Parlaments unverändert annehmen kann oder aber eigene Änderungen einbringen, die mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen im Rat – die Stimmen werden unter den Mitgliedsstaaten je nach Größe der Bevölkerung vergeben – angenommen werden müssen, um als so genannter Gemeinsamer Standpunkt an das Parlament zurückgesandt zu werden. Das Parlament hat nun wiederum die Möglichkeit, den Gemeinsamen Standpunkt unverändert anzunehmen oder aber erneut Änderungen einzubringen, wobei in zweiter Lesung nur diejenigen Punkte verändert werden dürfen, die in erster Lesung angenommen wurden. Die zweite Lesung geht dann zurück an Rat und Kommission, wobei Letztere nun noch einmal eine Stellungnahme abgeben kann. Diese Stellungnahme kann Konsequenzen haben, denn falls die Kommission die zweite Lesung des Parlaments ablehnt, so muss der Rat bei seiner zweiten Lesung Einstimmigkeit erreichen. Nimmt die Kommission hingegen die zweite Lesung des Parlaments an, so gilt für den Rat weiterhin die Qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen. Der Rat kann erneut die zweite Lesung des Parlaments unverändert annehmen, oder eigene Änderungen einfügen. Im letzteren Fall wird dann der Vermittlungsausschuss zwischen Rat und Parlament einberufen, der paritätisch mit 27 Vertretern jeweils des Rats und des Parlaments besetzt ist. Die Kommission schickt ebenfalls Vertreter in die Sitzungen des Ausschusses, darf aber nicht abstimmen. Der

wa zwei Drittel der gemeinschaftlichen Legislativ-Verfahren unterliegen heute der Abstimmungspflicht durch das Europäische Parlament (vgl. Judge/Earnshaw 2008, 65). Dazu zählen solche Politikbereiche wie Umwelt- und Agrarpolitik, aber auch in den weiten Bereichen der Justiz- und Innenpolitik darf das EP seit dem Vertrag von Lissabon mitentscheiden. Die in der allgemeinen Medienberichterstattung geäußerte Einschätzung, das EP sei machtlos, ist nur schwer zu belegen angesichts der Kompetenzfülle der Vertretung.

Natürlich schwingt bei dieser Übersicht die Frage mit, warum das EP seine Kompetenzen so stark ausweiten konnte. Auf diese Frage wird im nächsten Abschnitt eingegangen, es bleibt jedoch bereits hier festzuhalten, dass die Entwicklung „vom Feigenblatt zum Mitgesetzgeber“ die Selbstwahrnehmung des Parlaments nachhaltig beeinflusst hat und durch sie der Grundstein gelegt wurde, die institutionellen Regelungen zwischen Rat und Parlament auch als Rahmenbedingung für einen Machtkampf zwischen den Vertretungen der Regierungen und der Vertretung der Bevölkerungen aufzufassen und Legislativprojekte in diesen Termini zu inszenieren (vgl. hierzu auch Ripoll Servent 2013).

Darüber hinaus entwickelte das Parlament spezifische inhaltliche Interessen, die teilweise im Gegensatz zu den Anliegen der nationalen Regierungen standen. Besonders prominent ist hierbei der bereits erwähnte Einsatz des EP für Bürger- und Menschenrechte zu sehen, der sich zum einen in der Forderung ausdrückte, die Europäische Bürgerrechtscharta vollständig in den geplanten Verfassungsvertrag aufzunehmen (was schließlich am Widerstand der Regierungen scheiterte), und zum anderen in der Einführung des Sacharow-Preises für besonderes Engagement für Menschenrechte im Jahr 1989 (vgl. Mény et al. 2009).

Ausschuss hat sechs Wochen Zeit, um einen Kompromiss zu finden, der dann wiederum von beiden Institutionen nach den bekannten Abstimmungsregeln angenommen werden muss (vgl. Corbett et al. 2005, 207 ff.). Sowohl die Dienstleistungsrichtlinie als auch REACH wurden in zweiter Lesung verabschiedet.

3.1.1 *Zusammensetzung des Parlaments*

Bis ins Jahr 1999 war die Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten PES (Party of European Socialists)⁴ die größte Gruppierung im Europäischen Parlament, was auch darin begründet lag, dass die konservative Fraktion erst seit 1999 die großen Delegationen der britischen Tories und der französischen Konservativen aufnehmen konnte. Der Zusammenschluss der konservativen Delegationen, der sich fortan EPP-ED (European People's Party - European Democrats) nannte, bildet auch heute, trotz der erneuten Abspaltung der britischen Tories im Jahr 2009, immer noch die größte Fraktion.

Im Parlament der 6. Wahlperiode (und auch dem der auslaufenden 7. Periode) lagen die Mehrheitsverhältnisse so, dass die konservative Fraktion EPP-ED auf gute 36 % der Anteile kam, die sozialistische Fraktion PES auf etwa 28 %, die liberale Fraktion ALDE auf etwa 13 % und die drei kleineren Fraktionen der linken GUE/NGL, der grün-regionalistischen GREENS/EFA und der national-konservativen UEN auf jeweils etwa 5 %. Daneben entfielen je 3,5 % noch auf die europaskeptische Fraktion Independence/Democracy, die rechts der UEN steht und auf etwa drei Dutzend unabhängige Abgeordnete.⁵ Die Abstimmungsregeln für Entscheidungen im Mitentscheidungsverfahren sehen eine absolute Mehrheit, also die Mehrheit aller Abgeordneten sowohl in erster als auch in zweiter Lesung vor. Ein Blick auf die Anteile der einzelnen Fraktionen macht deutlich, dass diese Grenze nur durch Koalitionen erreicht werden konnte, wobei das Bündnis zwischen den beiden größten Fraktionen mit etwa 64 % weit über der Hürde lag. Aber auch Koalitionen jeweils rechts und links von der Mitte waren durchaus möglich, was der Gruppe der Liberalen ALDE eine besondere Rol-

4 Im heutigen Parlament existieren weder die PES noch die EPP-ED, sind aber – bis auf die große Ausnahme der britischen Konservativen – fast deckungsgleich mit den Fraktionen S&D (Socialists and Democrats) und EPP (European People's Party). Die anderen in diesem Buch genannten Fraktionen sind auch heute (Stand Anfang 2014) noch unter diesem Namen im EP vertreten.

5 Der Versuch im Jahr 2007, unter dem Namen Identity, Tradition, Sovereignty eine Fraktion der rechtsextremen Abgeordneten zu gründen, scheiterte nach zehn Monaten durch den Austritt der rumänischen Abgeordneten, wodurch die Mindestanzahl der Herkunftsländer für die Gründung einer Fraktion nicht mehr gegeben war (EP 2007).

le gab, da sie sowohl für eine linke als auch für eine rechte Mehrheit gebraucht wurde.

Diese Beispielszenarien lassen den wichtigen Aspekt außer acht, dass die Gruppen darauf angewiesen sind, mehr oder weniger einheitlich zu stimmen, sie zeigen aber die Bandbreite der Möglichkeiten auf, Mehrheiten im EP zu organisieren. Besonders hervorgehoben wird gerade diese Varianz durch die bereits im mehrfach erwähnte Besonderheit des Europäischen Parlaments im Gegensatz zu seinen nationalen Gegenstücken: Durch den Umstand, dass es gerade kein Parlament ist, das die Regierung wählt, kennt es auch keine klare Trennung in Regierungs- und Oppositionsfraktionen (vgl. etwa Costa 2001, 328). Damit ist einer der Punkte benannt, der in den bisherigen Antworten zur Frage der Entscheidungsfindung im Europäischen Parlament als besonders wichtiger Faktor gesehen wird: Die institutionellen Rahmenbedingungen. Im Folgenden soll nun vor dem Hintergrund dieses geschichtlichen Abrisses die Literatur zum Thema dieser Arbeit gesichtet und eingeordnet werden, um im Anschluss die Vorzüge des hier verfolgten Ansatzes besser herausstellen zu können.

3.2 STAND DER FORSCHUNG

3.2.1 *Institutionalismus*

Ein Großteil der Literatur zum Europäischen Parlament ist der institutionalistischen Perspektive zuzuordnen, deren Hauptaugenmerk in der politikwissenschaftlichen Variante auf dem Zusammenhang zwischen formellen Regeln des Entscheidungsprozesses und parlamentarischem Handeln der Abgeordneten sowie der Herausbildung fester Entscheidungsstrukturen im EP liegt. Neben der Frage nach dem Einfluss des Europäischen Parlaments und der Debatte, ob die gestiegenen Kompetenzen des Parlaments auch zu mehr realem Einfluss auf die Entscheidungen der Europäischen Union geführt haben (Tsebelis 1994, Tsebelis/Garrett 1997, Scully 1997, Corbett 1998, Maurer 2002, Steunenber/Thomassen 2002), gilt ein besonderes Interesse dem Einfluss des Kompetenzzuwachses auf die interne Organisation des EP. Im Fokus steht dabei die Frage, ob im EP eher territoriale oder ideologische Politik betrieben wird, was auch darin begründet liegt, dass viele Beobachter

zur Zeit der ersten Direktwahlen die nationalen Delegationen als maßgebliche Entscheidungsträger noch vor den politischen Fraktionen sahen (exemplarisch dazu etwa Coombes 1979, 4 ff.).

Kreppel (2002) führt in ihrer Studie zur Entwicklung der supranationalen Parteiorganisationen aus, dass die gestiegenen Kompetenzen des Parlaments die Zusammenarbeit der großen Fraktionen gestärkt habe, da nur durch große Mehrheiten der Einfluss des Parlaments im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses gewährleistet werden könne. Mithin führe dies auch zu einer fortschreitenden Marginalisierung der kleineren Fraktionen. Ähnliches konstatieren auch Judge und Earnshaw: „Simply stated, an ideologically polarized EP would be unable to generate the necessary majorities at the later stages of the legislative process to impact on EU policies“ (Judge/Earnshaw 2008, 146). Dagegen zeigen Hix et al. (2007) in einer Analyse von Abstimmungen über den gesamten Zeitraum des 5. Europäischen Parlaments (1999–2004), dass sich mit der Zeit ein bipolares Muster herausbildet, wonach die ideologischen Trennlinien zwischen den einzelnen Fraktionen einen entscheidenden Einfluss auf das Stimmverhalten haben. Ebenso stellen McElroy und Benoit einen Trend zu einer größeren Geschlossenheit der Fraktionen im EP (McElroy/Benoit 2012).⁶

Das ist insofern überraschend, als die Anreize für Fraktionsdisziplin im Vergleich zu nationalen Parlamenten gering sind. Das EP ist eben nicht wie nationale Volksvertretungen in Regierungs- und Oppositionsfraktionen organisiert, dazu kommen relativ geringe Sanktionsmöglichkeiten gegen Abweichler seitens der Fraktionsspitzen (ebd., vgl. auch Schönberger 1994, 71), da die Kandidaten für das Parlament durch die nationalen Parteien aufgestellt werden und nicht durch die Fraktionen im EP selbst (vgl. hierzu auch Costa 2001, 328 f.). Den Grund für diese relativ stabilen Muster sehen Hix, Noury und Roland in der institutionellen Hürde der absoluten Mehrheit, die einzelne Abgeordnete und Delegationen dazu zwingen, sich in größeren Gruppen zu organisieren, und in den politischen Anreizen, die eine Kooperation zwischen ideologisch ähnlichen politischen Gruppierungen hat (vgl. hierzu ebenso Lord 2003b, ebenso Costello 2011, Rose/Borz 2011).

6 Hix und Noury bestätigen in einer späteren Arbeit den Befund, indem sie zeigen, dass bei den Abstimmungen zur in dieser Studie auch untersuchten Dienstleistungsrichtlinie Ideologie der maßgebliche Faktor für das Abstimmungsverhalten der MEP war (Hix/Noury 2009).

Die Ergebnisse von Kreppel einer- und Hix et al. andererseits stehen nicht zwangsweise im Widerspruch zueinander, denn Viviani (2009) stellt *je nach Themengebiet* leicht veränderte Konfliktlinien fest. In konstitutionellen Fragen stünden Parteien am rechten und linken Rand des EP gegen die vier großen Parteien in der politischen Mitte, in außenpolitischen Fragen ebenso, wohingegen in sozio-ökonomischen Konflikten die erwähnte Links-Rechts-Trennung mit der liberalen Fraktion eher auf Seiten der Konservativen deutlich sei. In Fragen „neuer Konflikte“, etwa in den Bereichen der Umweltpolitik, der Gleichberechtigung und der bürgerlichen Freiheiten wechsele die liberale Fraktion zu einem Teil auf die Seite der linken Parteien, was sich schlussendlich im Gesamtbild der wechselnden Mehrheiten am ehesten niederschlägt. Das macht auch Olivier Costa klar, der dementsprechend nicht von einer allgemeinen Trennlinie, sondern von einer „doppelten und mobilen Kluft“ (2001, 330, *eigene Übersetzung*) spricht. Je nach Politikfeld gelte es also, Koalitionen zu schmieden, die stabile Mehrheiten sichern können. Das Argument ist demnach, kurz gefasst, dass die Regeln des Europäischen Entscheidungsprozesses insofern das Handeln von MEP beeinflussen, als sie zur Kooperation gezwungen sind, sofern sie Entscheidungen beeinflussen wollen.

Die empirischen Ergebnisse dieser Arbeiten basieren auf der Auswertung namentlicher Abstimmungen, so genannter roll-call-votes, deren Nutzen in der Literatur immer wieder kritisiert wird. Wie Carrubba und Gabel (2000, für eine Diskussion des Problems vgl. ebenso Judge/Earnshaw 2008, 143 f.) deutlich machen, weisen sie vor allem zwei Probleme auf: Erstens werden nur etwa ein Drittel aller Abstimmungen im EP namentlich abgehalten, und damit ist ihre Repräsentativität zumindest in Frage gestellt. Zweitens sind Roll-Call-Votes vor allem strategische Instrumente, um Gruppenkohäsion sicherzustellen oder eine spezifische Nachricht an eine andere Fraktion oder an die Öffentlichkeit zu senden (vgl. hierzu auch Slapin/Proksch 2010). Roll-Call-Votes können auch eingesetzt werden, wenn der Eindruck entsteht, dass die gegnerische Fraktion entgegen ihrer eigenen Aussage sich nicht auf einen Standpunkt einigen kann. Mithilfe dieses strategischen Instruments kann sie zum Offenbarungseid gezwungen werden. Aus der Analyse von roll-call-votes auf die Deutung politischer Probleme durch die Akteure zu schließen, scheint schon allein durch diesen strategischen Aspekt erschwert. Aus der Perspektive dieser Arbeit dagegen stellt

sich ein anderes und schwerer wiegendes Problem, denn die roll-call-votes bilden nichts anderes als den Endpunkt des Prozesses, der hier untersucht werden soll. Wenn institutionelle Regeln die Rahmenbedingung sind, und die Ergebnisse von Abstimmungen der Endpunkt, können zwar Annahmen über den Verlauf eines Prozesses gemacht werden, aber diese sind allein durch die Analyse von Abstimmungen nicht zu belegen. Diesen Punkt unterstreicht auch Lord (2003a), wenn er nachweist, dass die Positionen im EP zwischen Beginn eines Verhandlungsprozesses und dem Endpunkt teilweise starke Änderungen erfahren.

Institutionelle Bedingungen, ob in Form von formellen Regeln, informellen Verhaltensnormen oder institutionellen Skripten, sind notwendig, aber nicht hinreichend in der Erklärung individuellen und kollektiven Verhaltens. Sie klären die Rahmenbedingungen parlamentarischen Handelns, wie sie sich aber auf Handeln und vor allem auf die Dynamik zwischen Performances und Gegenperformances auswirken, bleibt unklar. Gleichwohl muss dadurch das Argument, dass die institutionellen Rahmenbedingungen das Handeln beeinflussen, nicht entwertet sein. Denn wenn davon ausgegangen wird, dass Abgeordnete das Ziel verfolgen, den Entscheidungsprozess maßgeblich zu beeinflussen, ist es ebenso anzunehmen, dass die Rahmenbedingungen in die Skripte interner Performances eingebaut werden, da sie zum Bestand kollektiver Hintergrundrepräsentationen gehören.⁷ Um dieses Wissen weiter anzureichern, soll nun der Blick auf die handelnden Akteure und damit auch auf die soziologische Literatur zum Europäischen Parlament gerichtet werden.

3.2.2 *Soziologie: Akteure im Parlament*

3.2.2.1 *Eigenschaften der Abgeordneten*

Im Zentrum soziologischer Ansätze in der Forschung zum Europäischen Parlament stehen Akteure und Beziehungen. Einige Arbeiten beschäftigen sich dabei zunächst mit den Eigenschaften der MEP, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu ihren Kolleginnen und Kollegen in nationalen Parlamenten herauszuarbeiten. Die

⁷ vgl. hierzu auch das in Kapitel 2 ausgearbeitete Modell, in dem institutionelle Bedingungen einen direkten Einfluss nur auf die Deutung eines Problems durch die Beteiligten haben. Auf den Kompromiss aber wirkt der Einfluss nur indirekt.

Akteure parlamentarischer Konflikte im EP sind keine repräsentative Abbildung der Bevölkerungen Europas. Wie Judge und Earnshaw (2008, 92 ff.) zeigen, trifft auch auf den überwiegenden Teil der Abgeordneten des EP die Beschreibung von Maurizio Cotta und Heinrich Best zu, dass der typische Repräsentant in Europas Parlamenten mittleren Alters ist, männlich und „a professional politician with a middle-class background, medium to high levels of education, significant political experience and the likelihood of extended parliamentary service“ (Cotta/Best 2000, 505). Unterrepräsentiert sind aus dieser Sicht vor allem Frauen, Handwerker und Bauern (Judge/Earnshaw 2008, 93). Diese Einschätzung muss jedoch im Licht weiterer Forschungsergebnisse differenziert werden. Tatsächlich sind Seiteneinsteiger, die aus anderen Berufen direkt ins EP wechseln, in der Minderheit, was vor allem mit dem Selektionsmodus von Kandidaten für das EP zusammenhängt, durch den nationale Parteien die entscheidenden Foren für Selektion sind. Die Chancen, als Nicht-Experte ernannt zu werden, sind dementsprechend gering. Dennoch sind die politischen Erfahrungen von MEP sehr unterschiedlich und reichen von ehemaliger Regierungsverantwortung bis hin zu lokalen Repräsentationsämtern (vgl. Judge/Earnshaw 2008, 94). Repräsentation von Frauen wiederum scheint zumindest stark zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten zu variieren, wobei die nord-europäischen Länder tendenziell mehr Frauen ins EP entsenden als süd-europäische (ebd, 95, vgl. ebenso Norris 1999). Hinzu kommt, dass Frauen ebenso wie Lokalpolitiker im EP eine Möglichkeit sehen, entweder direkt am Europäischen Projekt teilzuhaben oder aber sich eine Karriere aufzubauen, die mehr Mitsprache sichert als der Verbleib auf der lokalen Ebene (Freedman 2002). Dies wird, laut Freedman, dadurch erleichtert, dass die Europäische Ebene von vielen männlichen Konkurrenten als weniger wichtig angesehen wird. Darüber hinaus aber bietet das EP – möglicherweise durch seine geringe Attraktivität auf nationaler Ebene – seinen Mitgliedern, ob Frauen oder Männer, die Möglichkeit, auf einem bestimmten Gebiet der Europäischen Politik einen Expertenstatus zu erlangen, der für die nationalen Parteien wichtig zur Orientierung ist. Diesen Punkt heben etwa Susan Scarrow (1997) und Willy Beauvallet (2007, 2010 mit Sébastien Michon) hervor. Wichtig ist hier vor allem, dass davon ausgegangen werden kann, dass Abgeordnete, die sich eine Karriere im EP konstruieren, nicht nur für ihre Heimatparteien zu

wichtigen Schnittstellen werden können, sondern auch die Spielregeln des EP selbst genau kennen und maßgeblich mitbestimmen können.⁸

3.2.2.2 Soziale Macht

Dies deutet auf einen weiteren wichtigen Aspekt der soziologischen Forschung hin und auf eine weitere gängige These zur Beant-

⁸ Eine Debatte, die auf der Schnittstelle zwischen der Frage nach den Deutungsstrukturen der Abgeordneten und ihren professionellen Eigenschaften liegt, ist die um die „Going Native“- oder Sozialisierungsthese (vgl. etwa Hooghe 1999, Checkel (ed.) 2005) tut. Dabei wird angenommen, dass Mitarbeiter der Europäischen Institutionen durch ihre Stellung und den täglichen Kontakt mit anderen Mitarbeitern eine Wandlung ihrer Präferenzen erleben und sie supranationale bzw. pro-europäische Deutungen entwickeln und dementsprechende Lösungen vorziehen. Mit diesem Argument geht auch einher, dass von einer Art kollektivem Sinneswandel gesprochen wird, in dem ein rein national basiertes, politisches Denken langsam von einer kollektiven Orientierung überlagert wird, die den nationalen und den supranationalen Rahmen nicht gegenseitig ausschließt (vgl. Checkel 2003). Empirisch sind die Ergebnisse zur Sozialisierungsthese widersprüchlich (vgl. die Beiträge in Checkel 2005). Zum einen kann nachgewiesen werden, dass es über einen längeren Zeitraum hinweg eine stärkere Aufweichung der Grenze zwischen einer nationalen und einer europäischen Orientierung gegeben hat, zum anderen aber schreibt etwa Lisbeth Hooghe (2005), dass der primäre Fokus von Mitarbeitern der EU-Kommission weiterhin, auch nach längerer Dienstzeit – das heißt erhöhter Wahrscheinlichkeit für eine „europäische Sozialisierung“ – im Heimatland liegt, was Scully (2005) und Stamm (2008) für die Repräsentationsbilder und Karriereorientierungen der Abgeordneten des EP bestätigen.

Tatsächlich – und das ist der eigentliche Grund, weshalb die These in der Entwicklung des Arguments in dieser Arbeit keine Rolle spielt – erscheint es unterspezifiziert, wie genau Individuen sozialisiert werden sollen im europäischen Umfeld (vgl. auch die Kritik in Checkel 2001 und Scully 2005), ob damit gemeint ist, dass europäische „Werte“ internalisiert werden oder ob es schlicht heißt, dass Europa als das entscheidende politische Feld der Zukunft gesehen wird. Denn während etwa die erste Frage nur unter Rückgriff auf eine Definition solcher europäischen Werte beantwortet werden könnte (und dabei wären methodische Probleme noch nicht einmal angesprochen), stimmen der zweiten Frage die meisten von Stamms Befragten zu. Sind sie damit sozialisiert oder nicht? Die Frage nach der Sozialisierung birgt vor allem das Problem, dass sie, wie Didier Georgakakis (2008) zurecht kritisiert, eine falsche Dichotomie zwischen Loyalität dem Nationalstaat gegenüber und Loyalität der EU gegenüber aufzeichnet, die für die Beantwortung der Frage nach der Sozialisierung nur zwei Möglichkeiten offen lässt, obwohl sie miteinander zu vereinbaren sind (vgl. Checkel 2003). Letztendlich trägt sie zur Erklärung von Kompromissen im Parlament also relativ wenig bei.

wortung der hier verfolgten Forschungsfrage: soziale Macht im EP. So unterstreichen sowohl Stamm (2008) als auch Maurer (2003) und Mamadouh/Raunio (2003), dass die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens zu einer weiteren inhaltlichen Spezialisierung der Abgeordneten auf bestimmte Arbeitsgebiete geführt hat (vgl. auch Yordanova 2011). Experten verfügen über mehr Wissen in Bezug auf bestimmte Themengebiete, sie kennen im Zweifelsfall mehrere alternative Lösungsmöglichkeiten und haben damit einen größeren Inszenierungsspielraum. Mamadouh und Raunio machen darüber hinaus auch deutlich, dass die positionale Elite, die zumindest formal gesehen Schlüsselpositionen besetzt, zwar über Einfluss verfügt, letztendlich aber auch die Wünsche und Interessen von nationalen Delegationen sowie den Rat der Fachpolitiker einbeziehen muss. Daraus ergibt sich die Vermutung, dass Status von Akteuren im EP nicht unbedingt an Positionen gekoppelt sein muss. Schließlich weisen ebenfalls Mamadouh und Raunio (2003) darauf hin, dass die Größe nationaler Delegationen einen erheblichen Einfluss auf die Verteilung von Posten und Berichten innerhalb einer Fraktion hat. Dieses Argument ist insofern kompatibel mit dem Argument der Proportionalität (Kreppel 2002), dass große Delegationen darauf drängen, auch einen proportionalen Anteil an Berichten zu bearbeiten.

Im Zusammenhang mit sozialer Macht ist aber vor allem die „Straßburger Schule“ (Kauppi 2011, vgl. ebenso Jenson/Mérand 2010, 82) zu nennen, die Pierre Bourdieus Feldbegriff auf die Europäische Union und einige ihrer Institutionen anwendet, um so zu einer kritischen Beurteilung der Europäischen Integration zu gelangen. Hervorzuheben sind dabei vor allem die Arbeiten von Niilo Kauppi zu den Möglichkeiten der Umstrukturierung des politischen Feldes im EP und im Heimatland (2003, 2005, 2011),⁹ von Didier Georgakakis zur Professionalisierung in der EU-Kommission (2002, 2008) und der eben bereits genannte Willy Beauvallet zur Etablierung von Expertenrollen im politischen Feld EP (2007). Wegweisend sind ihre Arbeiten vor allem, weil sie die Europäische Union nicht als feste Einheit begreifen, sondern im Sinne einer relationalen Soziologie erforschen, die sich durch die Beziehungsmuster der Akteure zueinander, sprich der Abgeordneten und ihren unterschiedlichen Bezugskreisen, konstituiert. Die Antwort auf unsere Frage, die aus diesen Arbeiten herausgefiltert werden kann, ist,

9 vgl. zu einem Bourdieuschen Ansatz auch Pop (2009).

dass bestimmte Machtpositionen im politischen Feld des EP die Deutungshoheit darüber haben zu bestimmen, welche Interpretationen legitim sind und welche nicht. Durch diese Zuweisung von Legitimität wird der Spielraum für alternative Lösungen verengt.

Der kritische Aspekt, unter dessen Fahne Kauppi und Kollegen die Europäische Union erforschen, führt aber zur Frage, ob mit dem Fokus auf Macht nicht eben auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Um noch einmal auf das Argument von Boltanski und Thévenot (1999) zurückzukommen, verwischt die Konzentration auf Macht und Domination die kritischen Fähigkeiten der einzelnen Akteure. Anders ausgedrückt müssen erst einmal die Deutungsmuster der Akteure in den Blick genommen werden, um darauf aufbauend Hypothesen über Machtstrukturen zu generieren. Wie später noch deutlich wird, ist Macht tatsächlich auf verschiedenen Ebenen ein wichtiger Faktor in Prozessen der Kompromissbildung, aber sie wird erst dann deutlich, wenn Narrative miteinander verglichen werden.

Wenngleich dieser Überblick über die Eigenschaften politischer Akteure im EP nur sehr kursorisch ausfällt, sollte vor allem eines klar werden: Akteure und Publikum im EP sind nicht einfach nur Repräsentanten einer bestimmten sozialen Gruppe, sondern vor allem hoch spezialisierte Akteure (vgl. auch Dreischer 2006). Um die Handlungen, sprich: Performances von MEP zu verstehen, so die Vermutung, ist der soziale Hintergrund der Akteure zwar wichtig, aber nicht entscheidend. Zentral ist vor allem das Verständnis der Spielregeln für Performances in diesem spezifischen Kontext, der durch institutionelle Rahmenbedingungen, aber auch durch Verfügbarkeit von Hintergrundrepräsentationen und Skripts strukturiert wird. Damit ist die Brücke geschlagen zu Ansätzen, die Kultur in den Fokus rücken und damit dem Ansatz dieser Arbeit noch näher kommen.

3.2.3 *Kultur in Europäischen Institutionen*

3.2.3.1 *Der anthropologische Zugang*

Kultur ist das Schwerpunktthema der anthropologischen Literatur, die sich mit Fragen der institutionellen Kultur beschäftigt oder mit rituellen Praktiken auf europäischer Ebene (Abélès 1993). Die Schwierigkeiten bezüglich des Ritual-Begriffs für die vorliegende

Fragestellung wurden bereits in Kapitel 2.6 besprochen, aber sie sind es wert kurz wiederholt zu werden: Ritual setzt eine kongruente Sicht der Dinge zwischen Darsteller und Publikum voraus, um die soziale Magie (Bourdieu 2005, vgl. ebenso Abélès 1993) wirken lassen zu können und so Gemeinschaft wieder herzustellen oder längerfristig zu sichern. In dieser Arbeit aber geht es vielmehr darum, wie politische Akteure es schaffen, auch ohne soziale Magie Gemeinschaft herzustellen, wenn auch nur für einen begrenzten Zeitraum. Dennoch liefern vor allem Eric Abélès und Irène Bellier (1996) wichtige Impulse mit ihren Untersuchungen zur institutionellen Kultur der europäischen Institutionen und ihrer These, dass die kulturelle Heterogenität gleichsam zu einer Kultur des Kompromisses zwischen unterschiedlichen Kulturen führe, die eine eindeutige politische Kommunikation deutlich erschwere. In seinem Buch „La vie quotidienne au parlement européen“ beschreibt Abélès die Widersprüche supranationaler politischer Repräsentation, wenn er feststellt, dass Abgeordnete des Europäischen Parlaments zwei Prinzipalen dienen: Ihrem Heimatland und der Institution des Parlaments (Abélès 1992, vgl. auch Kauppi 2003, 776). Hier wird bereits deutlich, dass die Beschreibung europäischer Politik mit den Vokabeln nationalstaatlichen Handelns nur schwer zu vollbringen ist. In einer sehr präzisen ethnographischen Beschreibung der täglichen Arbeit des Parlaments macht er deutlich, dass zwar viel Wert auf die Geschlossenheit der Fraktionen gelegt wird, die der Einteilung in politische „Familien“ entsprechen, aber dass innerhalb dieser Gruppen Trennlinien zwischen nationalen Traditionen und Denkmustern die Zusammenarbeit durchaus erschweren:

„La participation aux institutions communautaires ne saurait effacer, comme par enchantement, des différences qui s’ancrent dans l’histoire des peuples et alimentent leur culture politique. La politique au Parlement Européen est certes l’affaire des groupes, qui ont une fonction englobante et travaillent à définir et à exprimer des positions que tous leurs élus puissent assumer et défendre. Le facteur national n’en est pas moins omniprésent dans le quotidien de l’action“ (Abélès 1992, 195 f.).

Die Frage nach einer gemeinsamen Kultur in Europa wird generell eher skeptisch beantwortet, da die Möglichkeit nicht gesehen oder zumindest als sehr klein eingeschätzt wird, dass Individuen

mit unterschiedlichen kulturellen Deutungsmustern sich eindeutig verständigen können. Abélès geht dabei auch von der Schwierigkeit aus, sich im EP sprachlich auszutauschen, ohne eine Übersetzung in Anspruch nehmen zu müssen. Die Übersetzung wiederum könne sprachliche Nuancen nur schwer oder gar nicht transportieren, weshalb die „meaning structures“, die sich im Zuge der Europäischen Integration herausgebildet haben, undeutlich und opak seien (Abélès 2000). Dieser Undeutlichkeit liege zugrunde, dass die Abgeordneten des EP ebenso wie die Angestellten der EU-Kommission keine gemeinsamen kulturellen Traditionen teilen würden. In Bezug auf die Frage, wie in Konfliktfällen effektiv kommuniziert werden könne, kommt Abélès zu dem Schluss, dass Argumente nicht etwa gegeneinander aufgestellt würden, sondern nur nebeneinander stünden, ohne in einen dialektischen Austausch einzutreten. Demzufolge sei die gemeinsame Kultur die des Pragmatismus, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen und das „Common Good“ als gemeinsames Ziel auszurufen, ohne es genau zu definieren.

Auch Irène Bellier (2000) teilt grundsätzlich Abélès' Skepsis¹⁰ und verweist unter anderem darauf, dass Flexibilität zu einer der Grundideen gemeinsamen europäischen Handelns geworden sei: „Rather than defining a concrete European identity, institutional discourses promote the idea that a European has to be flexible as part of the new freedoms of Europe. So flexibility which is in fact an attitude and not a marker of identity, is a response to the multi-

¹⁰ Möglicherweise unterstützt werden die Argumente Belliers und Abélès' auch von soziologischen Forschungen zu Europabildern in den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Juan Diez Medrano (2003) etwa stellte fest, dass die Interpretationen Europas in Deutschland, Spanien und Großbritannien teilweise stark voneinander abwichen, was auch auf die unterschiedlichen historischen Pfade zurückzuführen sei, auf denen die drei Länder den Weg in die EU fanden. Während Europa in Deutschland als Mittel zur Rehabilitation nach dem 2. Weltkrieg und in Spanien als Weg zur Modernisierung des nach fünf Jahrzehnten frankistischer Diktatur maroden Landes gesehen wurde, wurde in Großbritannien mehr Skepsis geäußert, ob die Europäische Integration die nationalen Eigenheiten des Königreichs respektieren würde. Ohne weiter ins Detail zu gehen, genügt dieser Einblick, um zu verstehen, dass Interpretationen, auch von gemeinsamen politischen Projekten und Problemen, über Landesgrenzen hinweg unterschiedlich sein können und somit auch die transnationale Kommunikation beeinträchtigt werden kann in ihrer Effektivität. Dennoch ist damit noch nichts über tatsächliche Kommunikation gesagt.

cultural context“ (Bellier 2000, 61).¹¹ Gleichzeitig, so hebt auch Virginie Guiraudon (2000) hervor, entwickle sich eine Art gemeinsamer professioneller Identität, im Fall des EP eine negative Identität gegenüber den anderen europäischen Institutionen. Die Inkongruenz der politischen oder professionellen mit der kulturellen Identität führe dazu, dass einige Individuen in der Europäischen Arena sich „entwurzelt“ fühlten, aber dennoch eine Art Jargon entwickelten, der nur innerhalb der Europäischen Institutionen richtig verstanden werden kann. Im Vergleich zu Abélès also hebt Bellier die grundsätzliche Möglichkeit heraus, dass Verständigung funktionieren kann, wenngleich sie den sich entwickelnden Jargon eher als technische Sprache denn als Bedeutungssprache sieht.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Deutungen und gemeinsamen Entscheidungen mit dem Vokabular von Abélès und Bellier wirklich begriffen werden kann. Ihre Kritik baut vor allem auf einem Kulturbegriff auf, der ähnlich wie der Victor Turners (vgl. Kap. 2.6.3.4) die kulturelle Einheit einer Gruppe als Grundstein für deren Fortbestehen begreift. Gerade hier setzt auch Wimmers Kritik an, der – wie bereits erwähnt – kulturelle Variation als Grundbestandteil selbst primitiver Gesellschaften ansieht. Der Kniff des Kulturellen Kompromisses liegt ja eben gerade darin, ein theoretisches Terrain zu präparieren, in dem die Schließung sozialer Gruppen nicht auf kultureller Einheit basiert. Dann kann auch die von Abélès und Bellier kritisch betrachtete Mehrdeutigkeit brauchbar gemacht werden, indem der Kulturelle Kompromiss als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses gesehen wird, an den unterschiedliche Interpretationen eines Problems anschließen können. Diese Mehrdeutigkeit kann etwa auch im Sinne eines strategischen Konstruktivismus verstanden werden (Saurugger/Mérand 2010, 4 f.), auf den weiter unten noch eingegangen werden soll. An dieser Stelle dagegen ist es vor allem wichtig, daran zu erinnern, dass das hier verfolgte theoretische Modell erstens nur schlecht mit Ideen einer einheitlichen Gruppenkultur vereinbar ist, und dass Abélès und Bellier bei allem zugestandenem Enthusiasmus für das europäische Projekt – Abélès etwa nennt die oben erwähnte Dialektik zwischen nationalen und europäischen Denkmustern einen „Reichtum“ (1992, 195) – ihrem

¹¹ Belliers Forschungsobjekt ist freilich die Europäische Kommission. Trotzdem wird hier die Ansicht vertreten, dass ihre Forschungsergebnisse, da nicht kontextgebunden, auch auf das EP übertragen werden können.

Modell eines Kompromisses der Kulturen eine normative Note beilegen, die mehrdeutige Kulturen nicht als Grundlage für politische Kommunikation versteht.

3.2.3.2 *Strange bedfellows: Mehrdeutige Kommunikation*

Eine alternative Möglichkeit, Kultur im Rahmen der Europäischen Institutionen zu fassen, ergibt sich aus der Annahme, dass Kommunikation trotz unterschiedlicher Deutungsmuster durchaus möglich und effektiv sein kann. Das ist die Hauptaussage Nicolas Jabkos (2006) in seiner Studie über den aktiv mehrdeutigen Gebrauch des Konzepts „Gemeinsamer Markt“ durch die EU-Kommission. Jabko beschreibt, dass die EU-Kommission Mitte der 1980er Jahre gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten wenig Macht hatte, um den Lauf der Europäischen Integration zu beschleunigen. Durch eine sorgsam verfolgte Strategie gelang es der Kommission, so die These weiter, Gegner wie Befürworter eines Freien Marktes vom Konzept des Gemeinsamen Marktes zu überzeugen: „Depending on the venue, they [Commission officials; ChR] sold Europe either as a straightforward process of economic adjustment to new market conditions or as a more political and managerial approach to market globalization“ (Jabko 2006, 5). Europa oder der Gemeinsame Markt als Konzept diente somit nach Jabko einer Strategie, der Kommission mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen, indem langfristig mehr Kompetenzen auf die supranationale Ebene verschoben wurden. Das Konzept „Gemeinsamer Markt“ blieb aber ambivalent und gerade darin lag der entscheidende Punkt: „This fundamental ambiguity was never clarified because it was the necessary glue for putting together a winning coalition in favor of European reforms“ (ebd., 6). Wie deutlich wird, besteht eine substantielle Nähe zwischen dem Argument der strategischen Mehrdeutigkeit Jabkos und der inhaltslosen Mehrdeutigkeit Abélès und Belliers. Gleichwohl betont Jabko, dass erst durch die konzeptuelle Ambivalenz das Schmieden einer Koalition möglich wurde (vgl. zum generellen Argument des strategischen „Gebrauchs“ von Europa auch Jacquot/Woll 2004 und 2010 und Saurugger/Mérand 2010). Mit den Worten des hier verfolgten theoretischen Ansatzes kann der „Gemeinsame Markt“ dann als Kultureller Kompromiss verstanden werden, der für unterschiedliche Gruppen Anschlussmöglichkeiten bietet, in diesem Fall auf ein wirtschaftspolitisches

Konzept bezogen. Damit ist noch keine Aussage darüber getroffen, wie stabil ein solcher, ambivalenter Kompromiss ist. Wichtig ist zunächst nur die theoretische Möglichkeit der Koalitionsbildung und Kompromissbildung bei ideologischer oder kultureller Heterogenität, die bei Abélès und Bellier letztlich unklar bleibt.

3.2.3.3 *Issue-spezifische Kommunikation*

Schließlich kann bei der Diskussion um eine gemeinsame Kultur auch auf die Debatte um eine Europäische Öffentlichkeit zurückgegriffen werden und dabei vor allem auf das Argument, dass sich über transnationale Grenzen hinweg issue-spezifische Fachöffentlichkeiten bilden (vgl. Eder/Kantner 2000), die politische Kommunikation über nationale Grenzen hinweg ausüben und sich zur selben Zeit über dieselben Themen unterhalten, und – idealiter – auch unter denselben Relevanzgesichtspunkten. Gerade diese letzte Bedingung ist knifflig, denn im Zweifel könnte damit dieselbe Deutungsstruktur zur Bedingung erfolgreicher politischer Kommunikation gemacht werden. Das muss aber nicht sein, denn das Beispiel des Gemeinsamen Marktes bei Jabko zeigt, dass das Konzept für alle Beteiligten gleichermaßen relevant war oder wurde, jedoch unter der Maßgabe unterschiedlicher Ziele. Vor allem aber weitet dieser Rückgriff auf die Debatte um eine europäische Öffentlichkeit die theoretischen Möglichkeiten noch einmal aus, indem darauf verwiesen wird, dass fach- oder themenabhängige Kommunikation und damit auch Kompromiss-Aushandlung verschiedene Formen annehmen kann. Gerade hier ist Lorenzo Vivianis Studie (2009) zu den wechselnden Mehrheiten im EP von besonderem Interesse, da er statistisch den Zusammenhang zwischen Themen und Mehrheiten zeigt.

Generell muss die Frage nach einer gemeinsamen Kultur davon abrücken, dieser vorgestellten Gemeinsamkeit etwas genuin Europäisches zuzuschreiben, das sich substantiell von den nationalen Repertoires unterscheidet. Nur wenn der Vergleich zum Nationalstaat und seinen Institutionen nicht direkt gezogen wird, entgeht die soziologische Forschung der falschen Dichotomie (Georgakakis 2008) oder einer Form von methodologischem Nationalismus, der sich darauf begründet, dass die meisten sozialwissenschaftlichen Instrumente in der Zeit der Nationalstaatsgründung entwickelt wurden (vgl. Beck 2006). Mit der Entwicklung von analy-

tischen Begrifflichkeiten, die unabhängig vom Nationalstaat sind, kann also versucht werden, den Diskurs zu erweitern und sachliche Thesen zu politischen Einigungen oder – gemäß dem kultursoziologischen Ansatz dieser Arbeit – zu Kulturellen Kompromissen aufzustellen.

3.2.4 *Performances, Skripte und Narrative in der EU-Literatur*

3.2.4.1 *Hintergrundrepräsentationen im EP*

Neben den drei größeren Strömungen in der Europa-Forschung gibt es auch vereinzelte Arbeiten, die im Sinne des hier verfolgten dramaturgisch-narrativen Modells Erkenntnisse liefern können. In Bezug auf Skripte und daraus mögliche Performances des EP selbst können die Hintergrundrepräsentationen von Abgeordneten als Hinweis dienen. So schreibt Julia Stamm, dass Abgeordnete weitgehend ähnliche Bilder bzw. Narrative von Europa teilten. Die Europäische Union wird als Friedensprojekt, als einzige wirkliche Option für die politische Zukunft, als Modell für den Rest der Welt, als „nice power“ im Vergleich zu den USA, als Projekt politischer Kooperation (und nicht nur wirtschaftlicher) und als Möglichkeit gesehen, das Projekt der Einigkeit in Vielfalt zu realisieren (vgl. Stamm 2008, 210 ff.). Costa und Magnette (2003) wiederum machen deutlich, dass das Konzept der parlamentarischen Repräsentation ein weiteres Element der Hintergrundrepräsentationen ist, weitgehend unabhängig von der politischen Ideologie einzelner Akteure. Wenngleich es klar ist, dass Abgeordnete unterschiedliche Auslegungen der parlamentarischen Repräsentation haben, so dürfte der überwiegende Teil ohne Schwierigkeiten der folgenden Definition Stefan Marschalls zustimmen: „Parlamentarismus bezeichnet ein System, in dem ein Parlament (oder mehrere Parlamente) formal und/oder tatsächlich eine zentrale Stellung im politischen Prozess einnimmt“ (Marschall 2005, 67). Damit ist noch nicht viel über die Qualität des Parlaments gesagt, vor allem geht es um die von den meisten MEP geteilte Meinung, dass das EP insgesamt im Europäischen politischen System mehr Rechte haben sollte (vgl. Scully/Farrell 2003, 280, vgl. ebenso Judge/Earnshaw 2003 und Corbett et al. 2005).

Weitere in der Literatur genannte Hintergrundrepräsentationen und Konzepte sind etwa die faire Repräsentation (Kreppel 2002,

190) im Sinne einer proportionalen Verteilung von Sitzen und Posten gemäß den Größen der Delegationen und Fraktionen und die schon erwähnte Einheit in Vielfalt, d. h. ein besonderer Fokus auf kultureller Offenheit (vgl. etwa Corbett et al., 2005). Marc Abélès wiederum verweist auf in Europa gebräuchliche binäre Oppositionen, die auch im Parlament zu finden sein könnten. Darunter sind etwa die Paare rational/irrational, öffentlich/privat, oder – für unsere Untersuchung möglicherweise fruchtbarer, Nord/Süd, gemeinsame Interessen/partikulare Nationalinteressen, Unabhängigkeit der Verwaltung/Korruption, Loyalität/Betrug (Abélès 2000). Dieser Liste könnten noch hinzugefügt werden die Paare Ost/West (vgl. dazu etwa Stamm 2008) oder EP/andere EU-Institutionen (Guiraudon 2000, Hix et al. 2003, Ripoll Servent 2013).

Im Licht der Forschungen zu nationalen kulturellen Repertoires muss aber auch davon ausgegangen werden, dass nationale bzw. regionale Unterschiede im Gebrauch von Hintergrundrepräsentationen auftreten. Maria Kluger Rasmussen etwa zeigt in den Interviews ihrer Studie teilweise erhebliche Unterschiede in den Bewertungen bestimmter politischer Probleme zwischen Mitgliedern auch derselben Fraktionen (Rasmussen 2008), etwa in Bezug auf Marktliberalisierungen, die für dänische Abgeordnete der ALDE-Fraktion selbstverständlich und für französische Abgeordnete derselben Fraktion wiederum indiskutabel sind. Marc Abélès hebt hervor, dass es vor dem Beitritt der osteuropäischen Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 häufig zu interpretativen Differenzen zwischen Nord- und Südeuropäern in der EU-Kommission kam (Abélès 2000), vor allem in Bezug auf die Wertschätzung persönlicher Beziehungen zwischen Angestellten, die von Nordeuropäern häufig als Möglichkeit für Korruption, von Südeuropäern dagegen als Loyalität angesehen wurden.

3.2.4.2 *Rollenkonzeptionen im EP*

Julia Stamm stellt darüber hinaus fest, dass die Mehrheit der osteuropäischen Abgeordneten (ihre Befragten kamen aus Polen, Ungarn und der ehemaligen DDR) ihre Rolle stärker als Repräsentanten ihrer Wahlkreise und deren Einwohner verstehen, während die älteren, westeuropäischen Abgeordneten sich eher als Repräsentanten der Institution EP oder als Verfechter für eine bestimmte Politik sehen: „While the ‘old’ MEPs define themselves rather through the

institution itself, the 'new' MEPs see themselves rather as intermediaries between the population and the EU. For the 'old' MEPs, the 'European thing to do' is engagement within the institution of Parliament itself; for the 'new' ones, meanwhile, it is direct action on behalf of the citizen" (Stamm 2008, 229). Hier wird deutlich, dass durch eine unterschiedliche Antwort auf die Frage, was europäisch ist, auch unterschiedliche Rollenkonzeptionen bzw. Skripte konstruiert werden.

Zu einer leicht anderen Einschätzung kommen hingegen Scully und Farrell (2003), die nationale Unterschiede zwischen Rollenkonzeptionen als eher gering einstufen. Das muss kein unmittelbarer Widerspruch zu Stamms Ergebnissen sein, da Scullys und Farrells Daten vor der Ost-Erweiterung der EU erhoben wurden und damit der Unterschied zwischen Ost und West, den Stamm ausmacht, noch nicht erkennbar sein konnte. Dagegen stellen sie fest, dass Abgeordnete der Fraktionen am rechten wie am linken Rand des Spektrums im EP 'interest articulation', also persönliche oder spezifische Repräsentation als wichtiger einschätzen im Gegensatz zu den Abgeordneten der politischen Mitte. Auch machen sie deutlich, dass die Art und Weise, wie MEP ihre Rolle als Repräsentanten interpretieren, deutlich korreliert mit ihren Ansichten, welche Stellung das EP im politischen Prozess Europas einnehmen sollte und wie viele Kompetenzen auf die supranationale Ebene verlagert werden sollten. Vor allem diejenigen Abgeordneten, die soziale Repräsentation, d. h. die Vertretung bestimmter sozialer Gruppen wie Gewerkschaften etc. als ihre Hauptaufgabe ansehen, fordern auch mehr Rechte für das Parlament und sehen die supranationale Ebene allgemein als wichtig.¹²

12 Über diese Ergebnisse hinaus ist die Studie von Scully und Farrell (deren Ergebnisse auch in Scully 2005 eingegangen sind) auch methodisch interessant, weil standardisierte Antworten auf die Frage, welche repräsentative Rolle MEP sich selbst zuschreiben, faktoranalytisch weiter berechnet wurden, um vier Hauptmotive für bestimmte Rollen herauszufiltern: MEP als Vertreter ihrer Partei (ohne Differenzierung zwischen Heimatpartei und EP-Fraktion), MEP als Vertreter sozialer Gruppen und als Mediatoren zwischen sozialen Gruppen ungeachtet nationaler Grenzen, MEP als Interessenvertreter und schließlich, ähnlich wie bei Stamm, MEP als Vertreter des EP selbst, die vor allem eine Karriere innerhalb der Institution selbst anstreben (vgl. Scully und Farrell 2003, 275 ff.). Der Umstand, der in unserem Zusammenhang am meisten interessiert ist, dass auch in einem institutionalistisch-rationalistischen Blickwinkel wie dem Scullys und Farrells die Motivationen für bestimmte parlamentarische Rollenkonzeptionen

3.2.4.3 *Narrative und Skripte in der Europa-Literatur*

Besonders nah am hier verfolgten theoretischen Konzept ist Schimmelfennigs (2002) Versuch, Goffmans Theatermetapher auf die Verhandlungen zur EU-Osterweiterung anzuwenden. Schimmelfennig argumentiert, dass die Beitrittsstaaten bereits kurz nach dem Fall der Berliner Mauer begannen, sich selbst bewusst als integralen Teil Europas darzustellen und so den moralischen Druck auf die Gemeinschaft zu erhöhen: „[...] in 1993, at its Copenhagen summit, the EU committed itself in principle to the admission of the CEEC's [ost- und mitteleuropäische Staaten] and began to prepare the candidates and itself for enlargement. This change was an effect of strategic framing and shaming by the losers of the initial bargain“ (ebd., 430). Mithilfe von Goffmans Konzepten des Framing und des dramaturgischen Handelns kann also veranschaulicht werden, dass in den Verhandlungen nicht nur materielle Interessen eine Rolle spielten, sondern auch die bewusste Selbstinszenierung von Akteuren, die ein spezifisches Narrativ der Europäischen Integration vertraten und sich selbst in diesem Narrativ eine spezifische Rolle gaben.¹³ Darüber hinaus aber unterstreicht Schimmelfennig ebenso mithilfe von Goffman, dass dramaturgisches Handeln prozessuale Effekte auslöst, indem auf eine spezifische Inszenierung nicht auf beliebige Art und Weise geantwortet werden kann. Die EU-12 hätten recht schnell keine Möglichkeit mehr gesehen, die Anfragen der ost- und mitteleuropäischen Staaten abzulehnen, denn dann wäre ihnen vorgeworfen worden, das Europäische Projekt partikularistisch zu betreiben (ebd., 432 f.). Tatsächlich ist Schimmelfennigs These in anderen Worten dem hier verfolgten Modell sehr ähnlich, wengleich kritisch angemerkt werden sollte, dass in seiner Version die Inszenierungen der EU-12 in Interaktionen untereinander zu wenig thematisiert werden, denn auch hier wurden sicherlich

nicht allein auf Interessenvertretung basieren, wie es in der klassischen Repräsentationstheorie (vgl. etwa Pitkin 1965) noch angenommen wurde, sondern vielschichtig sind (vgl. auch Katz 1999, ebenso Hagger/Wing 1979 in einer frühen Anwendung auf das EP).

¹³ vgl. auch Bailer/Scheider 2002 für die dramaturgische Rolle von EP-Plenardebatten in der Erweiterungsdiskussion. Ein ähnliches Argument findet sich auch bei Fligstein (2008) in Bezug auf europäische Entscheidungsfindung allgemein, der die These vertritt, dass der Erfolg eines Entscheidungsprozesses maßgeblich davon abhing, wie ein Thema gerahmt wurde (vgl. ebenso Ripoll Servent 2011 für ein Beispiel aus dem Europäischen Parlament).

strategische Performances eingesetzt, um eine Erweiterung als notwendig darzustellen.

Dennoch weist Schimmelfennig These auf weitere Konzepte hin, die hier von Interesse sind. So gehen, wie oben bereits erwähnt, Rittberger (2005) sowie Rittberger und Goetze (2010) der Frage nach, wie der stetige Machtzuwachs des Europäischen Parlaments vis-à-vis vor allem dem Rat zu erklären ist, da er intergouvernementalen Logiken deutlich widerspricht. Die Autoren argumentieren ähnlich wie Schimmelfennig, dass die Entwicklung nicht allein durch Modelle rational handelnder Akteure verstanden werden kann, sondern nur, wenn die Annahme vorausgestellt wird, dass sie einem *cognitive script* entspricht, das eine weitere Demokratisierung der Union vorschreibt. Deutlich werden auch hier die prozessualen Effekte von strategischen Inszenierungen, die in unserem Modell so eine wichtige Rolle spielen, denn Goetze und Rittberger beschreiben, wie der Zug zu mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament eine Eigendynamik erhielt, die als Folge eines Skriptes nicht mehr aufzuhalten war.

Während bei diesen Arbeiten also der Hinweis auf die Bedeutung von Skripten und Inszenierungen im europäischen Handeln deutlich wird, geht Eder (2007, 2009) noch einen Schritt weiter, indem er explizit Narrative als Teil gemeinsamer Hintergrundrepräsentationen begreift. Zum einen macht er die Sequenzialität, das heißt die spezifische Abfolge von Ereignissen in gemeinsam erinnerten Geschichten, zur Grundlage eines Begriffs der kollektiven Identität der Europäer. Zum anderen argumentiert er, dass die Kompatibilität, das heißt die Anschlussfähigkeit von erinnerten Geschichten, von ihren strukturellen Eigenschaften abhängt. Damit verweist er ebenso wie das hier präsentierte theoretische Modell auf die strukturellen Bedingungen für narrative Verknüpfungen.

Aus diesem Überblick lässt sich vor allem eine Folgerung ziehen: Mit den genannten Hintergrundrepräsentationen ist ein mögliches Feld abgesteckt, innerhalb dessen sich die Akteure bei der Wahl ihrer Rolle und ihres Skripts bewegen müssen. Deutlich etwa ist, dass Performances bestimmte Grenzen nicht überschreiten dürfen, um Unterstützung aus dem Publikum zu bekommen. Zu diesen Grenzen gehört etwa ein Infragestellen des Projekts Europa oder Zweifel an der zentralen Stellung des Parlaments. Korruption darf ebenso wenig gutgeheißen werden wie nationale Partikularismen schwierig zu verteidigen sind. Damit ist deutlich, inwiefern Hinter-

grundrepräsentationen „constraining“ sind, inwiefern sie den Radius möglicher Performances einschränken.

Fassen wir abschließend noch einmal zusammen: Das Europäische Parlament hat eine eindrucksvolle Entwicklung hinter sich, in deren Verlauf es über fünf Jahrzehnte immer weitere Kompetenzen hinzugewonnen hat, und nun im Rahmen des „Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens“ als gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Europäischen Rat dient. Die Geschichte einer Institution, die sich vom demokratischen Feigenblatt zum Mitgesetzgeber entwickelt, bildet die narrative Grundlage für einen Großteil der Aktivitäten der Versammlung. Damit geht einher, dass die Beziehung zu Rat und Kommission als institutionelle Partner und Gegenpart immer mit reflektiert werden muss, wenn die Rolle des EP genau verstanden werden will. Institutionelle Regeln sind also durchaus von Belang, aber von Interesse für die Erklärung von Handeln werden sie erst, wenn die kognitive Verbindung zwischen den Regeln als Bedingung und der Handlung als Ausführung eines Skripts oder als Interpretation einer Handlung anderer sichtbar gemacht werden kann.

METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN

Die theoretische Vorarbeit in Kapitel 2 hat bereits deutlich gemacht, dass die methodische Grundlage dieser Arbeit durch die Untersuchung von Geschichten und im speziellen von Geschichtsverläufen zu Konfliktfällen gelegt wird. Der Hauptgedanke ist dabei, dass die Analyse der Struktur von Geschichten die Identifizierung von Brückenelementen erlaubt, mithilfe derer unterschiedliche Geschichtsverläufe miteinander verknüpft werden können und so einen Kompromiss im Sinne einer konkreten Anschlussfähigkeit ermöglichen. Auf den folgenden Seiten soll dieser Gedanke nun noch detaillierter ausgearbeitet werden, um die Vorteile gegenüber anderen Methoden der Analyse von politischen Prozessen und der Textinterpretation deutlich zu machen. Auf dieser Grundlage wird es dann möglich sein, spezifische Hypothesen für die zu erwartenden Geschichten und die jeweiligen Brückenelemente zu formulieren.

4.1 METHODISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Generell steht die Beobachtung von Prozessen parlamentarischer Entscheidungsfindung vor einem methodischen Problem, weil eine direkte, teilnehmende Beobachtung für einen Forscher allein, aber auch für eine Gruppe kaum möglich ist. Zu viele Handlungen geschehen zur selben Zeit an unterschiedlichen Orten, als dass der soziologische Beobachter ein vollständiges Bild des Prozesses erstellen könnte. Deshalb wurde diese Methode in bisherigen Forschungsarbeiten zum Europäischen Parlament auch nur sehr wenig verwendet (vgl. etwa Beauvallet 2010). Die Alternativen, um an Informationen zu parlamentarischen Prozessen zu gelangen, stellen sich in Form von Archivrecherchen und Interviews mit Beteiligten dar.¹ Im Fall des EP sind Archive zwar offen zugänglich und in Bezug auf Plenarsitzungen sehr ausführlich, gleichwohl sind Pro-

¹ In der Diskussion der existierenden Literatur wurde bereits auf die zusätzliche Alternative der Analyse von roll-call-votes, also namentlicher Abstimmungen, eingegangen (vgl. Carrubba/Gabel 2000, siehe Kapitel 3.2.1).

tokolle der Ausschusssitzungen meist nur als Ergebnisprotokolle verfügbar – also ohne Wortbeiträge und damit ohne Performances – und von Ausschuss zu Ausschuss in sehr unterschiedlichem Ausmaß erhältlich. Aus diesem Grund wurde auf Interviews als Erhebungsmethode zurückgegriffen, die dem Ziel dieser Arbeit, der Erklärung von Kompromissen durch die Deutung der Beteiligten, am ehesten dient.

4.1.1 *Interviewmaterial als Grundlage der Analyse*

In der Diskussion um die Verwertbarkeit von rekonstruktivem Interviewmaterial (vgl. hierzu Nohl 2006, Przyborski 2004) wird immer wieder die Kritik an der so genannten Homologievermutung Fritz Schützes (1976) geäußert. Schütze geht davon aus, dass „in der narrativ-retrospektiven Erfahrungsaufarbeitung [...] prinzipiell so berichtet [wird], wie die lebensgeschichtlichen Ereignisse (ob Handlungen oder Naturereignisse) vom Erzähler als Handelndem erfahren worden sind“ (1976, 197). Die Kritik an dieser Vermutung ist insofern berechtigt, als tatsächlich nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Ereignisse einer persönlichen Vergangenheit in mehr oder weniger derselben Art erlebt und später wiedergegeben werden. Viel zu wichtig ist dazu, wie bestimmte Ereignisse in Relation zu anderen Ereignissen gesetzt werden. Auch kann die Erzählung dadurch verändert werden, dass dritte Personen die Geschichte in anderer Form oder Reihenfolge erzählen und diese andere Version der Geschichte von den Erzählenden übernommen wird. Die Frage, die sich dabei stellt, ist die nach der „wahren“ Geschichte oder danach, wer seine Narration aus welchen Gründen ausschmückt und so „die Wahrheit“ umgeht. Problematisch ist aus der kulturtheoretischen Sicht bei einer solchen Frage, dass postuliert wird, es gebe *eine* Wahrheit und Geschichten von Beteiligten seien lediglich subjektivierte Verformungen dieser Wahrheit. Dies ist eine Position, die aus der hier verfolgten Perspektive nur schwer gehalten werden kann, setzt sie doch gerade auf den Vergleich von Geschichtsverläufen und damit auf die Ausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Rekonstruktionen eines Prozesses.

Daher gilt gerade auch im Fall von politischen Geschichten, dass die Rekonstruktion sinnvoll für die soziologische Analyse ge-

braucht werden kann: Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass die Geschichten, die Politiker als geübte Redner vor einer unbestimmten Öffentlichkeit erzählen, keinen zu großen Schwankungen unterliegen, da sie zur Festigung der eigenen Glaubwürdigkeit versuchen, eine gewisse narrative Kohärenz zwischen ihrer Erfahrung eines zurückliegenden Prozesses und ihrer heutigen Darstellung herzustellen. Gerade das macht letztlich den Witz der Brückenelemente aus, deren theoretische und methodische Relevanz darin liegen, dass sie auch retrospektiv einen sinnvollen Übergang zwischen Konflikt und Einigung darstellen. Dass dieser Übergang mit der Zeit eine andere Form annimmt, ist zwar möglich, gleichwohl auch nicht besonders wahrscheinlich, es sei denn, weitere Ereignisse verändern die generelle Bewertung der damaligen Einigung fundamental. Zum anderen aber wird hier die grundsätzliche epistemologische These vertreten, dass die Struktur einer Erzählung von sozialwissenschaftlicher Relevanz ist, da sie Aufschlüsse über die Positionierungen von Akteuren, über den Aufbau von Argumentationsketten und letztlich auch über symbolische Grenzen durch Narration (vgl. Somers 1994, Smith 2007) liefert.

Das Datenmaterial der Geschichten liefert also Erkenntnisse auf zwei Ebenen, die epistemologisch voneinander getrennt betrachtet werden müssen. Auf einer ersten, vorgelagerten Ebene berichten die Geschichten vom Verlauf der Ereignisse und geben uns ihre Theorie des Verlaufs an die Hand. Der Vergleich der Geschichten auf dieser Ebene kann Erkenntnisse darüber liefern, wie Beteiligte den Ereignissen Sinn zuordnen und wie sie einen Kompromiss rechtfertigen. Diese Rechtfertigung ist eine elementare Grundbedingung für den Kompromiss und daher die direkte Antwort auf die Frage, warum ein Kompromiss gefunden wurde. Auf einer zweiten, tiefer gelagerten Ebene, geben uns Geschichten auch Hinweise zur generellen Struktur von Geschichten über politische Konflikte im Europäischen Parlament und gestatten damit Erkenntnisse über Bewertung von Handlungen und Ereignissen als für die Institution normal oder legitim. Dabei bedient sich die Analyse der Erkenntnisse aus Darstellung von Texten als Narrative Netzwerke, deren Methode weiter unten vorgestellt wird. Während es auf der ersten Ebene um den konkreten Fall geht, wird von der zweiten Ebene eine allgemeinere Beobachtung möglich. Natürlich gestattet die Beobachtung von drei Fällen keine generalisierenden Aussa-

gen über Konfliktlösungen im EP, ebenso genügen drei Fälle nicht, um eine Typisierung parlamentarischer Kompromisse zu erstellen, sicher aber können durch diese Betrachtungsweise weitere Hypothesen generiert werden, die im abschließenden Kapitel genauer dargelegt werden.

4.2 DIE FÄLLE UND DAS SAMPLE

4.2.1 *Fallauswahl*

Wie bereits weiter oben erwähnt, wurden drei Fälle von Entscheidungsprozessen im EP gewählt, die unterschiedlichen Politikfeldern zuzuordnen sind, um den Mechanismus der Einigung, wie er in Kapitel 2 aufgearbeitet wurde, für unterschiedliche Themengebiete und Mehrheiten nachzuzeichnen.² Die Auswahl der Fälle richtete sich dann vor allem nach dem Kriterium, von den möglichen Interviewpartnern besonders viele Informationen zu erhalten. Die Konflikte sollten also in derselben Legislaturperiode abgeschlossen worden sein und möglichst auch auf eine gewisse Resonanz außerhalb des Parlaments gestoßen sein, um die Wahrscheinlichkeit hoch zu halten, dass die Befragten sich auch tatsächlich an den Fall erinnern würden. Die Wahl fiel dann auf drei prominente Fälle der 6. Wahlperiode zwischen 2004 und 2009: Zwischen 2003 und 2006 debattierte das Parlament annähernd dreieinhalb Jahre

² Darüber hinaus wäre es wünschenswert gewesen, einen Fall hinzuzuziehen, in dem es zu keiner Entscheidung kam, hierbei aber ergaben sich zwei gewichtige Probleme. Zum einen sind in den Legislaturperioden 1999–2004 und 2004–2009 lediglich drei Mitentscheidungsverfahren nicht zur Einigung gekommen. Im Vergleich zu den erfolgreich abgeschlossenen Verfahren zwischen 2004 und 2009 (519 Mitentscheidungsverfahren) ist die Zahl der Verfahren ohne Einigung (3) also mit einem gewissen Recht zu vernachlässigen. Darüber hinaus zeigte eine Sicht der verfügbaren Quellen zu beiden Fällen, dass eine Einigung offensichtlich deshalb nicht zustande kam, weil sie entweder nicht im Rahmen einer „großen Mehrheit“ gefunden werden konnte (Software-Richtlinie 2005) oder weil im Vermittlungsausschuss kein Kompromiss zwischen Rat und Parlament zustande kam (Arbeitszeitrichtlinie 2009), der Konflikt innerhalb der Parlaments aber bereits beigelegt war (vgl. überdies Beauvallet 2010 zur Hafenrichtlinie). Zweitens ergab sich bei Pre-Test-Interviews mit zwei Abgeordneten in Berlin das Problem, dass diese sich an den Fall der Software-Richtlinie nicht mehr erinnern konnten und daher die Wahrscheinlichkeit, mehr Informationen zu dem Fall zu bekommen, als eher gering eingeschätzt wurde. Aus diesen beiden Gründen wurde die Idee eines nicht erfolgreichen Vergleichsfalls verworfen.

über die Dienstleistungsrichtlinie, einem recht klassischen Beispiel für sozio-ökonomische Konflikte auf europäischer Ebene. Das EP schaffte es auch, durch den Zusammenhang zwischen der Richtlinie und den negativen Referenda in Frankreich und den Niederlanden zum geplanten Verfassungsvertrag der Europäischen Union (vgl. dazu Kapitel 6) zeitweise in den Fokus medialer Aufmerksamkeit in der gesamten Europäischen Union zu rücken, daher bot sich dieser Fall besonders gut an. Etwa im selben Zeitraum verhandelte das Parlament auch die Chemikalien-Verordnung REACH, die vor allem in den Mitgliedsstaaten mit einer großen Chemie-Industrie für Aufmerksamkeit sorgte. REACH behandelte sowohl umwelt- als auch industriepolitische Fragen, wurde aber als Beispiel für einen Umweltkonflikt gewählt, der nach Viviani den „neuen“ Konflikten zuzuschreiben ist. Schließlich wurde mit den Verhandlungen um den und im so genannten CIA-Ausschuss ein dritter Fall gewählt, der zwischen Januar 2006 und Januar 2007 die Vorwürfe gegenüber europäischen Regierungen untersuchen sollte, dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA bei illegalen Entführungen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung logistisch geholfen zu haben. Der Fall berührte Fragen der Beziehungen zwischen der EU und den USA, vor allem aber wurde die Frage aus einer bürgerechtlichen Perspektive diskutiert, da es auch um Freiheitsrechte von europäischen Bürgern ging.

Die drei Fälle haben über diese inhaltliche Relevanz hinaus noch einen weiteren theoretisch motivierten Anreiz, indem die erzielten Mehrheiten mit Ausnahme des CIA-Falls nicht den erwarteten Mehrheiten nach Viviani (2009) und auch nicht dem Modell einer zunehmenden Links-Rechts-Trennung nach Hix et al. (2007) entsprechen. Die Frage, warum es zu diesen Mehrheiten kam, wird daher umso interessanter.

4.2.2 *Datenbasis*

Zur Generierung von Interview-Material wurden alle Mitglieder der verantwortlichen Ausschüsse angeschrieben und zu einem Interview eingeladen.³ Die Rücklaufquote betrug dabei in etwa 30 %,

³ Dazu zählten sowohl die Ausschussvorsitzenden und die jeweiligen Berichterstatter wie auch die sonstigen, ständigen Mitglieder der Ausschüsse, wobei die spezielle Funktion der jeweiligen Befragten in der Auswertung vernachlässigt wurde, um die Anonymität der Abgeordneten zu gewährleisten.

wobei letztlich 30 Interviews geführt wurden, was einer Quote von etwa 20 % entspricht. Im Fall von REACH wurde darüber hinaus auch ein Mitglied des kommentierenden Binnenmarktausschusses IMCO eingeladen, da er von den meisten Befragten als einer der zentralen Akteure genannt wurde. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Befragten nach Fraktionszugehörigkeit, Herkunftsland⁴ und Geschlecht.⁵

4.3 ANALYSE DURCH NARRATIVE NETZWERKANALYSE

Zur Auswertung der erhobenen Interviewdaten oder der erzählten Stories wurde in dieser Arbeit auf die Methode der Narrativen

- 4 Die Herkunft der Abgeordneten stellte sich als für die Analyse irrelevant heraus, deshalb wird die Herkunft nur der Vollständigkeit halber in dieser Übersicht erwähnt. Damit ist nicht gesagt, dass die Herkunft sich nicht auf die Interpretation politischer Problemlagen auswirkt. Gleichwohl konnten in der Auswertung keine systematischen Unterschiede festgestellt werden.

- 5 Die Kürzel wurden nach der Reihenfolge der Interviews vergeben, die zwischen Oktober 2008 und Februar 2009 in Brüssel geführt wurden.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer relativ guten Repräsentation des Parlaments der 6. Wahlperiode, zwei Einschränkungen müssen aber noch erwähnt werden. Zum einen war die Einladung an Abgeordnete aus den neuen Mitgliedsstaaten vergleichsweise wenig erfolgreich, so dass lediglich 10 % der Befragten (AD aus Ungarn, AX aus Slowenien und AZ aus Polen) aus ost- oder mitteleuropäischen Staaten stammen. In den Interviews ergaben sich – soviel kann im Vorgriff bereits gesagt werden – keine entscheidenden Unterschiede zu den westeuropäischen Kolleginnen und Kollegen. Der reale Anteil mittel- und osteuropäischer Mitglieder im EP betrug demgegenüber knapp 26 %, hier also ist eine leichte Verzerrung zu konstatieren. Zweitens war es im Fall der Dienstleistungsrichtlinie leider nicht möglich, mehr als eine Abgeordnete der sozialistischen Fraktion zu befragen, was gerade in diesem Themenbereich in Bezug auf Unterschiede zwischen West und Ost bedauerlich ist. Hingegen zeigten die Befragten der konservativen Fraktion teilweise deutliche Unterschiede in ihrer Interpretation des Problems auf, wodurch die Lücke auf sozialistischer Seite in Maßen wieder geschlossen werden konnte. Tatsächlich scheint es, als würde das Spektrum der Befragten auch in gewisser Weise das Spektrum möglicher Antworten auf die Fragen der Dienstleistungsrichtlinie in den alten Mitgliedsstaaten widerspiegeln (vgl. Becker 2006, Crespy 2010).

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass die Interviews sehr unterschiedlich lang wurden, was an engen Zeitplänen der Befragten und teilweise großen Unterschieden in der Detailtreue der Erinnerungen lag. Wie aber in der Beschreibung der Auswertungsmethode klar wird, ist ein solcher Unterschied für die Erstellung von Narrativen Netzwerken nicht weiter von Interesse, lediglich in der Zahl der berichteten Performances treten dann Unterschiede auf, die auf verschiedene Weise gedeutet werden können (s.u.).

Kürzel	Fraktion	Land	Geschlecht	Fall
AF	EPP-ED	DE	f	REACH
BA	EPP-ED	DE	m	REACH
BG	EPP-ED	IT	f	REACH
AY	PES	DE	m	REACH
AW	PES	IT	m	REACH
BE	PES	SF	f	REACH
AT	ALDE	GB	m	REACH
AX	ALDE	SL	f	REACH
AJ	GREENS/EFA	SE	m	REACH
BB	GREENS/EFA	DK	f	REACH
AL	GUE/NGL	SE	m	REACH
AO	EPP-ED	DE	m	DLR
AH	EPP-ED	DE	m	DLR
BH	EPP-ED	FR	m	DLR
BG	EPP-ED	GB	m	DLR
AU	PES	DE	f	DLR
AE	ALDE	DE	m	DLR
AG	ALDE	GB	m	DLR
BC	GREENS/EFA	DE	f	DLR
BF	EPP-ED	IT	m	TDIP
AV	EPP-ED	PT	m	TDIP
AD	EPP-ED	HU	m	TDIP
AZ	PES	PL	m	TDIP
AM	PES	NL	m	TDIP
AS	PES	PT	f	TDIP
AK	PES	AT	m	TDIP
AI	ALDE	DE	m	TDIP
AP	ALDE	ES	m	TDIP
AR	ALDE	NL	f	TDIP
AN	GUE/NGL	IT	m	TDIP

Tabelle 1: Interviewpartner

Netzwerkanalyse zurückgegriffen. Zentral für die Entwicklung der methodischen Strategie waren dabei sowohl Arbeiten von Peter Bearman und Kathrin Stovel (2000), Peter Bearman et al. (1999) und Tammy Smith (2007) wie auch allgemeinere Argumente für narrative Erklärungsstrategien, maßgeblich von Peter Abell (2004), Andrew Abbott (1995, 2001), Kathleen Carley (1993), Roberto Franzosi (1998) und schließlich auch Charles Tilly (2003).

Narrative Netzwerkanalyse ist ein relativ neues Instrument zur Auswertung von Interviewdaten, das vor allem auf den Arbeiten Harrison Whites (2008) zur Rolle von Geschichten in der Entstehung sozialer Netzwerke beruht. Ein Ziel des Instrumentes ist es, erzählte Texte in ihrer Strukturhaftigkeit möglichst objektiv wiederzugeben und so analysierbar zu machen. Gleichwohl spielt Kultur, sprich: Deutung, eine so große Rolle, dass die tatsächliche Analyse eine Mittelposition zwischen streng syntaktischen, also über die Struktur argumentierenden, und semantischen, also den Deutungsgehalt offenlegenden Erklärungen ist (vgl. hierzu vor allem Abbott 2004). Dazu zählt auch, dass eine gemäßigte strukturelle Position (Jansen 2006, 21) eingenommen wird, die Elemente von Netzwerken nicht nur relational, sondern auch kategorial codiert (vgl. auch Trezzini 1998, 517 ff. zu dieser Forderung in Bezug auf soziale Netzwerke).

Wie also wird bei der Erstellung Narrativer Netzwerke und ihrer Analyse vorgegangen?⁶ Zur Erstellung werden die Interviews als zusammenhängende Texte zunächst in Sinnelemente oder epistemische Elemente (Hartmann 2011) unterteilt.⁷ Diese wiederum unterteilen sich in folgende von Bearman und Stovel (2000) vorgeschlagene strukturelle Kategorien: lokale Ereignisse, externe Ereignisse und kognitive Elemente. Lokale Ereignisse sind diejenigen Elemente in einer Geschichte, die von lokalen, also von der erzählenden Person im unmittelbaren Umfeld erlebten Performances und Ereignissen berichten. Externe Ereignisse hingegen sind Elemente, in denen von solchen Ereignissen berichtet wird, die gerade nicht Teil des unmittelbaren Verhandlungsprozesses waren, sondern außerhalb des Europäischen Parlaments stattfanden. Ko-

⁶ Eine genauere Darstellung der Vorgehensweise wird in Anhang A gegeben.

⁷ Die Grenzen zwischen Elementen wurden nach einer sehr einfachen Regel gezogen, und zwar nach der Frage, ob inhaltlich ein neuer Punkt angesprochen wurde oder nicht. In einigen Fällen führte dies zu sehr kurzen Elementen, da Ereignisse in schneller Abfolge berichtet wurden, in anderen Fällen zog die Reflexion zu einem selben Punkt sich über einen ganzen Absatz.

gnitive Elemente hingegen sind solche Passagen, in denen ein Ereignis kommentiert oder in anderer Form Reflektionen angestellt werden. Sind diese Passagen direkt auf ein Ereignis bezogen, das erzählt wird, können wir auch von kognitiven Schleifen sprechen, da die Erzählung später wieder aufgenommen wird.

Die Elemente werden dann in einem nächsten Schritt miteinander verbunden bzw. es werden die Kanten für die Netzwerke erstellt. Dabei gilt es drei Arten von Verbindungen zu unterscheiden: Chronologische Links werden zwischen zwei narrativen Elementen gezogen, wenn sie direkt aufeinander folgend erzählt werden; Logische Links bestehen dann, wenn Elemente hintereinander berichtet werden, aber nicht rein narrativ sind, also zwischen lokalen und kognitiven oder zwischen lokalen und externen oder zwischen externen und kognitiven Elementen. Schließlich gibt es noch rekursive Links, indem eine Passage auf eine frühere Passage Bezug nimmt.

Die Elemente werden danach zu größeren Elementen gruppiert, wenn die Aussage der Passage nicht verändert wird. Diese Gruppierung dient vor allem der besseren Übersichtlichkeit des Materials.⁸

4.3.1 Vorteile gegenüber der klassischen Inhaltsanalyse

In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat sich bislang die kategoriale Inhaltsanalyse in unterschiedlichen Formen (vgl. etwa Mayring 2007, vgl. ebenso Wohlrab-Sahr/Przyborski 2008) als sinnvolle Methode der Auswertung von Text- und Interviewmaterial etabliert. Dabei kann entweder nach den Prinzipien der Grounded Theory induktiv ein Kategoriensystem erstellt werden, das dann als Interpretationsschema für den Vergleich von Texten dient, oder es wird deduktiv bereits ein Schema erarbeitet, das dann gegebenenfalls erweitert oder an den Gehalt der zu untersuchenden Texte angepasst wird. Aus der Perspektive der hier verfolgten Fragestellung aber steht die kategoriale Inhaltsanalyse vor zwei Problemen. Zum einen werden Textpassagen mit Codes versehen, die auf die unmittelbare Umgebung der Passage keine Rücksicht nehmen, das heißt die Einbettung von Passagen, die für ihre Bedeutung so wich-

⁸ Kurz gefasst ist das Problem bei einem solchen Vorgehen, dass Interviews je nach Länge und Genauigkeit in der Erzählung bis zu 250 Elemente haben, die nur mithilfe von computergestützten Netzwerkanalysen zu analysieren sind.

tig ist, geht dabei verloren. Zum Zweiten gibt es zwar Ansätze der kategorialen Inhaltsanalyse, die Sequenzen untersuchen (vgl. dazu etwa Nohl 2006), generell aber wird die Bedeutung einer Geschichte durch die spezifische chronologische Abfolge von Ereignissen unterschätzt. Aus diesen Gründen bietet sich der strukturelle Ansatz der Analyse Narrativer Netzwerke an, der die Einbettung von Elementen in bestimmte Sequenzen und Abfolgen ins Zentrum der Analyse stellt.

Das heißt aber nicht, dass die Inhaltsanalyse aufgegeben wird. Narrative Netzwerkanalyse bietet grundsätzlich die Möglichkeit, die in der sozialen Netzwerkforschung (vgl. Jansen 2006) entwickelten Kennmaße auch auf Texte anzuwenden, wie etwa Maße der Zentralität, um herauszufinden, welche Elemente die Grundpfeiler einer Geschichte bilden. Wenngleich diese Möglichkeit attraktiv erscheint, um die Fallstricke einer rein qualitativen Auswertung zu umgehen und eine Brücke zwischen qualitativen und quantitativen Ansätzen der Inhaltsanalyse zu schlagen, ist doch eine gewisse Vorsicht geboten, denn Interviews sind im Gegensatz zu Essays (die die Grundlage für Bearman und Stovels Aussagen über die Verbindungen zwischen narrativen und kognitiven Elementen in Texten von Nationalsozialisten bilden (vgl. Bearman/Stovel 2000)) keine durchgehend zusammenhängenden Ketten von Elementen, sondern die Passagen der Befragten werden mal häufiger, mal seltener von Fragen des Interviewers unterbrochen. Dadurch können wiederum rekursive Verbindungen entstehen, die möglicherweise nur durch den Interviewer provoziert wurden. Solche Interviewereffekte würden durch einen Fokus allein auf Kennzahlen verwischt. Darüber hinaus aber sind Kennzahlen allein auch nur begrenzt hilfreich, wenn es darum gehen muss, die sinnvolle Brücke einer Geschichte nachzuzeichnen. Daher wird hier neben der Berechnung einiger weniger Kennzahlen wie den Anteilen bestimmter Elementeklassen pro Fall vor allem eine relational orientierte Inhaltsanalyse durchgeführt, denn ob ein Element für die Überführung von Sinn zentral ist, kann letztlich nur durch inhaltsanalytische Schritte geklärt werden.

4.3.2 *Maße der Auswertung*

EINE DUALE STRATEGIE DER AUSWERTUNG ZWISCHEN SEMANTISCHER UND STRUKTURANALYSE Der Ansatz der Analyse Narrativer Netzwerke deutet auf eine duale Auswertungsstrategie hin. Zum einen werden einzelne Elemente der Netzwerke auf ihre Lage und ihre Verknüpfungen hin untersucht, um den relationalen Zusammenhang einer Aussage deutlich machen zu können und aus ihm Rückschlüsse auf die Bedeutung dieser Relationen zu ziehen. Auch interessieren andere strukturelle Kennwerte wie der Anteil einer Art von Elementen im Gegensatz zu einer anderen Art. Diese Strukturanalyse aber muss durch eine semantische Analyse erweitert und ergänzt werden, um der Bedeutung einzelner Verknüpfungen im narrativen Zusammenhang des gesamten Netzwerkes gerecht zu werden. Erst durch die Kombination von struktureller und semantischer Analyse können systematische Unterschiede zwischen

ANTEILE DER ELEMENTE UND WENDEPUNKTE IN DER EREIGNISKETTE Um welche Kennwerte wird es also konkret gehen? Wie erwähnt, soll jeweils zu Beginn einer jeden Fallstudie ein kurzer Überblick über quantitative Charakteristika der Netzwerke gegeben werden. Dabei interessiert zunächst der Anteil von lokalen Ereignissen im Zusammenhang des gesamten Interviews, um einen Richtwert für die Stellung der Ereigniskette im Vergleich zu kognitiven Elementen zu erhalten.

Eng damit zusammen hängt die Überprüfung der Wendepunkte einer Geschichte (Abbott 2001). Geschichten werden in der Regel so erzählt, dass es bestimmte Höhepunkte und Tiefpunkte gibt (vgl. Tilly 2003), was Andrew Abbott (2001, 240 ff.) in dem Begriff der Turning Points zusammenfasst. Turning Points oder *Wendepunkte* sind diejenigen Elemente, die der Geschichte eine Wendung ins Positive oder Negative geben, etwa dass der Protagonist eine neue Hürde entdeckt (negativer Wendepunkt) und es ihm schließlich gelingt, diese Hürde aus dem Weg zu räumen (positiver Wendepunkt). Während Wendepunkte im Normalfall vor allem zur dramatischen Inszenierung eingesetzt werden (auch hierzu vgl. Tilly 2003), die den oder die Protagonisten in ein günstiges Licht stellen, da sie viele Hürden erfolgreich überwunden haben, können sie im Vergleich mehrerer Netzwerke auch eine weitere Funktion haben:

Ihre Anzahl kann Aufschluss geben über die Stärke des Konflikts, indem sie die Dialektik zwischen Performance und Gegenperformance graphisch darstellen.

ARGUMENTATIVE VS. INSTITUTIONELLE ELEMENTE Die Ereignisse und kognitiven Elemente werden dann in einem zweiten Schritt auf ihre semantischen Charakteristika überprüft. Dabei interessieren zunächst auch die Anteile von *inhaltlichen, sprich: argumentativen Elementen* im Gegensatz zu solchen Elementen, in denen *institutionelle Erwägungen* in die Geschichte eingebaut werden. Damit soll eine Überprüfung der institutionalistischen These möglich sein, dass Regeln die Performances bestimmen. Daneben interessiert zusätzlich, ob es Hinweise auf *nationale Erwägungen* und auf eine *Kultur des Kompromisses* gibt (vgl. hierzu das Codebook in Anhang D), um auch den anderen Thesen zur Entscheidungsfindung im EP nachzugehen. Diese Analyse soll einen ersten Hinweis geben, welche narrativen Bausteine in den Geschichten besonders häufig zu finden sind. Sie bleibt aber unvollständig, wenn nicht gleichzeitig auch die Verknüpfungen der Elemente mit in die Analyse einbezogen werden, da der Anteil allein noch nichts darüber aussagt, ob etwa ein argumentatives Element den Kompromiss einleitet und somit eine zentrale Stellung einnimmt oder nur am Rande einer Argumentationskette steht.

ARGUMENTE – DAS FRAMING EINES THEMAS Weiterhin ist es wichtig, die Argumente in Bezug auf das jeweilige politische Thema in einem weiteren Schritt der Inhaltsanalyse herauszuarbeiten und damit den semantischen Raum aufzuspannen, innerhalb dessen erzählt wird. Dabei geht es sowohl um die Argumente für die eigenen Position als auch die Darstellung der Position der anderen Seite. Auch hier gilt, dass eine semantische Analyse einzelner Elemente nicht ausreicht, sondern dass auch die Verknüpfungen zwischen argumentativen Elementen – wozu auch Performances aus der Ereigniskette zählen – und dem Rest des Netzwerks betrachtet werden müssen, um die logische Einbettung eines Arguments deutlich machen zu können. Im Sinne des relationalen Paradigmas kann das Argument nicht ohne den Bezug zur narrativen Figur des Anderen verstanden werden, gegenüber dem die eigene Position aufgebaut wird.

NAMING AND SHAMING THE OTHER – DIE FUNKTION DER ANDEREN SEITE Wie bereits angedeutet, ist ein konstitutives Element von Geschichten das Ziehen eines symbolischen Grenze bzw. das „Othering“ bestimmter Personen oder Gruppen, denen somit die Rolle der Anderen bzw. der Kontrahenten zukommt (vgl. hierzu Tilly 2003 und Hartmann 2011). Im Fall des Europäischen Parlaments und seiner legislativen Konflikte interessiert dabei vor allem, ob und wie sich durch das Othering eine Konfliktlinie erkennen lässt, die etwa den Annahmen von Viviani über Konfliktlinien entspricht. Dabei vollzieht das Othering aber auch noch eine weitere narrative Funktion, denn durch die Definition eines Anderen und damit auch eines Außen im Gegensatz zum Innen, wird deutlich, welche Gruppen als legitime Verhandlungspartner gesehen werden, mit denen unter dem funktionalen Imperativ, im politischen Prozess eine Einigung finden zu müssen, ein Kompromiss versucht wird. Wie im Fall der Argumente sollen aber auch die Verknüpfungen und auch die Lage des Othering im Netzwerk in die Analyse einbezogen werden, wobei die Grundannahme ist, dass beide, also Argumente und „die andere Seite“, eng miteinander verknüpft sind, da die andere Seite sich vor allem über inhaltliche Differenzen definiert.⁹

PERFORMANCES DER VERHANDLUNG In einem nächsten Schritt werden die Geschichten daraufhin untersucht, welche Ereignisse und Performances berichtet werden und welche im Gegen-

- ⁹ Ein mögliches Missverständnis, das sich ergeben könnte, soll an dieser Stelle jedoch ausgeräumt werden. Es kann und wird in einer solchen Analyse nicht darum gehen zu behaupten, die narrativen Grenzen aus der Analyse seien mit den Grenzen identisch, die die Beteiligten zum Zeitpunkt der Verhandlungen gezogen haben – damit würde die Homologievermutung Schützes ja gerade bestätigt. Es gibt jedoch zwei Argumente, die nahelegen, dass eine retrospektive Analyse den damals gezogenen Grenzen und den kognitiven Verknüpfungen der Beteiligten in jedem Fall sehr nahe kommt und für den Zweck, einen Kompromiss zu erklären, sehr nützlich sind. Erstens ist gemäß der theoretischen Annahme, dass Erlebtes in die narrative Verarbeitung eines Prozesses eingebaut und in logischen Zusammenhang mit dem Rest der Geschichte gebracht wird, eine gewisse Stabilität von Geschichten anzunehmen, da ihre innere Logik ansonsten immer wieder neu definiert werden müsste. Und zweitens zeigen die symbolischen Grenzen gerade in der Rekonstruktion ex-post, welche Argumente erfolgreich waren und welche Beteiligten zu Partnern wurden. Eine Geschichte allein hat dabei noch keinen besonderen Erkenntniswert, sondern erst der Vergleich der Geschichten zeigt, welche narrativen Konstruktionen notwendig waren, um eine Kompromisspartnerschaft logisch erklären und damit rechtfertigen zu können.

satz zu anderen Geschichten fehlen und möglicherweise bewusst ausgelassen werden. Dabei ist die Grundannahme, dass Gruppen, die einen gemeinsamen Kompromiss gefunden haben, dazu tendieren, trennende Ereignisse wie zum Beispiel Kampfabstimmungen oder ähnliches, nicht zu erzählen, sondern stärker die einenden Ereignisse hervorheben.

DIE EINBETTUNG DES KOMPROMISSES Für das Ziel dieser Arbeit ist der letzte Wendepunkt vor dem Abschluss des Kompromisses bzw. die Hinführung zum Kompromiss selbst von besonderem Interesse. Dazu wird überprüft, wie die Beschreibung der Einigung eingebettet ist, wie sie narrativ oder kognitiv begründet wird und wie die Fortsetzung der Geschichte nach der Einigung verläuft. Grundsätzlich wird vermutet, dass Kompromisse, bei denen die Beteiligten inhaltlich aufeinander zugehen und die Deutung des Problems durch den Anderen als legitim akzeptieren, auch in argumentativ-kognitive Elemente eingebettet sind, sie also inhaltlich begründet werden können. Demgegenüber lässt sich nach den bislang erarbeiteten inhaltlichen Thesen (Kapitel 3) vermuten, dass in einem Fall, in dem in Bezug auf die Interpretation des politischen Themas kein Anschluss zwischen zwei Gruppen gefunden werden kann, da die jeweiligen Konzepte sich antagonistisch gegenüber stehen, diese Einbettung des Kompromisses auch nicht durch argumentativ-kognitive Elemente erfolgt, sondern über institutionell-kognitive Elemente, in denen die Notwendigkeit, zum Wohl der Gesamtinstitution zu einem Abschluss zu kommen, thematisiert wird. Der entscheidende Wendepunkt mag in zwei unterschiedlichen Geschichten von Mitgliedern der parlamentarischen Mehrheit ein anderer sein, aber es geht eben gerade nicht um die Feststellung eines „wahren“ Wendepunktes, sondern darum, wie die Beteiligten Ereignisse in eine bestimmte Reihenfolge bringen und so der Geschichte eine Logik geben, die erklärt, warum der Kompromiss für sie akzeptabel ist.

Weiterhin wird untersucht, welche Gewichtung die Elemente haben, in denen von Verhandlung und Kompromiss berichtet wird. Von besonderem Interesse ist das in der Netzwerkanalyse gebräuchliche Zentralitätsmaß der *Betweenness* (vgl. Jansen 2006, 147 ff.).¹⁰

¹⁰ Zwar wurden in der Analyse auch die klassische Zentralität berechnet, sie lieferte aber gegenüber den inhaltsanalytischen Ergebnissen keine neuen Erkenntnisse, weshalb sie im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr aufgeführt werden. An

Hierbei gilt die Aufmerksamkeit denjenigen Elementen, deren Passage notwendig ist, um einen Weg durch das Netzwerk zu beschreiben. In Sozialen Netzwerken sind dies etwa Personen, die eine Brückenfunktion zwischen zwei Clustern haben (vgl. hierzu Burt 1992, ebenso Beckert 2005), in Narrativen Netzwerken dagegen Elemente, die für den Fortgang der Geschichte eine elementare Bedeutung haben, um Beginn und Ende miteinander verknüpfen zu können (vgl. hierzu Bearman et al. 1999).¹¹ Gerade bei der Ausarbeitung dieser Elemente ist eine semantische zur rein strukturellen Analyse hinzuziehen, da erst durch den Sinngehalt eines Elementes klar wird, inwiefern es wirklich zentral ist oder ob es durch einen Umweg über andere Elemente überbrückt werden kann. Die Frage an das empirische Material ist dann, welche Elemente in den jeweiligen Geschichten nach dem klassischen Zentralitätsmaß oder dem Maß der Betweenness zentral sind und welcher Sinn sich daraus für die Geschichte ergibt.

DIE NARRATIVE VERKNÜPFUNG DURCH BRÜCKENELEMENTE

Während Argumente, Performances und Wendepunkte Daten eines einzelnen Narrativs sind, muss der erzielte Kompromiss auch durch die Analyse derjenigen Elemente erklärt werden, durch die unterschiedliche Geschichten miteinander verknüpft werden können, den so genannten Brückenelementen. Damit sind solche Elemente gemeint, die in zwei oder mehreren Geschichten präsent sind und es erlauben, eine sinnvolle Brücke zwischen der einen und der anderen Geschichte zu schlagen (vgl. hierzu den Begriff der *Boundary Elements* bei Tammy Smith (2007)). Dabei gilt zunächst, dass Geschichten über einen politischen Kompromiss immer über diesen Kompromiss selbst miteinander verknüpft werden können. Im Idealfall eines Kompromisses wird aus zwei unterschiedlichen Geschichten nach Erzielen des Kompromisses eine einzelne Geschichte, da die Beteiligten sich gegenseitig als Partner einer gemeinsamen Performance sehen und diese auch gemeinsam an das Publikum richten. Aber es sind auch andere Verknüpfungen

dieser Stelle macht ihre Erwähnung aber Sinn, um die Bedeutung der Betweenness herauszustellen.

¹¹ In der Regel sollten Elemente, um nach diesem Maß besonders wichtig zu sein, möglichst wenige redundante Beziehungen zu anderen Elementen haben, so dass ihre Position besonders kostbar wird. Gleichzeitig sollten sie auch nicht in der Peripherie von Netzwerken angesiedelt sein, um über möglichst wenige Verbindungen möglichst viele andere Elemente zu erreichen.

denkbar, etwa eine Verknüpfung zwischen den argumentativen Grundpositionen zweier Abgeordneter. In einem solchen Fall steht das Brückenelement *vor* dem Kompromiss, da dieser zwischen diesen beiden Abgeordneten nicht mehr notwendig ist, sondern mit dritten geknüpft werden muss. Oder aber Geschichten werden nur vorübergehend verknüpft, da die Bewertungen des Kompromisses auseinandergehen und im Zweifel die symbolischen Grenzen der Geschichte *vor* der Einigung wiederholen. Ein solches Szenario ist denkbar in Fällen eines institutionellen Kompromisses, da es sich hier nicht primär um eine inhaltliche Annäherung und Einigung handelt. Vielmehr wird das Verhandlungsergebnis kritischer begutachtet, da der Konflikt wieder aufbrechen kann, wenn zu einem ähnlichen Thema verhandelt wird. Als letzter Schritt der Rekonstruktion der Geschichte folgt dann die Analyse der Bewertung des Kompromisses. Dabei wird die Annahme verfolgt, dass die Bewertung eines Kompromisses in der Regel positiver erfolgt, je stärker die Einigung inhaltlicher und je schwächer sie institutioneller Natur war.

NARRATIVE SEQUENZEN UND KOGNITIVE EINSCHÜBE Abschließend sollen Sequenzen von Ereignissen auch darauf untersucht werden, ob es sich um rein narrative Ketten, also Aneinanderreihungen von Ereignissen ohne kognitive Einschübe und Kommentare handelt oder um unterbrochene narrative Ketten. Dahinter steht die These, dass rein narrative Ketten Ereignisse schildern, die nicht erläuterungs- oder rechtfertigungsbedürftig sind, weil sie als „normal“ oder „alltäglich“ angesehen werden (vgl. Eder 2007, 38).¹² Im Fall des EP sind diese Sequenzen von Interesse, weil sie auf die Entwicklungen eines oder mehrerer fester EP-Narrative hindeuten, die wiederum Aussagen über „normale“ Gesetzgebungsprozesse erlauben. Demgegenüber sind kognitive Einschübe gerade deshalb von Interesse, weil sie solche narrativen Ketten unterbrechen und deutlich machen, was rechtfertigungsbedürftig an der Schilderung eines Ereignisses ist. Damit wird die Argumentation von Luc Boltanski und Laurent Thévenot in Bezug auf Rechtfertigungen quasi auf den Kopf gestellt. Denn anders als bei ihnen wird hier nicht von Situationen ausgegangen, die eine Rechtfertigung *erfordern* (1999, 360), sondern gerade der Umstand, dass die Interviewpartner sich dazu bemüßigt fühlen, Handlungen retrospektiv

¹² vgl. ebenso die common-sense-Narrativität bei Müller-Funk (2002).

zu rechtfertigen, ist für die Untersuchung dieses Verhaltens besonders interessant. Es gibt demnach keinen „imperative of justification“ (Boltanski/Thévenot 1999, 360) per se, sondern gerade dass die Befragten ihn spüren und ihre Geschichten dementsprechend erweitern, ist von Interesse.

KATEGORIEN DER SEMANTISCHEN ANALYSE Die Kategorien der Inhaltsanalyse, also dem semantischen Teil der Auswertung, werden aus der Vorlektüre zu den einzelnen Themenbereichen generiert, und dann iterativ angepasst.¹³ Darunter ist zu verstehen, dass ein Kategoriensystem theoretisch erarbeitet wurde, dessen Kategorien anhand der Interviews überprüft und gegebenenfalls exakter gefasst wurden. Als vorgreifendes Beispiel lässt sich hier anführen, dass die Kategorie nationale Unterschiede bzw. nationale Interessen nur sehr wenig nachgewiesen werden konnte.

Das Kategoriensystem umfasst folgende Klassen:¹⁴

- Institutionelle kognitive Elemente, worin alle Elemente zusammengefasst sind, in denen Erwägungen und Erläuterungen gemacht werden, die sich auf den Einfluss institutioneller Regelungen und Rahmenbedingungen auf den Entscheidungsprozess beziehen;
- Nationale kognitive Elemente, in denen die Befragten deutlich machen, dass die nationale Perspektive für die Entscheidungsfindung eine Rolle spielte;
- Kognitive Elemente, die auf die von Abélès und Bellier vermutete Kultur des Kompromisses hindeuten;
- Kognitive Elemente, die auf die Macht einzelner Personen oder Gruppen im Entscheidungsprozess verweisen;
- Argumentative Elemente, die je nach Fallstudie angepasst wurden. Das heißt, dass es sich im Fall der Dienstleistungsrichtlinie vor allem um Konzepte des Marktes und der sozialen Gerechtigkeit handelte, im Fall von REACH um umwelt- bzw. industriepolitische Perspektiven und im Fall des CIA-Ausschusses um Perspektiven in der Frage der Menschenrechte und um die Bewertung von Beweisen;

¹³ Anhang A gibt eine präzisere Darstellung des iterativen Verfahrens.

¹⁴ vgl. auch das Codebook im Anhang D.

- Generelle Argumente, die fallunabhängig oder fallübergreifend gemacht wurden, wie etwa die Notwendigkeit von Bürokratieabbau;
- lokale Ereignisse ohne eindeutige Akteurszuordnung;
- externe Ereignisse;
- vorschlagende, provozierende, konziliante, pragmatische und weitere Performances;
- Akteure und Akteursrelationen;
- Attribute für Akteure und
- Bewertungen des Prozesses.

4.4 ERWARTUNGEN AN DAS EMPIRISCHE MATERIAL

Die folgenden drei empirischen Kapitel sind entlang der soeben dargestellten Maße der Auswertung organisiert. Jedem Kapitel vorgeschaltet ist eine kurze Zusammenfassung des Prozesses, an deren Ende jeweils Hypothesen zu den Ergebnissen der Fallstudien formuliert werden. Nach einer kurzen Darstellung der Anteile verschiedener Elementeklassen folgen mit der Darstellung des Framings der Konfliktthemen und schließlich der Analyse der Verhandlungs- und Kompromissereignisse die Herzstücke der Untersuchung, in denen die Verknüpfungen für den jeweiligen Fall herausgearbeitet werden.

Kompromisse im EP bauen also, so die Vermutung, auf unterschiedlich miteinander verknüpften Deutungen und Narrativen des Themas, des institutionellen und des informellen Kontextes sowie der Machtkonstellationen auf. Wie ein Thema gerahmt und durch diese Rahmung in soziale Performances umgesetzt wird, bestimmt maßgeblich die Möglichkeiten, Narrative miteinander zu verknüpfen und so Brückenelemente für einen Kompromiss zu finden. Die drei Fälle unterscheiden sich, so die inhaltliche These, durch die Möglichkeiten für die handelnden Akteure, die syntaktische Struktur eines Konfliktthemas so zu verändern, dass verschiedene Interpretationen miteinander verknüpft werden können. Im Fall der Chemikalienverordnung REACH standen sich zunächst

die industrie- und die umweltpolitische Position konfrontativ gegenüber, aber die Struktur des Konfliktes bot die Möglichkeit, über Prozente und Anteile Kompromisswerte auszuhandeln, die gemeinsam mit dem Verweis auf institutionelle Zwänge die sinnvolle Verknüpfung der Geschichten eröffneten. Der Konflikt war teilbar (Hirschman 1994) und damit auch argumentativ lösbar. Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie ist diese Möglichkeit durch den Antagonismus klassischer politischer Positionen zum Thema Markt sehr stark eingeschränkt und konnte, so die Vermutung, nur durch den Rekurs auf institutionelle Zwänge überhaupt erst eröffnet werden. Der Fall des CIA-Ausschusses schließlich bot sich insofern als Vergleichsfall an, weil hier davon ausgegangen werden kann, dass die Identität des EP als Hüterin der Menschenrechte Grundlage der meisten Berichte zu diesem Fall ist und so eine gewisse Konformität der Struktur des Geschichten angenommen werden kann, die Möglichkeit der Brücken also multipel und in diesem Fall nicht-institutionell begründet sind.

Inwieweit diese Thesen bestätigt werden können, ist der Kerninhalt der letzten beiden Kapitel, in denen zunächst die Ergebnisse der drei Fälle miteinander verglichen werden, um abschließend den Bogen zurück zum Beginn der Arbeit zu schlagen und der Frage nachzugehen, welche Erkenntnisse die Untersuchung gefördert hat.

REACH: KOMPROMISS DURCH ARGUMENTE

5.1 DIE VORGESCHICHTE

Die Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) war eines der zentralen legislativen Projekte der Wahlperiode 2004-2009 neben der Dienstleistungsrichtlinie und dem Klimapakett (Europäisches Parlament 2009, 8, Borell 2007). Die große Bedeutung des Projekts hat verschiedene Gründe. Zum ersten war allein der Umfang des Projekts REACH, mit dem ein einheitliches System zur Registrierung, Bewertung und Autorisierung von gefährlichen chemikalischen Substanzen erstellt werden sollte, im Gegensatz zu anderen Projekten bereits eindrucksvoll, denn es war der Versuch, etwa 40 unterschiedliche Gesetze im Bereich der Chemikalienpolitik in einer Verordnung zu vereinen (Sacconi 2008).¹ Zum zweiten wurden die Verhandlungen zu REACH von einer breiten Öffentlichkeit verfolgt, da umwelt- und industriepolitische Interessenverbände wie Greenpeace und der WWF auf der einen oder der Europäische Rat der Chemieindustrie CEFIC auf der anderen Seite mit diesem Projekt starke Interessen verbanden. Zum dritten fanden zeitgleich zu den Verhandlungen im EP die Abstimmungen über den Europäischen Verfassungsvertrag statt. In Frankreich und in den Niederlanden scheiterten die Referenden über den Verfassungsvertrag im Mai und Juni 2005, kurz nachdem der Berichterstatter des EP, der italienische Sozialist Guido Sacconi, einen ersten Berichtsentwurf für das REACH-Paket in das Parlament eingebracht hatte. Zwar wurde auch in der öffentlichen Debatte keine direkte Verbindung zwischen der geplanten Chemikalienverordnung und dem Verfassungsvertrag gezogen, aber die Verhandlungen standen – wie später noch deutlich wird – unter einem gewissen Erfolgsdruck.

REACH hatte eine relativ lange Vorgeschichte, da bereits seit einer Initiative der nordeuropäischen Mitgliedsstaaten im Jahr 1998 über eine Reform der europäischen Chemikalienpolitik diskutiert

¹ vgl. auch Tsebelis/Kalandrakis 2002 für eine Untersuchung der europäischen Chemikalienpolitik vor REACH.

wurde (Selin 2007, Lindgren/Persson 2008, Pesendorfer 2006, vgl. ebenso Eckley/Selin 2004). Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die bisherige Gesetzgebung zu uneinheitlich war und über einen Großteil der im Gebrauch befindlichen Chemikalien keine Informationen bezüglich ihrer Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt verfügbar waren.² Dem tatsächlichen Vorschlag der Kommission ging dann zunächst, wie in solchen Fällen üblich, ein Weißbuch voraus, mithilfe dessen die Möglichkeiten einer neuen Gesetzgebung sondiert werden sollten. Daran schloss sich eine Online-Befragung interessierter Parteien (Industrie, Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherverbände etc.) an, die von der Kommission ausgewertet und in den Vorschlag eingearbeitet wurde. Die beiden Kommissare für Umwelt und für Unternehmen, die schwedische Sozialdemokratin Margot Wallström und der finnische Sozialdemokrat Erkki Liikanen, erarbeiteten in gemeinsamer Verantwortung den Verordnungsentwurf und sandten ihn im Oktober 2003 an Parlament und Rat. Da im Sommer 2004 nicht nur das Parlament neu gewählt, sondern auch die Kommission neu besetzt wurde, änderten sich auch die Verantwortlichkeiten innerhalb der Kommission: Die Federführung bei REACH übernahmen der griechische Konservative Stavros Dimas für das Umweltressort und der deutsche Sozialdemokrat Günther Verheugen für das Unternehmensressort.

Hauptstreitpunkt des Dossiers in der öffentlichen Debatte war, ob die Produktionsmenge als Grundlage für die Gefährlichkeit eines chemischen Stoffes und damit für die Höhe der Auflagen gelten (mengenbasierter Ansatz) oder ob der methodische Ansatz auf der Feststellung der Gefährlichkeit eines Stoffes unabhängig von seiner Produktionsmenge beruhen sollte (risikobasierter Ansatz). Daraus leiteten sich weitere Streitpunkte in Bezug auf praktische Fragen ab, so etwa, ob ein generelles Vorsorgeprinzip gelten sollte, nach dem Maßnahmen zur Reduzierung der Gefährlichkeit auch dann ergriffen werden sollten, wenn diese noch nicht sicher bestimmt werden kann; ob die Beweislast zur Ungefährlichkeit eines Stoffes bei den Unternehmen oder bei staatlichen Behörden liegen sollte (Beweislastprinzip) und ob gefährliche Stoffe in jedem Fall ausgetauscht werden sollten, wenn weniger gefährliche Alternativen auf dem Markt sind (Substitutionsprinzip). Darüber hinaus wurde über die Einrichtung und die juristische Ausstattung einer

² Dies betraf vor allem etwa 99 % derjenigen Chemikalien, die vor 1981 auf den Markt kamen, als es noch keinerlei Auflagen gab (vgl. Lindgren/Persson 2008).

Europäischen Chemieagentur debattiert (vgl. Selin 2007 und Lindgren/Persson 2008).

In der sozialwissenschaftlichen Literatur zum REACH-Konflikt wird vor allem der Frage nachgegangen, welche Struktur der Konflikt hatte. Lindgren und Persson (2008) argumentieren, dass die Streitpunkte und die Positionen, die zu diesen Fragen eingenommen wurden, eine Teilung zwischen einem umwelt- und verbraucherpolitischen auf der einen sowie einem industriepolitischen Standpunkt auf der anderen Seite erkennen lassen. Nach dem umweltpolitischen Standpunkt einer strengeren Regulierung der Chemikalienproduktion sollte die Produktionsmenge in jedem Fall zur Grundlage der Auflagen werden. Unternehmen sollten nicht nur der Beweislast unterliegen, sondern auch zur Substitution gezwungen werden. Daraus folgt ebenso, dass im umweltpolitischen Standpunkt das Vorsorgeprinzip eine zentrale Stellung einnahm und die Europäische Chemieagentur mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden sollte. Der industriepolitische Standpunkt hingegen war in all diesen Fragen der entgegengesetzten Meinung. Das entspricht auch weitgehend dem Argument von Selin (2007), der zwei Koalitionen ausmacht: auf der einen Seite wurde das Projekt als ein Meilenstein der Harmonisierung europäischer Umweltpolitik angesehen und vor allem von nordeuropäischen Mitgliedsstaaten, grünen MEP und Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich vorangetrieben, auf der anderen Seite hingegen formierte sich aus industriepolitischer Sicht Widerstand gegen das Projekt, da durch REACH hohe Kosten, hohe Bürokratisierung und letztlich der Verlust von globaler Wettbewerbsfähigkeit und damit der Abbau von Arbeitsplätzen befürchtet wurde. Diese Interpretation des Konflikts als sektorialem Streit wird auch von Pesendorfer (2006) gestützt, der von einem Konflikt zwischen antagonistischen Konzepten spricht, jedoch im Gegensatz zu Selin die Sieger des Konflikts eher auf der industriepolitischen Seite verortet und REACH als Beispiel eines „neoliberalen“ Ansatzes in der Umweltpolitik beschreibt, demzufolge Umweltstandards gegen Effizienz eingetauscht würden.

Auch Wonka (2008), der die Konfliktlinien innerhalb der Kommission untersucht, zeigt, dass der Konflikt primär zwischen den Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen und den jeweilig verantwortlichen Kommissaren ausgetragen wurde, wobei er auch darauf verweist, dass die Position von Margot Wallström, die eine

strenge Regulierung zugunsten hoher Umweltschutzstandards forderte, stark mit der Position der schwedischen Regierung korrelierte. Hieraus zieht er den Schluss, dass die sektorale Konfliktlinie, also der Streit zwischen unterschiedlichen Ressorts bzw. Fachpolitikern zwar wichtig, aber nicht alles entscheidend gewesen sei, vielmehr habe auch die nationale Position einen starken Einfluss gehabt.

DER KONFLIKT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT Im Parlament wurde entsprechend der Aufteilung in der Kommission auch das so genannte Verfahren mit assoziierten Ausschüssen angewandt.³ Dieses Verfahren wird dann gewählt, wenn die Fraktionsvorsitzenden in der Zuteilung eines Dossiers nicht einheitlicher Meinung sind. Im Fall von REACH wurde daher beschlossen, dass der Umweltausschuss ENVI federführend mit dem Dossier betraut werden sollte, gleichzeitig aber der Binnenmarktausschuss IMCO und der Industrieausschuss ITRE ebenso in die Formulierung einer Position des Parlaments einbezogen würden (vgl. Selin 2007). Im Umweltausschuss fiel die Wahl für den Posten des Berichterstatters auf den italienischen Abgeordneten der PES Guido Sacconi, der im Februar 2005, also ebenfalls nach der Ost-Erweiterung und der im Juni 2004 erfolgten Europawahl, einen ersten Berichtsentwurf vorstellte.⁴

Die zentralen Streitpunkte im EP waren – analog zu den bereits oben erwähnten Prinzipienformulierungen – neben den Regeln für eine einheitliche Registrierung von gefährlichen Chemikalien auch die Authorisierung solcher Stoffe durch die zu gründende Europäische Chemie-Agentur und die Parameter für die Substitution von als zu gefährlich eingestuften Stoffen (vgl. OEIL 2006). Hinter diesen Fragen stand aber vor allem die Frage, ob eine Regulierung mehr Nutzen für Umwelt- und Verbraucherschutz oder mehr Schaden für die Chemieindustrie bringen würde. Da der Umweltausschuss in seiner Mehrheit eher der ersten Position und der Industrie- und der Binnenmarktausschuss eher der letzteren Posi-

³ vgl. Artikel 50 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (EP 2011).

⁴ Im Binnenmarktausschuss wurde der deutsche Konservative Hartmut Nassauer zum Berichterstatter ernannt, im Industrieausschuss die schwedische Liberale Lena Ek (EP/OEIL 2006a).

tion zuzuordnen sind, wirkt die Anwendung des Verfahrens mit assoziierten Ausschüssen logisch.⁵

Daraus lässt sich für die Konfliktlinien im Parlament annehmen, dass es sich in erster Linie um einen sektoralen Konflikt zwischen den Ausschüssen handelte, der dem Muster des Konflikts innerhalb der Kommission folgte und bei dem – in der Sprache des hier verfolgten theoretischen Ansatzes – unterschiedliche Narrative der jeweiligen Position zugrunde lagen. Dabei steht im Vordergrund des umweltpolitischen Narrativs, dass die Chemikalienproduktion den Imperativen des Umwelt- und Verbraucherschutzes untergeordnet werden müsse, während das industriepolitische Narrativ das Gewicht der Chemieindustrie für den Standort Europa hervorhebt. Die Koalition, die den Bericht Sacconis schließlich in erster Lesung mit 407 Ja-Stimmen annahm und eine Einigung mit dem Rat in zweiter Lesung erzielte, bestand aus den beiden großen Fraktionen, Teilen der liberalen Fraktion ALDE und der nationalkonservativen Fraktion UEN. Wie ist dieses Ergebnis nun mit den Annahmen über Konfliktstrukturen zu vereinbaren? Und weiter: Welche Brückenelemente können die sich scheinbar widersprechenden Narrative des Umwelt- und des Industrieschutzes miteinander verknüpfen?

DIE THESE Zunächst sei an den funktionalen Imperativ erinnert, eine Einigung finden zu müssen, um einen Gesetzesentwurf nicht scheitern zu lassen. Zusätzlich kann davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Abgeordneten fraktionsübergreifend eine Einigung erzielen *wollte*, da die bisherige Gesetzgebung zu lückenhaft war und weder Umwelt- noch Verbraucherschutzkriterien auch nur annähernd genügte (Selin 2007). Da das Europäische Parlament sich auch als Vertreterin der Bevölkerungen ansieht, hat das Thema Verbraucherschutz eine zentrale Rolle in der Begründung vieler Initiativen im EP. Ein Scheitern des Prozesses war also weder institutionell erwünscht noch politisch gewollt. Daraus lässt sich ableiten, dass die Beteiligten relativ früh versuchten, mögliche

5 vgl. hierzu auch Burns (2005), die den Umweltausschuss ENVI als „vanguard“ in der Europäischen Umweltpolitik bezeichnet.

Koalitionen auszuloten, die eine solide Mehrheit zustande gebracht hätten, ohne damit ihre politische Position zu weit zu gefährden.⁶

Dass dies durch die beiden großen Fraktionen geschah, widerspricht zwar grundsätzlich der These Vivianis, gleichwohl macht es hierbei Sinn, sich die Zusammensetzung eben dieser Fraktionen vor Augen zu führen. Während die EPP-ED im 6. EP die einzige Fraktion war, die Mitglieder aus allen 27 Mitgliedsstaaten vereinte, schaffte es die PES immerhin auf Mitglieder aus 23 unterschiedlichen Ländern. Dass zwischen Abgeordneten aus Staaten mit einer starken Chemieindustrie wie etwa Deutschland und den Niederlanden und Abgeordneten aus Staaten mit relativ geringem Anteil an Chemieproduktion und -verarbeitung wie beispielsweise den skandinavischen Ländern Unterschiede in der politischen Bewertung des Problems herrschten, ist leicht zu sehen. Dass gleichzeitig Fachpolitiker unterschiedliche Sichtweisen einnahmen, die teilweise den Interessen ihrer heimischen Industrie widersprachen, ist auch vorstellbar. Eine der beiden großen Fraktionen allein hätte also Schwierigkeiten gehabt, eine Mehrheit gemeinsam mit kleineren Fraktionen zu erzielen, in der die gesamte Fraktion vertreten gewesen wäre, da die internen Unterschiede dann aufgebrochen wären. Beide Faktoren gemeinsam, also der politische Wille zur Einigung und die Heterogenität der großen Fraktionen durch sektorale und teilweise nationale Trennlinien, lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass institutionelle Erwägungen bei der Einigung eine relativ zentrale Rolle gespielt haben müssen.

Gleichwohl bietet die Struktur des Themas, bei dem es um Grenzwerte und Prozentsätze ging, ein gut geeignetes Terrain, um eine Einigung sprichwörtlich auszuhandeln, so dass beide Positionen – die des Verbraucherschutzes und die der Chemieindustrie – den Kompromiss als gerade noch akzeptabel bezeichnen konnten. Gerade das macht einen teilbaren Konflikt nach Hirschman (1994) aus. Es wird also davon ausgegangen, dass der Kompromiss in REACH sowohl über inhaltliche als auch über institutionelle Brücken erzielt werden konnte. Damit geht einher, dass die Abgeordneten der Mehrheit sich gegenseitig nicht als den „Anderen“ bezeichnen, gegenüber dem sie sich abgrenzen müssen. Stattdessen versuchen sie, argumentativ die eigene Position zu stützen und Zugeständnis-

⁶ Ähnliches gilt auch für die beiden anderen Fälle – tatsächlich spielt, wie in der Folge deutlich wird, das Argument einer großen Mehrheit eine wichtige Rolle in der Begründung von Koalitionen mit politisch unterschiedlichen Partnern.

se der Gegenseite zu erwirken. Der Andere, so wird vermutet, ist dann personifiziert in den Abgeordneten der kleinen Fraktionen, denen höchstwahrscheinlich eine ideologisierte Haltung vorgeworfen wird, die dem Kompromiss an sich kritisch gegenüber steht.

5.2 ERGEBNISSE

5.2.1 *Anteile der Elementeklassen*

Die generelle Struktur der Geschichten im REACH-Fall zeigt, dass durchschnittlich ein Viertel der Elemente aller Interviews Ereignisse sind, die chronologisch aufgereiht werden können. Dabei durchlaufen diese Ketten im Mittel 2–3 Wendepunkte, das heißt, die Protagonisten müssen ein- bis zweimal Hindernisse überwinden, bevor sie den Kompromiss erreichen. Bezeichnend für den REACH-Fall ist, dass die Performances der Akteure innerhalb der Ereignisketten nie direkt als institutionelle Performances interpretiert werden können. Zwar haben einige Wendepunkte direkte Verbindungen zu institutionellen Überlegungen, aber die Performances innerhalb der Ereigniskette werden ohne Ausnahme auf der Grundlage von inhaltlichen Narrativen auf die Bühne gebracht. Dazu passt auch, dass knapp 54 % aller Elemente inhaltlicher Natur sind, also entweder als direkte Performance einer inhaltlichen Position oder als kognitives Element, und „nur“ 18 % institutioneller Art. Insgesamt sagen diese Zahlen noch relativ wenig aus, deshalb müssen sie in den richtigen semantischen Kontext gesetzt werden.

5.2.2 *Framing des Konflikthemas: Die Kompatibilität der Positionen*

Tabelle 2 gibt einen vereinfachten Überblick über die Positionen der jeweiligen Abgeordneten.⁷ Zunächst einmal wird deutlich, dass in Bezug auf die generellen Positionen in dem Konflikt die These Vivianis bestätigt wird, dass es zu einer starken Übereinstimmung zwischen den Positionen der linken und der liberalen Abgeordneten kommt. Sie fordern entweder eine starke Regulierung allge-

⁷ In Bezug auf die strukturelle Lage der Elemente gilt, dass Start, Middle oder End die Lage in der Kette lokaler Ereignisse bezeichnet, an der entweder direkt oder als enge Verknüpfung das Argument dargelegt wird, während A bedeutet, dass das Argument auf Nachfrage durch den Interviewer erzählt wird. Die Argumentekategorien sind im Codebuch im Anhang aufgelistet.

MEP (Party Group)	Argument	Location Argument
AF (EPP-ED)	Substitution/Efficiency	Middle_A
BA (EPP-ED)	Efficiency	Middle_A
BG (EPP-ED)	Consumer/Industry Protection	End
AY (PES)	Substitution_Innovation	A
AW (PES)	Substitution_Innovation	Start_A
BE (PES)	Strong Regulation	Start_A
AT (ALDE)	Substitution	Start
AX (ALDE)	Consumer/Industry Protection	Middle_A
AJ (GREENS)	Strong Regulation	Start_A
BB (GREENS)	Strong Regulation	Start_A
AL (GUE/NGL)	Protection of the weak	Middle_A

Tabelle 2: Argumente im REACH-Fall

mein oder im Konkreten den Austausch gefährlicher Chemikalien, während die Konservativen stärker auf das Argument der Effizienz setzen und so die Kosten für die Industrie senken wollen. Darüber hinaus aber zeigt sich bereits in dieser Übersicht, dass auch die Positionen der vermeintlichen Gegenseite durchaus geteilt wurden. Die Konservative AF etwa setzt sich ebenso wie ihre linken Kollegen für die Substitution ein. Genauso macht die Liberale AX wie ihre konservativen Kollegen deutlich, dass die Industrie nicht zu stark belastet werden darf.

ARGUMENTATIVER AUSTAUSCH STATT KONFRONTATION Bei einem genaueren Blick auf die Argumentationsketten wird deutlich, dass tatsächlich die inhaltliche Entfernung nicht so groß war, dass sie nicht hätte überwunden werden können. So dreht sich der Streit in den Augen der Beteiligten nicht primär um Prinzipien der Umwelt- oder Industriepolitik, die nicht miteinander kompatibel sind, sondern er wird vor allem darüber geführt, wie streng die geplanten Maßnahmen gefasst werden sollen, um ein Gleichgewicht zwischen Umwelt- und Verbraucherschutz auf der einen sowie den Belastungen für die Chemie-Industrie auf der anderen Seite zu finden. Während alle Abgeordneten links der Mitte eine strengere Kontrolle von Chemikalien zum Schutz von Umwelt und

Gesundheit als Ziel des Prozesses formulieren, beschreibt selbst der Konservative BA – als Vertreter des Binnenmarktausschusses von der anderen sektoralen Seite – dass es keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer neuen Gesetzgebung gab:

Interviewer: „Was war denn [...] das verbindende Element derjenigen, die am Ende dem REACH-Kompromiss zugestimmt haben?“

MEP (BA): „Erstens die Überzeugung, dass wir eine solche Gesetzgebung benötigen. Das war wirklich das tragende Element, das hat auch die Wirtschaft in weiten Teilen nicht bestritten, ...“

Interviewer: „[...] Warum brauchte es diese Gesetzgebung, was war da sozusagen das... das Bewusstsein?“

MEP (BA): „Weil... die Sache hatte einen Vorlauf. Es [...] war schon in der Vergangenheit der Versuch unternommen worden, die Stoffe aufzuarbeiten, mit denen die Wirtschaft umgeht, und gelegentliche Chemieunfälle haben darauf hingewiesen, dass es bei vielen Stoffen, mit denen wir umgehen, Eigenschaften gibt, die unter normalen Umständen problemlos sind, aber unter besonderen Konstellationen eben Probleme verursachen. Und deswegen war die Überzeugung gewachsen, da muss man etwas tun. Und deswegen gab es eine Neustoff-Verordnung schon vorher, die regelte, wie neue Stoffe in den Prozess eingeführt werden, und hier ging es um die Aufarbeitung der Alt-Stoffe. Und da gab es vorher schon eine Regelung, die sich als völlig unpraktikabel erwiesen hat, weil innerhalb von Jahren, was weiß ich, nur ein verschwindender Bruchteil aufgearbeitet worden war, und so wuchs im Rat die Überzeugung: Wir müssen zu einer anderen Systematik finden. Und daraufhin hat der Rat die Kommission beauftragt, sich den Kopf zu zerbrechen und einen Vorschlag zu machen, und aus diesem Auftrag ist REACH erwachsen“ (BA, Zeilen 335–357).

Mit dem Sozialisten AW und den bereits erwähnten AF (EPP-ED) und AX (ALDE) wiederum betonen drei Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen, dass die Mehrheit einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen gewollt habe:

MEP (AX): „We wanted to have a clear situation as far as chemicals are concerned. There are around 30.000 different chemicals on the market, just few of them had been... examined until now, and we assumed that the great majority are

not dangerous at all to humans, to human health, and animals and so on, the environment. But we would like to have a proof that those which are dangerous will be replaced by safe alternatives, and this was the common position of all. And we would like to do this with minimal burdens for industry, not endangering the position in the competition in the global economy, and with... as few animal tests as possible, as absolutely necessary. These were... these were, in the end, I think, common points“ (AX, 507–515).

Die Beteiligten verstehen den Konflikt also nicht als einen Streit zwischen sich gegenseitig ausschließenden Positionen bzw. sie teilen sogar eine gewisse Grundansicht bezüglich der Notwendigkeit der Gesetzgebung. Das heißt nicht, dass es keine argumentative Gegenüberstellung der jeweiligen Positionen gibt. So stellt die Sozialistin BE das Argument der Notwendigkeit des Schutzes vor gefährlichen Chemikalien dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber, das sie als Hauptargument der anderen Seite bezeichnet. Die Liberalen AT und AX halten das Argument der Kosten für die Industrie für übertrieben, während der italienische Sozialist AW die Forderung nach einem risikobasierten Ansatz zur Klassifizierung gefährlicher Chemikalien für kontraproduktiv hält. Am Ende derselben argumentativen Kette verweist er darauf, dass das in seinen Augen strengere REACH-System nun eine Art Visitenkarte für die europäische Chemie-Industrie sei, und hebt damit sein Argument auf eine höhere, weil globale Ebene. Auf der anderen Seite wiederum stellen die Konservativen BA und AF den eigenen Ansatz als effektiver im Gegensatz zur Position der Kommission dar (s.o.) und AF verknüpft dieses Argument der Effektivität auch mit einer Überlegung, dass eben der risikobasierte Ansatz den Interessen aller, sowohl der Industrie als auch der Konsumenten, entgegenkomme.

In den argumentativen Ketten zeigt ein weiteres strukturelles Merkmal der REACH-Interviews, indem Argumente der eigenen Seite fast immer direkt mit denen der Gegenseite verknüpft sind. Dabei fungieren sie nicht als reiner Antagonist für die eigenen Argumente, sondern werden als im Prinzip legitime Meinung dargestellt, die aber sachlich falsch sei. Als Illustration dieses Punktes mag folgendes Zitat von BA dienen, der in einem Schritt das Argument der Gegenseite positiv bewertet, dann aber beschreibt, inwiefern er es für nicht praktikabel hält:

Interviewer: „Mmh. Welches waren denn die Argumente der Gegenseite oder -seite? [...]“

MEP (BA): „Nun ja, sie stützten sich auf die Gefährlichkeit eines Stoffes an sich, das Argument ist ja auch im Prinzip durchaus nicht von der Hand zu weisen. Wir wollten ja eine gesetzliche Regelung dazu schaffen, wie man in Europa beim Wirtschaften mit gefährlichen Substanzen umgeht, und natürlich ist die potentielle Gefährlichkeit der erste Gesichtspunkt, der einem ins Auge sticht. Nun weiß man aber, dass viele Produktionsprozesse so ablaufen, dass eine Substanz im Rahmen des chemischen Prozesses kurzfristig entsteht, im Schlussprodukt aber nicht existent ist, oder innerhalb von geschlossenen Räumen in einem Produktionsprozess existiert, nicht dazu bestimmt ist, das Produkt auf seinen Weg zu begleiten, sondern nur einen chemischen Prozess anzustoßen, und und und. In dieser Ebene gibt's sehr viele Vorgänge im Einzelnen, und deswegen sind wir, wie gesagt, dazu gekommen, dass wir uns nicht dem abstrakt gefährlichen, der Frage der Gefährlichkeit zugewandt haben, sondern der konkreten Gefährdung“ (BA, Zeilen 119–133).

Ähnlich beschreibt es auch AW, der darauf verweist, dass die inhaltlichen Differenzen eben nicht unüberwindbar waren:

MEP (AW): „Tutti, a meno a parole, diciamo così, hanno convenuto nel Parlamento, che sarebbe stato possibile, giusto... tentare un accordo in seconda lettura e non andare fino alla conciliazione... da morire. Ed era possibile giusto perchè, ripeto, le distanze non erano enormi, e non erano di... impostazione di fondo, non so se mi spiego, no?, erano filosoficamente compatibili, diciamo, le due... le due posizioni...“ (AW, Zeilen 223–228).⁸

Die Breite des Grabens zwischen den beiden Positionen war also überschaubar, da die Teilnehmenden an dem Verhandlungsprozess auch subjektiv die Haltung der Gegenseite als legitime politische Position ansehen. Dies ist nicht nur in den Argumentationsketten

⁸ *„Alle im Parlament waren sich einig, jedenfalls haben sie es so gesagt, dass es möglich, richtig sein würde..., eine Einigung in zweiter Lesung zu versuchen und nicht in den Vermittlungsausschuss zu gehen... das wäre tödlich gewesen. Und es war möglich, weil – wie gesagt – die Distanzen nicht so groß waren, es waren keine grundsätzlichen Unterschiede, nicht wahr?, sondern die waren sozusagen philosophisch miteinander kompatibel, die beiden... die beiden Positionen...“ (Eigene Übersetzung).*

der Mehrheit der Fall, sondern auch in den Positionen der grünen AJ und BB als Minderheitsabgeordneten. Während AJ seine Position als kostengünstiger für die Industrie bezeichnet, nimmt sich auch BB das Argument der Wettbewerbsfähigkeit vor und dekonstruiert es, indem sie auf unfairen Wettbewerb durch zu wenig Regulierung aufmerksam macht. Damit zeigt sich, dass die argumentative Auseinandersetzung für alle Beteiligten in REACH eine große Rolle spielt.

Auch die weiteren Verknüpfungen der eigenen Argumente deuten in eine ähnliche Richtung: Argumentative Elemente sind in fast allen Fällen direkt mit dem Ereignis Kompromiss selbst oder einem Element der Klasse „Kultur des Kompromisses“ verknüpft, wo argumentiert wird, dass ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen notwendig war. Dem Argument folgt also in vielen Fällen das Zugeständnis in Form des Kompromisses oder aber die kognitive Feststellung, dass ein stures Festhalten an der eigenen Position nicht zweckdienlich ist.

Es gibt zudem eine weitere Erkenntnis aus den Verknüpfungen der Argumente, die zunächst nicht ganz so einfach zu deuten ist. Denn die Positionen werden in den meisten Fällen gar nicht und nur im Fall des Grünen AJ explizit über Prinzipien begründet. Argumente werden entweder in Relation zum Kommissionsvorschlag gebildet wie im Fall des Konservativen BA und des Liberalen AT oder sie werden als mehr oder weniger selbstverständlich vorausgesetzt unter Verweis auf die Partei im Herkunftsland (BB, GREENS), auf die Pflicht, die industriellen Interessen des Herkunftslandes zu vertreten (BG, EPP-ED) oder auf eine vorherige Beschäftigung mit der Materie der Verordnung (AW, PES). Das deutet darauf hin, dass die jeweiligen Positionen eine gewisse Stabilität haben, die im Sinne der hier verfolgten Auswertungsmethode auch als narrative Stabilität bezeichnet werden kann, die „normal“ und damit nicht rechtfertigungsbedürftig ist. Wie können nun narrative Stabilität und die Bereitschaft zum Kompromiss zusammen gedacht werden? Zunächst ist ersteres nichts weiter als eine Bestätigung der von Viviani angenommenen Konfliktlinie zwischen mehr oder weniger festen Konfliktgruppen links und rechts der politischen Mitte. Da sie eben stabil sind über mehrere Konflikte hinweg, ist das Bedürfnis der Rechtfertigung auch nicht besonders hoch. Aber es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu. Da ein Kompromiss möglich und politisch gewollt ist, wäre eine explizite Begründung der

eigenen Position über Prinzipien dem Kompromiss nicht zuträglich, da Prinzipienkonflikte dazu tendieren, unlösbare Antagonismen aufzubauen (vgl. Hirschman 1994). Insofern ist auch diese Verknüpfung der argumentativen Elemente in derselben Tendenz zu interpretieren wie die vorherigen: als Indiz für eine argumentative Einigung.

5.2.3 *Die Externalisierung des Anderen*

Eng mit der Argumentation hängt auch die Beschreibung der Akteurskonstellation zusammen. Wie im Abschnitt zu Kennwerten der Auswertung (4.3.2) bereits theoretisch deutlich gemacht wurde, werden Akteuren nicht ausschließlich, aber eben auch durch ihre Relationierung zu argumentativen Elementen bestimmte Rollen zugewiesen.

So wird bereits zu Beginn der Interviews deutlich, dass im Fall von REACH der Bezug zu Akteuren außerhalb des Parlaments eine wichtige Rolle zur Beschreibung der Akteurskonstellation spielt. Rund die Hälfte der Befragten erwähnt direkt in der Anfangssequenz, dass entweder Staaten oder Interessenverbände starkes Lobbying betrieben hätten, um auf die Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Wenngleich die Einordnung dieser Lobbyarbeit je nach Fraktionszugehörigkeit wechselt – die konservativen Abgeordneten begreifen Lobbyarbeit eher als konstruktive Kooperation, während der Sozialist AY, die Liberale AX und die Grünen BB sie kritisch bis sehr kritisch sehen – fällt auf, dass Lobbyisten die Rolle von Partnern oder Antagonisten der eigenen Position inne haben. Darüber hinaus bekommen aber auch Kommission und Rat in einigen Interviews bereits zu Beginn spezifische Rollen zugeschrieben. Während der Liberale AT seine Position unterstützend in Bezug setzt zum Vorschlag der Kommission, geht der Sozialist AW bereits auf die inhaltliche Spaltung zwischen den Kommissaren für Umwelt und Industrie ein und begründet damit eine schwierige Kooperation mit der Kommission, die er einer Partnerschaft mit dem Rat gegenüberstellt. Der Konservative BA wiederum kritisiert die Kommission vor allem für den Versuch, den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und weist ihr damit eine symbolisch besonders negative Rolle zu: die einer Institution, die Intransparenz fördert. Auffällig ist hier vor allem, dass die Bühne in den Anfangssequenzen

wesentlich stärker mit Akteuren außerhalb des Parlaments bestückt wird, gegenüber denen eine eigene Position aufgebaut wird.

Diese Einsicht lässt sich in Bezug auf symbolische Grenzziehungen über alle REACH-Geschichten hinweg verallgemeinern. Denn mit Ausnahme des Sozialisten AY und der Konservativen BG ziehen alle Befragten eine Grenze zu Akteuren außerhalb des Parlaments – gegenüber den Lobbyisten oder der Kommission. Intern dagegen ist das Bild ein völlig anderes: Die Abgeordneten der Minderheit weisen vor allem dem Berichterstatter die Schuld daran zu, dass das Ergebnis aus ihrer Sicht nicht befriedigend ist. Darüber hinaus grenzen sie sich auch gegenüber der konservativen Seite des Parlaments ab, wie im Fall des Linken AL, der die EPP-ED als „not reliable“ (AL, Zeile 249) bezeichnet. Die Abgeordneten der Mehrheit hingegen sind in der internen Grenzziehung wesentlich weniger scharf. Die andere Seite wird nur allgemein erwähnt – recht unscharf als „industry side“ (AX, ALDE) bezeichnet –, oder es werden sogar längere Passagen dem Umstand gewidmet, dass die eigene Fraktion zwischen Fachpolitikern gespalten war.

SEKTORALER STATT IDEOLOGISCHER KONFLIKT Alle sozialistischen Abgeordneten berichten ebenso wie der Konservative BA davon, dass der Konflikt von Anfang an ein sektoraler Konflikt zwischen dem Umweltausschuss auf der einen und den beiden anderen beratenden Ausschüssen auf der anderen Seite war. Im Fall von REACH ging es also nicht in erster Linie um Prinzipien, um die sich Delegationen und Fraktionen sammeln, sondern es ging um den Austausch von Argumenten zwischen Fachpolitikern auch innerhalb ein- und derselben Fraktion. Gerade dies ist im Fall des Sozialisten AY besonders deutlich, der auf die Eingangsfrage, wie er zum ersten Mal mit der Materie in Kontakt kam, antwortet:

MEP (AY): „Gleich zu Anfang natürlich gab’s auch viele Anfragen natürlich von Lobbygruppen, einmal von Umweltschutzorganisationen, aber natürlich auch von Seiten der Industrie, und natürlich war es das Top-Thema in der Fraktion und auch in der Umweltarbeitsgruppe.“

Interviewer: “Mmh. Na, in der Umweltarbeitsgruppe ist klar, aber in der Fraktion auch, ich mein, es gab ja noch andere...”

MEP (AY): „In der Fraktion auch, weil es natürlich nicht nur ein reines Umweltthema ist, sondern auch knallharte In-

dustriepolitik mit dahinter steckt und somit auch unsere Industriepolitiker involviert waren.“ (AY, Zeilen 37–47)

Schließlich berichten sowohl Abgeordnete der Mehrheit als auch der Minderheit davon, dass sie Referenzgruppen gebildet hatten, die über Fraktionsgrenzen hinaus gingen. Diese Referenzgruppen sind thematisch konstruiert, wofür auch spricht, dass AJ trotz seines Ziels einer linken Mehrheit explizit die deutsche Delegation der PES aus seinen Überlegungen ausschließt:

MEP (AJ): „But, since I'm not deciding myself, of course I have to adapt the actual position to what other people think in order to get the majority for... as much as possible as I want [...]. And, my strategy from the beginning would be to exclude the worst guys, and make a compromise with the Non-German Socialists, Liberals, Greens and Left. And that is a fragile majority, but it is a majority that could come up with a result that would be very similar to what I wanted“ (AJ, Zeilen 54–63).

Die Analyse der direkten Verknüpfungen derjenigen Elemente, in denen die andere Seite erwähnt wird, bestätigt das Bild: Wie bereits in der Besprechung der argumentativen Elemente deutlich wurde, ist die Verknüpfung zwischen beiden Elementeklassen in den Geschichten der Mehrheit sehr häufig direkt. Dazu kommt, dass in vier Fällen (AF, BA, AW und AX) auch eine direkte Verknüpfung zwischen der Gegenseite und institutionellen Erwägungen gezogen wird, was darauf deutet, dass mit dieser anderen Seite aus institutionellen Gründen eine Einigung gefunden werden muss. In den Geschichten der Minderheit hingegen wird der Andere, das heißt in den meisten Fällen der Berichterstatter, direkt verknüpft mit der kontrafaktischen alternativen Mehrheit links der Mitte. Auch hier bestätigt der Befund die bisherige Analyse insofern, als die Minderheit sich nach der Einigung auch symbolisch-narrativ von der Mehrheit abgrenzt.

Auch anders herum gibt es Hinweise auf eine deutliche Abgrenzung. Die kleinen Fraktionen, wobei hier nur GUE/NGL und Grüne genannt werden und die rechten kleinen Fraktionen ausgeblendet werden, werden von einigen Abgeordneten der Mehrheit semantisch ausgeschlossen. Während der Konservative BA dies tut, indem er den kleinen Fraktionen Ideologie vorwirft und im nächsten Schritt diejenigen Abgeordneten der PES lobt, die in der Lage

waren, „dem zu folgen, was ihre Gewerkschaften ihnen gesagt haben“ (BA, Zeilen 231f.), setzt seine Fraktionskollegin AF die kleinen Fraktionen in Opposition zum Geist des Kompromisses. Der Sozialist AW wiederum bekundet Verständnis für die Haltung der kleinen Parteien, polemisch gegen die Einigung zu protestieren. Er verknüpft dieses Element aber auch direkt mit dem Hinweis, dass institutionell nur eine Mehrheit mit den Konservativen wirklich erfolgsversprechend war. Die Ausgrenzung der Kleinen dient also auch der Legitimierung der Mehrheit.

Schließlich noch ein Wort zur Lage der Elemente, in denen die andere Seite thematisiert wird: Die interne Grenzziehung vollzieht sich nur in einer der Geschichten (AY, PES) innerhalb der Ereigniskette, das heißt die Geschichte kommt prinzipiell sogar ohne die Bezeichnung eines Anderen innerhalb des Parlaments aus. Das hat auch damit zu tun, dass die Rolle der Bösewichte, wie etwa im Fall des Konservativen BA oder der Liberalen AX (s.o.), bereits vor der Darlegung der eigenen Position der Kommission oder den Lobbyisten zugewiesen wird. Was hier geschieht, ist also eine Externalisierung des Anderen, noch bevor das Argument deutlich wird, wodurch die Rolle nur stärker herausgehoben wird.

Die Analyse der Argumente und Akteure, im Groben also die Präsentation der Bühne, zeigt ein Bild, das zumindest grundsätzlich mit den getroffenen Annahmen übereinstimmt, sie aber noch einmal präzisiert: Weit stärker als angenommen sehen die Mitglieder der Mehrheitsfraktionen die vermeintliche Gegenseite innerhalb des Parlaments als Partner mit einer legitimen politischen Position. Dagegen wird der Andere externalisiert und ein sozialer Raum geschaffen, innerhalb dessen – weil der Andere nicht klar bezeichnet ist – eine relativ freie Argumentation vonstatten gehen kann. Der Konflikt scheint dann weniger ein Konflikt um politische Prinzipien als um fachpolitische bzw. territorial beeinflusste Perspektiven zu sein.

5.2.4 *Performances der Verhandlung als Austausch von Argumenten*

Der nächste Analyseschritt gilt der Rekonstruktion der Ereignisse während der Verhandlungen.⁹ Zwei Punkte fallen bei der Übersicht

⁹ Im Blick sind also die Ketten von Elementen, die durch dickere Pfeile miteinander verbunden sind (vgl. Anhang B).

dieser Sequenzen auf. Zunächst sind nur sehr wenige lokale Ereignisse in den Verhandlungssequenzen enthalten in Anbetracht der Tatsache, dass hier die wahrscheinlich handlungsreichste Zeit eines Entscheidungsprozesses beschrieben wird. Vor allem werden parlamentsinterne Handlungen weitgehend ausgeblendet, einzig Performances externer Akteure werden beschrieben. So beziehen sich die beiden Konservativen BA und AF, wie bereits erwähnt, auf die Kommission als argumentativen Gegenpart, während der Sozialist AW, der Liberale AT und die Grünen BB die Einflussnahme durch Lobbyisten – in diesen Fällen nur Industrie-Lobbyisten – beschreiben. Die Sozialisten BE und AY hingegen beschreiben vor allem Verhandlungen innerhalb ihrer Fraktion. Ihre Überleitungen vom Konflikt in den Kompromiss aber bleiben bis auf den Hinweis auf die fraktionsinternen Debatten performancefrei.

Dieser Mangel an Performances kann so gedeutet werden, dass die parlamentsinternen Handlungen die Positionen der einzelnen Akteure weitgehend unangetastet gelassen haben bzw. dass es in jedem Fall keine Performances gab, die die grundsätzliche Interpretation des Problems verändert haben. Das passt zur narrativen Stabilität der Positionen, die oben erwähnt wurde, und entspricht auch den Erwartungen, die in Kapitel 4 formuliert wurden. Der Konflikt ist also deshalb lösbar, weil die verschiedenen Perspektiven ihn als einen teilbaren Verteilungskonflikt darstellen, dessen Performances im Verrechnen von Mengen und Prozentangaben bestehen. Das heißt nicht, dass innerhalb des Parlaments keine Performances mit umwelt- oder industriepolitischen Skripten vorgebracht wurden, nur hatten sie auf das letztendliche Ergebnis wahrscheinlich keinen besonderen Einfluss.

Der entscheidende Wendepunkt ist dementsprechend auch keine Performance, die alles verändert, sondern in den meisten Interviews identisch mit dem Ereignis des Kompromisses selbst. Davon weichen lediglich der Sozialist AW und die Liberale AX ein wenig ab, die von einem Vorschlag der britischen Ratspräsidentschaft erzählen, die Frage der Registrierung von Chemikalien durch die Formel „One substance, one registration“ zu entbürokratisieren. Damit machen sie klar, inwiefern dieser Vorschlag einem der Hauptkritikpunkte der Gegner einer strengen Regulierung entgegengetreten werden konnte: Eine Registrierung konnte nach diesem Vorschlag stellvertretend für alle Nutzer einer Chemikalie getätigt werden. Dadurch würde eine Mehrfachregistrierung verhindert wer-

den, die zwangsläufig eine stärkere Bürokratisierung zur Folge gehabt hätte. Gleichwohl berichtet auch AW von diesem Vorschlag erst, *nachdem* er bereits vom Kompromiss zwischen ENVI und IMCO gesprochen hat.

Die kognitiven Elemente, die mit den berichteten Handlungen verknüpft sind, erhalten dann eine zentrale Rolle in der Analyse, da sie für das Verständnis der wenigen Performances besonders wichtig sind. So berichtet die Sozialistin BE davon, dass ihre Referenzgruppe der skandinavischen Abgeordneten über der Frage auseinanderbrach, ob ein Kompromiss nötig sein würde. Nur durch diese Bereitschaft aber, so ihre institutionelle Argumentation, sei es möglich gewesen, die umweltpolitische Position in ihrer Fraktion so weit wie möglich zu retten. Somit bestätigt sich ein Bild des REACH-Konflikts als prinzipiell teilbarem Konflikt, der in einem klar geregelten institutionellen Umfeld ausgetragen wurde, das den Beteiligten bestimmte Lösungen als wahrscheinlicher erfolgsversprechend erscheinen ließ als andere.

DIE MINDERHEIT UND DER VERRAT DES BERICHTERSTATTERS
Anders ist das Bild hingegen aus Sicht der Minderheitsabgeordneten, die dem Berichterstatter eine Hauptverantwortung an einer Tatsache zuschreiben, die in den Mehrheitsinterviews mit Ausnahme der Liberalen AX zunächst komplett unerwähnt bleibt. Sie beschreiben, wie die Abstimmung im Umweltausschuss ein für sie sehr positives Ergebnis einbrachte, dann jedoch der Berichterstatter die Seiten wechselte und auf eine große Koalition vertraute statt auf die oben von AJ beschriebene Referenzgruppe zwischen Linken, Grünen, Liberalen und Sozialisten. Das Element „Rapporteur fail“, das die Verantwortungszuweisung umfasst, ist in allen Netzwerken der Minderheitsinterviews der Beschreibung des Kompromisses vorgeschaltet. Ein Zitat von AJ verdeutlicht diesen Punkt:

MEP (AJ): „And that’s... Sacconi made a lot of negotiations with this majority I talked about and in the Environment Committee we got a really good vote, I was very happy with the result of the vote in the committee. I thought that was an excellent basis to... shift the majority in the Council towards our position. But then I... I saw it happening in Sacconi because he started to talk with the PPE... and... I saw it coming, but I was still very frustrated that he decided to secure a large majority with the negative elements in the Parliament. And

not only did they make compromises between the European Parliament position and the Council, they actively introduced things that had not even been voted in the committee, that had been voted down in the committee. It was... I think it was 22 changes from the PPE that was added in the proposal that was... that even lost in the committee."

Interviewer: „And why do you think he wanted to have a larger majority?“

MEP (AJ): „Because he wanted not to fail. He wanted to succeed. He wanted not to have a... situation where he makes a compromise and that compromise doesn't stand...“ (AJ, Zeilen 83–105).

An diesem Beispiel zeigt sich die Stärke des narrativ-performativen Ansatzes. Denn auf der einen Seite erwähnen die Mitglieder der Mehrheit das Ereignis der Abstimmung im Ausschuss überhaupt nicht, entweder um keine narrative Inkohärenz zu provozieren oder weil sie die Handlung des Berichterstatters als institutionell völlig normal begreifen. Auf der anderen Seite sehen die Abgeordneten der Minderheit gerade darin einen Verrat, weil unterschiedliche Hintergrundrepräsentationen und daraus folgend verschiedene Skripte der Handlung und ihrer Interpretation zugrunde gelegt werden.

5.2.5 *Der Kompromiss als Brückenelement*

Darin liegt dann auch der entscheidende Unterschied zwischen den Interviews der Mehrheit und denen der Minderheit. Denn während in Letzteren der Kompromiss die Konsequenz aus dem „Verrat“ des Berichterstatters ist, fungiert er in Ersteren als ein Brückenelement, über das unterschiedliche Geschichten miteinander verknüpft werden können, eben weil die Argumente nicht unüberbrückbar weit voneinander entfernt sind. Dabei geht es vor allem um inhaltliche Zugeständnisse, die von beiden Seiten als solche angesehen werden. So sprechen die Konservativen AF und BA von einem Kompromiss zwischen risikobasiertem und mengenbasiertem Ansatz, während die Sozialistin BE und die Liberale AX den Kompromiss zur Definition des Grenzwertes, ab dem eine Registrierung notwendig wird (threshold) beschreiben, der in ihren Augen den Prozess hat fortlaufen lassen. Der Sozialist AW schließlich bringt mit dem OSOR-Vorschlag ein konkretes Beispiel dafür

an, wie beide Seiten sich auf einen gemeinsamen Ansatz einigen konnten. Eben diese Elemente sind auch in allen Geschichten der Mehrheit direkt in die Kette lokaler Ereignisse eingebaut, während die institutionellen Erwägungen allein durch rekursive Verknüpfungen, also nur indirekt, mit der Geschichte verbunden sind und ihr Fehlen die Bedeutung der inhaltlichen Elemente nicht tangiert.

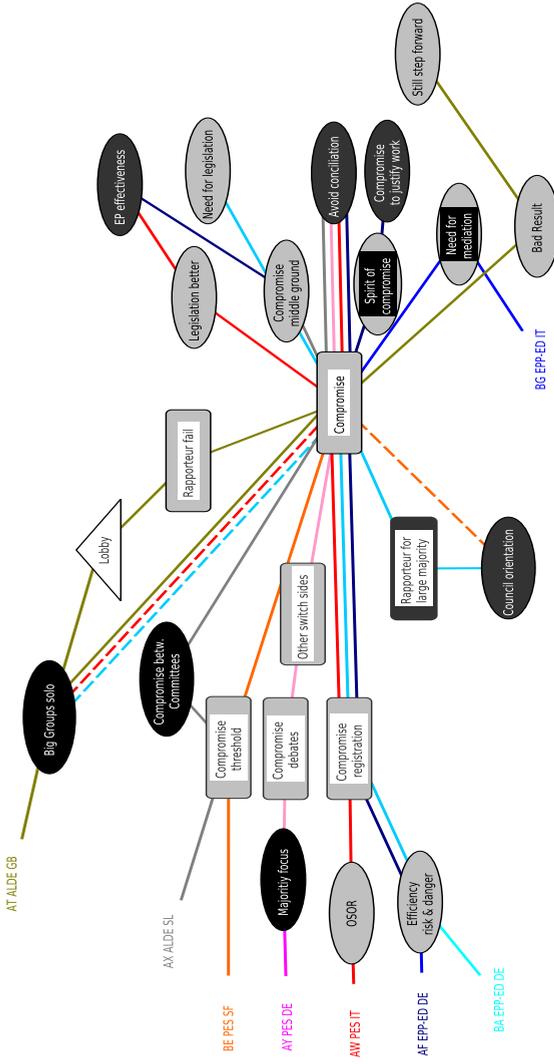


Abbildung 2: Narrative Verknüpfungen im Fall REACH

Die Abbildung zeigt, wie sich die Geschichten der Mehrheitsabgeordneten (vgl. Anhang B) über das Brückenelement des inhaltlichen Kompromisses verknüpfen lassen. Da die Abgeordneten unterschiedliche Aspekte des Kompromisses hervorheben, sind es drei Kompromisselemente, die gemeinsam die Brücke bilden. Auffallend sind darüber hinaus die überwiegend positiven Bewertungen des Ergebnisses und die lediglich rekursiven Verknüpfungen des Kompromisses mit institutionellen Elementen.

DIE ZWEITE LESUNG ALS INSTITUTIONELLER KONFLIKT

Während also die Analyse des parlamentsinternen Kompromisses zunächst den Eindruck erweckt, dass hier ein Kompromiss gefunden wurde, bei dem es sich tatsächlich um eine Art Konvergenz von Positionen handelt, so ist die Analyse der Sequenzen zur zweiten Lesung, also den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament, insofern aufschlussreich, als sie den entstandenen Eindruck zu-rechtrückt. Denn mit AF (EPP-ED), AW, AY (beide PES) und AX (ALDE) begründen gleich vier Befragte aus unterschiedlichen Fraktionen die Einigung mit dem Rat auch damit, dass ein Vermittlungsausschuss, also eine dritte Lesung, verhindert werden sollte, und dadurch ein institutioneller Druck entstand, eine Einigung in zweiter Lesung durch Trialog-Verhandlungen mit Rat und Kommission zu erreichen. Weshalb eine Einigung in zweiter Lesung so wichtig war, macht AY deutlich, indem er auf die Frage, warum kein Vermittlungsausschuss angestrebt wurde, antwortet:

MEP (AY): „Weil man gesagt hat: Wenn’s in den Vermittlungsausschuss geht, wissen wir alle, wie das immer ausgeht, dass meistens nicht viel mehr rausgeholt werden kann, und... man hat gesagt: Das ist akzeptabel, damit können wir leben. Und darum hat das Parlament es dann akzeptiert“ (AY, Zeilen 194–197).

Ähnlich formuliert es AF, die den Vermittlungsausschuss mit einem Schiff auf hoher See vergleicht und meint, man sei dabei in Gottes Hand. Wichtig ist im Zusammenhang dieser Arbeit vor allem, dass die Beteiligten den Druck institutioneller Regelungen narrativ begreifen, indem sie eine Mehrheit, die nicht fraktions- und ausschussübergreifend zustande kommen würde, als suboptimal bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Narrativ des institutionellen Zwangs wiederum einem Skript für mögliche Performances als Grundlage dient, dass Performances also selbst im Fall eines Verteilungskonflikts institutionell beeinflusst sind, darf im Zeichen der institutionellen Spezifika des Europäischen Parlaments als relativ hoch angenommen werden.

DIE WEITEREN VERKNÜPFUNGEN DES KOMPROMISSES

Die Verknüpfungen des Kompromisses über die Ereigniskette hinaus, also in Nachfragen oder etwas allgemeineren Schilderungen, bestätigen, dass institutionelle Zwänge von den Befragten durchaus

wahrgenommen und in direkte Verbindung mit dem Kompromiss gebracht werden. Das ändert nichts an der zentralen Lage des argumentativen Kompromisses, muss diesem aber zur Seite gestellt werden, um den REACH-Fall besser verstehen zu können. Besonders bezeichnend sind dabei die Sequenzen in den Geschichten des Konservativen BA und des Sozialisten AW, in denen sie auf die Spaltung der beiden großen Fraktionen zwischen Industrie- und Umweltfachpolitikern eingehen und argumentativ eine aufschlussreiche Schleife ziehen: Die eigene Spaltung kann nur durch eine Kooperation mit der anderen großen Fraktion aufgehoben und entschärft werden. AW begründet die Spaltung auch damit, dass tendenziell die Ausschüsse eine andere Sicht auf ein Problem hätten. Insofern sei eine Änderung des Vorschlags, der in einem Ausschuss angenommen wird, bis zur Plenarabstimmung völlig normal. Diese Interpretation findet sich aber nicht nur in den Interviews der Abgeordneten der großen Fraktionen, auch die Liberalen AX und AT bezeichnen die Änderungen eines Textes zwischen Ausschuss- und Plenarabstimmung als institutionell normal. Und selbst der Grüne AJ als Teil der Minderheit bezieht die Unterschiede zwischen den beteiligten Ausschüssen in seine Kalkulation eines alternativen Szenarios ein. Hier wird also deutlich, dass die institutionellen Zwänge, unter denen Kompromissbildung im EP geschieht, von den Abgeordneten auch als solche empfunden und in die Planung von Handlungsstrategien einbezogen werden.

Letztendlich müssen die Abgeordneten eine Mehrheit erreichen, die über die erste Lesung des Parlaments hinaus auch in den Verhandlungen mit dem Rat Bestand haben kann. Auch dieser Punkt wird in einer Mehrzahl der Geschichten direkt mit dem Kompromiss verknüpft. So antwortet BA auf die Nachfrage, welche entscheidenden Momente es im Verhandlungsprozess gegeben habe, dass der Berichterstatter die Wahl gehabt habe zwischen einer Mehrheit ohne die EPP-ED und einer Mehrheit zwischen den großen Fraktionen:

MEP (BA): „Aber das war das antreibende Moment, oder die Frage, die er zu entscheiden hatte: Verlass ich mich auf meine eigene, möglicherweise vorhandene, in jedem Fall aber sehr knappe Mehrheit und ziehe so ausgestattet in die weiteren Verhandlungen mit dem Rat, oder bastle ich eine massive Parlamentsmehrheit, die dann nicht nur Sacconi [*der Berichterstatter*] sein konnte, sondern eben uns berücksichtigt, aber

eine Chance bietet, vom Rat dann eben auch ernst genommen zu werden. Und so ist es dann gelaufen“ (BA, Zeilen 284–289).

Diese Fokussierung auf eine solide Mehrheit als Gradmesser für erfolgreiches Handeln findet sich ebenso in den Geschichten der Sozialistin BE und – im Zusammenhang mit der schwierigen Einheit der eigenen Fraktion – auch bei ihren Fraktionskollegen AW und AY. Selbst der Grüne AJ und der Linke AL unterstreichen diesen Punkt, wobei AL ihn mit einer generellen Kritik an der Regelmäßigkeit der „großen Koalition“ verbindet. Etwas anders verknüpfen die Konservativen BG und AF kognitive Elemente rekursiv mit dem Kompromiss, indem sie darauf verweisen, dass es notwendig sei, einen Ausgleich zwischen allen vertretenen Interessen zu finden (BG) und dass im EP – und in diesem Fall besonders im Umweltausschuss – ein Geist des Kompromisses vorherrsche, der Einigungen möglich mache (AF).

Die Analyse der Verknüpfungen des Kompromisses mit kognitiven Elementen zeigt also, dass institutionelle Erwägungen wie die Notwendigkeit einer großen Mehrheit oder schlicht die Notwendigkeit zum Kompromiss von den Beteiligten ebenso reflektiert werden und REACH daher nicht als reiner Fall inhaltlicher Konvergenz verstanden werden sollte.

5.2.6 *Die Bewertung des Ergebnisses*

Die Analyse der Geschichten in Bezug auf die großen argumentativen Linien macht vor allem zwei Punkte deutlich: Erstens können die jeweiligen Positionen unmittelbar an den Kompromiss angeschlossen werden, darin liegt der große Vorteil von Mengenangaben und Zahlen. Während die sozialistischen Abgeordneten ihr Hauptanliegen, das heißt den Schutz vor gefährlichen Chemikalien, als umgesetzt ansehen, interpretieren die konservativen Abgeordneten das Ergebnis als Bestätigung für ihr Argument der höheren Effektivität. Knapp die Hälfte der Mehrheitsabgeordneten verweist außerdem darauf, dass das erzielte Ergebnis ein notwendiger Kompromiss zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen sei. Die Bewertung des Kompromisses erfolgt von Vertretern unterschiedlicher Lager – wobei alle Mitglieder des ENVI-Ausschusses sind – im Gleichschritt: Das Brückenelement des Kompromisses

führt zu einer gleichförmigen Fortführung. Überdies betrachten alle Mehrheitsabgeordneten links der konservativen Fraktion den Kompromiss auch als Zeichen dafür, dass die EU nun in der Chemikalienkontrolle eine weltweite Avantgarde darstellt. Der Kompromiss im REACH-Konflikt wird durch diese Verknüpfung auch anschlussfähig an größere Entwicklungen der Europäischen Union gehalten wird. In eine ähnliche Richtung deuten auch die Hinweise des Sozialisten AW, der REACH direkt im Anschluss an die Avantgarde-Feststellung mit der Dienstleistungsrichtlinie auf eine Ebene hebt und beide als wichtiges Zeichen an die Bürger versteht, dass die EU auch weiterhin entscheidungsfähig ist, sowie seines Kollegen AY, der ein Scheitern von REACH als problematisch für die gesamte EU bezeichnet. Das Ergebnis ist also auf verschiedenen Ebenen anschlussfähig.

Zweitens kritisieren sowohl der Konservative BA wie auch der Sozialist AY und der Linke AL in ihrer Bewertung des Verhandlungsprozesses die häufig verwendeten Einigungen in erster Lesung¹⁰ und preisen REACH trotz ihrer unterschiedlichen Bewertungen des Ergebnisses als gutes Gegenbeispiel normkonformer Entscheidungsfindung. Ebenso betrachten die Konservative AF und der Sozialist AW REACH als einen Beispielfall für die Effektivität des EP auch im Gegensatz zu den anderen Institutionen der EU. Im Fall von AW knüpft diese Bewertung direkt an die Kontextualisierung von REACH in die größere Entwicklung der EU an und macht damit auch die Verbindung zwischen der Effektivität von Mehrheitsbildung im Parlament und der Entwicklung der EU zu einer Gemeinschaft effektiver Entscheidung explizit.

Bei REACH zeigt sich also die Kopplung des Kompromisses an den Wert des Kompromisses an sich und an die Entwicklung des größeren europäischen Projekts. Dies deutet ebenfalls darauf hin, dass es sich in diesem Fall mindestens zu einem guten Teil um einen Kompromiss handelt, der nicht durch den institutionellen Zwang zur Einigung erzielt wurde, sondern den Beteiligten auch erlaubt, eine Vielzahl von positiven Anschlussmöglichkeiten zu ziehen.

¹⁰ vgl. hierzu etwa Costa et al. 2011.

5.2.7 *Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe*

Wie bereits in der methodischen Reflektion verdeutlicht, zeigt das Beispiel der von Bearman und Stovel (2000) untersuchten Essay-Strukturen, dass kognitive Einschübe oder Schleifen syntaktisch eine spezifische Funktion haben, die wir in unserem Zusammenhang vor allem als Rechtfertigung von Handlungen bezeichnen können. Diese kann in Form einer kognitiven Vorbereitung der folgenden Performances bestehen oder diese im Nachhinein kontextualisieren. Der entscheidende Punkt ist dabei ein sehr einfacher: Kognitive Einschübe verdeutlichen, dass bestimmte Handlungen gerade nicht als selbstverständlich angesehen werden, sondern in einer im Prinzip öffentlichen Erzählung gerechtfertigt werden müssen.

Rein narrative Sequenzen, also Ketten von Ereignissen ohne kognitive Einschübe, sind im Fall von REACH sehr rar, in der Regel beziehen sie sich, wie oben bereits angedeutet, auf die Bildung der eigenen Meinung. Eine relativ wichtige Rolle spielen aber auch Lobbyisten, deren Eingreifen zwar von besonders vielen Befragten kritisiert wird, gleichwohl wird der Versuch der Einflussnahme durch Lobbyisten in den Geschichten der Mehrheitsabgeordneten kaum durch kognitive Einschübe reflektiert. So berichtet etwa die Konservative BG davon, dass sie zunächst die Diskussionen aus dem Hintergrund verfolgte, um dann im Auftrag der italienischen Regierung, aber auch der Industrie aktiv an den Änderungsanträgen teilzunehmen:

MEP (BG): „[...] al momento della presentazione degli emendamenti c'era già un mondo che si era attivato nel periodo precedente. Abbiamo lavorato in maniera congiunta a livello parlamentare ed inter-istituzionale, anche attraverso la presentazione di emendamenti comuni, ed assicurando la presenza e la partecipazione ad ogni dibattito avvenuto nelle [...] commissioni parlamentari coinvolte. La rappresentanza delle industrie italiane qui a Bruxelles, ha giocato un ruolo importante manifestando le preoccupazioni, le necessità specifiche del settore e la richiesta di un'azione congiunta per la difesa dell'industria chimica. Mi è stato chiesto da più parti di seguire più da vicino questo argomento, mi sono state espresse diverse posizioni e preoccupazioni e mi è stato chiesto di vedere se era possibile immaginare un intervento diretto

sia nelle discussioni, sia negli emendamenti. E stato quello che ho fatto" (BG, Zeilen 27–34).¹¹

Im Zusammenhang mit BGs Eintreten für die Vertretung von Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen kann diese Passage nicht einfach als Plädoyer für einen offenen Lobbyismus gelesen werden. Dennoch ist der rein narrative Übergang von der Intervention von außen zur eigenen Handlung interessant. In eine ähnliche Richtung weist auch AF, die ihre Meinungsbildung so beschreibt, dass sie Lobbyisten an einen Tisch gesetzt habe, um den Mittelweg zu finden. Und auch bei ihrem konservativem Kollegen BA wird deutlich, dass Lobby-Interessen als normaler Bestandteil des Gesetzgebungsprozesses gesehen werden:

MEP (BA): „Es gab eine vorangegangene Diskussion, über das Weißbuch. Zuerst war die Frage: Streite ich... machen wir so etwas überhaupt, oder machen wir das nicht? Und auch die Wirtschaft hat damals, nach einer ersten Phase des Zögerns gesagt: Wir beteiligen uns an der Erarbeitung, an einer neuen Stoffgesetzgebung in Europa. Es gab also kurz nach Beginn keinen grundsätzlichen Widerstand gegen das Dossier mehr, aber selbstverständlich gegen den Vorschlag der Kommission“ (BA, Zeilen 67–72).

Lobbyismus, soviel ist auch im Zusammenhang mit den Anfangssequenzen deutlich geworden, ist für einen Teil der Europaabgeordneten ein alltäglicher Begleiter, dessen Präsenz eben durch die Abhängigkeit der MEP von externen Informationen nicht mehr rechtfertigungsbedürftig scheint.¹²

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums aber tritt auch die relativ feste narrative Verbindung zwischen umweltpolitischen

11 *„... als die Änderungsanträge eingebracht wurden, war bereits vieles in Gang gebracht worden. Wir haben mit vielen Kollegen im Parlament und auch institutionsübergreifend zusammen gearbeitet, auch über das Einreichen gemeinsamer Änderungsanträge, und wir haben dafür gesorgt, dass unsere Position in allen Debatten in den beteiligten Ausschüssen vertreten war und gehört wurde. Die Vertretung der italienischen Industrie hier in Brüssel spielte eine wichtige Rolle, indem sie aufgrund der Sorgen und der spezifischen Bedürfnisse des Sektors zum Ausdruck gebracht hat, dass eine gemeinsame Aktion zur Verteidigung der Chemie-Industrie notwendig sein würde. Ich wurde von mehreren Seiten gebeten, die Sache näher zu verfolgen, mir wurden unterschiedliche Positionen vorgetragen und ich wurde gefragt, ob es nicht möglich wäre, sich einen direkten Zugang zu den Diskussion, aber auch zu den Änderungsvorschlägen vorzustellen. Und das habe ich dann getan“ (Eigene Übersetzung).*

12 vgl. zur Diskussion um Lobbyarbeit auch Judge/Earnshaw (2006).

Prinzipien und der eigenen Position zutage (siehe vor allem den Grünen AJ). Damit wird der Eindruck bestätigt, dass sich der Konflikt um REACH als ein Widerstreit zwischen relativ gefestigten Positionsbestimmungen präsentiert, die nicht über Prinzipien begründet werden müssen. Im Gegenteil, den Beteiligten ist von Beginn an relativ klar, wie die Konfliktlinien verlaufen – zwischen den Ausschüssen – und dass ein Festhalten an strikten Positionen keinen Fortschritt bringt, da dieser Konflikt nicht neu ist und keine neuen Themen Einzug halten. Eben deshalb ist es auch verständlich, dass wie der Sozialist AW es beschreibt, am Ende „wie immer“ (AW, Zeile 153; *eigene Übersetzung*) ein Kompromiss erzielt wurde.

Interessant ist hingegen ein Blick auf die Positionen der kognitiven Schleifen, denn auch hier wird wiederum klar, dass die Große Koalition keineswegs ein Selbstläufer ist, obwohl sie häufig praktiziert wird und den in den Augen vieler Abgeordneter einfachsten Ausweg aus einem institutionellen Patt bietet. Alle Abgeordneten der Mehrheit erläutern in mehreren Einschüben, warum die Spaltung der großen Fraktionen entlang nationaler Delegationen eine Kooperation der beiden großen Fraktionen unumgänglich macht oder warum Kompromisse zwischen den Ausschüssen normal sind. Gemäß der Erwartung, dass selbstverständliche Ereignisse nicht erläutert werden müssen, ist dieser Befund insofern interessant, als er deutlich macht, dass eine große Koalition eben nicht als selbstverständlich angesehen wird.¹³

Darüber hinaus finden sich aber auch einige kognitive Schleifen zur inhaltlichen Rechtfertigung des Kompromisses. Als Beispiel kann hier folgendes Zitat von AX dienen, die auf die Frage, wie der Kompromiss gefunden wurde, antwortet:

MEP (AX): „It’s difficult to answer this question, I was frequently asked, especially from... I’d say journalists in... dealing with environmental questions... Did industry exercise pressure on you? And I said: Well, if you take lobbying for REACH as a pressure, yes, we were, we were steadily under pressure, but we cannot put it this way, because it was not just industry interested in compromises, it was... there were trade unions, they were worried about the jobs, there were

¹³ Diese kognitiven Einschübe aber schließen in der Regel nicht direkt an die Ereigniskette an, sondern wurden auch durch Nachfragen provoziert. Sie sind demnach strukturell weiter entfernt vom Kompromiss und für die Produktion narrativen Sinns zweitrangig.

regional governments, national governments worried about position of chemical industry in competition with industry from Asia, especially China, and... and United States and Canada. So... it was not just industry wanting exceptions and wanting the weakening of the whole... of the... the result of negotiations, it was a much more complex question. So at the end, we were involved in both ways, eh, as consumers which would like to know which chemicals are dangerous, are not... or... are so dangerous that cannot be tolerated any longer and phasing out must be confirmed and safer alternatives found for them. But, on the other side we were afraid of too many animal tests, of burdens, administrative burdens for... for our industry, which would mean, of course, the problems for economies, and of course we are also part of our respective economic systems, we're consumers and... part of industry, of course. We are... we need chemical products, chemistry is something which is part of daily life, daily life and we must... we must be careful with this... with this, with legislation of that kind. So... I always answered those, let's say, sceptical questions: It is... it is not... we cannot say that the industry wanted to sabotage the legislation, but... we all wanted to have a compromise which would be workable, which would not be detrimental for industry, which would not duplicate or introduce new animal tests, but at the end we would have a safer chemical production" (AX, Zeilen 405-426).

Ähnliche kognitive Umwege finden sich auch bei AF und AW, sie bestätigen letztendlich die bisherigen Befunde, dass REACH kein Konflikt war, der nur durch institutionellen Druck gelöst wurde, sondern von den Beteiligten als grundsätzlich lösbarer Verteilungskonflikt interpretiert wurde.

5.3 ZWISCHENFAZIT

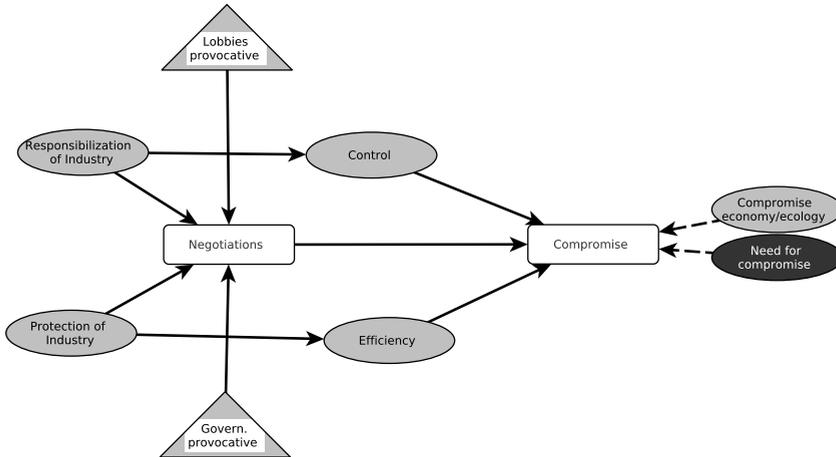


Abbildung 3: Die Kompromissstruktur im Fall REACH

Die Abbildung stellt die vereinfachte Struktur der verknüpften Geschichten dar. In der oberen Bildhälfte sind die Argumente der umweltpolitischen, in der unteren Hälfte die der industriepolitischen Seite aufgeführt, die schließlich über den Kompromiss verknüpft werden können. Der Kompromiss wird von vielen Beteiligten als notwendig dargestellt und als Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen, die Geschichten laufen also nach der Einigung gleichförmig weiter. Ebenso charakteristisch ist die Abgrenzung nach außen zu Lobbies und Kommission.

Der Kompromiss im Konflikt um REACH ist eine Art Mischform zwischen einem inhaltlichen und einem institutionell begründeten Kompromiss. Sicherlich war der Streit um die Chemikalienverordnung ein intensiv geführter Streit. Nicht zuletzt wurde die Debatte auch durch hitzige Anteilnahme seitens der jeweiligen Interessenverbände verschärft. Gleichwohl scheint es den Verhandelnden im Parlament gelungen zu sein, ihre inhaltlichen Positionen weniger als prinzipiell-antagonistisch denn als unterschiedliche, aber legiti-

me Perspektiven auf ein praktisches Problem zu verstehen und so aus dem REACH-Konflikt einen teilbaren Konflikt zu machen.

Dies zeigt sich vor allem in drei Feldern. *Erstens* wird die andere Seite in den Geschichten der Mehrheitsabgeordneten nicht innerhalb des Parlaments selbst konstruiert, sondern die eigenen Positionen und Performances werden vor allem in Abgrenzung von externen Akteuren dargestellt. Der Andere wird, anders als erwartet, nicht primär in den kleineren Fraktionen gesehen – obwohl auch sie kritisiert werden – sondern im Fall der Abgeordneten der Mehrheit vor allem in der Kommission und den Lobbyisten zu beiden Seiten der sektoralen Trennlinie. *Zweitens* fallen die entscheidenden Wendepunkte der Geschichten zusammen mit den Darstellungen des Kompromisses und werden dadurch zu den Brückenelementen, die eine Verknüpfung der Geschichten ermöglichen. *Drittens* wird in den Bewertungen des Kompromisses auf einen notwendigen Kompromiss zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen verwiesen, wodurch sich die Geschichten nach der Einigung angleichen. Erleichtert wird der inhaltliche Kompromiss auch dadurch, dass die Distanz zwischen den Positionen nicht unüberwindbar ist und sie jeweils von der Gegenseite als legitim angesehen werden. Während alle Abgeordneten der Linken im Prinzip eine stärkere Regulierung fordern, sprechen die konservativen Befragten nicht etwa vom Gegenteil, sondern fordern bei der Regulierung nur Effizienz ein, um die Kosten zu senken. Eben dieses Argument der Kosten wird zwar von den Umweltpolitikern der linken Fraktionen (und auch der liberalen Fraktion) als falsch kritisiert, jedoch dann argumentativ zu widerlegen versucht. Kurzum: Beide Seiten sehen sich als legitime Verhandlungspartner an, die sich gegenseitig mit Argumenten von der Richtigkeit ihrer Position überzeugen wollen. In diesem Sinne entspricht der REACH-Kompromiss auch dem herkömmlichen Bild eines Kompromisses, in dem zwei oder mehrere Seiten aufeinander zugehen und sich inhaltlich an einem Punkt treffen, an den beide anschließen können (vgl. dazu auch Boltanski/Thévenot 2006, 277 ff.).

Dieser Kompromiss ist auch in institutionelle Erwägungen eingebettet, obwohl die Berichte des Kompromisses in fast allen Mehrheitsinterviews ohne direkte Verknüpfung mit institutionellen, kognitiven Elementen auskommen. Die Einigung der Vertreter der beiden großen Fraktionen, die gleichzeitig auch als Vertreter ihrer jeweiligen Ausschüsse fungierten, wird im Kontext des EP immer

auch als Ausführung des institutionellen Skriptes verstanden, das heißt als Performance des funktionalen Imperativs. Der Zwang, eine Mehrheit zustande zu bekommen, die auch gegenüber dem Rat standhält, ist auch im Fall von REACH ein wichtiger Bestandteil der Hintergrundrepräsentationen für Performances im EP. Damit ist auch klar, dass der REACH-Kompromiss trotz der deutlichen inhaltlichen Annäherung nicht etwa als Beispielfall für eine Einigung im Sinne der freien Argumentation und des „zwanglosen Zwangs des besseren Arguments“ (Habermas) angesehen werden kann. Tatsächlich nutzen die beiden großen Fraktionen und ihre Vertreter ihre strukturell zentrale Position im Vergleich zu den kleinen Fraktionen, um eine Form der Einigung zu betreiben, die eben gerade nicht als Konsens fungieren muss. Die Berichte der Minderheit zeigen deutlich, wie sehr der Kompromiss auch kritisiert wird. Gleichwohl ist es für die großen Fraktionen im Endeffekt nicht von Belang, was die kleinen Fraktionen sagen, da die Mehrheit auch ohne sie zustande kam. Letztlich zeigt sich also hier, dass Macht in Form eines schlicht personellen Übergewichts doch eine gewichtige Rolle spielt. Wie sie im weiteren Kontext der Europäischen Politik zu deuten ist, wird auch Thema des letzten Kapitels sein. Zunächst aber zu den beiden anderen Fallstudien, deren Analyse dabei helfen soll, den REACH-Kompromiss richtig einzuordnen.

DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE: ZWANG ZUM KOMPROMISS

6.1 VORGESCHICHTE

Die Dienstleistungsrichtlinie war sicherlich einer der kontroversten Konfliktfälle in der Europäischen Gesetzgebung seit der Einführung des Mitentscheidungsverfahrens (vgl. Borrell 2007, Lindberg 2008, Becker 2006).¹ Dies war vor allem auf den Ansatz des Kommissionsvorschlags zurückzuführen: Im Zuge der Lissabon-Strategie, mit deren Hilfe die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden wollte (Rat der Europäischen Union 2000), sah der Vorschlag der Kommission vor, Handelshemmnisse in allen Dienstleistungsbereichen abzubauen und so eine Dynamisierung des Wirtschaftswachstums und in deren Folge eine Erhöhung der Arbeitsplätze in ganz Europa zu erreichen (Europäische Kommission 2004). Der zentrale Hebel, über den dieses Ziel erreicht werden sollte, war das so genannte Herkunftslandprinzip, nach dem Dienstleistungen, die in einem Mitgliedsstaat zugelassen waren, nur dem Recht dieses Herkunftslandes unterliegen sollten (vgl. Becker 2006, 2). Die Kommission erhoffte sich durch die neue Richtlinie einen Anstieg der Exportquoten im Dienstleistungssektor und eine erhebliche Kostensenkung für Dienstleistungsnehmer, die wiederum mehr Produktivität nach sich ziehen sollte.

Darüber hinaus wurde die Richtlinie besonders stark öffentlich diskutiert, weil vor allem die Gewerkschaften der alten Mitgliedsstaaten einen Wettbewerbsdruck auf Löhne und Arbeitsplätze in ihren Volkswirtschaften fürchteten und in der Richtlinie einen Anstoß für Sozialdumping, also eine negative Preisspirale, sahen. Die Proteste gegen die Richtlinie führten zu Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern, einer Größenordnung, die bei Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene bislang unbekannt war (vgl. Becker 2006, 3).

¹ Für eine Diskussion der Vor- und Nachteile der Richtlinie aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive vgl. Schmidt (2007) und Kostoris Padoa-Schioppa (2007).

Letztlich fiel die Richtlinie in den Bereich sozio-ökonomischer Konflikte, für den Viviani (2009) eine klassische Links-Rechts-Teilung im EP ausmacht. Die Brisanz resultierte aus einer historischen Gegenüberstellung von zwei antagonistischen Konzepten des Marktes:

„Im Rahmen des Wettbewerbsparadigmas wird davon ausgegangen, dass die Beseitigung von Marktbarrieren zu einer verstärkten Konkurrenz führt und einen rationaleren Ressourceneinsatz hervorbringt. Sinkende Preise für Dienstleistungen werden dabei als der zentrale Wachstumsimpuls identifiziert. Die damit konkurrierende Sichtweise zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur der Konkurrenzmechanismus betrachtet wird, den Ausgangspunkt bildet vielmehr der Markt als soziales Verhältnis, der durch eine Vielzahl an sozialen Regulierungen gesellschaftlich eingebettet ist. Wachstumsimpulse werden in erster Linie durch eine Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen erwartet. Neben dem Konkurrenzmechanismus werden deswegen für die jeweiligen Dienstleistungssegmente spezifische Anforderungen definiert, zu denen insbesondere die Qualität der Arbeit, die zur Erbringung der Dienstleistung notwendige Qualität der Infrastruktur (Wissenschaft, Verkehr, Vernetzung der Branche) und Formen der staatlichen Regulierung zählen“ (Böhret et al. 2005, 304 f.).

Damit wird die Verbindung angesprochen, die in den Debatten um die Dienstleistungsrichtlinie besonders häufig erwähnt wurde, und zwar die Gegenüberstellung von Verteidigern des so genannten Europäischen Sozialmodells, die ein Regulierungsrecht der Nationalstaaten in sozio-ökonomischen Streitfragen fordern und Verfechtern einer liberalen Marktöffnung (vgl. Henkel 2009).

DER KONFLIKT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT Wie bei Richtlinienverfahren üblich, erarbeitete die Europäische Kommission unter dem Vorsitz Romano Prodis und der Federführung des niederländischen Binnenmarkt-Kommissars Frits Bolkestein einen Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, der im Januar 2004 an Rat und Parlament gesandt wurde. Im Parlament wurde der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) mit dem Dossier betraut und die deutsch-französische Abgeordnete Evelyne Gebhardt (PES) zur Berichterstatterin

des Parlaments ernannt. Nach der EU-Erweiterung im Mai 2004 und den Europawahlen im darauf folgenden Juni wurde Evelyne Gebhardt als Berichterstatterin bestätigt.

Die Berichterstatterin stellte einen ersten Berichtsentwurf für die Stellungnahme des EP etwa zeitgleich zu den Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Mai 2005 vor. Die Beratungen des IMCO-Ausschusses zum Berichtsentwurf überdauerten die Sommerpause des EP und gingen schließlich bis in den Herbst 2005. Am 22. November 2005 kam es zur Abstimmung im Ausschuss, in der die Abgeordneten der EPP-ED, ALDE und UEN den Vorschlag von Berichterstatterin Gebhardt in zwei Punkten veränderten. Zum einen wurde das Herkunftslandprinzip, das die Berichterstatterin durch ein generelles Prinzip der gegenseitigen Anerkennung ersetzen wollte, beibehalten. Zum anderen wurde ihre Forderung nach einem Ausschluss der so genannten „Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ abgelehnt, weil die Konservativen und Liberalen befürchteten, dass zu viele Dienstleistungen unter diese Regelung fallen würden. Die Abstimmung zeigte, dass innerhalb des Parlaments die Gräben zwischen Befürwortern einer stärkeren Liberalisierung im Sinne des Herkunftslandprinzips und deren Gegnern tief waren: damit war zumindest der übliche Weg zur Plenarabstimmung, die weitgehend dem Ausschussvotum folgt, verbaut.

Daher handelte zwischen Ende November 2005 und Mitte Februar 2006 eine Arbeitsgruppe der beiden größten Fraktionen, PES und EPP-ED, gemeinsam über einen Kompromiss aus, bei dem vor allem das umstrittene Herkunftslandprinzip durch eine allgemeine Bestimmung über die Dienstleistungsfreiheit ersetzt wurde. Diese sah vor, dass Anbieter prinzipiell in jedem Mitgliedsstaat aktiv werden dürften, gleichwohl hätten die Mitgliedsstaaten in ausgewählten Bereichen die Möglichkeit, diese Freiheit durch regulative Maßnahmen wieder einzuschränken. Darüber hinaus wurden Bereiche von Dienstleistungen öffentlichen Interesses wie etwa Gesundheitsdienstleistungen aus dem Geltungsbereich der Richtlinie gestrichen (vgl. Henkel 2009, vgl. ebenso EP/OEIL 2006b). In diesem Kompromiss sind beide Narrative des Marktes vertreten: Die Freiheit des Marktes in der Formulierung der grundsätzlichen Freiheit, Dienstleistungen zu erbringen, und der regulative Ansatz in den Möglichkeiten der Einschränkung durch die Mitgliedsstaaten. Die Bestimmung über die Dienstleistungsfreiheit bot also beiden

Ansätzen die für einen Kulturellen Kompromiss nötige Anschlussfähigkeit.

Am 16. Februar 2006 wurde der Bericht mit 394 zu 215 Stimmen angenommen bei 33 Enthaltungen, also mit einer für die erste Lesung notwendigen absoluten Mehrheit. Die Kommission äußerte sich im April 2006 generell positiv zu den Änderungen des Parlaments, der Rat der Wirtschafts- und Sozialminister formulierte im Juli 2006 einen Gemeinsamen Standpunkt, der nur noch geringfügige Änderungen am Parlamentsentwurf vorsah. Nach einer erneuten Debatte nahm das Parlament diesen Ratsentwurf im Dezember 2006 ohne Änderungen an, wodurch die Richtlinie verabschiedet war.

DIE THESE Vor dem Hintergrund der Ereignisse erscheint die Hypothese sinnvoll, dass die Geschichten zum Verlauf der Dienstleistungsrichtlinie den Antagonismus zwischen Marktbefürwortern und Marktskeptikern in Form einer narrativen Grenzziehung zwischen den Vertretern der sozialistischen, grünen und linken Fraktionen auf der einen und der konservativen und liberalen Fraktionen auf der anderen Seite widerspiegeln. Hinzu kamen im Fall der Dienstleistungsrichtlinie aber noch zwei weitere Faktoren (vgl. Lindberg 2008, Becker 2006). Zum einen zeigte sich bereits zu Beginn der Verhandlungen im Europäischen Rat, dass die Mitgliedsstaaten in der Frage keine gemeinsame Position finden konnten. Während die Regierungen Großbritanniens, Schwedens, der Niederlande und der neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas den marktliberalen Ansatz unterstützten, machte vor allem der Widerstand der Regierungen Frankreichs und, nach anfänglicher Unterstützung des Vorschlags, auch Deutschlands deutlich, dass der Rat entlang der genannten Konfliktlinie gespalten war (Becker 2006, 6). Diese Spaltung zeigte sich auch im Europäischen Parlament, wo vor allem die großen Fraktionen mit unterschiedlichen Ansprüchen ihrer nationalen Delegationen zu kämpfen hatten, um die Kohäsion der Fraktionen zu sichern (Lindberg 2008). Zum anderen wurde das Parlament aber durch die Unfähigkeit der Rates, eine gemeinsame Position zu finden, zum zentralen Schauplatz der Auseinandersetzungen und des Bemühens, einen Kompromiss zu finden (Becker 2006, 8).

Zwar bestand auch im Fall der Dienstleistungsrichtlinie ein funktionaler Imperativ, zu einer Einigung zu kommen, der durch die

Entscheidungsprobleme des Rates noch verstärkt wurde. Gleichwohl war im Vergleich zum REACH-Fall der politische Wille zu einer Einigung zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Positionen nicht erkennbar, weil die Dienstleistungsfreiheit zwar von vielen gefordert, aber nicht als so notwendig erachtet wurde wie eine Neuregulierung der Chemikaliengesetzgebung. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Aufmerksamkeit für das Europäische Parlament angesichts der Entscheidungsprobleme des Rates und der für das Parlament wichtigen Narrative der Relationierung zum Rat und zu den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten, erscheint es daher sehr wahrscheinlich, dass letztlich vor allem institutionelle Erwägungen eine Rolle in der Rechtfertigung des Kompromisses gespielt haben. Darunter ist ähnlich wie im Fall der REACH-Verordnung vor allem zu verstehen, dass sich Abgeordnete der beiden großen Fraktionen in der Pflicht sahen, eine Einigung trotz tiefer inhaltlicher Gräben zu finden, um die Effektivität des Parlaments im Europäischen Gesetzgebungsprozess unter Beweis zu stellen und so die eigene Stellung im institutionellen Dreieck zu stärken.

6.2 ERGEBNISSE

6.2.1 *Anteile der Elementeklassen*

Ähnlich wie im Fall der REACH-Verordnung bilden auch bei den Geschichten zur Dienstleistungsrichtlinie rund ein Viertel der Elemente die chronologische Ereigniskette, wobei hier der Anteil der Wendepunkte mit durchschnittlich knapp vier Wendungen pro Geschichte deutlich höher ist als in den anderen Fällen. Damit wird bereits auf die Hartnäckigkeit des Konflikts innerhalb des Parlaments verwiesen. Dazu kommt, dass die Interviewtexte in der Tendenz die zweite Lesung kürzer behandeln als die erste Lesung. Das heißt, dass der Kompromiss zur ersten Lesung im Vergleich mehr als Konfrontation erinnert wird als im Fall der Chemikalienvorordnung. Darüber hinaus ergibt sich aber noch ein weiterer wichtiger, quantitativer Unterschied. Denn in den Ereignisketten der Rekonstruktionen der Verhandlungen tauchen mit 13 % Anteilen wesentlich mehr institutionelle Performances auf als bei den REACH-Erzählungen. Passend dazu ist auch der Anteil institutio-

neller Elemente in den Gesamtnetzwerken mit 27% relativ hoch, denn es heißt, dass institutionelle Erwägungen entweder in kognitiver Form oder als institutionell gerahmte Performances eine wichtige Rolle spielen. Gleichwohl müssen auch in diesem Fall die Zahlen in den richtigen semantischen Kontext gesetzt werden.

6.2.2 *Framing des Konfliktthemas: Der Antagonismus in sozio-ökonomischen Fragen*

Die Dienstleistungsrichtlinie war – soviel wurde bereits in der Erarbeitung der Thesen deutlich – ein besonders kontroverses Thema. Schematisch gesprochen standen sich hier zwei Narrative gegenüber, deren sinnvolle Verknüpfung schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist: auf der einen Seite das Narrativ der Europäischen Union primär als Wirtschaftsgemeinschaft, deren Ziel ein gemeinsamer Markt ist, in dem alle Teilnehmer denselben *Zugang zum Markt* haben, um dort unter Einsatz ihrer spezifischen Möglichkeiten Erfolg zu suchen; auf der anderen Seite das Narrativ der Europäischen Union als Sozialgemeinschaft, in der soziale Standards gewahrt und geschützt werden, um so soziale Gerechtigkeit schaffen zu können. In diesem letzten Narrativ geht es nicht in erster Linie um den Zugang zum Markt, sondern um gleiche *Chancen für alle Marktteilnehmer*. Die Frage, die dann gelöst werden muss, lautet nicht etwa, wie der Zugang ermöglicht werden kann, sondern wie zu starke Lohngefälle innerhalb des Marktes verhindert werden können, um einen gerechten Markt zu ermöglichen.

Tabelle 3 gibt vereinfacht die Positionen der acht Befragten zum Konfliktthema wieder. Der Überblick zeigt zwei unterschiedliche Tendenzen. Zum einen ist deutlich, dass die Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen PES und EPP-ED sich in ihren Argumenten zwar nicht prinzipiell widersprechen – alle wollen sich für weniger Hemmnisse im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr einsetzen –, jedoch fraktionsübergreifend unterschiedliche Interpretationen des Problems ausdrücken, die den beiden oben genannten Narrativen entsprechen.

Damit hängt aber ein weiterer wichtiger Punkt zusammen: Überwiegend beantworteten die Abgeordneten die Frage nach ihrer Positionierung zum Konfliktthema mit dem Verweis auf Prinzipien (lediglich der Konservative AH und die Grüne BC tun es nicht),

MEP (Party Group)	Argument	Location Argument
AH (EPP-ED)	MS right to protect_Judicial clarity	Middle
AO (EPP-ED)	Market_No Protectionism	Start_A
BH (EPP-ED)	Market_Social Justice_ Consumer Protection	Start_A
BD (EPP-ED)	Market_No Protectionism	Start
AU (PES)	No Barriers_Social Justice	Start_A
AE (ALDE)	Market_Consumer Protection	Middle
AG (ALDE)	Market_Disadvantages for SME	Start_A
BC (GREENS)	Rebuffal Directive_ Separation Public/Private	A

Tabelle 3: Argumente im Fall der Dienstleistungsrichtlinie

und dies nicht nur innerhalb einer Fraktion, sondern quer durch die Fraktionen hindurch. Während dieses Prinzip auf der Seite der konservativen und liberalen Abgeordneten im Form des Markt-Narrativs zu identifizieren ist, wählt die sozialistische Abgeordnete das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, um ihre Position in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie zu begründen.

Konflikte um Prinzipien aber sind in den meisten Fällen unteilbare Konflikte (Hirschman 1994, vgl. auch Bonacker 2009), das heißt, dass die Begründung durch Prinzipien nur schwer inhaltliche Zugeständnisse an die andere Seite zulässt. Im Vokabular dieser Arbeit wiederum bedeutet dies, dass die Hintergrundrepräsentationen, aus denen sich argumentative Performances der beiden Seiten speisen, keine klaren Möglichkeiten der Konvergenz aufweisen. Im Gegenteil, Markt und soziale Gerechtigkeit stehen sich in der Darstellung der Beteiligten geradezu antagonistisch entgegen, das eine Prinzip wird als Ausschluss des anderen Prinzips gesehen. Gerade dieses Problem zeigt sich auch darin, dass die Darstellung der eigenen Position in allen Berichten mit Ausnahme des Liberalen AG der Darstellung der Unvernunft der anderen Seite gegenüber gestellt wird – ohne eine argumentative Auflösung wie im Fall von REACH. Klar wird bereits an dieser Stelle, dass Argumente und die Konstruktion des Anderen in einer strukturell sehr viel engeren Beziehung stehen als im Fall der Chemikalienverordnung. Auf

diesen Punkt wird im nächsten Abschnitt genauer eingegangen. Zunächst aber noch einmal zu den Interpretationen des Konfliktthemas.

Das Framing in Form von Prinzipien wird durch Argumente ergänzt, die die Vielschichtigkeit des EP deutlich machen. Die Konservativen AH und BH begründen ihre Position mit dem Verweis auf die Rechte der Mitgliedsstaaten, ihre Märkte zu schützen, während der Konservative AO und der Liberale AG neben den prinzipiellen Erwägungen auch ihre Wahlkreise erwähnen und sich selbst als Repräsentanten der Interessen derselben sehen. Sehr viel mehr als im Fall von REACH spielt hier der territoriale Bezug der Abgeordneten eine Rolle. Dagegen argumentiert die Grüne BC sowohl mit der Heterogenität der Sozialsysteme (wie auch BH), die das Herzstück der Richtlinie, das so genannte Herkunftslandprinzip, fragwürdig erscheinen lasse, als auch mit der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Lösung. Sie nimmt damit eine Mittelposition zwischen einer territorialen und einer prinzipiellen Positionierung ein.

Darüber hinaus verknüpfen die BC wie auch AH und BH ihre Rahmungen des Problems mit dem Verweis auf die Unvernunft der anderen Seite (AH), den berechtigten Ängsten der Bevölkerungen (BH) und den auf schlechter Information beruhenden Ängsten der Gewerkschaften bzw. der weiteren Öffentlichkeit (BC). Das heißt, dass auch hier auf Faktoren verwiesen wird, die der eigenen Kontrolle nicht mehr unterliegen, sei es externer Protest oder die durch Argumente nicht zu behebende Irratio der anderen Seite. Deutlich wird damit, dass nicht nur eine Vielzahl von Möglichkeiten bestand, das Problem der Dienstleistungsrichtlinie zu rahmen und damit in verfügbare Interpretationsschemata einzuordnen, sondern dass eine Einigung zwischen diesen weit entfernten Positionen im Sinn einer gemeinsamen Interpretation des Problems nicht möglich war, weil sie der eigenen Kontrolle entzogen waren.

Die grüne Abgeordnete BC nimmt in gewisser Weise auch eine Sonderstellung ein, weil sie als einzige Befragte in allen drei Fallstudien die Möglichkeit eines Scheiterns des Legislativprozesses erwähnt und sogar unterstützt. Sie hält eine Ablehnung der gesamten Richtlinie für die einzig tragbare Lösung, da der Kommissionsvorschlag keine Differenzierung zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen gemacht habe und deshalb nur mit vielen Ausnahmen hätte verabschiedet werden können. Diese Ausnah-

men wiederum sieht sie als potentiell problematisch an, da sie darin ähnlich wie der Konservative AH eine zu große Möglichkeit für den Europäischen Gerichtshof sieht, die Richtlinie durch Richterrecht zu bestimmen. Diese Argumentationskette ist nicht nur wegen der Konsequenz der Ablehnung interessant, sondern auch, weil sie den stark debattierten Begriff des Herkunftslandprinzips in einen breiteren Kontext setzt:

MEP (BC): „Dann gab es natürlich unreflektierte Ängste, vor allem von Seiten der Gewerkschaften, was das Herkunftslandprinzip generell angeht. Da hatte ich auch den Eindruck, viele waren schlichtweg nicht informiert über europäische Gesetzgebung. Ich mein, es ist ja nicht so, dass wir das Herkunftslandprinzip nicht kennen, das gibt es ja in vielen Richtlinien, der Punkt ist nur, es wird im Allgemeinen begleitet von Mindestharmonisierung, und hier hatten wir einen Vorschlag mit Herkunftslandprinzip ohne Mindestharmonisierung, das... und dann noch in der Breite. Und... und das war ein Problem ja auch mit dem gesamten Vorschlag, er war einfach... als Provokation in den Raum gestellt, von vornherein von Bolkestein, der sich ja dann auch aus dem Staub machte, und wir mussten das dann lösen, und das rationalisieren. Also, wie gesagt, das Problem war: Herkunftslandprinzip konnte man überhaupt nicht mehr rational diskutieren, was schade war, dann musste man irgendein anderes Prinzip finden, was im Prinzip auch wieder auf Herkunftslandprinzip – ich mein, es gibt ja nicht viel Anderes. Von daher war’s zum Teil eine nicht seriöse Debatte, und die Konflikte konnten auch nicht rational ausgetragen werden, sondern sie waren eigentlich sehr emotional“ (BC, Zeilen 134–148).

Wenngleich BC nicht der Mehrheit angehörte, legt sie hier den Finger auf den wunden Punkt des Kompromisses: Durch die Umformulierung des Paragraphen zum Herkunftslandprinzip wurde das Problem, so jedenfalls scheint es, nur verschoben. Eine argumentative Lösung war in diesem Kontext nicht möglich.

6.2.3 *Der Andere im Parlament*

Deutlich wurde bislang, dass das Framing des Themas und die Konstruktion des Anderen enger miteinander verknüpft sind als im REACH-Fall. Das wird auch und besonders klar, wenn die Perspektive umgedreht und die Konstruktion des Anderen in den

Blick genommen wird. Während im ersten Fall der Andere externalisiert und so ein sozialer Raum zum Austausch von Argumenten und Angeboten geschaffen wurde, wird die symbolische Grenze in diesem Fall sowohl außerhalb als auch innerhalb des Parlaments gezogen. In den Geschichten der Mehrheit führt diese Grenze entlang der klassischen Links-Rechts-Teilung, die der oben geäußerten Erwartung wie auch der These Vivianis zu sozio-ökonomischen Konflikten entspricht. Die Erwartung übertreffend aber gestaltet sich die enge Beziehung des Anderen mit argumentativen Ketten. So kritisiert die Sozialistin AU direkt die Argumentation einiger Liberaler und Konservativer, indem sie sagt, dass

„[...] das [Herkunftslandprinzip] zu einem Wettbewerb zwischen den Sozialsystemen der Mitgliedsstaaten geführt hätte, und zwangsläufig [zu einem] ein Herunterziehen der... der Standards, was Arbeitsrecht, Sozialrecht angeht, das ist für mich als Sozialdemokratin absolut nicht akzeptabel. Und deswegen betone ich: Ich bin für die Offenheit, ich will, dass die Leute sich bewegen können, aber ich will, dass auch gleichzeitig ein Höchstmaß an Rechten beibehalten wird“ (AU, Zeilen 76–81).

Ihre Ablehnung der Position der Anderen wird noch zusätzlich unterstützt, indem sie in einer argumentativen Schleife hervorhebt, dass sie ihre Meinung erst nach Anhörung von Experten in Hearings und persönlichen Gesprächen gebildet hat. Ihre Begründung einer Position, so die Botschaft, ruht also auf externen und unabhängigen Ratschlägen und ist daher besonders abgesichert gegenüber der irrationalen Herangehensweise der anderen Seite.

Demgegenüber bewertet der Liberale AE eben dieses Argument als Hinweis auf protektionistische Politik seitens der sozialistischen Fraktion:

MEP (AE): „[...] das war das Stichwort vom Sozialdumping, was da benutzt wurde. Es gab die Befürchtung, dass... ich halte dieses Wort vom Sozialdumping für für für eine... Wortkeule...“

Interviewer: (lacht)

MEP (AE): „... es sagt ja relativ wenig aus. Ehm, es war einfach die Befürchtung, dass Anbieter Dienstleistungen anbieten zu Preisen, bei denen die eigenen Anbieter vielleicht nicht mit können. Im Kern war es ein protektionistisches Argument, im Kern ist es ein protektionistisches Argument,

denn... und es wurde suggeriert, dass wenn es so ist, dass diese Dienstleistungen angeboten werden können in anderen Ländern, quasi ein Zwang zur Wahrnehmung dieser Dienstleistung entsteht, was natürlich völliger Unsinn ist, es steht ja jedem frei, bei seinem heimischen, vertrauten, von der Qualität her auch bekannten Dienstleistungsanbieter weiterhin... seine Nachfrage auch zu befriedigen" (AE, Zeilen 239–253).

Analog zu dieser Argumentation tragen auch die beiden Konservativen AO und BD die Gegenüberstellungen von Positionen vor, indem sie die Position der anderen Seite, nationale Traditionen oder Märkte bis zu einem gewissen Maß schützen zu wollen und zu müssen, als emotional oder logisch falsch bezeichnen. Besonders explizit wird dies bei AO, der verdeutlicht, wie Narrative – in diesem Fall das Narrativ des freien Marktes als Chancengleichheit für alle und das Narrativ der Sicherung nationaler Sozialsysteme als Chancengleichheit – sich hier kreuzen, ohne ineinander überführt werden zu können. Auf die Frage, welche Argumente die Gegenseite denn vorgetragen hätte, antwortet er:

MEP (AO): „Schutz der Arbeitnehmer. Und [...] natürlich gab's eine ganze Reihe von Wortbeiträgen und so weiter, aber wenn man's versuchen würde kurz zu reduzieren auf den Kerninhalt, ging's halt um die Frage: Europa muss fair bleiben, die Frage war dann: Für wen bleibt's fair? Denn aus Sicht der Osteuropäer war's eben so, [...] dass Europa nur dann fair ist, wenn der Markt geöffnet wird, aber da haben sich vor allem [...] von der Gegenseite die alten Europäer dazu geäußert: Man [...] dürfte Europa nicht zu stark liberalisieren, und so die nationalen Bräuche und Traditionen und so weiter hochhalten. Also im Nachhinein betrachtet kann man eigentlich sagen, dass es eine sehr emotionale Diskussion war, die sehr wenig mit den Fakten zu tun hatte-(AO, Zeilen 271–283).

Ein Blick auf die Argumentationsketten der konservativen Abgeordneten zeigt aber auch, wie geteilt die Meinungen innerhalb der größten Fraktion des EP und wie fragil trotz aller Schärfe auch die narrativen Grenzen waren. Denn während AO und BD inhaltlich wesentlich näher an den Liberalen AE und AG sind, teilen BH und AH grundsätzlich einige Elemente mit der Sozialistin AU. BH etwa leitet die Entwicklung seiner Position durch das Narrativ der Heterogenität zwischen den Mitgliedsstaaten ein, das er direkt mit dem

Argument des Sozialdumpings verknüpft. Und sein Fraktionskollege AH begründet sein Eintreten für ein eingeschränktes Herkunftslandprinzip damit, dass die Mitgliedsstaaten das Recht haben müssen, „ihre eigenen inneren Strukturen beizubehalten“ (AH, Zeile 454).

Letztlich zeigt sich hier, wie der erreichte Kompromiss vor allem Anschlussfähigkeit zwischen den unterschiedlichen Positionen sichern sollte, von einer inhaltlichen Konvergenz aber weit entfernt war. Dass dies auch innerhalb ein und derselben Fraktion der Fall war, deuten die beiden Konservativen BD und BH an, die erläutern, wie ihre eigene Fraktion Probleme hatte, eine einheitliche Meinung zu finden und wie eine interne Arbeitsgruppe zu diesem Zweck eingerichtet wurde. Ähnlich wie im Fall von REACH dient die interne Heterogenität als Begründung dafür, dass es am Ende keine andere Lösung gegeben habe als die Große Koalition.

Hier wird auch der Unterschied zwischen Mehrheit und Minderheit deutlich. Die Abgeordneten der großen Fraktionen bilden in ihren Geschichten zwar Referenzgruppen mit jeweils einer der kleineren Fraktionen, deren Nicht-Einbeziehung in die informelle Arbeitsgruppe begründen sie aber später mit der Notwendigkeit institutionelle Handlungsfähigkeit. Der Konservative AO etwa verknüpft die Mediationswirkung der großen Koalition auch damit, dass die politische Angriffsfläche im Fall einer Mehrheit mit den Liberalen zu groß gewesen sei. Dadurch wird eine Begründung für die große Koalition geschaffen wird, die über die institutionellen Grenzen des EP hinausgeht.

Auffällig ist über diese Frage der Mehrheitsbildung hinaus, dass bis auf die Liberalen die kleineren Fraktionen so gut wie keine Rolle in den Berichten der Mehrheitsabgeordneten spielen. Zwar deutet die Sozialistin AU eine Kooperation zwischen PES und Grünen an (was durch die Erzählung von BC bestätigt wird), ansonsten aber tauchen die kleineren Fraktionen entweder gar nicht auf, wie in den Fällen der Konservativen AO, BH und AH oder sie werden ausgeschlossen, weil sie den Kompromiss nicht mittragen wollten, wie bei AU und BD. Damit zeigt sich wie auch im REACH-Fall ein narrativer Ausschluss der kleineren Fraktionen durch die Zuschreibung ihrer Nein-Stimmen als Stimmen gegen die institutionelle Vernunft.

Halten wir fest: Der Konflikt um die Dienstleistungsrichtlinie wird von den Befragten überwiegend als ein Konflikt um politi-

sche Prinzipien verstanden, in dem die Position der einen Seite der Position der anderen Seite antagonistisch gegenüber steht. Der soziale Raum, der im Fall von REACH durch die narrative Externalisierung des Anderen und die Akzeptanz der jeweilig anderen politischen Position geschaffen wird, kommt hier nicht zustande, weil die Beteiligten sich gegenseitig als Vertreter einer irrationalen Meinung ansehen und sich daher nur begrenzt Legitimität zusprechen.

6.2.4 *Performances der Verhandlung als Eskalation des Konflikts*

Wie gelingt nun der Aufbau einer Brücke zum Kompromiss? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir die nächsten Abschnitte der Erzählungen analysieren, in denen die Verhandlungsphase geschildert wird.

Dabei fällt sofort auf, dass die strukturellen Distanzen zwischen den Sequenzen zur Rahmung des Themas und der Einführung des Kompromisses sehr unterschiedlich lang sind, sprich: dass die Beteiligten diese Phase und die in ihr dargestellten Performances unterschiedlich stark betonen, um den Kompromiss einzuleiten. Für die Minderheit ist der Weg vom Beginn eines Konflikts bis zu seinem Ende eben wegen des Resultats nicht wichtig, denn auch wenn es Verhandlungen gegeben haben sollte, an denen die Minderheit beteiligt war, sind sie für das Endergebnis offensichtlich nicht von Belang gewesen.

Auch die beiden Konservativen AO und AH schreiben dieser Phase eine begrenzte Bedeutung zu, da in den Netzwerken ihrer Geschichten die Distanz zwischen Einführungssequenz und Kompromissesequenz vergleichsweise kurz ist. In diesen beiden Fällen liegt die Vermutung nahe, dass der folgende Kompromiss inhaltlich nicht begründet werden kann, weil in der Verhandlungsphase lediglich die andere Seite performativ übertreibt und damit eine sinnvolle Auseinandersetzung (hier tatsächlich gemeint als die Suche nach inhaltlichen Brücken) unmöglich macht. Hier ist es sinnvoll, noch einmal daran zu erinnern, dass in der Anzahl der Ereignisse und Performances kein bedeutender Unterschied zwischen REACH und Dienstleistungsrichtlinie besteht. Auch im Fall der REACH-Verordnung war die Verhandlungsphase durch eine vergleichsweise kleine Anzahl von Performances charakterisiert. Der

Unterschied wird aber deutlich, wenn die Ergebnisse der beiden vorhergehenden Abschnitte hinzugenommen werden: Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie hätte es gerade besonders vieler Performances bedurft, um eine inhaltliche Einigung zustande zu bekommen. Im Fall von REACH hingegen war eine generelle Übereinstimmung über das Ziel bereits vorhanden.

Interessanter aber als der einfache Antagonismus ist der Vergleich zwischen den Mittelsequenzen der drei detailreichsten Geschichten, denen der Konservativen BD und BH und der Sozialistin AU, denn sie alle beschreiben das, was als strategische Vorbereitung des Kompromisses bezeichnet werden kann. Ganz explizit formulieren sowohl BD und BH die Notwendigkeit, in diesem Gesetzgebungsprozess eine starke Koordination der eigenen Fraktion zu betreiben. Wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – BD will die Reihen geschlossen halten, BH dagegen fühlt sich in der eigenen Fraktion in der Minderheit – so sehen sie doch beide ihre Fraktion nach nationalen Linien geteilt und reklamieren eine interne Arbeitsgruppe, um der Fraktion eine einheitliche Meinung zu geben. Ebenso beschreibt AU, wie auf ihrer Seite versucht wurde, „Verbündete zu finden“, um der konservativen Mehrheit in Parlament, Rat und Kommission ein Gegengewicht bieten zu können. Es zeigt sich also deutlich, dass neben der inhaltlichen Positionierung auch die Organisation der eigenen Seite ein elementarer Bestandteil des Narrativs eines Einigungsprozesses ist.

Nachdem also die Fronten geklärt sind, beschreiten alle drei Geschichten unterschiedliche Wege, um den Kompromiss einzuleiten. Der Konservative BH wählt den Weg des öffentlichen Drucks, der dazu geführt habe, dass einige provokante Elemente des Kommissionsentwurfs (Health, Gambling etc.) bereits in der fraktionsinternen Arbeitsgruppe verworfen wurden. Sein Fraktionskollege BD dagegen verknüpft die konziliante Performance der Konzessionen mit der institutionellen Überlegung, dass die provokanten Elemente auch im Rat keine Mehrheit gefunden hätten. Die Sozialistin AU wiederum beschreibt zunächst noch den Weg des inhaltlichen Vorschlags, der bei der Gegenseite ohne Begründung durchfällt. Der neue Vorschlag aber wird bereits eingeleitet durch eine institutionelle Überlegung, denn sie verweist darauf, dass eine absolute Mehrheit notwendig ist, um eine erste Lesung durch das Parlament zu bringen, und dass diese absolute Mehrheit am ehesten durch eine große Koalition zustande gebracht werden könne. Dass auch der

neue Vorschlag und ein weiterer Vorschlag abgelehnt werden, bestätigt nur noch einmal die Hartnäckigkeit des Konflikts – in gewisser Weise hat diese Iteration zwischen Vorschlag und Ablehnung, zwischen Performance und Gegenperformance, keine andere Funktion als die kurze Distanz zwischen Beginn und Kompromiss bei AO und AH: Inhaltlich gab es keine Bewegungen und die Schuld dafür ist deutlich bei der anderen Seite zu suchen.

Mit anderen Worten machen die Verknüpfungen deutlicher, was sich bereits in den Sequenzen der Themeneinführung angekündigt hatte: Der Irrationalität der anderen Seite kann nur durch institutionelle Brücken begegnet werden. Die zentrale Stellung dieses Erzählabschnitts wird auch klar, wenn das Argument der Betweenness (vgl. Kap. 4.3.2.7) angeführt wird: Die mittleren Abschnitte bereiten den Kompromiss vor, ohne sie fehlt eine semantische Brücke zwischen Konflikt und Kompromiss. Denn während die ersten Sequenzen den Antagonismus zwischen zwei Positionen herausstellen, wird in diesen Abschnitten eben die Brücke gebaut, ohne die eine Einigung keinen Sinn machen würde.

6.2.5 *Das Brückenelement der Arbeitsgruppe*

Gerade diese institutionellen Brücken sind nun die entscheidenden Elemente, die den Narrativen erlauben, miteinander verknüpft zu werden. In der Abbildung 6.1 sind die Sequenzen der Berichte zusammengefasst, die den entscheidenden Wendepunkt im Konflikt beschreiben: die Gründung einer informellen Arbeitsgruppe zwischen den beiden großen Fraktionen nach der Abstimmung in erster Lesung im IMCO-Ausschuss.

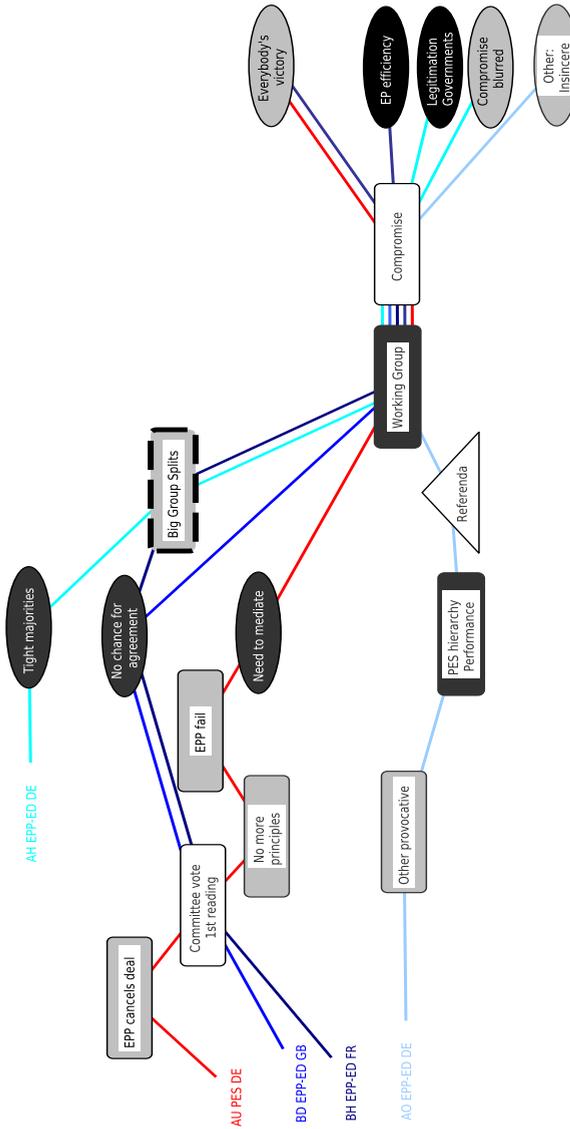


Abbildung 4: Narrative Verknüpfungen im Fall der Dienstleistungsrichtlinie

Die Abbildung zeigt die Verknüpfung der Geschichten der Mehrheitsabgeordneten (vgl. Anhang B) über das Brückenelement der Arbeitsgruppe. Deutlich zu erkennen ist, dass die Brücke fast ausschließlich mit institutionellen Elementen direkt verbunden ist und dass die Geschichten in der Bewertung des Kompromisses (rechte Bildhälfte) wieder divergieren.

Bereits erwähnt wurde die Iteration zwischen Vorschlag und Ablehnung in der Erzählung der sozialistischen Abgeordneten. Diese Sackgasse wird nun aufgelöst durch den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der PES, eine Arbeitsgruppe zwischen den beiden großen Fraktionen zu gründen und so die Verhandlungen auf eine breitere Basis zu stellen. Der Eingriff durch die Fraktionsführung der PES wird auch von der Grünen BC und dem Konservativen AO erwähnt, aus der Außenperspektive aber als hierarchischer Eingriff gewertet, der die Berichterstatterin de facto ihrer Verantwortung beraubt. Angesichts ihrer unterschiedlichen inhaltlichen Positionen bewerten beide diese hierarchische Performance unterschiedlich und lesen darin verschiedene Skripte. Beide aber verknüpfen oder begründen sie mit dem Verweis auf die Referenden in Frankreich und den Niederlanden als beeinflussende externe Ereignisse. Bei AO heißt es dazu:

MEP (AO): „Naja, und [...] die Diskussion im Parlament war ja ohnehin schwierig, weil... natürlich die Sozialisten, jedenfalls die Berichterstatterin, auch so ein bisschen politisches Spiel dann damit betrieben hat, sich als... Jeanne D'Arc der Europäischen Dienstleister zu präsentieren, und das hat ja dann sozusagen ihre eigene Fraktion ihr dann auch ein Stück aus der Hand genommen, weil man dann gesagt hat: So kann das nicht weitergehen, wir wollen auch nicht, dass Europa da komplett dran... jetzt zugrunde geht, vielleicht ein bisschen übertrieben, aber die Abstimmung in Frankreich hat ja gezeigt, welches Risiko drin liegt“ (AO, Zeilen 79–86).

Hier zeigen sich Parallelen zu AOs Kollegen BH, der die Referenden bereits im Zusammenhang mit der Formulierung einer einheitlichen Fraktionsmeinung erwähnt hatte. Damit wird auch deutlich, dass weder AO als Mitglied der Mehrheit noch BC als Mitglied der Minderheit die Einrichtung der Arbeitsgruppe inhaltlich begründen können, sondern quasi den Weg über externe Ereignisse gehen müssen, um die folgenden Ereignisse mit Sinn versehen zu können.

Noch expliziter wird die Notwendigkeit einer institutionellen Begründung bei der Betrachtung der Konservativen BD und BH. Beide berichten von der Abstimmung im IMCO-Ausschuss, die ein Erfolg für die eigene Position war, um direkt daran das kognitive Element anzuschließen, dass eine Mehrheit im Plenum für diese Position allerdings nicht aussichtsreich sein würde. So berichtet BH:

MEP (BH): „[...] on finit par voter en Novembre 2005, et là, c'est la position du PPE, la position que nous avons défini, qui gagne en commission. Le rapporteur, Mme Gebhardt, est battu. Mais, nous savions très bien que en séance plénière, il était hors question que nous puissions avoir une majorité sur notre position, celle qui avait gagné en commission, et on savait aussi que les états membres n'accepteraient pas cette position et en particulier les plus grands comme la France, l'Allemagne, la Grande-Bretagne, l'Espagne, l'Italie et cetera“ (BH, Zeilen 157–162).²

Die Begründung der geringen Aussichten für eine liberal-konservative Mehrheit führt auf unterschiedliche Art über ein narratives Element, das durch die Position zwischen der Erzählung antagonistischer Performances und der Kompromissperformance eine zentrale Bedeutung erhält. Denn alle Konservativen verweisen darauf, dass die Fraktion intern weitgehend nach nationalen Konfliktlinien gespalten war. Demnach ist der äußere, institutionell begründete Kompromiss mit der sozialistischen Fraktion auch ein Mittel, um die Kohäsion der eigenen Fraktion angesichts einer drohenden Spaltung zu stärken.

Komplementär dazu steht die kognitive Ablehnung einer Mehrheit mit der liberalen Fraktion, die inhaltlich näher an der Position vieler Konservativer gewesen wäre. Diese Ablehnung erfolgt dann über den Verweis auf die innere Heterogenität, die eine Mehrheit zwischen Konservativen und Liberalen schwer gemacht hätte. Dieser Sinn durch die Verknüpfung der Kompromisshandlung mit institutionellen Notwendigkeiten zeigt sich als besonders tragfähig, da auch die Minderheitsberichte des Liberalen AE und der Grünen BC sie direkt vollziehen. Während BC dabei den Weg über das externe Ereignis der Referenden geht, verweist auch AE auf die nationalen Trennlinien innerhalb der großen Fraktionen, um deutlich zu machen, warum es zur Einigung zwischen den beiden großen Fraktionen kam. Trotz der negativen Bewertung durch beide, die in der Einigung einen ungerechtfertigten Ausschluss bzw. eine Art

2 *„Schließlich wird im November 2005 abgestimmt und im Ausschuss gewinnt die Position der EPP-ED, die Position, die wir definiert haben. Die Berichterstatterin, Frau Gebhardt, ist geschlagen. Aber wir wussten sehr gut, dass es außer Frage stand, eine Mehrheit für unsere Position, die im Ausschuss gewonnen hatte, auch im Plenum zu bekommen, und wir wussten auch, dass die Mitgliedsstaaten, vor allem die großen wie Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien usw. die Position nicht akzeptieren würden“ (Eigene Übersetzung).*

Verrat an der Vernunft sehen, und trotz einer profunden Kritik des Modells der „großen Koalition“, das sich gegen die politische Vernunft wendet, wird auch hier klar: Die Brücke zwischen Kompromiss und institutionellen Notwendigkeiten ist auch für die Abgeordneten der Minderheit eine sinnvolle Verknüpfung zwischen Konflikt und Kompromiss, was für die Überzeugungskraft der institutionellen Performance spricht.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Berichte der Ereignisse einen Dreischritt gehen: Der Präsentation des Konflikts als Konflikt zwischen antagonistischen inhaltlichen Positionen folgen die Beschreibung der Eskalation und der Brückenschlag zum Kompromiss durch den Verweis auf institutionelle Zwänge. In anderen Worten kommt durch dieses Brückenelement in den Narrativen eine interessante Gemeinsamkeit zwischen Mehrheits- und Minderheitserzählungen zum Ausdruck: Das Skript der institutionellen Notwendigkeit wird von allen Beteiligten als solches gelesen und als legitim akzeptiert, deshalb kann über das institutionelle Element der Arbeitsgruppe eine Verknüpfung der Geschichten erfolgen. Das heißt nicht, dass die Abgeordneten der kleinen Fraktionen es als richtig ansehen, aber die Performance der institutionellen Geschlossenheit sichert eine verfahrenstechnische Legitimation, die den „Kleinen“ nur erlaubt, sich als Ausgeschlossene zu fühlen, nicht aber, die Einigung grundsätzlich als unverständlich darzustellen.

Mit dem Hinweis auf institutionelle Geschlossenheit ist auch auf einer abstrakteren Ebene der Unterschied zum REACH-Fall benannt. Durch die Gründung der Arbeitsgruppe wird die Bühne neu aufgestellt und der soziale Raum zur Verhandlung zum ersten Mal geschaffen. War dieser Raum vorher durch die tiefen Gräben zwischen Links und Rechts, zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten noch undenkbar, so wird das Geschehen in einen neuen Raum verlagert, indem abseits des öffentlichen Drucks miteinander verhandelt werden kann. Dadurch wird, wie sich in der Bewertung des Kompromisses zeigt, der prinzipielle Widerspruch zwischen Marktfreiheit und dem Schutz sozialer Systeme zwar nicht aufgehoben, aber die vorher gebrauchten Konstruktionen des Anderen werden zumindest vorübergehend ausgesetzt, um zum Wohl der gemeinsamen Institution in einem geschützten Raum eine Einigung zu erzielen.

6.2.6 *Das Ergebnis und seine Bewertung*

Vor diesem Hintergrund erscheint es dann logisch, dass der Kompromiss in den meisten Interviews nur kurz erwähnt wird, ohne aber auf die Details einzugehen, die auf inhaltliche Zugeständnisse hinweisen könnten. Denn da der Kompromiss primär nicht in inhaltliche, sondern in institutionelle Erwägungen eingebettet ist, bedürfen die tatsächlich vorgenommenen kognitiven Schritte zum Kompromiss auch keiner besonderen Erläuterung. Etwas detaillierter liest sich die kognitive Rahmung des Kompromisses beim Konservativen BD:

MEP (BD): „So we then had a sort of separate committee to broker agreement among all the political groups. We had to make a few further concessions to get the Socialists on board, particularly around the country of origin principle. We came up with quite an elegant wording about freedom to provide services, which I think was well done, and which the Socialists were prepared to accept. They could say: ‘Well, we got rid of the country of origin principle, and this is a great victory for us!’ And we were able to say: ‘Well, actually, we’ve secured the freedom to provide services, we have screening, we have everything else, which is a great victory for us!’ So everyone was happy“ (BD, Zeilen 236–242).

Hier zeigt sich, dass die Einigung eben gerade nicht eine Deutungskonvergenz beinhaltet, sondern lediglich die Möglichkeit zur Anschlussfähigkeit eröffnet, mithilfe derer beide Seiten den Erfolg für sich beanspruchen können, obwohl die inhaltlichen Gräben nicht verschlossen sind.

Dieser Punkt wird auch bei der Betrachtung der Bewertungen dieses Kompromisses deutlich. Die Bewertungssequenzen schließen alle mehr oder weniger direkt an die Beschreibung des Ergebnisses an, unterscheiden sich aber teilweise deutlich in der Verknüpfung mit kognitiven Elementen. So ist der Kompromiss für den Konservativen AO zwar akzeptabel, aber er fährt fort, indem er sagt, dass „das [...] Grundproblem eigentlich [...] cacht“ (AO, Zeile 335) worden sei, das er in der übertriebenen Interpretation des Herkunftslandprinzips durch weite Teile der Öffentlichkeit sieht. Sein Kollege AH hingegen bezeichnet die Einigung sofort als Formelkompromiss und kritisiert sie mit Verweis auf die in seinen

Augen zu große Macht des Europäischen Gerichtshofs (ein Argument, das er mit seiner grünen Kollegin BC teilt), rechtfertigt dann aber das Resultat mit zwei Verknüpfungen: zum einen den institutionellen Gegebenheiten des EP, zum anderen der Möglichkeit für den Rat, die Einigung des Parlaments aufzunehmen und so eine Legitimation für eine eigene Entscheidung zu haben.

In der Bewertung also zeigt sich einerseits die sofortige Kritik am Ergebnis, andererseits setzen sich die institutionellen Verknüpfungen fort, was sich bei den Konservativen BD und BH wie auch bei der Sozialistin AU im Gegensatz zu AO und AH auf zweierlei Art äußert: Erstens berichten alle drei davon, dass die Einigung des Parlaments gern und schnell von Rat und Kommission aufgenommen wurde, zweitens schließen BD und BH eine Gegenüberstellung der Entscheidungsprozeduren von Parlament und Rat an, die zum Fazit führt, dass das EP im Vergleich zu anderen Institutionen besonders effektiv sei. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem die direkte Verknüpfung zwischen der positiven Bewertung des Ergebnisses und der Beschreibung des EP als effektiver Entscheidungsinstanz, also die positive Zuschreibung politischer Effektivität mit der *gesamten Institution EP* und nicht allein mit einer der Fraktionen.

Dass dieses Narrativ quer durch das EP jedenfalls prinzipiell geteilt wird und in der Bewertung von Entscheidungsprozessen von vielen Abgeordneten herangezogen wird, zeigt sich auch in der Analyse der Minderheitsgeschichten. So leitet die Grüne BC ihre bereits erwähnte Kritik am Verhalten des Rats in der zweiten Lesung damit ein, dass die erste Lesung insofern ein Erfolg gewesen sei – obwohl sie das Ergebnis für schlecht hält! – als die Kommission den Willen des Parlaments habe akzeptieren müssen. Besonders prägnant findet sich das Argument beim Liberalen AG wieder, der unabhängig vom Einzelfall Dienstleistungsrichtlinie beschreibt, was er für eine generelle Entwicklung im politischen System der EU hält:

MEP (AG): „[...] There is an increasing phenomenon in the last two years... changing what always used to be the pattern. In the pattern the Council was the dominant body and the Parliament was saying: Well, we have some amendments, and... we would argue with the Council, but they would have the last word, and... in the early days, we only gave an opinion, we only had one reading, not even two readings. In

the last 18 months, it's changed and we are now dominant, and the Council is weak, and the reason is, that the Council always tries to have consensus, it doesn't take a vote on making its position. 27 delegations sit around the Council table, give their opinions and they try to find a compromise; a little bit for Bulgaria, a little bit for Greece, a little bit and so on. And... now there are 27, not 15 like before 2004, it's very hard in the Council we're told to find a position... and... the Parliament... for better for worse, makes its position: We vote. We win and we lose and, so we arrive at our position, our first reading. And now, what is happening, increasingly, is the Council saying: Oh god, actually, the Parliament's first reading is quite good, we would... in the Council we would like one or two changes, but not very many. So now we have the Council coming to the Parliament saying: Well, we have two little changes to propose, which seems everybody in the Council agrees on, but we're not going to make... we're not going to push it for a second reading, we cannot... find enough strength to provide a completely different Council Common Position, as it is called, and so then increasingly, the Parliament's first reading is becoming the law, erm, with maybe one of two...erm, so we don't actually go to second reading, and... and people in the Council tell me, this is because it's so difficult with 27 and not wanting to take a vote to... to do a proper job, and so suddenly we are efficient and fast, or quite fast... and clear anyway, and they are not, so suddenly the Parliament's... will is prevailing" (AG, 532–558).

Das heißt jedoch nicht, dass alle Abgeordneten diese Effektivität gutheißen. Sowohl die Sozialistin AU als auch der Konservative AH beklagen eine Zunahme an Entscheidungen in erster Lesung, die sie für wenig transparent halten – wie dies übrigens im REACH-Fall auch der deutsche Konservative BA tut.³ AH bettet diese Kritik aber in ein breiteres Argument über eine zu geringe Politisierung des Europäischen Parlaments ein, die dazu führen würde, dass in der Öffentlichkeit nur vom EP als Ganzem gesprochen würde und nicht von den politischen Unterschieden. Den Grund macht er vor allem in der Bedingung der absoluten Mehrheit aus, die dazu führe, dass bei allen Unterschieden schnell nach Möglichkeiten zum Kompromiss gesucht werde. AU wiederum beklagt ebenso eine Unsichtbarkeit von politischem Streit und führt diesen

³ vgl. Costa et al. 2011.

Umstand darauf zurück, dass die Organisation wechselnder Ratspräsidentenschaften dazu führe, dass die jeweiligen Vorsitzenden des Rates auf Ergebnisse dringen würden, die sie dann als Erfolg ihrer Präsidentschaft verkaufen könnten.

Letztlich zeigt sich in diesem Dilemma zwischen institutioneller Effektivität und demokratischer Transparenz, das durch den Vergleich der Interviews offen gelegt wird, ein Punkt, der auch in den beiden anderen Fallstudien von Gewicht ist: die Fokussierung der eigenen Arbeit auf Entscheidungen, die als Veränderungen des Status Quo gelten können. Besonders bei der Analyse der Geschichten von AU und AH fällt auf, dass sie zwar die geringe Transparenz kritisieren, gleichzeitig aber eine informelle Arbeitsgruppe für den einzig gangbaren Weg halten und das Resultat des Kompromisses auch begrüßen, weil es „ein Fortschritt [ist]“ (AH, Zeile 292). Tatsächlich wird auch nur im Fall der Minderheitsabgeordneten BC eine Ablehnung des Kommissionsvorschlags oder auch ein späteres Scheitern des Prozesses thematisiert. Dieser Befund ist insofern passend, als es in der Geschichte des Mitentscheidungsverfahrens – heute Ordentliches Gesetzgebungsverfahren – nur sehr wenige Fälle gab, in denen ein Gesetzgebungsprozess aufgrund fehlender Mehrheiten gestoppt wurde (vgl. auch Kapitel 3). Das Narrativ der Konfliktlösungen im EP sieht demnach ein Scheitern eines Prozesses – und seien die inhaltlichen Gräben noch so tief – im Normalfall nicht vor.⁴

6.2.7 *Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe*

Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie sind ebenso wie im Fall von REACH reine narrative Ketten selten, was insgesamt schon darauf hindeutet, dass der Prozess als nicht alltäglich wahrgenommen wurde. Jedoch sind einige Erkenntnisse dennoch interessant im Vergleich mit dem ersten Fall. So wird die Art und Weise der Informationsbeschaffung zur Bildung einer Position bezeichnenderweise nicht von allen Beteiligten in der gleichen Art und Weise reflektiert. Während einige Befragte wie etwa der Konservative BD und der Liberale AG ihre Position aus prinzipiellen Erwägungen herleiten, erwähnen die beiden Konservativen AO und AH den Kontakt mit externen Akteuren wie Kommissionsmitarbeitern oder Lobby-

⁴ vgl. hierzu auch noch einmal Ripoll Servents (2013) Argument der „verantwortlichen Gesetzgeber“.

isten ohne weitere Erläuterung. Ähnlich wie im Fall von REACH gilt es bei einigen Abgeordneten als normal, dass sie sich eine Meinung bilden, indem sie Lobbyisten anhören.

Darüber hinaus tritt aber eine weitere Gemeinsamkeit zum REACH-Fall hervor, und zwar die explizite Begründung der großen Koalition durch kognitive Schleifen. Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie ist dies verständlicher, als der Konflikt zwischen den beiden großen Fraktionen sehr viel deutlicher zutage tritt als im ersten Fall. Dazu kommt aber auch, dass im Unterschied zu REACH die kognitiven Schleifen direkt an die Ereigniskette anschließen, da die Einrichtung der Working Group gerechtfertigt werden muss. Somit wird ihre Stellung zentraler, was wiederum das erhöhte Gewicht institutioneller Elemente in den Interviews zur Dienstleistungsrichtlinie verdeutlicht.

6.3 ZWISCHENFAZIT

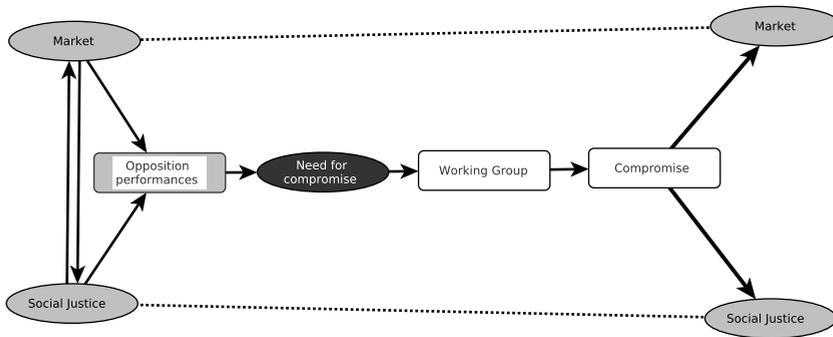


Abbildung 5: Die Kompromissstruktur im Fall der Dienstleistungsrichtlinie

Die Abbildung zeigt vereinfacht die Struktur der verknüpften Geschichten, wobei die beiden Narrative des Marktes und der sozialen Gerechtigkeit direkt die Performances beeinflussen und miteinander in einem antagonistischen Verhältnis stehen. Die Verknüpfung der Geschichten verläuft dann über die institutionelle Begründung der informellen Arbeitsgruppe, wobei die Geschichten nach Abschluss des Kompromisses wieder divergieren und zurück zu den Ursprungspositionen führen.

Die Analyse des Konfliktes um die Dienstleistungsrichtlinie bietet ein recht eindeutiges Ergebnis. Es zeigt sich, dass die Befragten ein ähnliche Abfolge von Sequenzen verwenden, um den Konflikt zu schildern. Der Meinungsbildung folgt in den meisten Fällen die Gegenüberstellung mit der „irrationalen“ Meinung der anderen Seite, woraus sich eine antagonistische Konstellation von Positionen ergibt. Der Konflikt zwischen diesen beiden prinzipiell begründeten Positionen wird dann als quasi unveränderbar beschrieben und eskaliert in der Ausschussabstimmung gegen die Position der sozialistischen Berichterstatterin. Die Überführung des nun eskalierten Konflikts in einen Kompromiss verläuft in allen Erzählungen

über die kognitiven Elemente institutioneller Erwägungen. Deren Kanon ist, dass nur eine Einigung zwischen den beiden großen Fraktionen im Hinblick auf die Plenarabstimmung Erfolg haben kann und somit eine informelle Arbeitsgruppe gebildet wird, die einen Kompromiss zwischen den beiden antagonistischen Positionen herbeiführen soll. Der dann ausgehandelte Kompromiss wird von den Befragten erstens nur kurz beschrieben und zweitens auch sehr unterschiedlich gewertet.

Damit stellt sich dieser Konflikt als ein grundsätzlich anderer Fall der Kompromissbildung dar als der Fall der Chemikalienverordnung. Erstens wird der Konflikt durch den Rekurs auf Prinzipien zu einem unteilbaren Konflikt und damit sehr schwer inhaltlich zu lösen. Zweitens werden die symbolischen Grenzen innerhalb des Parlaments gezogen, was eine Einigung zusätzlich erschwert. Drittens kommt es dadurch auch nicht zu einem relativ freien Austausch von Argumenten und Zugeständnissen, der soziale Raum dafür muss erst noch geschaffen werden. So erhält auch ein anderes Element als der Kompromiss selbst die zentrale Rolle als Brückenelement: Die Schaffung der Arbeitsgruppe zwischen den beiden großen Fraktionen bietet den institutionellen Anknüpfungspunkt für die widerstrebenden Narrative.

Damit ist eine Grundbedingung für den Kulturellen Kompromiss nach Andreas Wimmer (2005) und damit auch des hier verfolgten theoretischen Ansatzes erfüllt. Zusätzlich wurde auch eine andere Einsicht gewonnen: Performances, deren Skripte sich aus großen, prinzipiell begründeten Narrativen speisen, sind zum Misserfolg verdammt, wenn es um das Überzeugen einer politisch auf entgegengesetzten Prinzipien aufbauenden anderen Seite angeht. Deshalb kann eine Einigung dann wahrscheinlich nur durch die Aufführung eines wohl bekannten institutionellen Skriptes eingeleitet und begründet werden: dem Skript der Einzigartigkeit des EP und der daraus resultierenden Verantwortung, zu Ergebnissen zu kommen. Diese institutionelle Einbettung des Kompromiss-Elements wird zusätzlich verstärkt durch die teilweise direkte Verknüpfung der Ergebnisbeschreibung mit dem Narrativ des effektiven EP und durch den – vor allem relativ zu den anderen Fallstudien – hohen Anteil an kognitiven Sequenzen zur institutionellen Konstellation in der EU sowohl in den Geschichten der Minderheit als auch der Mehrheit.

TDIP: DIE EINIGUNG ALS SELBSTVERPFLICHTUNG

7.1 VORGESCHICHTE

Der Ausschuss TDIP „zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen“ (vgl. EP/OEIL 2007) hatte seinen Ursprung in Medienberichten über angebliche Geheimflüge und Geheimgefängnisse des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA. Die Brisanz und letztlich auch die Begründung für das EP, einen Sonderausschuss ins Leben zu rufen, lag darin, dass die Geheimgefängnisse auf dem Boden von EU-Mitgliedsstaaten vermutet wurden und die Flüge der CIA ohne das Wissen der nationalen Flugbehörden der Mitgliedsstaaten nicht denkbar waren. Kurz: Es ging um die mögliche Kooperation von europäischen Regierungen bei geheimen Entführungen von Terrorverdächtigen und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen.

Nachdem erste Medienberichte im Jahr 2005 die Aufmerksamkeit einer europäischen Öffentlichkeit¹ erregt hatten, beschloss das Europäische Parlament am 18. Januar 2006, einen Sonderausschuss für die Dauer von zwölf Monaten ins Leben zu rufen. Dieser sollte der den Vorwurf untersuchen, ob die CIA im Hoheitsgebiet von EU-Mitgliedsstaaten nach EU-Recht illegale Handlungen vollzogen hatte.² Vorausgegangen war im EP eine Debatte über die legale Form, die der Ausschuss haben könnte (vgl. Schank et al. 2010), da das Europäische Parlament einen Untersuchungsausschuss nur dann einsetzen darf, wenn der begründete Verdacht besteht, dass Gemeinschaftsrecht gebrochen wurde. Da es sich in diesem Fall zwar um die Rechte einzelner EU-Bürger, nicht aber im strengen

¹ In diesem Fall kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einer transnationalen Öffentlichkeit gesprochen werden, wenn die Definition von Cathleen Kantner und Klaus Eder (2000) herangezogen wird.

² vgl. EP/OEIL 2007. Bereits zwei Monate zuvor hatte die parlamentarische Versammlung des Europarats eine Untersuchung eingeleitet (Council of Europe 2006).

Sinn um Gemeinschaftsrecht handelte, wurde der Ausschuss als Sonderausschuss eingerichtet mit einem Mandat von vier Monaten und der Möglichkeit auf Verlängerung. Ziel des Ausschusses war wie in allen Fällen von Eigeninitiativen des EP eine Resolution ohne rechtlich bindenden Charakter, wodurch ein erster Unterschied zu den beiden anderen Fällen markiert wird.

Entsprechend der thematischen Zweiteilung des Ausschusses wurden sowohl Mitglieder des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) als auch Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) in den CIA-Ausschuss berufen. Den Vorsitz übernahm mit Carlos Coelho ein portugiesischer Abgeordneter der konservativen Fraktion, während der italienische Sozialist Claudio Fava zum Berichterstatter ernannt wurde. Der Ausschuss arbeitete vornehmlich auf der Basis von Anhörungen und Besuchen der jeweiligen Staaten, die sich über das gesamte Jahr 2006 verteilten (vgl. Schank et al. 2010). Am 12. Juni 2006, vor Beginn der Sommerpause des EP, legte Fava als Berichterstatter des Parlaments einen Zwischenbericht vor, der mit 389 Ja-Stimmen bei 137 Nein-Stimmen und 55 Enthaltungen angenommen wurde (EP/OEIL 2007). Nach der Wiederaufnahme der Arbeiten des EP folgten weitere sechs Monate der Untersuchung, bevor das Parlament am 14. Februar 2006 mit 382 Ja-Stimmen bei 256 Nein-Stimmen und 74 Enthaltungen den Abschlussbericht annahm und damit die Arbeit des Ausschusses endete.

DIE THESE Grundsätzlich gab es zwei Möglichkeiten, das Thema zu rahmen und Positionen dazu zu inszenieren: Die Frage der CIA-Aktivitäten konnte entweder als außenpolitisches Problem der Beziehungen zwischen der EU und den USA oder als Verstoß gegen Menschenrechte und die Rechte von EU-Bürgern verstanden werden. Einiges spricht dafür, dass die Performances im Parlament eher auf die zweite Variante setzten, um eine Mehrheit zu generieren. Zum Ersten hat das Parlament eine relativ lange Geschichte als Verfechter der Menschenrechte, da es seit 1983 jährlich einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in der Welt verfasst und die Europäische Union dazu anhält, sich stärker für die Einhaltung von Menschenrechten auch außerhalb der eigenen Grenzen einzusetzen (vgl. Smith 2004, vgl. ebenso Mény et al. 2009, 247 ff.). Überdies verleiht das EP seit 1988 jährlich den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Personen und Organisationen, die sich bei der Verteidi-

gung der Menschenrechte hervorgerufen haben. Zum Zweiten hängt der Einsatz des EP für Menschenrechte nach Karen Smith direkt mit der Eigenschaft des Parlaments als einzige direkt gewählte Institution der Europäischen Union zusammen: „The EP’s assertiveness with respect to the external promotion of human rights certainly stems from the perceived importance of its identity as the only Community body elected by direct universal suffrage“ (Smith 2004, 1). Zum Dritten wiederum gehört Außenpolitik auch weiterhin zu den Politikbereichen, die von den Mitgliedsstaaten als Souveränitätsrecht aufgefasst werden und auch im Ansatz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht im Mitentscheidungsverfahren behandelt werden. Tatsächlich ist der einzige wirkliche Hebel, den das EP auf außenpolitische Fragen nehmen kann, die Verhandlung des gemeinsamen Haushaltes (vgl. ebd., vgl. ebenso Kinzelbach/Kozma 2009). Über die Thematisierung der Menschenrechte hat das EP also eine geeignetere Möglichkeit, den eigenen Standpunkt in Fragen der EU-Außenbeziehungen aus einem spezifischen Blickwinkel deutlich zu machen.

Durch die Rahmung des Problems als Frage der Verteidigung von Menschenrechten auf europäischem Boden war, so ist anzunehmen, eine deutliche Mehrheit gesichert. Jedoch war die Aufgabe des Ausschusses nicht, die Rahmung festzulegen, sondern vielmehr festzustellen, ob die Vorwürfe, dass EU-Bürgerrechte gebrochen und Regierungen von Mitgliedsstaaten dabei wissentlich oder unwissentlich kollaborierten, bewiesen werden konnten oder nicht. Für die zu erwartenden Geschichten und die Brückenelemente hat dies eine entscheidende Konsequenz: Denn im Gegensatz zu den beiden anderen Fällen kann im Fall des CIA-Ausschusses davon ausgegangen werden, dass die Positionen zu Beginn des Prozesses sehr nah beieinander lagen und demnach die Geschichten größtenteils über dieselben Sequenzen beginnen, die Struktur der Geschichten also wesentlich stärker kongruent ist als in anderen Fällen. Darüber hinaus kann dann davon ausgegangen werden, dass die Positionen der Mehrheit sich nicht erst kurz vor der Einigung, sondern bereits zu Beginn der Geschichten über das Brückenelement der Aufgabe des EP verbinden lassen, sich als Vertreter der Bevölkerungen Europas auch für Bürgerrechte in besonderem Maße einzusetzen, zumal die Kontrollfunktion von Parlamenten auch für das EP ein Fundament der eigenen Arbeit ist. Kurzum: In

diesem Fall erwarten wir viele mögliche Verknüpfungen, die sich durch die prinzipielle Ähnlichkeit der Geschichten ergeben.

7.2 ERGEBNISSE

7.2.1 *Anteile der Elementeklassen*

Auf den ersten Blick gleicht die Verteilung der Elementeklassen im Fall des CIA-Ausschusses der Verteilung bei den REACH-Berichten: Etwa ein Viertel der Elemente bilden im Durchschnitt die Ereigniskette, pro Kette ergeben sich etwa 2–3 Wendungen. Und schließlich fallen wesentlich weniger Elemente in die Kategorie der institutionellen Elemente, wobei der durchschnittliche Anteil der institutionellen Performances pro Ereigniskette mit 3 % sehr gering ist. Der Anteil der inhaltlichen Elemente, performativer wie rein argumentativer Art, hingegen ist mit 58 % sogar noch ein wenig höher als im Fall von REACH. Das ist insofern nicht erstaunlich, als der Bericht des CIA-Ausschusses nicht im Zusammenspiel mit anderen Institutionen erarbeitet, sondern nur im EP verhandelt wurde. Interessanter ist aber, dass der Fall des CIA-Ausschusses im Vergleich zu den beiden anderen Fällen weniger Performances in den Ereignisketten aufweist, wobei der Unterschied zum Fall der Dienstleistungsrichtlinie nicht allzu groß ausfällt.³ Damit ist bereits ein Punkt angesprochen, der in einigen Geschichten von großer Bedeutung sein wird: die relative Armut an Performances.

7.2.2 *Das Framing des Konfliktthemas: Menschenrechte und Beweislast*

Wie erwartet ist die Grundhaltung der meisten Abgeordneten zum Thema des nicht-ständigen Ausschusses sehr ähnlich bis gleich, lediglich Unterschiede in der Prioritätensetzung werden klar. Tabelle 4 gibt einen kurzen Überblick über die vertretenen Argumente.

Bis auf den Konservativen BF, der sich gegen die Mehrheit positioniert und die Arbeit des Ausschusses als ideologisch bezeichnet,

³ Hierzu ist es notwendig, die Zahlen des Konservativen BF vorübergehend aus dem Sample zu entfernen, da er nur von einem einzigen Ereignis spricht, der Abstimmung im Plenum, das ebenfalls eine Performance ist. Damit kommt er auf einen Performance-Anteil von 100 %, was den Durchschnittswert über alle Interviews hinweg von 29 % auf 38 % nach oben drückt, und damit das Ergebnis sehr verzerrt.

MEP (Party Group)	Argument	Location Argument
BF (EPP-ED)	Ideology_No evidence	A
AV (EPP-ED)	Evidence_Human Rights	Start_Middle_A
AD (EPP-ED)	Human Rights	Start
AZ (PES)	Human Rights_Evidence	Start_End_A
AM (PES)	Evidence_Human Rights	Middle
AS (PES)	Human Rights_Evidence	Start_End_A
AK (PES)	Evidence_Human Rights	A
AI (ALDE)	Evidence	Middle_A
AP (ALDE)	Evidence_Human Rights	Middle_A
AR (ALDE)	Human Rights_Evidence	A
AN (GUE/NGL)	Human Rights_Evidence	Start_A

Tabelle 4: Argumente im Fall des CIA-Ausschusses

treten alle Abgeordneten für die Verteidigung von Menschenrechten ein und sehen Beweise als den wichtigsten Schlüssel zum Ergebnis des Konflikts an. Dabei gilt in der Tendenz, dass diejenigen Abgeordneten, bei denen Human Rights an der ersten Stelle steht, die Hinweise, die der Ausschuss gesammelt hat, auch als Beweis deuten, während die anderen Abgeordneten sie als Indizien, nicht aber als legale Beweise sehen. Damit ist der Hauptstreitpunkt innerhalb der Mehrheit benannt, auf den im Folgenden noch eingegangen werden soll.

Zunächst aber einige Anmerkungen zu weiteren strukturellen Eigenheiten des CIA-Falles. Denn hier ergibt sich ein interessanter Unterschied zu den beiden anderen Fallstudien. Während inhaltlich eine recht klare Konvergenz zwischen allen zehn Mehrheitsberichten zu erkennen ist, in der das Thema wesentlich stärker im Sinn des Schutzes von Bürgerrechten angesehen wird als etwa als außenpolitisches Problem, fällt auf, dass in nur vier Fällen das Argument bereits zu Beginn der Geschichten deutlich gemacht wird (Abk. A). In den anderen Geschichten wird diese Rahmung erst durch Antworten auf Nachfragen deutlich, in denen die unterschiedlichen Positionen der Rechten und der Linken einander gegenüber gestellt werden. Auch dieser Befund wird – ähnlich wie im Fall der REACH-Verordnung – dahingehend gedeutet, dass die

eigene Position gegenüber der Öffentlichkeit keiner Rechtfertigung oder relationalen Einordnung bedarf, um die folgende Geschichte zu verstehen. Diese Position wird also als bekannt und gegeben vorausgesetzt. Der Schutz von Bürgerrechten gegenüber der Willkür von Geheimdiensten und den Regierungen ist, soviel kann auch anhand der Vorgeschichte des EP vermutet werden, ein so festes Narrativ, dass weder die Einsetzung eines Ausschusses noch die klare Positionierung für Bürgerrechte erläutert werden müssen.

In den Passagen, in denen die Argumente ausgebreitet werden, sind die argumentativen Elemente in den meisten Fällen sowohl mit dem Hinweis auf die Menschenrechtsagenda der EU, also einer prinzipiellen Position verknüpft wie auch mit der Abgrenzung gegenüber der anderen Seite – dazu im nächsten Abschnitt noch mehr. Zunächst zu der prinzipiell begründeten Position: Überwiegend nehmen die Befragten bei der Darstellung ihrer eigenen Position Bezug auf das, was sie als europäische Werte bezeichnen. Diese werden in der Regel nicht weiter expliziert, was wiederum auf eine gewisse Selbstverständlichkeit des Menschenrechtsdiskurses schließen lässt. Nur wenige wie der Konservative AD und der Sozialist AZ führen diese Klausel genauer aus. So meint AZ:

MEP (AZ): „We must be harsh and clear against the terrorists, and our society would like to feel safe, it's absolutely clear, but... but... our moral political point is... that our... our political system is better than their extremist project. Why better? Because we are... keep human rights in our minds, because we have a rule of law, and we have a situation when everybody under investigation has a right to... barrister, to fair trial, right? It is our moral background why we feel that we... that we are right against the ideology,[...] Jihadist or so on, right? It is a reason that we feel that we are right in this ideological struggle between, let's say, democratic system of values and some type of extremist... jihadist ideology. It is our own reason that we feel we are right. So when we breach here our values, we lost this background for this struggle, right? It is in this sense absolutely stupid in my opinion, even in this perspective of effective struggle against terrorists. It's absolutely stupid“ (AZ, Zeilen 157–173).

Neben dieser prinzipiellen Begründung aber differenzieren sich die Positionen der Abgeordneten der Mehrheit wie bereits erwähnt aus, wenn es um die Bewertung der Beweise geht, die der Ausschuss durch seine Arbeit gesammelt hatte. Während die Liberale

AR die Beweise als „crystal clear“ (Zeile 50) bezeichnet, meint ihr Fraktionskollege AI, dass es schwierig gewesen sei, Teile der konservativen Fraktion zu überzeugen, weil die „Beweise schwarz auf weiß“ fehlten. Hier deutet sich dann eine Besonderheit des Konflikts um den CIA-Ausschusses mit weitreichenden Konsequenzen für die Analyse an: Während alle Mitglieder der Mehrheit die Verteidigung der Menschenrechte als Teil ihrer Argumentation begreifen und somit bereits von Beginn an ihre Performances auf denselben Hintergrundrepräsentationen aufbauen, führt die Bewertung der Beweise zu einer Ausdifferenzierung innerhalb der Mehrheit. Diese Mehrheit aber wird dadurch nicht aufgespalten, sondern die Differenzierung bekommt eine andere Funktion, die im nächsten Abschnitt noch deutlicher wird.

Ein weiteres interessantes Element bieten die argumentativen Ketten im CIA-Fall in Form der Widerlegung von Anschlussfähigkeit zwischen Mehrheit und Minderheit. So tritt etwa die Sequenz *Recht - Kein Anti-Amerikanismus - Bürgerrechte über Kampf gegen Terror* sowohl beim Sozialisten AK als auch beim Liberalen AP auf, was auch als direkte Reaktion auf die argumentativen Sequenzen beim Konservativen BF gesehen werden kann, der als Vertreter der Minderheit tatsächlich in der Mehrheit eine Koalition aus Anti-Amerikanisten und Kritikern der Geheimdienste sieht. Ihrer Argumentation stellt er entgegen, dass er sich sicherer fühle mit CIA-Posten in Europa und die Praxis der Renditions durchaus befürworte, wobei die Folter natürlich nicht geduldet werden dürfe. Die Argumentationsketten entsprechen sich also mehr oder weniger in umgekehrter Reihenfolge, was deutlich zeigt, wie die Anschlussfähigkeit verloren geht. Darüber hinaus aber dient die Aufnahme und Widerlegung des Arguments der anderen Seite der narrativen Relationierung der Mehrheit gegenüber der Minderheit.

Insgesamt deuten die argumentativen Sequenzen auf zwei Punkte: Zum einen lässt sich im Gegensatz zu den beiden anderen Fallstudien keine klare Trennung im Framing des Themas innerhalb der Mehrheit feststellen, einzig die Bewertung der Beweislast ist unterschiedlich zwischen Abgeordneten der großen und der kleinen Fraktionen. Zum anderen aber fällt auf, wie relativ wenig die argumentativen Ketten direkt mit den narrativen Elementen verbunden sind. Wie bereits angedeutet wird dieser Befund dahingehend interpretiert, dass die Hintergrundrepräsentationen, vor denen in diesem Fall gehandelt wurde, erstens von den meisten Mitgliedern

der Mehrheit geteilt und zweitens als selbstverständlicher Teil der Aktivitäten des Europäischen Parlaments gesehen werden.

7.2.3 *Der Andere als moralische Abgrenzung*

Noch enger als in den beiden anderen Fällen hängt die Interpretation des Themas auch mit der Konstruktion des Anderen zusammen. Es wird deutlich, dass die Konstruktion des Anderen über eine Positionierung in der grundlegenden Frage des Ausschusses verläuft: Sollen die Vorwürfe untersucht und damit Bürgerrechte geschützt werden oder nicht? Die andere Seite ist dann insofern einfach zu konstruieren, weil sie gegen eine Untersuchung und damit implizit auch gegen die Wahrung von Bürgerrechten ist. Als Beispiel mag folgendes Zitat des Liberalen AP dienen:

MEP (AP): „[...] the extreme right was saying that we were putting in danger Europe's security, and whatever, and the CIA should have... There was even an amendment from a guy saying that we should give full clearance to any CIA activity in Europe just because they were protecting our safety, so... There was some people like that... I mean, that's the parliament, there's all sorts of other people here" (AP, Zeilen 99–103).

Neben AP machen noch vier weitere Befragte sofort zu Beginn deutlich, dass die Arbeit des Ausschusses eine klare Links-Rechts-Trennung im Parlament provozierte, wobei hier von besonderem Interesse ist, dass auch zwei der konservativen Abgeordneten diese Trennung hervorheben, ihre Beschreibung also nicht mit der Fraktionszugehörigkeit korreliert. Diese Trennung an den Anfang der eigenen Ausführungen zu setzen, hat für die Geschichten vor allem die Funktion, die Konstruktion des Anderen zu vereinfachen, indem sie durch keine Performances im weiteren Verlauf begründet werden muss. Dies gilt auch für den einzigen Abgeordneten aus der Minderheit, den Konservativen BF, der seine Erzählung mit der Einschätzung beginnt, dass es sich bei dem Ausschuss um ein ideologisch motiviertes Unterfangen gehalten habe, dem eine Koalition aus ideologisch motivierten Abgeordneten aller Fraktionen zugestimmt habe. Damit deutet er eben an, was in nahezu allen Geschichten von Belang sein wird, nämlich dass eben diese Trennung in späteren Phasen nur wenig aufgebrochen wurde.

AV und AD differenzieren als Abgeordnete der konservativen Fraktion genauer zwischen den Gründen für eine Ablehnung des Ausschusses durch ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen, wobei sie sich deutlich auf der Seite der Befürworter positionieren. Den Ausweg zwischen der Befürchtung ihrer Kollegen, die nordatlantischen Beziehungen könnten durch den Ausschuss beschädigt werden und einer Position, die AV als „enthusiastische“ Befürworter bezeichnet, sehen sie in einer moderaten Position, die Beweise sammeln und unvoreingenommen bewerten will. Diese Position nehmen auch AK und AM (beide PES) im weiteren Verlauf des Interviews ein, womit vier der sechs Befragten aus großen Fraktionen sich in einer Mittelposition sehen. Es wird also deutlich, dass sich trotz der einhelligen Darstellung einer einzigen klaren Trennung weitere Differenzierungen in beiden Lagern ergeben, was für die Kompromissbildung Konsequenzen haben wird.

Denn ein Blick auf die Konstruktion des Anderen bei den weiteren Abgeordneten der Mehrheit zeigt eben dieselbe Differenzierung zwischen „Moderaten“ und „Radikalen“ aus der Perspektive der Letzteren. So verweisen der Linke AN und die Sozialistin AS darauf, dass Teile beider großen Fraktionen gegen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gewesen seien und für die legal schwächere Form des nicht-ständigen Ausschusses plädiert hätten. Während dies im Fall von AN als Mitglied der kleinen Fraktion der Linken nicht erstaunt, setzt sich AS als PES-Abgeordnete damit deutlich von den anderen Erzählungen der großen Fraktionen ab. Ebenso erwähnt auch der Sozialist AZ, dass die eigene Fraktion dem Berichterstatter nicht die volle Unterstützung gewährt habe.

Abstrakter gesprochen zieht sich eine Konfliktlinie durch die Mehrheit, in der sich beide Seiten des nicht angemessenen Verhaltens bezichtigen. Diese Linie wiederum entspricht in etwa (mit den Ausnahmen des Konservativen AD und der beiden Liberalen AP und AI) der unterschiedlichen Prioritätensetzung, die in der Tabelle des Framings oben aufgezeigt wurde: Alle Abgeordneten, die Beweise als erstes Argument genannt haben, werfen ihren Kollegen und den kleineren Fraktionen zu viel Radikalität vor, während diejenigen Abgeordneten, die als erstes Argument den Menschenrechtsdiskurs nennen und erst dann auf die Beweislage zu sprechen kommen, ihre „moderaten“ Kollegen kritisieren und wie im Fall von AS sogar des Verrats bezichtigen.

Wer also ist der Andere? Um diese Frage zu klären, hilft auch ein Blick auf den externen Anderen, der zwar in den Geschichten zum CIA-Ausschuss nicht ganz so prominent wird wie im Fall REACH, aber dennoch eine wichtige Funktion hat. Denn hier zeigt sich, dass es vor allem um die Kritik am Verhalten der Mitgliedsstaaten geht bzw. um das Verhalten der US-Regierung. Zwar dient der Ausschuss der Untersuchung von Vorwürfen gegen den Geheimdienst CIA, gleichwohl fungiert dieser höchstens virtuell als Gegenpart – er wird lediglich von den beiden Sozialisten AK und AM überhaupt erwähnt. Vor allem grenzen sich die Abgeordneten von den Regierungen der Mitgliedsstaaten ab, und zwar in Bezug auf einen wichtigen Punkt, die mangelnde Bereitschaft zur Kooperation seitens der Regierungen oder seitens des Rates.

Dies ist aus zwei Gründen wichtig. Zum einen dienen hier die Mitgliedsstaaten als Gegenpart zum Handeln des Europäischen Parlaments. Dies bringt AN später dazu, die Mehrheit als europäisch gesinnt im Gegensatz zur national ausgerichteten Minderheit zu bezeichnen. Auch hier zeigt sich wie bereits in den beiden anderen Fällen die narrative Grenzziehung zu den anderen zentralen Institutionen der Europäischen Union. Zum anderen aber ist die Beschreibung des Handelns der Regierungen unmittelbar mit der Frage nach der Beweislage verknüpft, das heißt die entscheidende Frage der Differenzierung zwischen „Radikalen“ und „Moderaten“ innerhalb der Mehrheit wird gewissermaßen ausgelagert. Das hat für die Konstruktion der Geschichten Konsequenzen, denn während die Mehrheit differenziert bleibt und – wie später deutlich wird – sich auch in den Bewertungen des Ergebnisses Unterschiede aufzeigen, kann durch diese Auslagerung von Verantwortung an den für die „Radikalen“ unbefriedigenden Ergebnissen der Zusammenhalt der Gruppe dennoch gerechtfertigt werden.

Fassen wir also noch einmal zusammen: Die narrative Ausgangslage im Fall des CIA-Ausschusses ist insofern anders als in den beiden anderen Fällen, als die Mehrheit bereits zu Beginn eine klare Interpretationsgemeinschaft bildet. In Bezug auf die Frage nach den Bedingungen für einen Kompromiss und den Brückenelementen, die widerstrebende Geschichten verknüpfen, lässt sich hier also eine kurze Antwort geben: Die Geschichten sind bereits von Beginn an verknüpft bzw. werden durch die argumentative Rechtfertigung der Position verbunden. Für die narrative Konstruktion einer Gemeinschaft, die einen Kompromiss gemeinsam trägt, wäre der

Rest der Geschichte dann eigentlich nicht nötig. Die Stories jedoch vollziehen dann eine andere Funktion, die für diese Arbeit von Interesse ist: Sie sorgen für Differenzierung, ohne dabei den kulturellen Kompromiss in Gefahr zu bringen. Damit wird wieder einmal deutlich, dass ein Kompromiss lediglich Möglichkeiten zum Anschluss bietet, nicht aber dafür sorgen muss, eine interpretatorische Einheit zu schaffen. Wie das im Fall des CIA-Ausschusses TDIP gelingt, soll im Folgenden gezeigt werden.

7.2.4 *Die Verhandlungen als Lücke in den Geschichten*

TDIP wird von den Beteiligten als eine Untersuchungsinstanz gesehen, daher ist es nicht erstaunlich, dass die Verhandlungsphase in allen Interviews recht kurz ausfällt bzw. ganz ausgelassen wird. Demnach ist auch die Anzahl der Performances in diesen Teilen der Geschichten besonders niedrig. Bei AV heißt es etwa in Bezug auf den Zwischenbericht:

MEP (AV): „So there was the three main problems at the beginning. We had no other problems, we had all the problems, daily problems, but not real problems. We began having problems when Claudio Fava drafted the first intermediary report. [...] So, the preliminary report was the first... the first... political... fight, huge fight, and the final report was the last, it was the hardest. Erm, I think... it is a little bit ironic that at the end the report was less supported than... at the beginning. That means the decision to organize a commission and the intermediary report, the preliminary report had more support than the final one“ (AV, 249–301).

Vordergründig ging es bei der Arbeit des Ausschusses vor allem darum, Beweise für oder gegen die erhobenen Vorwürfe zu sammeln. Im Kern aber ging es um die Interpretation von Aussagen, Daten und Bildern, anhand derer sich die Abgeordneten positionierten. Dabei kristallisieren sich drei Gruppen heraus, von denen die erste die Ablehnung der rechten Parlamentsseite als Teil der narrativen Ketten beschreibt. Zu dieser ersten Gruppe gehören die drei Liberalen AR, AP und AI, die an verschiedenen Stellen der Verhandlungssequenzen darauf verweisen, dass es „große Probleme mit der konservativen Fraktion“ gegeben habe (AI). In gewisser Weise gehört auch der Konservative AD zu dieser Gruppe, da er in

dieser Sequenz hauptsächlich vom Dilemma seiner eigenen Fraktion berichtet, den Ausschuss nur schwer akzeptieren zu können und dennoch beteiligt sein zu müssen.

Die zweite Gruppe wird gebildet von den Sozialisten AM, AZ und AS, die vor allem auf die Schwierigkeiten in der Beweisaufnahme hinweisen und erwähnen, dass die geringe Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsstaaten diese Aufgabe erschwert habe. Hier geht es um eine narrative Positionierung gegenüber der als moralisch falsch wahrgenommenen Performance der Mitgliedsstaaten, wodurch die Spaltung innerhalb des Parlaments zwar nicht verschwiegen wird, aber für die Entwicklung des narrativen Sinns eine untergeordnete Rolle spielt.

Die übrigen Abgeordneten berichten dagegen in dieser Sequenz nur von ihren Informationsquellen und überhaupt nicht von Performances, was zwei Gründe haben kann, je nachdem, wie sie mit dem Rest der Erzählung verknüpft sind. Während die Sozialisten AK und AM sich in einer moderaten Position sehen, die sich im Prinzip nur gegen „extreme“ Sichten abgrenzen will, und daher einen narrativen Sinn der Sachlichkeit aufzeigen wollen, spielen für den Linken AN und vor allem für den Konservativen BF die Verhandlungen so gut wie keine Rolle, weil sie in ihrer Sicht keinen Einfluss auf die Beteiligten der anderen Seite haben, deren Position von Beginn an fest steht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Phase der Verhandlungen in allen Interviews relativ kurz ausfällt. Das liegt einerseits darin begründet, dass die Verhandlungsmasse durch die Konzentration auf die Frage, ob genügend Beweise für die erhobenen Vorwürfe vorliegen, relativ klein war. Andererseits aber unterstreicht dieses Fehlen von Performances auch, dass Handlungen für die sinnvolle Erklärung der Einigung nicht von besonderer Bedeutung waren, weil die Mehrheiten schon zu Beginn der Verhandlungen deutlich waren und nicht erst durch gegenseitige Performances und Gegenperformances konstruiert werden mussten.

7.2.5 *Kompromiss durch Differenzierung*

Den Abgeordneten ging es darum, die Frage zu klären, ob die Informationen, die der Ausschuss während seiner Arbeit sammelt, als Beweis für die Vorwürfe gegenüber den Regierungen der Mit-

gliedsstaaten gelten können oder nicht. Dementsprechend bietet sich für die Brücke zur Einigung an, Beweise als legitim anzuerkennen oder Indizien als nicht hinreichend zu bezeichnen, um die Anschlussfähigkeit für alle Abgeordneten der möglichen Mehrheit zu gewährleisten. Damit ist ein besonderer Unterschied im Vergleich zu ordentlichen Gesetzgebungsverfahren wie im Fall der Dienstleistungsrichtlinie oder REACH benannt, den der Liberale AI in prägnanten Worten formuliert:

MEP (AI): „Also in Fragen eines Gesetzentwurfs hilft mir quasi mein innerer Kompass, weil es da zum Beispiel um Entscheidungen geht, die klassische Abwägungsfragen sind, also sei es jetzt mal kein rein technisches Dossier, aber zum Beispiel bei REACH – ist wirklich eine Entscheidungsfrage: Sollen mittelständische Unternehmen mit einbezogen werden, kleine Betriebe unter fünf Mann, große Unternehmen nur? Also, das ist dann wirklich eine Sache, wo ich aufgrund meiner eigenen Meinung, dessen, was ich abwäge, auch eine Entscheidung treffe: Ja, ich möchte das, ich möchte das nicht, oder auch in anderen Gesetzformen, da hat man seinen politischen Kompass und klopft halt ab, ist das sinnvoll, ist das nicht sinnvoll, natürlich auch vor einem rationalen Hintergrund. Bei dem TDIP-Ausschuss, da ist meine Meinung in einer Ermittlungsfindung erstmal irrelevant. Da geht’s wirklich nur darum: Können die Fakten das, was wir untersuchen sollen, auch belegen, und wenn sie es eben nicht tun können, dann hilft mir meine Meinung auch nicht sonderlich weiter. Also, weil, es geht ja darum zu überprüfen, fanden denn solche Flüge statt. Und wenn nicht genügend Indizien vorliegen, um so etwas... ein wenig subjektiv wird’s ja doch... also, um so etwas dann auch wasserdicht zumindest für einen selber dann darzustellen, dann hilft mir meine Meinung auch nicht weiter. Also, nehmen wir mal an, wir hätten nicht mal Flüge, oder sonstiges, keine Daten erhalten. Wenn ich hundertmal der Meinung gewesen wär, dass die stattgefunden haben, nur, wenn ich es auf nichts stützen kann, dann ist es recht absurd, so etwas dann in solch einem Faktenbericht darzustellen“ (AI, Zeilen 379–397).

Die entscheidende Frage in Bezug auf den Kompromiss bleibt also die Bewertung der Beweislage, bei der sich die Mitglieder der Mehrheit ausdifferenzieren. Wie bereits oben deutlich gemacht, ist die Konstruktion eines Anderen auch außerhalb der eigenen Insti-

tution dabei von großer Bedeutung, denn die fehlende Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsstaaten erlaubt es der Gruppe der moderaten Abgeordneten, sich trotz vieler Indizien im Recht zu fühlen: Es habe trotz großer Bemühungen keine Beweise „in the legal sense“ (AM, Zeile 76) gegeben.

Ähnlich formuliert es auch der Konservative AV, der aber zusätzlich klar macht, warum die Frage der Beweislage nicht allein entscheidend war, da es in einem Parlament vor allem darum gehe, Mehrheiten zu schaffen:

MEP (AV): „Let’s be frank, we are not a court, we are a parliament, so... if I have a very important document relating CIA, and there... there are people who can represent a lot of votes, and who say: Ok, I don’t like this adjective, because it’s too hard, but I will vote in favour, if you are... not using this wording, but... a more... light wording!“, why not change, why not change? And I provided some help to... to do that“ (AV, Zeilen 551–555).

Gerade an diesem Punkt aber ergibt sich die Differenzierung zu den anderen Abgeordneten der Mehrheit. Die Sozialistin AS, der Linke AN sowie die Liberalen AP und AR sehen in den Zeugen-aussagen und den untersuchten Materialien klare Beweise für eine Bestätigung der Vorwürfe. AR etwa bemerkt als Antwort auf die Frage, ob ihre Position sich angesichts der Beweislage verändert habe:

MEP (AR): „You know, when this first came out... and of course the first real public evidence on this, or the first public story was the Washington Post, and you read and you think: Yo, yes, it wasn’t made up, it wasn’t exaggerated, this is what happened. And my... my position didn’t change because of course you sometimes ask yourself, you know you sometimes question everything like: Maybe I... maybe the image isn’t what it looks or maybe I want to see things... the thing is, everytime I... I doubted myself, new evidence reemerged“ (AR, Zeilen 81–86).

Obwohl auch in diesen Geschichten den Mitgliedsstaaten eine deutliche Mitschuld angelastet wird, ziehen die vier Abgeordneten in direkter Verknüpfung mit der Feststellung der aus ihrer Sicht guten Beweislage auch eine Grenze innerhalb des Parlaments zwischen Rechtsschützenden und Wahrheitssuchenden auf der einen

und Regierungsschützenden und Ideologisierten auf der anderen Seite. Damit ergibt sich ein interessantes Bild in Bezug auf die Unterschiede zwischen Abgeordneten der großen und der kleineren Fraktionen: Während die Befragten aus den sozialistischen und konservativen Reihen scheinbar stärker auf eine Brücke setzen, in der die Frage der Beweislage so gedeutet wird, dass ein schärfer verurteilender Bericht nicht möglich gewesen sei, wird gerade diese Haltung von den Abgeordneten der kleineren Fraktionen kritisiert.

Eben aus dieser Kritik der eigenen Referenzgruppe ergibt sich ein struktureller Gegensatz zu den beiden anderen Fällen: Die Geschichten der „radikalen“ Abgeordneten der kleinen Fraktionen erleben hier einen neuen Wendepunkt, der das Ende ihrer Geschichten als Enttäuschung darstellt. Er erlaubt es den Erzählenden aber auch, sich von der Gruppe der „moderaten“ Abgeordneten abzusetzen und trotzdem an das Ergebnis anschließen zu können, denn sie verfechten die gute Sache. Dabei beschreiben sie zum Beispiel, wie Abgeordnete der Mehrheit eine zu starke Kritik an ihrem Heimatland aus dem Bericht entfernen wollten:

MEP (AP): „[...] when we started drafting the conclusions, really drafting the conclusions and putting down some evidence on naming and shaming Member states one by one, then suddenly, amendment by amendment the majorities were also divided on the basis of nationality of the states mentioned, ok? So any scientific check of the majorities under which amendments were approved needs to take into account this cross-reference of nationality and right and left, including from the extreme left to my party in the centre, the Liberal Democrats. On a case by case basis, everybody was willing to blame everybody else but not themselves“ (AP, Zeilen 104–110).

Wie bereits erwähnt hat dieser Wendepunkt nicht nur die Funktion, ein vielleicht suboptimales Ergebnis zu rechtfertigen, indem andere Teile der Mehrheit verantwortlich gemacht werden, sondern er hat auch den Sinn, eben diese anderen (wie im Übrigen die Abgeordneten der Minderheit ohnehin) als letztendlich doch national orientierte Abgeordnete darzustellen, die lediglich ihre eigenen Regierungen schützen wollten. So bewertet AN die Rolle der sozialistischen und konservativen Abgeordneten ambivalent:

MEP (AN): „Anche deputati socialisti erano lí per tutelare il ruolo dei loro governi, però essendo il relatore socialista, è stato piú complicato dire No al relatore socialista, e [...] per cui c’era un po’ di difficoltà da parte del... però, come dire, è prevalso il ruolo europeo, più dei socialisti, perchè c’era il relatore socialista, piuttosto che dei PPE che invece volevano... tutelare a tutti costi il ruolo dei loro governi. Non volevano che il Parlamento Europeo facesse una risoluzione in cui si attaccava il loro governo“ (AN, Zeilen 307–317).⁴

Die Differenzierung verläuft also nicht nur über die Bewertung des Handelns der „Moderaten“ als moralisch bedenklich, sondern auch über die Trennlinie zwischen nationaler und europäischer Orientierung, wobei die europäische Orientierung symbolisch höher gewertet wird.

Auffällig ist schließlich auch, dass lediglich der Sozialist AK und der Liberale AI in ihren Geschichten den Kompromiss auch institutionell einbetten, also die Frage nach möglichen Mehrheitsalternativen erörtern. Zur Erinnerung: Dies war bislang nur bei der Dienstleistungsrichtlinie der Fall gewesen, bei REACH dagegen hatte es keine institutionellen Performances gegeben. AK etwa vermutet, dass der Berichterstatter – ein Mitglied seiner eigenen Fraktion – wohl eher eine linke Mehrheit angestrebt habe, die Mehrzahl der Fraktionskollegen dann für eine größere Mehrheit mit Teilen der EPP-ED gestimmt habe. AI weitert die institutionelle Erwägung trotz einer später folgenden scharfen Kritik am „Konsensterrorismus“ wie folgt aus und beschreibt damit eingehend das Dilemma, in dem sich viele Abgeordnete des EP sehen:

MEP (AI): „Also die Mehrheit bestand schon aus Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten, das war eine Kernmehrheit, die auch so bestanden hätte. Es gab dann halt nur Bemühungen, auch eine... eine sichere Mehrheit zustande zu bringen, das heißt wenn schon im Vorhinein absehbar gewesen wäre, dass eine Gesamtfraktion quasi raus gegangen wäre, in

4 „Auch sozialistische Abgeordnete waren da, um ihre Regierungen zu schützen, aber da der Berichterstatter auch Sozialist war, war es für sie komplizierter, dem Bericht nicht zuzustimmen, und [...] deshalb war es für sie schwieriger... aber, bei den Sozialisten hat sozusagen doch die europäische Rolle überwogen, eben weil der Berichterstatter ein Sozialist war, eher als bei den Konservativen, die auf jeden Fall ihre Regierungen schützen wollten. Sie wollten nicht, dass das Europäische Parlament eine Resolution verabschieden würde, in der ihre Regierung angegriffen würde“ (Eigene Übersetzung).

dem Fall Konservative, hätte es sicherlich auch aufgrund der Heterogenität der einzelnen Fraktionen, einzelne Absprünge auch bei uns als Liberalen, oder auch bei Sozialdemokraten bringen können. Da... auch wenn wir alle in einer liberalen Fraktion ziemlich organisiert sind, wir sicherlich aus anderen politischen Traditionen kommen, bei den Konservativen ist es ähnlich und auch bei Sozialdemokraten stellt man auch Ähnliches fest, sehr abhängig davon, aus welchem Land jemand kommt. Ehm, und insofern war's dann schon wichtig, diese Fraktion überzeugen zu können, dass... wenigstens, wenn überhaupt, dass man sich enthält" (AI, Zeilen 303–313).

Einmal mehr wird also der Imperativ zur Einigung aufgezeigt, der selbst in einem nicht-legislativen Fall wie dem Bericht des CIA-Ausschusses noch ein Rolle spielt und im Folgenden noch stärker thematisiert wird.

7.2.6 *Das Ergebnis und seine Bewertung*

Obwohl die Abgeordneten der Mehrheit sich voneinander abgrenzen in der Beschreibung der Ereignisse, die zum Kompromiss führen, so stimmen sie doch in ihrer tendenziell positiven Einschätzung des Ergebnisses überein. So können die narrativen Stränge, die in der Beschreibung des Prozesses selbst auseinander gingen, wieder verknüpft werden. Mehrere Abgeordnete wie der Konservative AV oder auch der Liberale AP verweisen darauf, dass das Resultat angesichts der begrenzten Möglichkeiten des EP gut sei. Andere wie der Konservative AD oder der Sozialist AZ sehen in dem Bericht einen ehrlichen Spiegel des gesamten Parlaments.

Außerdem heben mit AD, dem Liberalen AI und dem Sozialisten AK drei Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen (und aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten) den Kompromissdruck hervor, der zu breiten Mehrheiten im Europäischen Parlament über verschiedene Fraktionsgrenzen hinweg führe. Wenngleich AI ähnlich wie seine Kollegen aus kleineren Fraktionen in den anderen Fallstudien diesen Kompromissdruck scharf kritisiert, so liefert er doch gleich im Anschluss eine institutionelle Begründung: Eine Mehrheit ohne die konservative Fraktion führe dazu, dass der konservativ dominierte Rat Entscheidungen des Parlaments nicht akzeptieren würde.⁵ Seine liberalen Kollegen AP und AR wiederum ar-

⁵ Hier handelt es sich um den Rat im Jahr 2006.

gumentieren, dass eine größere Mehrheit auch in der Lage sei, den Entscheidungen des Parlaments eine stärkere symbolische Kraft zu verleihen, während der Linke AN im Gegensatz zur mangelnden Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsstaaten den „Geist der Synthese“ im EP hervorhebt. Dieser sei in der institutionellen Anlage des EP begründet und gebe Mehrheiten durch Kompromisse einen stärkeren politischen Wert, da sie aus Überzeugung eingegangen würden und nicht durch Zwang seitens der Fraktionsspitzen. Damit zeigt sich in der Bewertung des Kompromisses auch ein wichtiger Unterschied etwa zur rein institutionellen Brücke der Geschichten zur Dienstleistungsrichtlinie. Denn in diesem Fall hat die breitere Mehrheit auch noch einen politischeren Sinn: Die Botschaft vom EP an die Mitgliedsstaaten, Bürgerrechte im Kampf gegen den Terrorismus stärker zu achten, bekommt mehr Gewicht, je größer die Mehrheit im Parlament ist. In den Worten von AK ging es darum, den Eindruck eines „linken Machwerks“ (Zeile 176) zu verhindern, ähnlich formulieren es auch seine sozialistischen Kollegen AM und AZ wie auch die Liberalen AP und AR, unabhängig davon, wie sie die Beweislage bewerten.

Darüber hinaus wird auch in diesem Fall der Fokus auf die institutionellen Mittel und Grenzen deutlich, der die Bewertungen eines Verhandlungsergebnisses maßgeblich beeinflusst. Mit Ausnahme der Sozialistin AS (bei der die Kritik an den Mitgliedsstaaten an anderer Stelle erfolgt) und dem Konservativen BF verknüpfen alle Befragten ihre Bewertung mit Erwägungen dazu, dass dem Parlament nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung stehen, eine Untersuchung solchen Ausmaßes durchzuführen oder den Rat zum Handeln zu bringen. Im Fall des CIA-Ausschusses ist diese prominente Verknüpfung zwar nicht wirklich überraschend, da die Untersuchung laut einiger Befragter eben auch den Zweck verfolgte, Handlungsempfehlungen an Mitgliedsstaaten zu erarbeiten, die dann – das wird in den Elementen mit dem Code „bad follow-up“ thematisiert – schlicht ignoriert wurden. Gleichwohl ist die Frage berechtigt, warum die Vertreter des Parlaments in die Erzählungen eines für das Parlament wichtigen Vorgangs die „Niederlage“ gegenüber dem Rat integrieren, einem Element, dass die positiven Bewertungen des Prozesses in jedem Fall schmälert. Die Antwort liegt dann auf der Hand: Es kann nur darum gehen, die eigene Institution als demokratischer und letztlich auch näher an den Bevölkerungen und deren Interesse für Bürgerrechte zu zeigen und

demgegenüber den Rat als eben diese Rechte pragmatisch missachtend darzustellen, sprich: eine symbolische Grenze durch Narration zu ziehen.

Die Bewertung des Ergebnisses zeigt also wieder eine weitgehende Einmütigkeit trotz der Streitigkeiten über die Interpretation von Beweisen und die Vorwürfe der Radikalität und des Verrats. Das lässt sich im Rückgriff auf die Theorie erklären. MEP lesen ihre jeweiligen Performances in Einklang mit ihren eigenen Hintergrundrepräsentationen. In ihren Berichten ziehen sie durch das Einfügen oder Auslassen von Ereignissen und Brücken narrative Grenzen sowohl zur anderen Gruppe als auch, im Fall von Koalitionen, innerhalb der Mehrheit. Wichtig ist, dass in diesem Fall die Performances der anderen am Kompromiss beteiligten Gruppen eben nicht derart interpretiert werden, dass sie den Anschluss an den gemeinsamen Kompromiss gefährden, sondern nur so, dass die Möglichkeit zur Abgrenzung innerhalb der größeren Gruppe bieten. Im Fall des CIA-Ausschusses bietet sich demnach folgendes Bild: Die Mitglieder der Mehrheit deuten die Beweisaufnahme in jedem Fall ähnlich, gleichwohl erscheinen die Skripte der Vertreter großer Gruppen mehr auf Ausgleich innerhalb des Parlaments ausgerichtet als die der Vertreter kleinerer Fraktionen. Daraus ergibt sich für Letztere die Möglichkeit, sich zwar nicht direkt in Kontrast zu stellen mit den großen Gruppen (mit Ausnahme des Linken AN und der Sozialistin AS), aber dennoch durch die Deutung des Abstimmungsverhaltens als national motiviertes Handeln eine narrative Grenze zwischen den Verfechtern des klaren Kurses – ihnen selbst – und den Eingeknickten zu ziehen.

7.2.7 *Narrative Sequenzen und kognitive Einschübe*

Der Fall des Sonderausschusses ist schließlich auch insofern besonders, als hier eine sehr starke narrative Sequenz deutlich hervortritt, die von fast allen Abgeordneten der Mehrheit als Antwort auf die Eingangsfrage gegeben wird: Medienberichte - Plenardebatte - Gründung des Ausschusses. Einzig die Abgeordneten der konservativen Fraktion gehen kognitiv auf die Frage ein, warum das Parlament diesen Ausschuss ins Leben rufen wollte oder musste, für die anderen Abgeordneten hingegen scheint es eine Selbstverständlichkeit zu sein, die nicht weiter begründet werden muss. Die voll-

ständige Abwesenheit von kognitiven Einschüben an diesen Stellen deutet darauf hin, dass sich hier ein relativ festes Narrativ unter den Abgeordneten des EP herausgebildet hat, sich auch gegenüber den Mitgliedsstaaten für den Schutz der Bürgerrechte einzusetzen und dafür alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen. Der Sozialist AM formuliert diesen Punkt explizit, indem er auf die Frage, warum der Ausschuss eingesetzt wurde, antwortet:

MEP (AM): „Yeah, it’s... look, the same was with the Echelon special committee, you can say of course it’s useless that the Parliament does this because it doesn’t have the power to force member states to open up their books, you enter a world of secrecy and reactions of no comment but on the other hand we were a Parliament and we got of course a lot of concerned citizens asking us: What is Europe doing about this, is this possible, are these practices taking place? So in that sense you have to react also to the concerns of the people you represent so basically you do what you can do [...]“ (AM, Zeilen 85–91).

Stärker noch als in den beiden anderen Fällen zeigt sich hier also die Selbstverständlichkeit der Selbstwahrnehmung der Abgeordneten als Repräsentanten für die Interessen der Bevölkerungen, aller inhaltlichen Differenzen zum Trotz.

7.3 ZWISCHENFAZIT

Der Fall des CIA-Ausschusses ist insofern ein besonderer Fall, als zum einen die institutionellen Voraussetzungen im Vergleich zu den beiden anderen Fällen anders waren: Es ging hier nicht um einen Gesetzesentwurf, sondern darum, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, die auf der Arbeit eines Sonderausschusses beruhen wollte. Zum anderen aber zeigt sich in den Geschichten eine sehr starke Übereinstimmung zwischen den Hintergrundrepräsentationen der Mehrheitsabgeordneten, die das Thema in den Kontext der Wahrung von Bürgerrechten setzen und damit in eine der für das EP besonders wichtigen Domänen.

Aufgrund dieser großen Übereinstimmung, die sich unter anderem darin zeigt, dass die Einsetzung des Ausschusses von nahezu allen Befragten in einer rein narrativen Sequenz berichtet wird, ändert sich dann auch die Frage nach den Brückenelementen, denn

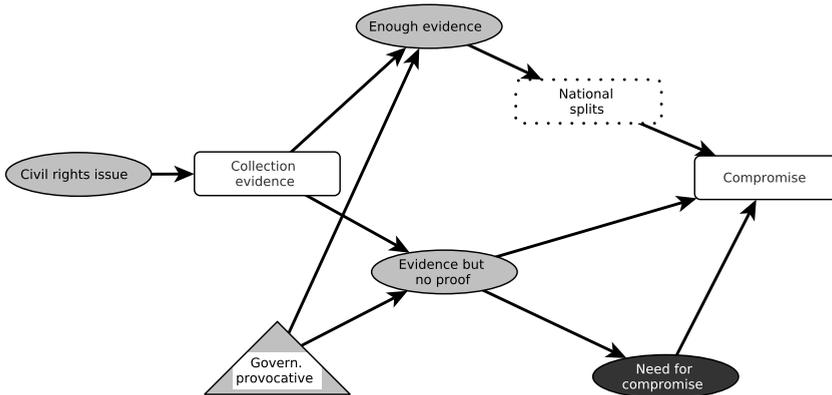


Abbildung 7: Die Kompromissstruktur im Fall des CIA-Ausschusses

Die Abbildung gibt vereinfacht die Verknüpfung der Geschichten wieder, die von einem gemeinsam geteilten Argument ausgehen und sich dann in der Frage der Bewertung der Beweise ausdifferenzieren. Während die eine Seite ein national orientiertes Verhalten der anderen Seite anprangert, verweist die auf die Notwendigkeit institutioneller Kompromisse und die geringe Kooperationsbereitschaft der Regierungen. Letztendlich können sie aber beide wieder im Kompromiss zusammengeführt werden, denn für eine grundlegende Spaltung reicht der Dissens nicht aus.

die Geschichten sind von Beginn an verknüpft. Die narrative Begründung des Ergebnisses dagegen erfüllt eine andere Funktion, indem sie es den Beteiligten erlaubt, sich wiederum voneinander abzugrenzen, ohne dabei den Zusammenhalt der Gruppe grundsätzlich infrage zu stellen. Die Abgeordneten der Mehrheits teilen sich in grob zwei Lager. Während die eine Gruppe, vornehmlich die Vertreter der großen Fraktionen, die Beweislage nach Abschluss der Arbeit des Ausschusses als gut, aber nicht hinreichend für einen scharfen Bericht sieht, verweist die andere Gruppe darauf, dass der Bericht aus zwei Gründen abgeschwächt wurde, der Inklusion der EPP-ED und dem Schutz der nationalen Regierungen vor Vorwürfen des Parlaments. Dieser Dissens reicht nicht aus, um den Kulturellen Kompromiss aufzubrechen, denn die Möglichkeit zum sinnvollen Anschluss ist in beiden Fällen gesichert. Für die Erzählungen der zweiten Gruppe aber ist die Erwähnung des Dissens durchaus von grundlegender Bedeutung, weil sie nur so rechtfertigen können, warum der Abschlussbericht ihren Vorstellungen nicht voll und ganz entspricht, und weil sie damit die Möglichkeit einer narrativen Abgrenzung gegenüber den anderen haben, die in ihren Augen rechtlich richtig, aber moralisch verwerflich gehandelt haben. Diese Relationierung scheint also in gewisser Hinsicht der Erfüllung des EU-Leitgedankens „Vielfalt in Einheit“ zu entsprechen.

Dennoch bleibt auch bei der Analyse der nicht-narrativen Sequenzen vor allem ein Eindruck zurück: Der Einsatz für Bürgerrechte gilt den Abgeordneten als Verpflichtung – er gehört zur Selbstdefinition des Parlaments, auch und gerade in Abgrenzung zum Handeln der Mitgliedsstaaten, das als nicht-europäisch verstanden wird. Die Besonderheit des Falles CIA-Ausschuss liegt gerade darin, dass im Gegensatz zu den beiden anderen Fällen ein weitgehender Konsens über die richtigen Performances herrscht, wodurch das im Verhandlungsprozess zu verfolgende Skript nicht mehr auf inhaltlichen, sondern allein auf institutionellen Erwägungen beruhen kann.

VERGLEICH DER DREI FÄLLE

Durch die unterschiedlichen Kombinationen von narrativen Grundstrukturen und Verknüpfungen von Narrationen durch Brückenelemente stellen sich die drei Fälle als Beispiele für drei Arten der Kompromissbildung im Europäischen Parlament dar:¹ REACH als Modellfall eines inhaltlichen, die Dienstleistungsrichtlinie als Modellfall eines institutionellen und der CIA-Ausschuss als Beispiel für einen konsensuellen Kompromiss. Zunächst sollen in diesem Kapitel noch einmal die Unterschiede struktureller und inhaltlicher Art zusammengefasst werden, um schließlich auch auf Gemeinsamkeiten und die Frage zu sprechen zu kommen, inwiefern die beschriebenen Prozesse als spezifisch für das Europäische Parlament angesehen werden können.

REACH ALS MODELL EINES INHALTLICHEN KOMPROMISSES
 Im Fall von REACH sind die grundsätzlichen Positionen der umwelt- und der industriepolitischen Sichtweise zwar einander entgegengesetzt, aber sie schließen sich nicht gegenseitig aus. Ein Blick auf die tatsächlich gebrauchten Argumente macht klar, dass hier bereits ein politischer Wille vorhanden war, einen Mittelweg zu finden. Dieser Eindruck wird durch die Konstruktion des Anderen bestätigt: In den Geschichten zu REACH wird der Andere externalisiert, die Schuld für Polemik und Verzögerung in der Kompromissbildung wird Akteuren außerhalb des Parlaments zugeschoben und eben nicht den Verhandlungspartnern innerhalb desselben. Dadurch werden die Bedingungen für die Verhandlung so gesetzt, dass einerseits die andere Verhandlungspartei als legitimer Partner angesehen wird, dessen inhaltlichen Argumente zwar nicht geteilt, aber als Beiträge akzeptiert werden. So erklärt sich auch der hohe Anteil an dialektischen Ketten von Argumenten, die

¹ Die Datenlage gestattet nicht, aus drei Fällen auch drei Idealtypen zu destillieren, wie es in der Soziologie sonst üblich und auch sinnvoll ist. Deshalb wird hier lediglich von drei verschiedenen Arten der Kompromissbildung gesprochen, die aber natürlich als Grundlage für weitere Forschung und die Entwicklung von Idealtypen dienen können (vgl. hierzu etwa Kelle/Kluge 1999, Kap. 6).

zeigen, dass auch retrospektiv noch versucht wird, die andere Verhandlungsseite durch das bessere Argument zu überzeugen. Andererseits wird so ein gemeinsamer sozialer Raum geschaffen, der den Druck, nun auch auf rationalem Weg zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen, erhöht. Die Verhandlungspartner sind sich sicher, dass das Parlament in der Lage ist, ohne Eingriffe von außen zu einer guten Lösung zu kommen, die auf dem Austausch von Argumenten basiert – jedenfalls zu einem guten Teil. Denn die Beteiligten sind sich bei allem argumentativen Austausch des institutionellen Drucks bewusst, zu einer Entscheidung kommen zu müssen.

Die teilweise Konvergenz der Hintergrundrepräsentationen trifft also auf eine narrative Grundstruktur des Konflikts, die ein Opportunitätsfenster zum argumentativen Kompromiss öffnet. Die beiden Seiten akzeptieren die jeweils andere Position als legitim und können so verhandeln, bis sie Mittelwerte gefunden haben, die ihnen jeweils den Anschluss an ihre ursprüngliche Position erlauben: Die konservativen Vertreter einer industriefreundlichen Politik können für sich eine effiziente Lösung beanspruchen, während die umweltpolitischen Vertreter der linken Parlamentshälfte die Einigung mit einer schärferen Regulierung vormals nicht regulierter Bereiche verknüpfen können. In den Worten des britischen Liberalen AT: „It was a step forward“.

DIE DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE ALS MODELL EINES INSTITUTIONELLEN KOMPROMISSES Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie stehen sich ohnehin zwei nur schwer miteinander zu verknüpfende Positionen in Bezug auf die Dienstleistungsfreiheit gegenüber; die weitgehende Inkompatibilität der Hintergrundrepräsentationen, das heißt der Interpretationen des Problems als Marktöffnung vs. Schutz sozialer Gerechtigkeit, führt zu einer sich aufschaukelnden Dynamik der sich gegenseitig die Rationalität absprechenden Performances – einer Art performativen Zwangs durch Inkongruenz der Hintergrundrepräsentationen. Angesichts des funktionalen Imperativs, eine Entscheidung treffen zu müssen, wird diese Situation der gegenseitigen Schuldzuweisung zu einem Dilemma, das nur aufgefangen werden kann, indem der Konflikt in eine kleinere Arbeitsgruppe verlagert wird. Diese ist dem performativen Zwang insofern entzogen, als sie explizit zur Findung eines Kompromisses eingerichtet wird. Hier zeigt sich der große

Unterschied zum Fall REACH, denn der soziale Raum, der in den Chemikalien-Geschichten noch durch gegenseitigen Respekt, eine geteilte Zielvorstellung und die gemeinsame Externalisierung des Anderen geschaffen wurde, muss hier durch eine Verlagerung der Verhandlung auf eine neue Bühne erreicht werden. Diese neue Bühne wird zu einer Art Black Box institutioneller Einigung: Wie es genau zum Kompromiss kommt, kann keiner der Beteiligten wirklich wiedergeben. Der springende Punkt dieser verfahrenstechnischen Lösung ist aber auch nicht das Ergebnis selbst, sondern eben gerade die Verlagerung des Konflikts, die von den Mitgliedern der großen Fraktionen größtenteils widerspruchslos hingenommen wird. Das Verhandlungsergebnis ist für alle, die nicht Teil der Arbeitsgruppe sind, kontingent, aber es wird akzeptiert, da das Verfahren als legitim angesehen wird.² Die Kompromissformel schließlich, die den Beteiligten erlaubt, ihre jeweiligen Narrative mit diesem Kompromiss zu verknüpfen und so einen sinnvollen Übergang zwischen Konflikt und Einigung zu erreichen, beruht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner: Die Dienstleistungsfreiheit wird prinzipiell zugesichert, während gleichzeitig den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit bewahrt bleibt, diese Freiheit einzuschränken.

Die Frage, warum der Kompromiss gefunden wird, lässt sich also so beantworten, dass nur der Rekurs auf institutionelle Notwendigkeiten (den funktionalen Imperativ) es erlaubt, den Konflikt räumlich zu verlagern und dort eine Formel auszuhandeln, die für beide Seiten anschlussfähig ist. Das Brückenelement, durch das die sich antagonistisch gegenüber stehenden Narrative verknüpft wer-

² Hier klingt deutlich die These Niklas Luhmanns (1969) an, dass Legitimität von politischen Entscheidungen durch Verfahren gesichert werde. Sicherlich spricht im Fall der Dienstleistungsrichtlinie vor allem die Gründung der Arbeitsgruppe als Brückenelement dafür, dass Luhmanns These nicht völlig von der Hand zu weisen ist. Die entscheidende Frage ist dann aber, ob solche verfahrenstechnischen Lösungen auch über einen längeren Zeitraum Bestand haben (s.u.) und ob sie zur Legitimität der sie anwendenden Institution beitragen. Gerade letzterer Punkt kann abschließend in dieser Arbeit nicht beantwortet werden, gleichwohl wird hinsichtlich der Haltbarkeit von Kompromissen (s.u.) deutlich, dass die theoretische Herangehensweise dieser Arbeit dafür spricht, dass verfahrenstechnische oder institutionelle Konfliktlösungen nicht allein für die Legitimität einer Institution wie dem EP ausreichen. Damit das Parlament ernst genommen wird, braucht es hin und wieder mehr als nur Verfahren, es braucht auch einen weitgehenden Konsens, dass institutionelle Kompromisse nur die zweitbeste Lösung darstellen. Dieses Argument wird im Folgenden weiter ausgebaut.

den, wird durch das Ereignis der Gründung der Arbeitsgruppe geliefert, auf die sich alle Abgeordneten der Mehrheit beziehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen. Dass dies möglich ist, hängt wiederum eng damit zusammen, dass das institutionelle Skript, das heißt eine Grundlage für gemeinsames Handeln auf der Basis von institutionellen Erwägungen, im EP auf besonders gute Resonanz trifft. Denn für die Abgeordneten ist schließlich die Effektivität des Parlaments mindestens ebenso wichtig wie die Repräsentation von Wahlkreisen und Interessengruppen.

DER CIA-AUSSCHUSS ALS MODELL EINES KOMPROMISSES TROTZ KONSENS Im Fall des CIA-Ausschusses wiederum wird schnell klar, dass die Interpretation des Sachverhalts von allen Beteiligten im Großen und Ganzen geteilt wurde – ein Brückenschlag zwischen den meisten Mehrheitsabgeordneten ist bereits von vornherein gegeben, da die meisten Abgeordneten das Problem als eine Frage des Schutzes von Menschenrechten interpretieren und eben nicht als eine Frage der Beziehungen zwischen der EU und den USA. Daher kann in diesem Fall auch die narrative Grenze zwischen dem eigenen Eintreten für einen stärkeren Schutz der Menschenrechte und dem unmoralischen Handeln der „bösen“ Regierungen der Mitgliedsstaaten und in Teilen auch des Rates und der US-Administration so einfach gezogen werden. Strukturell erweist sich der Fall des CIA-Ausschusses auch insofern als anders, als die Geschichten von einer gemeinsamen Basis starten, sich dann ausdifferenzieren, um schließlich in der grundsätzlich positiven Bewertung des Ergebnisses wieder zusammenzukommen. Zum einen bestätigt dies den weitgehenden Konsens der Beteiligten in Bezug auf die Interpretation des politischen Problems, zum anderen aber wirken die Narrative zumindest in Bezug auf die Kompromissbildung redundant, weil die grundsätzliche Interpretation des Falles sich durch den Prozess nicht etwa ändert, sondern eher bestätigt wird – es geht allein darum, Indizien für die Vorwürfe gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten als Beweise zu bewerten oder ihnen ihre Beweisfähigkeit abzusprechen. Die Narrative erfüllen dann aber einen anderen Zweck, indem sie den Beteiligten die Möglichkeit geben, sich innerhalb eines relativ klaren Konsens noch einmal voneinander zu differenzieren und so ihre Vorstellungen normativen Handelns deutlich zu machen: Während auf der einen Seite der unbedingte Einsatz für Menschenrechte gefordert

wird, steht auf der anderen Seite die Forderung nach einer Art institutioneller Vernunft, Indizien nicht unbedacht zu Beweisen zu deklarieren. In den Worten des Sozialisten AK heißt das dann: „Es war nicht mehr drin.“

Der Kompromiss am Ende des einjährigen Prozesses muss aber eben nicht grundsätzlich widerstrebende Narrative verknüpfen können, sondern kann auf gemeinsam geteilte Hintergrundrepräsentationen zurückgreifen. Diese beinhalten neben der grundsätzlichen Verteidigung der Menschenrechte auch eine Abgrenzung des „europäisch denkenden“, also als Vertreter einer universalistischen Menschenrechtspolitik fungierenden Europäischen Parlaments von den national und damit auch partikularistisch motivierten Regierungen.

KULTUR DES KOMPROMISSES Damit ist wiederum eine der Gemeinsamkeiten der drei Fälle angesprochen: In allen drei Studien lassen sich Sequenzen finden, in denen die von Abélès und Bellier formulierte Kultur des Kompromisses im EP sich in narrativer Form ausdrückt, indem Abgeordnete den „Geist des Kompromisses“ (AF, REACH, Zeilen 506–507), das „principle of consensus“ (AG, DLR, Zeile 491) oder den „spirito di sintesi“ (AN, TDIP, Zeile 446) direkt mit der Bewertung des jeweiligen Ergebnisses verknüpfen oder aber mit der Beschreibung des EP als einem „freieren“ Parlament im Vergleich zu nationalen Repräsentationskörperschaften. Unabhängig vom Thema wird also der institutionelle Kontext nicht nur reflektiert, sondern so gedeutet, dass über Fraktionen und Themen hinweg eine symbolische Grenze zwischen dem Innen – dem Parlament – und dem Außen – den anderen Europäischen Institutionen, den nationalen Parlamenten, den Lobbyisten – gezogen wird.

DIE MACHT DER GROSSEN FRAKTIONEN ALS NORMALFALL? In allen drei Fällen finden sich außerdem auch Hinweise über eine weitere Grenze, und zwar der internen zwischen den großen und den kleinen Fraktionen oder der politischen Mitte und den Rändern. Dabei geht es zunächst um die eben angesprochene Interpretation der Rolle des Europäischen Parlaments, eine Einigung finden zu müssen und diesen funktionalen Imperativ jedem möglichen Scheitern entgegenzusetzen. Ein solcher Imperativ ist durch die Europäischen Verträge allerdings nicht vorgegeben. Vielmehr

scheint es, als sei es den Abgeordneten der großen Fraktionen besonders wichtig, Gesetzesprojekte *nicht* scheitern zu lassen.³

Darüber hinaus kommt hierbei auch der bislang bewusst vernachlässigte Aspekt der sozialen Macht im Zusammenhang mit Performances (vgl. Alexander 2004) zum Ausdruck. Dabei ist der Befund relativ einfach: Durch ihre schiere Größe ist es den großen Fraktionen möglich, Einigungen zustande zu bringen, ohne auf die Mithilfe der kleinen Fraktionen angewiesen zu sein. Etwas allgemeiner gesprochen deutet der Befund in eine Richtung, die mit den hier verwendeten Analyse-Instrumenten nicht abgedeckt werden kann, aber für zukünftige Forschung zum EP wichtig ist und noch wichtiger werden könnte: Warum gelten bestimmte Skripte innerhalb des Parlaments als legitim und andere nicht? Zum Beispiel: Warum erwähnt nur die deutsche Grünen-Abgeordnete BC, dass das Parlament grundsätzlich die Möglichkeit hat, einen Gesetzesentwurf abzulehnen? Warum scheint die Möglichkeit des Scheiterns nur so selten eine wirkliche Alternative zu sein? Kurzum: Es gibt gewisse dominante Diskurse oder dominante Hintergrundrepräsentationen, die von einigen Akteuren auch sehr bewusst eingesetzt werden können. Damit machen sie von einer gewissen Macht über Interpretationen Gebrauch, die zeigt, dass der scheinbar freie Austausch von Argumenten im Fall von REACH nur dann als freier Austausch bezeichnet werden kann, wenn der Ausschluss der kleinen Fraktionen, vor allem der Grünen und Linken, ignoriert wird. Und genau das geschieht in den Erzählungen der Mehrheitsabgeordneten, die Ereignisse so wählen, dass die letztlich eingegangene Koalition gerechtfertigt wird, die Alternativen aber in den Erzählungen nur eine geringfügige Rolle spielen oder schlicht nicht erwähnt werden. Auch so werden narrative Grenzen gezogen.

Gleichwohl ist dieses Ergebnis nicht eindeutig, denn die Analyse der Verknüpfungen zwischen narrativen und kognitiven Elementen, also die Suche nach routinierten oder selbstverständlichen Ereignissen und Ereignisketten, zeigt, dass die Große Koalition unter

3 Wenn Gesetzesprojekte häufiger scheitern würden, könnte dieser Umstand auch mithilfe eines durch die Finanzkrise 2008 populär gewordenen Ausdrucks erklärt werden: Die drei Projekte waren alle „too big to fail“ – in jedem Fall gilt dies für die auch öffentlich stark debattierten Fälle REACH und Dienstleistungsrichtlinie. Gleichwohl entsteht bei der Übersicht über die Anteile gescheiterter Projekte der Eindruck, dass „fail“ ohnehin nicht als praktikable Lösung vorgesehen ist, deshalb würde diese Erklärung trotz ihres rhetorischen Reizes wohl zu kurz greifen für die drei untersuchten Fälle.

erhöhtem Rechtfertigungsdruck steht. Sie mag ein Weg zum Kompromiss sein, der häufig gewählt wird, dennoch entspricht sie nicht dem Masternarrativ, das die Abgeordneten ihrer Rolle zugrunde legen. Denn allzu häufig scheint die Große Koalition dann auch große politische Zugeständnisse von den Beteiligten zu verlangen, die sie in einer Koalition mit ihrer Parlamentsseite vielleicht nicht hätten eingehen müssen. Hier zeigt sich das Dilemma der Abgeordneten des EP zwischen der Rolle als politischer Interessenvertreter und der Rolle als Teil eines Parlaments, das seine Stellung im Vergleich zu den beiden anderen politischen Institutionen der Europäischen Union noch nicht geklärt hat. Es folgt dabei einem Skript, das auf möglichst große Mehrheiten zielt, um sich gegenüber Rat und Kommission durchzusetzen.

VORTEILE DER KULTURSOZIOLOGISCHEN BETRACHTUNG: GRENZEN UND VERKNÜPFUNGEN Die drei Fälle präsentieren sich als Beispiele für spezifische Formen politischer Kompromissbildung, wodurch einer der Vorteile des hier gewählten Ansatzes gegenüber herkömmlichen Erklärungen von politischen Kompromissen klar wird: Kompromisse im Europäischen Parlament sind eben nicht immer nur die Verknüpfung politischer Positionen, sondern sie basieren auf ganz bestimmten sozialen Grundlagen, die durch eine Analyse der Narrationen erst wirklich zum Vorschein kommen. Um einen Kompromiss schließen zu können, müssen sich Verhandlungsteilnehmer als legitime Akteure anerkennen und dies in Form von Narrativen oder Performances glaubwürdig kommunizieren. Narrative Grenzen, die zwischen einem Innen und Außen, zwischen den Teilnehmenden an einem Kompromiss und den Nichtteilnehmenden, zwischen Gut und Böse unterscheiden, müssen so gezogen werden, dass die Gruppe, mit der ein Kompromiss geschlossen werden soll, als dem Innen zugehörig definiert wird. In der Sprache der Performance-Theorie heißt das vor allem, dass die Performances der anderen Seite nicht als irrational oder antagonistisch aufgefasst werden, sondern als Möglichkeit der Anknüpfung. Dadurch wird ein sozialer Raum geschaffen, in dem durch die gegenseitige Akzeptanz der Austausch von Argumenten tatsächlich den Anschein hat frei zu sein – solange jedenfalls die These dominanter Diskurse ausgeklammert wird. Die kultursoziologische Betrachtungsweise politischer Kompromisse macht also deutlich, dass es in Kompromissprozessen

um mehr geht als lediglich um das Finden eines Mittelwerts. Es geht um die Anknüpfung von Denkmustern und Narrationen, die es den Beteiligten erlaubt, eine kollektive Performance der Einigung auf die Bühne zu bringen, in der sie überzeugend klar machen können, dass sie gemeinsam handeln und sei es auch nur für kurze Zeit.

HALTBARKEIT VON KOMPROMISSEN Aus den empirischen Daten lässt sich überdies herauslesen, dass institutionelle Kompromisse weniger tragfähig sind als inhaltliche. Zunächst leuchtet dieser Gedanke ein, da ein inhaltlicher Kompromiss kulturell stärker belastbar scheint. Aber warum sollten nicht auch Einigungen über eine klare institutionelle Notwendigkeit lange Bestand haben? Der gemeinsam geteilte Glauben, dass eine Institution bestehen muss und für ihre Existenz bestimmte Entscheidungen getroffen werden müssen, kann unabhängig von thematischen Widersprüchen auf längere Zeit vorhanden sein. Trotzdem zeigen die Erzählungen der Befragten, dass es doch gute Gründe gibt, einen inhaltlichen Kompromiss als stärker zu begreifen. Zunächst ist da die Struktur der Erzählungen, die wie im Fall von REACH und dem CIA-Ausschuss deutlich macht, dass gemeinsame Interpretationen auch leichte interne Differenzierungen erlauben, ohne dass der Kompromiss infrage gestellt wird.⁴ Viel wichtiger aber ist, dass in diesen beiden Fällen die narrativen Grenzen vor allem zu einer Gruppe gezogen wurden, die außerhalb des Parlaments liegt. Mit dem Ziehen dieser Grenzen zwischen Gut und Böse wird also eine Gemeinschaft innerhalb des Parlaments vorausgesetzt oder geschaffen, die im Fall der Dienstleistungsrichtlinie fehlt. Dies ist auch das beste Argument gegen eine Verallgemeinerung der institutionellen Lösung des Dienstleistungskonflikts – und damit gegen das Argument Niklas Luhmanns (1969), dass Verfahren allein bereits Legitimität stiften: Kompromisse können nur dann halten und den Grundstein für folgende Verhandlungen legen, wenn die Beteiligten sich darin wiederfinden. Dazu gehört auch die Auflösung der narrativen Grenze zu all denjenigen, die am Kompromiss teilnehmen. Auch

⁴ Ein ähnlicher Umstand findet sich auch im Fall der Dienstleistungsrichtlinie zwischen den Abgeordneten der konservativen Fraktion. Hier aber ist der Fall anders gelagert, da es sich um Differenzierungen innerhalb einer institutionell gefestigten Gruppe handelt und nicht um Differenzierungen innerhalb einer Mehrheit quer über Fraktions- und Delegationsgruppen hinweg.

wenn im letzteren Fall ein Kompromiss gefunden wurde – die symbolischen Grenzen zwischen den Kontrahenten bleiben bestehen und werden im nächsten Streit um ein ähnliches Thema sehr wahrscheinlich auf die gleiche Art und Weise wieder aktiviert werden. Das Verfahren mag also den akuten Streit beenden, den Konflikt selbst aber schafft es nicht aus der Welt.

EINE FRAGE DES THEMAS? Das führt zur Frage, ob die Struktur eines Kompromisses nicht letztlich nur vom Thema des Konflikts abhängt. Deutlich ist, dass die jeweiligen Thematiken der Fälle unterschiedliche Hintergrundrepräsentationen zur Verfügung stellen, auf deren Grundlage Akteure ihre Performances in Szene setzen. Da diese Performances wiederum vom Publikum, das heißt den anderen Abgeordneten aufgenommen und narrativ verarbeitet werden, besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Thema und Kompromiss, da letztlich die Performances als Markierungen für symbolische Grenzen fungieren, deren Verlauf für Kompromisse so wichtig ist. Im Fall von REACH etwa konnten die Beteiligten auf teilweise kongruente Hintergrundrepräsentationen zurückgreifen, da alle die Notwendigkeit für eine neue Gesetzgebung sahen, um Verbraucher zu schützen. Der Konflikt konnte dann als Interessenkonflikt gerahmt und inszeniert werden, in dem es letztlich darum ging, einen Mittelwert zu finden. Diese Einsicht kann dahingehend verallgemeinert werden, dass viele Umweltkonflikte – als Beispiel sei hier etwa der Konflikt um CO₂-Grenzwerte bei Neuwagen genannt – sich um Prozentsätze und Grenzwerte drehen. Es handelt sich in diesen Fällen um *teilbare Güter*, deren Verhandlung es den Beteiligten leichter macht, an einen Kompromiss anzuschließen, auch weil Zahlen Interpretationssache sind.

Ganz anders dagegen stellt sich der Fall der Dienstleistungsrichtlinie dar, bei der sich die Gegenüberstellung von freiem Markt und sozialer Gerechtigkeit als Sackgasse erweist, die nur einen eskalierenden Konflikt nach sich zieht. Der entscheidende Unterschied zu REACH liegt darin, dass Marktfreiheit oder soziale Gerechtigkeit nur schwer in Zahlen gefasst werden können, sie sind in dieser Konstellation *unteilbare Güter*: Auch der kleinste Schritt hin zur anderen Seite wird dann als Verrat an der eigenen Sache gewertet – wie etwa die Reaktion der Liberalen auf die Große Koalition zeigt. Durch diesen thematischen Zuschnitt war es also von vornherein schwer, einen Kompromiss zu finden.

Wieder anders verhält es sich im Fall des CIA-Ausschusses, dessen Problem von den meisten Abgeordneten als Frage des Schutzes der Menschenrechte interpretiert wurde. Diese sind ein fundamentaler Bestandteil der Selbstdefinition des Europäischen Parlaments. Der Kompromiss musste also nicht mühsam erarbeitet werden, sondern lag auf der Hand, so dass es allein um die Bewertung von Beweisen ging, der ein schärferes oder schwächeres Urteil folgte.

Der Fall des CIA-Ausschusses macht aber auch klar, warum das Thema allein nicht für den Kompromiss verantwortlich sein kann oder, um es anders zu formulieren, warum die Struktur der Hintergrundrepräsentationen allein nicht das Handeln der Akteure bestimmt. Denn es wäre auch möglich und denkbar gewesen, dass die Akteure den Fall als rein außenpolitisches Problem auffassen würden wie etwa der Konservative BF, der die Aktivitäten des Ausschusses als „anti-amerikanisch“ motiviert abtut und die Menschenrechtsfrage nur am Rand erwähnt. In einem solchen Fall wäre der Prozess der Verhandlung anders verlaufen, da Performances sich aus anderen Narrativen gespeist hätten. Ebenso gibt die deutsche Grüne BC im Fall der Dienstleistungsrichtlinie ein kontrafaktisches Szenario vor, demzufolge die Abgeordneten auch die Möglichkeit gehabt hätten, die gesamte Richtlinie abzulehnen und die Kommission aufzufordern, einen neuen Vorschlag zu erarbeiten. Im Konflikt um REACH schließlich wäre es auch möglich gewesen, dass eine der beiden Seiten wesentlich stärker auf ihrer Position beharrt – das wäre dann auch eher im Sinne von Pesendorfers (2006) These des Antagonismus zwischen industrie- und umweltpolitischen Interessen gewesen. Dass es nicht dazu gekommen ist, liegt vor allem daran, dass die Akteure den Konflikt als lösbar gerahmt und inszeniert haben, ganz anders als die Protagonisten im Fall der Dienstleistungsrichtlinie. Daran wird deutlich, dass den handelnden Akteuren immer auch eine gewisse Freiheit in der Wahl ihrer Skripte bleibt, denn sie müssen als kritikfähige Wesen angesehen werden, die sich für eine bestimmte Form der Rechtfertigung entscheiden (Boltanski/Thévenot 1999).

ERFÜLLTE ERWARTUNGEN UND ÜBERRASCHENDE ERGEBNISSE

Die Ende des vierten Kapitels formulierte These, dass die drei Fälle unterschiedliche Kompromissstrukturen aufweisen, können also als bestätigt gelten, da sowohl die Struktur der Themen als auch

die narrativen Grenzen, die durch die Befragten gezogen wurden, sich deutlich voneinander unterscheiden. Auch konnten die Erwartungen an die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Fällen erfüllt werden, da alle drei Themen den Akteuren unterschiedliche Möglichkeiten der Brückenbildung boten. REACH als teilbarer, die Dienstleistungsrichtlinie als unteilbarer und der CIA-Ausschuss als normativer Konflikt können dabei exemplarisch für Konfliktarten stehen, denen sich das EP in der Regel gegenüber sieht.

Gleichwohl produzierte die Untersuchung auch Ergebnisse, mit denen bei der Hypothesenformulierung nicht gerechnet worden war. Im Fall der Chemikalienverordnung zeigte sich etwa das große Gewicht der Externalisierung narrativer Grenzen zur Bildung einer internen Referenzgruppe, während es sich im Fall der Dienstleistungsrichtlinie genau umgekehrt verhielt: Die Grenzen wurden quer durch die Versammlung gezogen, weshalb die Rechtfertigung der Einigung eben nicht über inhaltliche Elemente gehen konnte. Im Fall des CIA-Ausschusses wiederum zeigte sich entgegen der Erwartung, dass Gruppen, die gemeinsam einen Kompromiss tragen, sich auch symbolisch voneinander abgrenzen können, ohne das gemeinsam getragene Ergebnis dadurch infrage zu stellen.

SPEZIFIZITÄT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS Dadurch wird die Frage provoziert, inwiefern diese Kompromissarten auf spezifische Charakteristika des Europäischen Parlaments zurückzuführen sind? Hier lassen sich systematische Unterschiede zwischen den Fällen aufzeigen. So ist die Lösung des Konflikts um die Dienstleistungsrichtlinie ist ohne die charakteristischen institutionellen Rahmenbedingungen kaum denkbar, denn nur durch die Aufführung des erfolgversprechenden Skripts der Gründung der Arbeitsgruppe konnte die Einigung ermöglicht werden. Diese Arbeitsgruppe wiederum war nur möglich durch die spezifische institutionelle Bedingung der Zusammensetzung des EP.

Wesentlich weniger institutionelle Anteile lassen sich im Fall des CIA-Ausschusses finden, vor allem in den zentralen Bereichen der Netzwerke, dennoch zeigt sich der institutionelle Hintergrund deutlich, indem Abgeordnete betonen, dass der Bericht die Links-Rechts-Trennung im Haus nicht noch verstärken sollte, um den Eindruck nach außen nicht zu gefährden. Einer schärferen Formulierung des Berichts wurde die institutionelle Geschlossenheit vorgezogen.

REACH wiederum ist als Beispiel für einen inhaltlichen Kompromiss relativ losgelöst von strukturellen Bedingungen, was durch den klaren Mangel an „institutionellen Performances“ deutlich wird, das heißt an berichteten, konkreten Handlungen, die institutionelle Bedingungen reflektieren. Es ist darüber hinaus durchaus denkbar, dass derselbe Kompromiss auch in anderen Zusammenhängen hätte gefunden werden können. Gänzlich unabhängig vom institutionellen Kontext ist das Ergebnis aber auch bei REACH nicht, denn erstens sind institutionelle Elemente auch in den REACH-Erzählungen zu finden und das nicht nur an den Rändern der Netzwerke. Wichtiger aber ist, dass keiner der Befragten die Möglichkeit des Scheiterns wirklich in Betracht zieht.

Das weist auf einen wichtigen Punkt hin: Im Europäischen Parlament sind durch den Zwang zu immer wieder neuen Koalitionen sehr viel mehr Abgeordnete als in nationalen Parlamenten an Einigungsprozessen beteiligt, das heißt, es gibt nur wenige Abgeordnete, die offen für ein Scheitern eintreten – wie es etwa Oppositionsabgeordnete in nationalen Parlamenten tun. Mit anderen Worten: Der Imperativ zur Einigung ist im Europäischen Parlament besonders stark ausgeprägt. Damit ist die Brücke zur institutionalistischen These geschlagen (vgl. Kapitel 1 und 3.2), denn es zeigt sich, dass die institutionellen Rahmenbedingungen als Deutungshorizont für Abgeordnete stets mitgedacht werden müssen, wenn Narrative als Indikatoren für Kompromisse verwendet werden. Was das für die Erkenntnisse dieser Arbeit bedeutet, ist Thema des letzten Kapitels.

KULTUR ALS SCHLÜSSEL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

9.1 FAZIT: DREI ARTEN VON KOMPROMISSEN

Ein politischer Kompromiss ist mehr als die einfache Verknüpfung von politischen Positionen – so die zentrale Einsicht dieser Arbeit. Er ist das Ergebnis der Verknüpfung von zunächst widerstrebenden Geschichten über ein Konfliktthema und einen Verhandlungsprozess, in denen die Beteiligten narrative Grenzen öffnen und schließen und so die soziale Bedingung schaffen, dass sich unterschiedliche Verhandlungsseiten als legitime Partner akzeptieren und eine Einigung aushandeln können. Der Kompromiss selbst ist die Grundlage für eine kollektive Performance der Beteiligten, die Einigung als gemeinsames Handeln gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den anderen Institutionen der Europäischen Union und auch gerade gegenüber denjenigen Abgeordneten, die nicht am Kompromiss teilhaben, darzustellen.

Je nach Thema und Prozessdynamik ergeben sich dann drei Arten von Kompromissen, die unterschieden werden können: erstens der inhaltliche Kompromiss, der durch argumentativen Austausch erreicht wird und der unter der Bedingung zustande kommt, dass der Andere als narrative Figur nach außen verlagert wird, um so die gegenseitige Akzeptanz zu bestätigen; zweitens der institutionelle Kompromiss, der durch die Verlagerung eines eskalierenden Konflikts in eine andere Arena erreicht wird, wo nicht mehr der politische Gegenspieler der „Andere“ ist, sondern eher diejenigen, die eine solche verfahrenstechnische Lösung nicht akzeptieren; drittens der *Kompromiss trotz Konsens* zwischen Partnern, die sich im Grunde schon einig sind, bevor der Prozess überhaupt beginnt. Im letzten Fall findet die Verknüpfung der Geschichten nicht (nur) durch Ereignisse statt, die beide Seiten sinnvoll in ihre Geschichten integrieren können, sondern bereits in der Positionierung im semantischen Feld.

9.1.1 *Faktoren der Kompromissbildung: Das Thema und seine Inszenierung*

Die Unterscheidung der drei Arten von Kompromissen deutet letztlich auf zwei Faktoren hin, die bei der Kompromissbildung entscheidend sind: Erstens muss das Thema einen Kompromiss ermöglichen, das heißt, ein Themenbereich muss in Narrativen so gefasst werden, dass Argumentationsketten miteinander verknüpft werden können. Die Grundstruktur der Rahmungen in den drei Fällen zeigt, dass hier unterschiedlich gute Möglichkeiten zum Anschluss zur Verfügung standen. In einem Fall wie dem der Dienstleistungsrichtlinie ist eine Einigung grundsätzlich schwierig zu erreichen, da es sich bei der Dienstleistungsfreiheit um ein unteilbares Gut handelt – ein Umstand, der durch die Einbettung in ideologisch-prinzipielle Überlegungen durch die Beteiligten noch verstärkt wird. Dagegen zeigen sich in einem Fall wie dem der REACH-Verordnung grundsätzliche Anknüpfungspunkte zwischen den verschiedenen Seiten, denn Regulierung ist kein unteilbares Gut, sondern ausdrückbar in Zahlen und Prozenten.

Gleichwohl sind diese Möglichkeiten auch historisch kontingent, denn eine Verknüpfung von industrie- und umweltpolitischen Argumenten wäre allein vor einer Generation noch nicht denkbar gewesen. Ebenso kann es passieren, dass der Konflikt um die prinzipielle Freiheit der Arbeitskräfte in Europa in zehn bis fünfzehn Jahren an Schärfe verliert, beispielsweise durch das Angleichen von Löhnen. Wie wahrscheinlich eine Einigung ist, kann nicht allein von Thema her bestimmt werden. Denn es muss den Beteiligten an einer Verhandlung auch gelingen, die situativen Bedingungen so zu gestalten, dass ein argumentativer Austausch und Anschluss möglich wird. Dies geschieht, indem die narrative Grundstruktur der Verhandlungssituation die Grenze zwischen den Beteiligten möglichst klein hält bzw. die Möglichkeit der sozialen Schließung bereits andeutet. Mit anderen Worten muss es den Beteiligten gelingen, sich gegenseitig zu versichern, dass die „Bösewichte“ nicht zwischen ihnen sind, sondern außerhalb der Gruppe, so dass der Raum zum Austausch von Argumenten zwischen den „Guten“ geschützt ist.

Damit zeigt sich ein Zusammenspiel von sozialen und kulturellen Bedingungen für Kompromisse (im Sinne der Relationen der Akteure einerseits und ihren Deutungen, Narrationen und Argu-

menten andererseits): Partner müssen als solche akzeptiert und narrativ positioniert werden, was möglich wird, indem die Deutungsmuster beider Seiten nicht als irrational oder als prinzipiell abzulehnen gelten. Somit bedingen sich soziale und kulturelle Bedingungen gegenseitig, was die These Alexanders und Smiths einer relativen Autonomie der kulturellen Sphäre (2001) als sinnvolles Analyseinstrument betont. Gleichwohl wird damit aber auch deutlich, was am Ende des letzten Kapitels bereits angedeutet wurde: Die Spezifität des Europäischen Parlaments liegt unter anderem auch darin, dass die institutionellen Rahmenbedingungen in Form des Imperativs zur Einigung sowohl auf soziale wie auf kulturelle Bedingungen für Kompromisse Einfluss haben bzw. als letztere in die Beobachtung und Analyse mit einfließen müssen. Dass die jeweiligen Partner eines Kompromisses sich gegenseitig als legitim akzeptieren, wird nicht zuletzt auch davon bestimmt, mit wem am ehesten der Eindruck eines starken Parlaments geschaffen werden kann. Dieser Eindruck ist den Abgeordneten offensichtlich besonders wichtig, da er die Autorität des EP als Institution erhöht. Gleichzeitig zeigen die empirischen Ergebnisse aber auch, dass die Große Koalition – rechnerisch der einfachste Ausdruck eines starken Parlaments – von vielen Abgeordneten auch der großen Fraktionen als besonders rechtfertigungsbedürftig angesehen wird. Das Skript des institutionellen Kompromisses einer großen Koalition kann nur dann funktionieren, wenn die institutionellen Rahmenbedingungen als beschränkend erlebt werden und so gedeutet werden, dass eine Einigung nur zwischen den großen Fraktionen möglich ist. So wird der Abschied vom Ziel eines inhaltlichen Kompromisses erleichtert.

Der Befund ist also so zu formulieren, dass die Ergebnisse der vorliegenden Studie keinen prinzipiellen Widerspruch zu den Ansätzen bilden, die zu Beginn des ersten und des zweiten Kapitels kritisiert wurden. Stattdessen stehen die Ergebnisse dieser Arbeit komplementär dazu und bringen eine notwendige Präzisierung. Institutionelle Rahmenbedingungen, sei es durch formelle Regeln, durch eine Kultur des Kompromisses oder auch durch soziale Macht, sind immer wichtig, um einen Kompromiss zu verstehen. Explizit aber werden sie erst zu dem Zeitpunkt, an dem eine allein auf das Thema fokussierte, inhaltliche Einigung zwischen Verhandlungspartnern nicht mehr möglich ist. Die drei eingangs kritisierten Antworten auf die Frage, wie Kompromisse zustande

kommen, könnten demnach auch re-formuliert werden: Institutionelle Bedingungen (vgl. Hix et al. 2007) werden von den Beteiligten als beschränkend („constraining“) wahrgenommen, weshalb ein bestimmtes Skript mehr Erfolgsaussichten hat als andere. Die Kultur des Kompromisses im Sinne von Abélès und Bellier (2000) wiederum hängt mit diesem institutionalistischen Skript zusammen, beide sind aber nicht gleichbedeutend. Vielmehr ist dem Skript der Kultur des Kompromisses noch ein eigenes Skript eigen, das auch ohne die Erwähnung institutioneller Regeln auf eine Einigung drängt. Kompromisse werden demnach geschlossen, weil es ohne Kompromisse nicht geht. Macht wiederum äußert sich darin, dass bestimmte Personen mehr Einfluss als andere auf die Auswahl bestimmter Skripte haben, dass sie mehr als andere bestimmen können, welche Performances als legitim gelten können und welche nicht.

Der entscheidende Vorteil des hier gewählten Ansatzes liegt dann darin, dass er unterschiedliche Arten von Kompromissen sichtbar machen kann, sowohl auf der Ebene methodischer Repräsentation (hier durch die Übertragung von Interviews in Narrative Netzwerke) wie auf semantischer Ebene. Das ist mit den bestehenden Ansätzen so nicht möglich, denn sie können letztlich nur vermuten, dass Kompromisse auf unterschiedliche Art und Weise zustande kommen, zeigen können sie es aber nicht. Denn zu deutlich wird, dass das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses von zwei Faktoren beeinflusst wird: von der Struktur eines Themas und den Möglichkeiten für Akteure, Interpretationen dieses Themas zu inszenieren. Eben dieser kulturelle Aspekt von Verhandlungsprozessen geht bei einer rein institutionellen Betrachtung ebenso verloren wie bei einer a priori angenommenen Kultur des Kompromisses, der jeglicher Konflikt untergeordnet wird. Denn der Fokus auf institutionelle Regeln lässt üblicherweise das soziale Handeln von Akteuren außer acht, während die These der Kultur des Kompromisses gerade umgekehrt nicht deutlich machen kann, dass diese Kultur auch institutionelle Gründe hat. Letztlich bleiben beide ebenso wie der Macht-Ansatz in ihren Beobachtungsmöglichkeiten eingeschränkt.

9.1.2 *Die theoretische These auf dem Prüfstand*

Die im ersten Teil dieser Arbeit formulierte These kann nun noch einmal auf ihre Substanz überprüft werden kann. Ihre Formulierung lautete:

Ein Kompromiss kommt dann zustande, wenn die beteiligten Akteure ihre jeweiligen Narrative des Verhandlungsprozesses sinnvoll miteinander verknüpfen und diese Verknüpfung performativ kommunizieren können.

Die These hat sich als brauchbar erwiesen, um inhaltliche, institutionelle und Kompromisse trotz Konsens voneinander unterscheidbar machen zu können, denn der Sinn, mithilfe dessen die Rechtfertigungsarbeit erzählt wurde, war in allen drei Fällen unterschiedlich. Gleichwohl muss die These jetzt präzisiert werden. Zunächst also geht es um das Thema eines Konflikts, das maßgeblichen Einfluss auf die Möglichkeiten der Kompromissbildung hat. Denn je nach Themenlage unterscheiden sich nicht nur Strukturen eines Themenfeldes und damit die Möglichkeiten der Inszenierung für Akteure, sondern auch die Ziehung von symbolischen Grenzen hängt eng mit dem Thema eines Konflikts zusammen. Wie etwa der Vergleich zwischen REACH und der Dienstleistungsrichtlinie gezeigt hat, war der sozio-ökonomische Streit im letzteren Fall so polarisiert, dass die narrativen Grenzen zum Anderen innerhalb der Institution EP gezogen wurden. Dagegen wurde dieser Andere im REACH-Fall, dessen inhaltliche Struktur bereits mehr Anknüpfungspunkte bot, externalisiert, die Grenze wurde zwischen dem EP und Akteuren von außen gezogen. Demnach würde sich folgender Zusatz zur These anbieten:

Je polarisierter ein Thema, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass narrative Grenzen innerhalb der eigenen Institution gezogen werden und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für einen institutionellen Kompromiss.

Eine solche Formulierung schafft es zwar, den Unterschied zwischen inhaltlichen und Kompromissen trotz Konsens auf der einen und institutionellen Kompromissen auf der anderen Seite deutlich zu machen, aber noch wird die Kritikfähigkeit des Individuums (Boltanski/Thèvenot 1999) vernachlässigt. Denn darin lag die zweite Einsicht, dass die Kontingenz in der Frage, wie ein Kompromiss

zustande kommt, durch die spezifische Art und Weise, wie Akteure – als Individuen oder als koordinierte Gruppen von Individuen – ein Thema auslegen und inszenieren, erhöht wird. Damit wird auch die Brücke zur theoretischen Vorarbeit dieser Studie geschlagen, in der ein Mittelweg zwischen strukturalistischen und individualistischen Perspektiven für die Erklärung von Kompromissen gefordert wurde. Der Zusatz muss also umformuliert werden:

Je stärker polarisierend die Akteure eines Kompromissprozesses das Thema interpretieren und in Performances darstellen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass narrative Grenzen innerhalb der eigenen Institution gezogen werden und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für einen institutionellen Kompromiss.

Demnach lassen sich auch die Ergebnisse der drei Fallstudien noch einmal aus einem anderen Blickwinkel bewerten. Während sich im Fall von REACH bereits früh in der Darstellung der Ergebnisse abzeichnete, dass hier ein inhaltlicher Kompromiss gefunden werden konnte, da die narrativen, symbolischen Grenzen nicht primär innerhalb der eigenen Institution gezogen wurden, so war im Fall der Dienstleistungsrichtlinie das Gegenteil der Fall. Sehr viel stärker polarisiert als im Fall der REACH-Verordnung wurde auch das Menschenrechtsthema des CIA-Ausschusses inszeniert, weshalb die Mehrheit, die zu Beginn den Untersuchungsprozess gestartet hatte, sich auch nicht substantiell vergrößerte. Die Grenzen zwischen der großen Mehrheit und der vergleichsweise kleinen Minderheit waren schlicht und einfach verhärtet.

9.1.3 *Möglichkeiten und Desiderata der Generalisierung*

Etwas allgemeiner gesprochen scheinen die Ergebnisse der Fallstudien erstens auf ein generelles Muster hinzuweisen, nach dem sozio-ökonomische und Menschenrechtskonflikte eine größere Gefahr laufen, polarisiert ausgelegt und inszeniert zu werden, als Konflikte um Umweltthemen. Zwischen den beiden erstgenannten Kategorien gibt es aber noch den gewichtigen Unterschied, dass die Grenzen im ersten Fall weitgehend den Voraussagen von Viviani (2009, vgl. Kapitel 3.2.1) entsprechen, der eine klassische Links-Rechts-Trennung mit der liberalen Fraktion auf Seiten der konservativen Gruppen prognostiziert, während Menschenrechtsfragen

lediglich einen Teil des Parlaments rechts der Mitte vom Rest und damit auch vom breiten Konsens trennen. Auch im Fall von Umweltkonflikten müssen die Ergebnisse zu REACH nicht zwingend den Annahmen Vivianis widersprechen – er sieht in einem solchen „neuen“ Konflikt ebenfalls eine Links-Rechts-Trennung, wobei die liberale Fraktion in diesem Fall eher zur linken Seite des Hauses tendiert. Denn ein Blick auf die linken Minderheitsgeschichten in REACH zeigt, dass hier nicht alle Abgerodneten der PES pauschal als „Böse“ fungieren, sondern nur diejenigen, die für den „Verrat“ an der guten Sache verantwortlich gemacht werden. Die Grenzen werden also nicht pauschal zwischen kleinen und großen Fraktionen gezogen, sondern nach einem allgemeinen Links-/Rechts-Schema.

Zweitens geben die Ergebnisse auch den Hinweis, dass institutionelle Kompromisse nicht a priori angestrebt werden, sondern eben erst dann als Möglichkeit des Handlungsrepertoires gesehen werden, wenn inhaltlich eine Sackgasse erreicht wird. Dieser Punkt leuchtet auch ein, wenn man sich vor Augen führt, dass Abgeordnete sich ja nicht nur als Vollstrecker eines wie auch immer gearteten institutionellen Willens sehen können und wollen.

Um diese beiden allgemeineren Betrachtungen zur Lösung von Konflikten aber auch wirklich verallgemeinern zu können, bedarf es mehr empirischer Forschung in drei Bereichen: Zunächst müsste es darum gehen, die Ergebnisse im Rahmen des Europäischen Parlaments selbst zu bestätigen. Hier lassen einige Eindrücke aus den Archiven des Europäischen Parlaments darauf schließen, dass die vorliegenden Fallstudien keine Ausnahmen markieren, sondern eine Art Regelfall darstellen. Da ist etwa der Fall der so genannten Entsenderichtlinie, die sich mit der Entsendung von Arbeitern in andere Mitgliedsstaaten befasst. Die Reform der Richtlinie von 1996, die zunächst im Zuge der Dienstleistungsrichtlinie verhandelt werden sollte, ist bis Ende 2013 nicht angegangen worden. Die Kommission hat stattdessen eine Richtlinie zur Durchsetzung der Entsenderichtlinie vorgeschlagen, die momentan diskutiert wird. Dabei drehen sich die Debatten genau wie bei der Dienstleistungsrichtlinie um die Fragen, welche Möglichkeiten der Regulierung und Kontrolle die Mitgliedsstaaten haben sollen bzw. welche Freiheiten Unternehmen gewährt werden. Eine inhaltliche Kompromisslösung erscheint hier also schwer, da wieder einmal mit Prinzi-

prien der Marktfreiheit und der sozialen Gerechtigkeit argumentiert wird.

Anders hingegen verhält es sich bei Konflikten zwischen Umwelt- und Industrieinteressen. Ein Blick auf die Begründungen des Abstimmungsverhaltens im Fall der 2008 in zweiter Lesung verabschiedeten Rahmenrichtlinie zu Pflanzenschutzmitteln (EP/OEIL 2009b) zeigt, dass auch hier ganz ähnliche Schlagworte verwendet werden wie im Fall der Chemikalien-Verordnung: es geht es um einen sinnvollen Ausgleich zwischen Umwelt- und Produktionsinteressen, in diesem Fall der europäischen Landwirtschaft. Noch klarer ist die Analogie bei der ebenso im Jahr 2008 verabschiedeten Richtlinie zu CO₂-Grenzwerten bei Neuwagen, die wie REACH von einer erweiterten Großen Koalition verabschiedet wurde (EP/OEIL 2009a). Auch hier sahen sich die großen Fraktionen mit der Notwendigkeit konfrontiert, einen Ausgleich untereinander zu finden, um die Zustimmung der Mehrheit der eigenen Fraktionen zu sichern. Aufgrund der aus dem REACH-Fall gewonnenen Erkenntnisse lässt sich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vermuten, dass auch im Konflikt um die CO₂-Grenzen interne Markierungen des oder der Anderen eher selten waren und stattdessen einmal mehr Regierungen und Lobbies als Bösewichte in den jeweiligen Geschichten fungierten. Gewissheit könnte dazu aber nur eine eingehende Analyse der Konfliktfälle bieten.

Um die These auch zu einem über die institutionellen Grenzen des EP hinausgehenden Modell erweitern zu können, wäre es aber darüber hinaus wichtig, Konflikte in anderen institutionellen Kontexten zu untersuchen, etwa in nationalen Parlamenten. Die Vermutung ist, dass zumindest Konflikte in nationalen Parlamenten mit einer klaren Trennung in Regierungs- und Oppositionsfraktionen weitaus routinierter vonstatten gehen, das heißt mit relativ festen Grenzen zwischen durch Mitgliedschaft definierten Gruppen. Symbolische Grenzen müssten in einem solchen Fall dann weniger stark narrativ begründet werden, da sie bereits bestehen und keine Ad-hoc-Koalitionen geschaffen werden müssen. Das heißt aber nicht, dass nicht trotzdem bestehende Grenzen durch Narrationen und Performances bestätigt oder vertieft werden können. Gleichwohl würde die Existenz von relativ festen Grenzen bedeuten, dass die Definition des Anderen nur in Ausnahmefällen – bei als besonders wichtig empfundenen Gesetzesprojekten oder der Forderung nach Zwei-Drittel-Mehrheiten – umkonstruiert werden müsste, um

die üblichen Grenzen aufzuheben. Gerade um eine mögliche Spezifität des Europäischen Parlaments herauszuarbeiten, wäre ein Vergleich mit Konflikten in nationalen Parlamenten besonders interessant.

Drittens müssten weitere Forschungen auch außerhalb der stark institutionalisierten parlamentarischen Arenen angestellt werden, etwa zu Konflikten innerhalb von sozialen Bewegungen oder zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen ohne gemeinsame Bühnen. Wie etwa Andreas Wimmers ethnographische Untersuchungen (2005) zur Integration von Migrantengruppen in europäischen Gesellschaften zeigen, ist das Konzept des Kulturellen Kompromisses auch in solchen Fällen sehr brauchbar, um temporäre Einigungen auf einen Modus Operandi bei gleichzeitiger kultureller Variation deutlich machen zu können. Gemäß den oben formulierten Thesen wäre auch in solchen Fällen davon auszugehen, dass das Lösungspotenzial eines Konfliktes maßgeblich durch die Struktur des Streitthemas und durch die Inszenierungen der Akteure bestimmt wird. Dass etwa ein Konflikt um den Bau einer Moschee in einem beliebigen mitteleuropäischen Land inhaltlich zu lösen sein wird, so dass alle Beteiligten von einem sinnvollen Kompromiss sprechen, scheint im derzeitigen politischen Klima aus zwei Gründen nur schwer möglich: Zum einen ist die Rahmung, mit der ein solches Thema angegangen würde, durch eine starke binäre Opposition zwischen Bau oder Nicht-Bau eines Gebäudes geprägt, was Zwischenlösungen bereits schwierig macht. Zum anderen aber wird der Konflikt um den Bau einer Moschee auch gleich als Konflikt um religiöse Prinzipien inszeniert, in dem die Moschee dann als Symbol für religiösen Fundamentalismus gesehen wird, was wiederum zu weiteren Verknüpfungen prinzipieller Art führen kann.

Abgesehen von solchen drastischen Beispielen lässt sich generell vermuten, dass Akteure in ideologisierten und an Prinzipien anknüpfenden Konflikten eher dazu tendieren, exklusive Grenzen zu ziehen, die über die Verteidigung dieser Prinzipien definiert werden bzw. darüber, wie sehr die andere Seite im irrationalen Unrecht liegt. In Konflikten hingegen, in denen es um teilbare Güter geht und konkrete Interessen in Zahlenwerten ausgedrückt werden, haben Akteure einen größeren Spielraum, Grenzen variabel zu halten und Verhandlungsergebnisse als notwendige Zugeständnisse zu inszenieren, die letztlich dabei helfen, die eigene Position zu retten.

Akteure müssen es also schaffen – sofern sie einen Kompromiss wollen –, Interessen auszudrücken, die nicht explizit durch Prinzipien begründet werden. Damit werden die Chancen gesteigert, mit der eigenen Geschichte an die Geschichte einer anderen Seite anzuknüpfen.

9.1.4 *Theoretisches Fazit: Der soziologische Mehrwert*

Für die Bewertung des theoretischen Projekts ist es sinnvoll, die im ersten und zweiten Kapitel formulierten Grundannahmen auf ihren Nutzen in der Erklärung politischer Kompromisse hin zu untersuchen. Zuvorderst steht hier natürlich die Grundlage der Bewertung, und zwar Kultur als erklärende Variable. Die Art und Weise, wie ein Konflikt von den Teilnehmern an Verhandlungsprozessen gedeutet wird, prägt direkt die Handlungen dieser Teilnehmer. Nur weil im Fall von REACH die Unterschiede in der Bewertung der Materie nicht als ideologische Barrieren aufgefasst wurden, konnten die Beteiligten aufeinander zugehen, und gerade weil im Fall der Dienstleistungsrichtlinie die internen, narrativen Grenzen so hoch gesetzt wurden, bot sich die Arbeitsgruppe als einziger Ausweg an. Dazu kommt, dass es in allen drei Fällen als besonders wichtig erachtet wurde, den Verhandlungsprozess nicht scheitern zu lassen. Die Überzeugung, begonnene Prozesse auch zu Ende zu führen, scheint im Europäischen Parlament ohnehin eine Art Grundkonsens zu sein, sie beeinflusst aber natürlich auch die Auswahl von Handlungsstrategien. Wären zum Beispiel mehr Abgeordnete wie etwa die Grüne BC im Fall der Dienstleistungsrichtlinie der Überzeugung gewesen, dass die Richtlinie einer grundlegenden Überarbeitung bedürfte, so wären die parlamentarischen Handlungen auch in eine andere Richtung kanalisiert worden. Die symbolischen Grenzen wären dann wohl stärker zur Kommission hin aufgebaut gewesen. Die Akteure haben also Handlungsalternativen, aus denen sie auswählen können, eben gerade so, wie es in Ann Swidlers theoretischem Konstrukt der kulturellen Repertoires zum Ausdruck kommt, der zweiten Grundannahme dieser Arbeit.

Wie in der Kritik an Swidler und Bourdieu im zweiten Kapitel aber deutlich wurde, muss der Begriff der Repertoires unbedingt erweitert werden, um die Ausstattung an Handlungsalternativen nicht allein auf die Mitgliedschaft in einer Gruppe zurückzuführen

zu müssen. Denn dazu waren die Variationen im Framing der Konfliktthemen und weiterhin auch in der Inszenierung unter Mitgliedern derselben Fraktion zu groß; als Beispiel sei hier an die beiden deutschen Konservativen AO und AH erinnert, die grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweisen in der Frage der Dienstleistungsfreiheit betonten. Um also der relativen Freiheit des Individuums von einer Gruppe wie auch der relativen Autonomie der kulturellen Strukturen gegenüber der sozialen Sphäre Rechnung zu tragen, wurde der Handlungsbegriff der Social Performance eingeführt und mit ihm das Konzept des Kulturellen Kompromisses. Ersterer postuliert die kulturelle Verfasstheit von Handlung ebenso wie andere Praxis-Begriffe, verweist aber noch stärker auf die Ausführung sozialen Handelns, statt bei Handlungsstrategien (Swidler) zu verweilen. Letzterer wiederum macht deutlich, dass es bei der Koordinierung sozialer Handlung nicht darum gehen muss, eine Kongruenz von Interpretationen zu erreichen, sondern vielmehr darum, für alle Beteiligten Anschlussmöglichkeiten zu schaffen.

Der Begriff der Performance hat sich auch als nützlich erwiesen, um die Art und Weise herauszuarbeiten, mit der kulturelle Inhalte in Handlungen zum Ausdruck gebracht werden. Wichtiger für die Analyse war jedoch noch ein weiterer Aspekt des Performance-Begriffs, und zwar der des Publikums. Da diese Arbeit sich methodisch auf narrative Rekonstruktionen von Verhandlungsprozessen durch die Beteiligten gestützt hat, war die Publikumperspektive das Primärmaterial, auf dem die Analyse der Prozesse aufgebaut hat. Gerade dadurch aber wurde deutlich, dass Handlungen erst dann soziologisch brauchbar beobachtet werden können, wenn der kommunikative Akt als Ganzes in Betracht gezogen wird, also das Senden einer Nachricht *und* die Art und Weise, wie eine Handlung aufgenommen wird. Dies hat zur Folge, dass Handlungen zwar bestimmte Motivationen haben können, diese aber für das Erreichen eines Kompromisses nicht relevant sind, wenn das Publikum sie nicht als solche erkennt. Das Publikum, das in unseren Beispielen vor allem aus den „fellow performers“, also den an Verhandlungen beteiligten Abgeordneten besteht, kann Performances scheitern lassen, selbst wenn die Akteure eine überzeugende oder besonders authentische Darbietung geben. Im Fall der Dienstleistungsrichtlinie hat sich gezeigt, dass nicht nur das Thema bereits in klaren, binären Oppositionen wahrgenommen wurde, sondern auch die Handlungen der jeweils anderen Seite als falsch, irratio-

nal motiviert und so fort interpretiert wurden. Die Motivationen der Handlungen waren also in dem Moment für den Kompromiss nicht mehr von Belang, als sie ins Leere liefen und keine Resonanz beim Publikum fanden. Gerade dieses Problem kann durch den Performance-Begriff besonders gut analytisch eingefangen werden.

Gleichwohl können Performances nicht singulär betrachtet werden, denn sie provozieren Gegenperformances durch die Gegenseite oder konziliante Performances durch die Verhandlungspartner, die alle nicht verstanden werden können, ohne diese Handlungen im Verlauf eines Prozesses zu sehen. Daher muss der Performance-Begriff um eine Prozessperspektive erweitert werden, die auch noch einmal den Nutzen des Konzepts des Kulturellen Kompromisses klar macht. Denn ein Kultureller Kompromiss ist das Ergebnis einer Aushandlung zwischen zunächst widerstrebenden Auslegungen eines (politischen) Problems. Damit ist nicht eine Kongruenz der Auslegungen gemeint, sondern die Möglichkeit, die eigene Position sinnvoll mit dem Verhandlungsergebnis zu verknüpfen. Gerade durch diese Möglichkeit zur kulturellen Variation in einer Kompromissgemeinschaft erweist sich das Konzept des Kulturellen Kompromisses als besonders tragfähig, um politische Verhandlungsprozesse zu analysieren und unterschiedliche Arten von Kompromissen zu unterscheiden, je nachdem, auf welche Art und Weise an den Kompromiss angeschlossen wurde.

Dieser Anschluss wiederum wurde in dieser Arbeit über die Erzählungen der Beteiligten an einem Verhandlungsprozess rekonstruiert, wobei hier die Grundannahme war, dass ein Kompromiss immer argumentativ und narrativ verarbeitet wird und somit die Analyse der Narrative in Form von Netzwerken einzelner Elemente auch eine Analyse der Kompromissarten erlaubt. Denn durch Narrative werden Grenzen zwischen Gruppen gebildet und verfestigt oder durchlässig gemacht. Darüber hinaus bieten Narrative auch den Vorteil, den Anschluss, den der Kulturelle Kompromiss vorsieht, noch besser zu verdeutlichen, indem die Geschichten der Mehrheit auf das Ereignis „Kompromiss“ zusteuern. Die für die soziologische Analyse spannende Frage ist dann, wie erstens der narrative Sinn hergestellt wird, mit dem symbolische Grenzen aufgeweicht werden, um eine Koalition rechtfertigen zu können und wie zweitens unterschiedliche Narrative miteinander verknüpft werden können, um so die gemeinsame Performance eines Kompromisses zu ermöglichen. Über die Untersuchung die-

ser Verknüpfungen, der Brückenelemente, konnten schließlich die drei Arten von Kompromissen unterschieden werden, die das zu generalisierende Ergebnis dieser Arbeit darstellen: 1) der inhaltliche Kompromiss als das Ergebnis eines relativ freien Austauschs von Argumenten im Sinne von Jürgen Habermas; 2) der institutionelle Kompromiss als das Ergebnis eines prinzipiellen Konflikts, dessen Beteiligte sich auf einen als institutionell notwendig erachteten, kleinsten, gemeinsamen Nenner einigen, und 3) der Kompromiss trotz Konsens, bei dem Narrative vor allem den Zweck der internen Differenzierung innerhalb einer größeren Gruppe mit sehr ähnlichen Argumentationen haben.

Es stehen also drei eng miteinander zusammenhängende Faktoren im Zentrum der Erkenntnisse dieser Arbeit: *Erstens* ist die Deutung eines politischen Themas durch die beteiligten Akteure der zentrale Ausgangspunkt der Analyse eines Verhandlungsprozesses. Dieser findet unter bestimmten Rahmenbedingungen statt, die die Deutung der Problemlage durchaus beeinflussen können. Die Stärke dieses Einflusses hängt wiederum vom *zweiten* Faktor ab, und zwar der Art und Weise, wie politischer Streit inszeniert wird, also wie die Deutung des Themas und der Verhandlung selbst von den Beteiligten dargestellt wird. Wie der Zusatz zur These deutlich macht, wirken die institutionellen Rahmenbedingungen umso mehr, wenn ein politischer Streit als ein Konflikt um unteilbare Güter wahrgenommen und über antagonistische Prinzipien begründet wird. Es ist ebenso denkbar, dass Rahmenbedingungen wie die institutionellen Regeln nur wenig Einfluss haben; im Fall des EP aber scheint die Spezifität der Institution gerade darin zu liegen, dass der Imperativ zur Einigung aus Gründen der institutionellen Beziehungen besonders stark ausgeprägt ist. Gleichwohl hat der Vergleich der Fälle gezeigt, dass der Einfluss variabel ist, weshalb er im Modell nur eine Randbedingung bleibt. *Drittens* führen die Deutung des Themas und seine Inszenierung durch die Akteure zum Abbau symbolischer Grenzen zwischen den miteinander verhandelnden Gruppen – im Allgemeinen durch eine Verlagerung der narrativen Figur des Bösen auf andere Gruppen oder nach außen, im Speziellen durch Brückenelemente in den Geschichten, die die Beteiligten von einem Verhandlungsprozess erzählen. Erst durch diese Verschiebung narrativ gesetzter Grenzen, die in Performances zum Ausdruck gebracht werden, kann die Gruppe der Akteure, die an einem Kompromiss beteiligt sind, diesen als ge-

meinsames Ergebnis gegenüber dem Rest des Parlaments, aber auch gegenüber der breiteren Öffentlichkeit darstellen. In diesem Fokus auf die Erklärung der Gruppenbildung durch Kultur liegt der soziologische Mehrwert eines Modells, dass das Handeln der Akteure in einem Netzwerk von Bedeutungen in den Mittelpunkt stellt. Damit wird auch die Lücke geschlossen, die die zu Beginn kritisierten Ansätze noch gelassen haben, denn das Modell stellt eine Brücke her zwischen Rahmenbedingungen, Handeln und Ergebnis.

9.2 AUSBLICK: KULTUR UND DIE EUROPÄISCHE UNION – EINE FRUCHTBARE ANALYSE

9.2.1 *Kultur als Modus der Konziliation*

Diese Arbeit beansprucht, ein brauchbares theoretisches Modell für die Analyse politischer Kompromisse liefern zu können, das auch außerhalb des institutionellen Rahmens der Europäischen Union zur Anwendung kommen könnte. Dabei spielt eine große Rolle, dass das Modell jegliche Vorstellung von Kultur als einer für eine spezifische Gruppe von Individuen einheitlichen Handlungsdeterminante ablehnt. Kulturelle Variation, also ein Unterschied in der Deutung dessen, „was hier eigentlich vorgeht“ (Goffman 1969) ist, wie Andreas Wimmer formuliert und durch die Analysen dieser Arbeit auch noch einmal illustriert wird, ein normaler Bestandteil aller Gesellschaften. Damit ergibt sich eine fruchtbare Möglichkeit, Konzepte wie eine nationale Kultur (vgl. etwa Inkeles 1997) kritisieren zu können. Dies soll nicht heißen, dass kulturelle Hintergrundrepräsentationen wie Narrative und Argumentationsketten nicht über eine große Gruppe von Menschen geteilt werden können. Aber die prinzipielle Annahme, dass Individuen als Teil einer Gruppe auch dieselben kulturellen Deutungsmuster teilen *müssen*, ist auch durch die hier vorgestellten Ergebnisse nicht haltbar. Stattdessen erscheint Kultur als ein Modus der Konfrontation zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen, die ihrem Eintreten für oder gegen eine bestimmte Sache unterschiedliche Interpretationen des Problems zugrunde legen. Diese Gruppen können ebenso lokal begrenzt sein wie global agieren, dem Wirkungsgrad kultureller Hintergrundrepräsentationen sind prinzipiell jedenfalls keine Grenzen

gesetzt. Vor allem aber kann Kultur auch als Modus der Konziliation gesehen werden, indem gerade die Deutungen eines Problems so miteinander verknüpft werden können, dass die Beteiligten einen Kompromiss akzeptieren. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Kompromiss wie der zur Dienstleistungsrichtlinie nicht von langer Dauer ist, da er eine verfahrenstechnische, aber eben keine argumentative Lösung ist. Um diese Vermutung aber auch zu bestätigen, bedarf es weiterer Forschung.

Das hier vorgestellte Modell jedenfalls eröffnet einen Weg, Deutungsunterschiede als Bestandteil von Kompromissen zu verstehen und so politische Einigungen in einen breiteren Kontext zu stellen als die einfache Verknüpfung politischer Positionen. Denn Positionsunterschiede sind Deutungsunterschiede, die in Performances zum Ausdruck gebracht werden und symbolische Grenzen zwischen Gruppen aufbauen oder bestätigen, die einen Sachverhalt verschieden interpretieren. Damit ein Kompromiss als gemeinsames Ergebnis dargestellt und der Öffentlichkeit präsentiert werden kann, müssen eben diese symbolischen Grenzen anders gezogen werden, was durch eine mehr oder weniger bewusste, selektive Rekonstruktion des Konfliktprozesses geschieht, die eine Verknüpfung von ansonsten widerstrebenden Erzählungen erlaubt. Darin besteht das Modell des Kompromisses durch narrative Verknüpfung.

9.2.2 *Kompromisse im EP: Einheit in Vielfalt?*

Auch für die Institutionenforschung zum Europäischen Parlament und zur Europäischen Union bringt diese Arbeit einige Implikationen mit sich. Zuvorderst steht hierbei die Einsicht, dass das Charakteristikum der wechselnden Mehrheiten im Europäischen Parlament unbedingt ernst zu nehmen ist. Damit müssen die Ergebnisse dieser Arbeit den Versuchen, langfristige Trends hin zu einer stärkeren Links-Rechts-Trennung (Hix et al. 2007) oder zu einer Art issue-spezifischer Mehrheiten (Viviani 2009) zu postulieren, nicht unbedingt widersprechen. Denn wie bereits weiter oben verdeutlicht wurde, zeigten sich die von Viviani herausgearbeiteten Trennlinien auch in den Fallstudien dieser Arbeit. Gleichwohl konnte hier gezeigt werden, warum diese Trennlinien sich nicht auch im letztendlichen Abstimmungsergebnis wiederfanden

und wie der Begriff der wechselnden Mehrheiten genauer zu verstehen ist: Jede Mehrheit im Europäischen Parlament ist durch die institutionellen Rahmenbedingungen neu zu verhandeln, weshalb es sich grundsätzlich von den meisten Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten unterscheidet. Durch diesen Zwang zur Verhandlung werden auch die Performances aufgewertet, mit denen ein politisches Problem im Rahmen des Parlaments kommuniziert wird. Die Grenzziehung durch narrative Rekonstruktion der vergangenen Ereignisse bekommt mehr Gewicht als in Parlamenten, deren Trennlinien durch die Aufteilung in Regierungs- und Oppositionsfractionen klarer sind.

Zweitens ist noch einmal die spezielle Position deutlich geworden, die das Europäische Parlament im politischen System der EU einnimmt. Die Abgeordneten reflektieren in den Interviews die Beziehungen zur Kommission und zum Rat in einer spezifischen Art und Weise, in der häufig das Parlament als Ganzes den beiden anderen Institutionen gegenüber gestellt wird – ungeachtet der Fraktionsgrenzen und der Abstimmungsergebnisse. Der Umstand, dass das Europäische Parlament einst das demokratische Feigenblatt war, zeigt sich auch heute noch – trotz massiven Machtzuwachs – in der Wahrnehmung der eigenen Institution als besonders bürgernah und auch besonders effektiv. In einem solchen Sinn kann dann auch die Sozialisation von MEP verstanden werden, deren sozialwissenschaftliche Diskussion in Kapitel 3 kritisiert wurde: Es geht weniger darum, danach zu suchen, ob die Abgeordneten für das Europäische Projekt sind und ob sie als „gone native“ (vgl. Scully 2005 und Checkel 2003) bezeichnet werden können, denn damit wird meistens eine falsche Dichotomie zwischen der europäischen und der nationalen Ebene postuliert, die in der Wahrnehmung der Europaabgeordneten keine große Rolle spielt. Abgeordnete des EP sind sowohl Repräsentanten ihrer Wahlkreise als auch bestimmter Interessengruppen und schließlich auch der gesamten europäischen Bevölkerung. Darüber hinaus sind sie ebenso Repräsentanten des Parlaments selbst und treten mit regelmäßiger Leidenschaft für größere Mitspracherechte des EP auf der europäischen Ebene ein. Die Diskussion um die Sozialisation von Abgeordneten sollte daher nicht fragen, ob die nationale von der europäischen Perspektive abgelöst wird, sondern wie die Relationen von Abgeordneten untereinander und zwischen Parlament und den anderen Institutionen gesehen werden.

Tatsächlich ließe sich die Art und Weise, wie gewissermaßen auf Gedeih und Verderb versucht wird, eine Einigung zu finden, auch als politisch vage oder als ein Abweichen von grundlegenden Positionen kritisieren. Gleichzeitig aber ist gerade diese Form der Einigung unter dem speziellen Gesichtspunkt der Machtverteilung zwischen den Europäischen Institutionen nur allzu verständlich. Denn eine Lagerbildung hätte wohl zur Folge, dass politische Gestaltungsmacht zu einem Nullsummenspiel würde: Eine Seite würde gewinnen, eine andere verlieren. In der breiten Kooperation aber steckt die Möglichkeit eines gemeinsamen Machtzuwachses einer möglichst großen Zahl von Abgeordneten. Dieser Zugewinn kann dann wiederum im distributiven Vergleich mit den anderen beiden Institutionen als Argument eingesetzt werden.

Einheit in Vielfalt – so lautet das Motto der Europäischen Union. In gewisser Weise könnte dieses Motto auch die Ergebnisse dieser Arbeit zusammenfassen. Denn tatsächlich ist es genau das, was das Konzept des Kulturellen Kompromisses postuliert: Verknüpfung bei gleichzeitiger Differenz. Dabei liegt wiederum die Kritik nahe, dass so ein „Kompromiss der Kulturen“ im Sinn von Eric Abélès und Irène Bellier (1996) gefördert wird, der kulturelle Variation verwische und die Entwicklung einer genuin europäischen Kultur verhindere. Der Fehlschluss einer solchen Kritik ist aber, dass Verknüpfung nicht gleichzusetzen ist mit Verwischen und dass der Kulturelle Kompromiss eine temporäre Einigung und keine Verschmelzung darstellt. Der Vorteil eines Kulturbegriffs, der Variation nicht an institutionellen oder territorialen Grenzen festmacht, sondern sie zunächst einfach nur als Unterschiede in Deutungsmustern begreift, liegt gerade darin, dass er umgekehrt auch dann nützlich ist, wenn über institutionalisierte Grenzen hinweg Deutungsmuster geteilt werden wie etwa im Fall der Menschenrechtspolitik. Mithilfe eines solchen Kulturbegriffs ist es dann möglich, die Phrase Einheit in Vielfalt zu präzisieren und zeigen zu können, wo die Einheit auf gemeinsam geteilte Deutungsmuster zurückgreift und wo sie stattdessen institutionell begründet wird. Die Kritik am Kompromiss der Kulturen ist dadurch nicht überflüssig, aber sie muss differenziert werden. Mit dem Modell des Kompromisses durch narrative Verknüpfung wird ein theoretisches wie methodisches Instrument bereitgestellt, das dies ermöglicht.

LITERATUR

AUFsätze, ARTIKEL UND BÜCHER:

Abbott, Andrew (1995): Sequence Analysis, *Annual Review of Sociology*, 19, 187-209.

Abbott, Andrew (2001): *Time Matters. On Theory and Method* (Chicago & London: University of Chicago Press).

Abbott, Andrew (2004): *Methods of discovery. Heuristics for the Social Sciences* (New York: Norton).

Abélès, Marc/Bellier, Irène (1996): La Commission européenne: du compromis culturel à la culture politique du compromis, *Revue française de science politique*, 46, 3, 431-456.

Abélès, Marc (1992): *La vie quotidienne au Parlement Européen* (Paris : Hachette).

Abélès, Marc (1993): Politische Inszenierungen und Rituale in kritischer Sicht, in: Abélès, Marc/Rossade, Werner (Hrsg.): *Politique Symbolique en Europe – Symbolische Politik in Europa* (Berlin: Duncker & Humblot), 57-78.

Abélès, Marc (2000): Virtual Europe, in: Bellier, Irène/Wilson, Thomas M. (eds): *Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe* (Oxford/New York: Berg), 31-52.

Abell, Peter (2004): Narrative explanation: an alternative to variable-centered explanation?, *Annual review of sociology*, 30, 1, 287-310.

Alexander, Jeffrey C. (1988): The New Theoretical Movement, in: Smelser, Neil J. (ed.): *Handbook of Sociology* (Newbury Park, CA: Sage), 77-101.

Alexander, Jeffrey C. (1990): Analytic debates: Understanding the relative autonomy of culture, in: Alexander, Jeffrey C./Seidman, Steven (eds.): *Culture and Society. Contemporary Debates* (Cambridge: Cambridge University Press), 1-29.

- Alexander, Jeffrey C./Smith, Philip (1993): *The Discourse of American Civil Society: A New Proposal for Cultural Studies, Theory and Society*, 22, 2, 151-207.
- Alexander, Jeffrey C./Smith, Philip (2002): *The Strong Program in Cultural Sociology. An introduction to Structural Hermeneutics*, in: Turner, Jonathan H. (ed.): *Handbook of Sociological Theory* (New York: Kluwer Academic/Plenum Publishers), 135-150.
- Alexander, Jeffrey C. (2003): *The meaning of Social Life. A cultural sociology* (Oxford: Oxford University Press).
- Alexander, Jeffrey C. (2004): *Cultural Pragmatics: Social Performance Between Ritual and Strategy*, *Sociological Theory*, 22, 4, 527-573.
- Alexander, Jeffrey C./Mast, Jason (2006): *Symbolic action in theory and practice: the cultural pragmatics of symbolic action*, in: Alexander, Jeffrey C./Giesen, Bernhard/Mast, Jason L. (eds.): *Social Performance. Symbolic Action, Cultural Pragmatics, and Ritual* (Cambridge: Cambridge University Press), 1-28.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): *From the depths of despair: performance, counterperformance and „September 11“*, in: Alexander, Jeffrey C./Giesen, Bernhard/Mast, Jason L. (eds.): *Social Performance. Symbolic Action, Cultural Pragmatics, and Ritual* (Cambridge: Cambridge University Press), 91-114.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations* (Princeton: Princeton University Press).
- Archer, Margaret (1985): *The Myth of Cultural Integration*, *British Journal of Sociology*, 36, 3, 333-353.
- Aston, Elaine/Savona, George (1991): *Theatre as Sign-System. A semiotics of text and performance* (London and New York: Routledge).
- Austin, John L. (1962): *How to do Things with Words*, edited by J. O. Urmson (Oxford: Clarendon Press).

Bailer, Stefanie/Schneider, Gerald (2002): When Words Matter. Informal Rules and the Enlargement Debate, in: Steunenberg, Bernard/Thomassen, Jacques (eds.): The European Parliament. Moving toward Democracy in the EU (Oxford: Rowman & Littlefield Publishers), 139-161.

Beauvallet, Willy (2005): Une institutionnalisation du Parlement européen. La distribution des positions des pouvoirs, l'émergence d'un capital spécifique et l'autonomisation de l'espace politique européen, in: Gravier, Magali/Triga, Vassiliki (eds.): Organisational culture in the institutions of the European Union, EUI Working Paper SPS No. 2005/4, 108-131.

Beauvallet, Willy (2007): Profession: Eurodéputé. Les élus français au parlement européen et l'institutionnalisation d'une nouvelle figure politique, 1979-2004 (Strasbourg: Université de Strasbourg), verfügbar unter: <http://tel.archives-ouvertes.fr/tel-00311102/fr/>, 14.01.2014.

Beauvallet, Willy/Michon, Sébastien (2010): Professionalization and socialization of the members of the European Parliament, French Politics 8, 2, 145-165.

Beauvallet, Willy (2010): The European Parliament and the politicisation of the European space – the case of the two port packages, in: Mangenot, Michel/Rowell, Jay (eds.): Reassessing Constructivism. A Political Sociology of the European Union (Manchester, Manchester University Press), 164-183.

Bearman, Peter S./Stovel, Katherine (2000): Becoming a Nazi: A model for narrative networks, Poetics, 27, 2, 69-90.

Bearman, Peter S./Faris, Robert/Moody, James (1999): Blocking the Future: New Solutions for Old Problems in Historical Social Science, Social Science History, 23, 4, 501-533.

Beck, Ulrich (2006): Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München (Frankfurt/Main: Campus), 513-525.

Becker, Peter (2006): Die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Neue Wege Europäischer Gesetzgebung, SWP-Aktuell 54, November 2006.

Beckert, Jens (2005): Soziologische Netzwerkanalyse, in: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie (München: Beck), 286-312.

Bellier, Irène (2000): The European Union, Identity Politics, and the Logics of Interest Representation, in: Bellier, Irène/Wilson, Thomas M. (eds): Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe (Oxford; New York: Berg), 53-73.

Benford, Robert D. (1997): An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective, *Sociological Inquiry* 67, 4, 409-430.

Bennett, W. Lance (1979): When Politics Becomes Play, *Political Behavior*, 1, 4, 331-359.

Berger, Peter L./ Luckmann, Thomas (1987 [1969]): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie (Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch).

Berger, Ronald J./Quinney, Richard (eds., 2005): *Storytelling Sociology. Narrative as Social Inquiry* (Boulder: Lynne Rienner Publishers).

Blomgren, Magnus (2003): Cross-Pressure and Political Representation in Europe: A comparative study of MEPs and the intra-party arena (Umea: Umea Universitet).

Böhret, Carl/Grunow, Dieter/Ziekow, Jan (2005, Hrsg.): Der Vorschlag zu einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt Regelungsgehalt – Problemfelder – Akteurspositionen (Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung).

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent (1999): The Sociology of Critical Capacity, *European Journal of Social Theory*, 2, 3, 359-377.

Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent (2006 [1991]): *On Justification. Economies of Worth* (Princeton: Princeton University Press).

Bonacker, Thorsten (2009): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Einleitung und Überblick, in: ders. (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, 3. Auflage (Wiesbaden: VS Verlag), 9-32.

- Borrell, Josep (2007): Parliament's mid-term review (Brüssel: Europäisches Parlament).
- Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft (Frankfurt/Main: Suhrkamp).
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc (1996): Reflexive Anthropologie (Frankfurt/Main: Suhrkamp).
- Bourdieu, Pierre (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen, in: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur (Hamburg: VSA), 81-86.
- Brysk, Alison (1995): Hearts and Minds: Bringing Symbolic Politics back in, *Polity*, 27, 4, 559-585.
- Burns, Charlotte (2005): The European Parliament: The European Union's Environmental Champion?, in: Jordan, Andrew J. (ed.): Environmental Policy in the European Union: Actors, Institutions and Processes (London: Earthscan), 87-105.
- Burt, Ronald S. (1992): Structural Holes: The Social Structure of Competition (Cambridge, MA: Harvard University Press).
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter (Frankfurt/Main: Suhrkamp).
- Butler, Judith (2002): Performative Akte und Geschlechterkonstitution. Phänomenologie und feministische Theorie, in: Wirth, Uwe (Hrsg.): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften (Frankfurt/Main: Suhrkamp), 301-320.
- Carley, Kathleen (1993): Coding Choices for Textual Analysis: A Comparison of Content Analysis and Map Analysis. *Sociological Methodology*, 23, 75-126.
- Carr, Craig L. (2007): *Polity: Political Culture and the Nature of Politics* (London: Rowman & Littlefield).
- Carrubba, Clifford/Gabel, Matthew (2000): Roll-Call Votes and Party Discipline in the European Parliament. Reconsidering MEP Voting Behavior, EPRG Working Paper No. 2, verfügbar unter: <http://www.lse.ac.uk/government/research/resgroups/EPRG/pdf/workingPaper2.pdf>, 14.01.2014.

- Carter, Catriona (2011): The Governance Framework of the European Union, in: Gerrard, Sheila/Leckey, Susan (eds.): *European Union Encyclopedia and Directory 2011* (London: Routledge), 216-225.
- Checkel, Jeffrey (2003): "Going Native" in Europe? Theorizing Social Interaction in European Institutions, *Comparative Political Studies*, 36, 1/2, 209-231.
- Checkel, Jeffrey (2004): Social Constructivisms in Global and European Politics. A Review Essay, *Review of International Studies*, 30, 229-244.
- Checkel, Jeffrey, ed. (2005): *International Institutions and Socialization in Europe* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Christiansen, Thomas/Jorgensen, Knud Erik/Wiener, Antje, eds., (2001): *The Social Construction of Europe* (London: Sage Publications).
- Coombes, David (1979): The Future of the European Parliament, *Studies in European Politics*, 1, European Center for Political Studies (London: Policy Studies Institute).
- Corbett, Richard (1998): *The European Parliament's Role in Closer EU Integration* (London: Macmillan).
- Corbett, Richard (2000): Academic Modelling of the Codecision Procedure: A Practitioner's Puzzled Reaction, *European Union Politics* 1, 3, 373-81.
- Corbett, Richard/Jacobs, Francis/Shackleton, Michael (2005): *The European Parliament*, 6th edition (London: John Harper Publishing).
- Costa, Olivier (2001): *Le parlement européen, assemblée délibérante* (Bruxelles: Université Libre de Bruxelles).
- Costa, Olivier/Magnette, Paul (2003): Idéologies et changement institutionnel dans l'Union Européenne. Pourquoi les gouvernements ont-ils constamment renforcé le Parlement Européen?, *Politique Européenne*, 9, 49-75.

Costa, Olivier/Dehousse, Renaud/Trakalova, Aneta (2011): Codecision and 'early agreements': An improvement or a subversion of the legislative procedure?, *Notre Europe Study No. 84*, verfügbar unter: http://www.notre-europe.eu/media/codecisionearlyagreements_costadehoussetrakalova_notreeurope_nov2011.pdf?pdf=ok, 14.01.2014.

Costello, Rory (2011): Does Bicameralism Promote Stability? Inter-institutional Relations and Coalition Formation in the European Parliament, *West European Politics*, 34, 1 (Special Issue: Linking Inter- and Intra-institutional Change in the European Union), 122-144.

Cotta, Maurizio/Best, Heinrich (2000): Between Professionalization and Democratization. A synoptic view on the making of the European representative, in: Cotta, Maurizio/Best, Heinrich (eds.): *Parliamentary Representation in Europe, 1848-2000* (Oxford: Oxford University Press), 493-526.

Crespy, Amandine (2010): Legitimizing Resistance to EU Integration: Social Europe as a Europeanized Normative Frame in the Conflict over the Bolkestein Directive, *Les Cahiers européens de Sciences Po*, 03/2010 (Paris: Centre d'études européennes at Sciences Po).

Crewe, Emma/Müller, Marion G. (eds., 2006): *Rituals in Parliaments. Political, Anthropological and Historical Perspectives on Europe and the United States* (Frankfurt/Main: Peter Lang).

Dehousse, Renaud (1998): European Institutional Architecture After Amsterdam: Parliamentary System or Regulatory Structure?, *Common Market Law Review*, 35, 595-627.

Delhey, Jan (2005): Das Abenteuer der Europäisierung. Überlegungen zu einem soziologischen Begriff europäischer Integration und zur Stellung der Soziologie zu den Integration Studies, *Soziologie*, 34, 1, 7-27.

Deutsch, Karl W. et al. (1957): *Political Community in the North-Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience* (Princeton: Princeton University Press).

Díez Medrano, Juan (2003): *Framing Europe, Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom* (Princeton: Princeton University Press).

Dreischer, Stephan (2003): *Das Europäische Parlament. Eine Funktionenbilanz*, in: Patzelt, Werner (Hrsg.): *Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich* (Wiesbaden: VS Verlag), 213-272.

Dreischer, Stephan (2006): *Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten* (Baden-Baden: Nomos).

Durkheim, Emile (1994 [1912]): *Die elementaren Formen des religiösen Lebens* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Eckley, Noelle/Selin, Henrik (2004): *All talk, little action: precaution and European chemicals regulation*, *Journal of European Public Policy*, 11, 1, 78-105.

Eder, Klaus/Kantner, Cathleen (2000): *Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom 'Öffentlichkeitsdefizit'*, in: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag), 306-332.

Eder, Klaus (2007): *Europa als besonderer Kommunikationsraum*, *Berliner Journal für Soziologie*, 17, 1, 33-50.

Eder, Klaus (2009): *A theory of collective identity. Making sense of the debate on a „European identity“*, *European Journal of Social Theory*, 12, 4, 1-21.

Emirbayer, Mustafa (1997): *Manifesto for a Relational Sociology*, *American Journal of Sociology*, 103, 2, 281-317.

Europäisches Parlament (2009): *Das Europäische Parlament* (Brüssel: Generaldirektion für Kommunikation des Europäischen Parlaments).

Esser, Hartmut (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen* (Frankfurt/Main: Campus).

Etzioni, Amitai (1967): *Soziologie der Organisation* (München: Juventa).

Favell, Adrien/Guiraudon, Virginie (2011): *Sociology of the European Union: An Introduction*, in: Favell, Adrien/Guiraudon, Virginie (eds.): *The Sociology of the European Union* (London: Palgrave Macmillan), 1-24.

Favell, Adrien/Guiraudon, Virginie (eds., 2011): *The Sociology of the European Union* (London: Palgrave Macmillan).

Fligstein, Neil (2008): *Euroclash. The EU, European Identity, and the Future of Europe* (Oxford: Oxford University Press).

Franzosi, Roberto (1998): *Narrative Analysis – or why (and how) sociologists should be interested in narrative*, *Annual Review of Sociology*, 24, 517-554.

Freedman, Jane (2002): *Women in the European Parliament*, *Parliamentary Affairs*, 55, 1, 179-88.

Gamson, William A. (1992): *Talking Politics* (Cambridge: Cambridge University Press).

Geertz, Clifford J. (1983): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Georgakakis, Didier (2002): *L'Europe sur le métier: pour une sociologie politique de la construction européenne*, in: Georgakakis, Didier (dir.): *Les métiers de l'Europe politique. Acteurs et professionnalisation de l'Union Européenne* (Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg), 9-32.

Georgakakis, Didier (2008): *La sociologie historique et politique de l'Union européenne: un point de vue d'ensemble et quelques contre points*, *Politique européenne*, 25, 53-85.

Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration* (Cambridge: Polity Press).

Giddens, Anthony (1987): *Social Theory and Modern Sociology* (Cambridge: Polity Press).

Goetze, Stefan/Rittberger, Berthold (2010): *A matter of habit? The sociological foundations of empowering the European Parliament*, *Comparative European Politics*, 8, 37-54.

Goffman, Erving (1969 [1959]): *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag* (München: Piper).

Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience* (New York: Harper and Row).

Griswold, Wendy (1992): 'The Writing on the Mud Wall: Nigerian Novels and the Imaginary Village', *American Sociological Review*, 57, 709-24.

Guiraudon, Virginie (2000): *L'espace sociopolitique européen, un champ encore en friche?*, *Cultures et Conflits*, 38-39 (2000), 7-37.

Haas, Ernst B. (1958): *The Uniting of Europe. Political, Social, and Economic Forces 1950-1957* (Stanford: Stanford California Press).

Hagger, Mark/Wing, Martin (1979): *Legislative Roles and Clientele Orientations in the European Parliament*, *Legislative Studies Quarterly*, 4, 2, 165-196.

Hall, Stuart (1980): *Encoding/decoding*, in: *Centre for Contemporary Cultural Studies (Ed.): Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies, 1972-79* (London: Hutchinson), 128-38.

Hartmann, Eddie (2011): *Strategien des Gegenhandelns. Zur Soziodynamik symbolischer Kämpfe um Zugehörigkeit* (Konstanz: UVK).

Henkel, Rüdiger (2009): *Das Europäische Sozialmodell in den Debatten des Europäischen Parlaments*, in: Tatur, Melanie (Hrsg.): *Nationales oder kosmopolitisches Europa. Fallstudien zur Medienöffentlichkeit in Europa* (Wiesbaden: VS Verlag), 237-251.

Henrich, Joseph/Boyd, Robert/Bowles, Samuel/Camerer, Colin/Fehr, Ernst/Gintis, Herbert (2001): *In search of Homo Economicus. Behavioral experiments in 15 small-scale societies*, *American Economic Review*, 91, 73-78.

Herman, Valentine/Lodge, Juliet (1978): *The European Parliament and the European community* (New York: St. Martin's Press).

Hettlage, Robert (1991): *Rahmenanalyse oder die innere Organisation unseres Wissens um die Ordnung der Wirklichkeit*, in: Lenz, Karl/Hettlage, Robert (Hrsg.): *Erving Goffman. Ein soziologischer Klassiker der zweiten Generation* (Stuttgart: Haupt), 95-154.

Hirschman, Albert O. (1994): *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?*, *Leviathan*, 2, 293-304.

Hix, Simon/Raunio, Tapio/Scully, Roger (1999): *An institutional theory of behavior in the European Parliament*, EPRG working paper No. 1, verfügbar unter: <http://www.lse.ac.uk/government/research/resgroups/EPRG/pdf/workingPaper1.pdf>, 14.01.2014.

Hix, Simon (2001): *Legislative Behaviour and Party Competition in the Post-1999 European Parliament: An Application of NOMINATE to the EU*, *Journal of Common Market Studies*, 39, 4, 663-88.

Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gérard (2002): *A 'Normal' Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001*, EPRG Working Paper No. 9, verfügbar unter: <http://www.lse.ac.uk/government/research/resgroups/EPRG/pdf/workingPaper9.pdf>, 14.01.2014.

Hix, Simon/Kreppel, Amie/Noury, Abdul (2003): *The Party System in the European Parliament: Collusive or Competitive*, in: Hix, Simon/Raunio, Tapio/Scully, Roger (eds.): *Fifty Years On: Research on the European Parliament*, *Journal of Common Market Studies*, 41, 2, 309-331.

Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard (2007): *Democratic Politics in the European Parliament* (Cambridge: Cambridge University Press).

Hooghe, Lisbeth (1999): *Supranational Activists or Intergovernmental Agents? Explaining the Orientations of Senior Commission Officials Toward European Integration*, *Comparative Political Studies*, 32, June, 435-463.

Hooghe, Lisbeth (2001): *The European Commission and the Integration of Europe: Images of Governance* (Cambridge: Cambridge University Press).

Homans, George C. (1972): *Elementarformen sozialen Verhaltens* (Opladen: Westdeutscher Verlag).

Hörning, Karl H./Reuter, Julia (2004): *Doing Culture: Kultur als Praxis*, in: Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hrsg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis* (Bielefeld: transcript), 9-15.

Huntington, Samuel (1993): Clash of Civilizations?, *Foreign Affairs*, 72, 3, 22-49.

Inglehart, Ronald (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Western Societies* (Princeton: Princeton University Press).

Inkeles, Alex (1997): *National character: a psycho-social perspective. With contributions by D.J. Levinson et al.* (New Brunswick: Transaction Publishers).

Iser, Wolfgang (2002): Das Modell der Sprechakte, in: Wirth, Uwe (Hrsg.): *Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften* (Frankfurt/Main: Suhrkamp), 129-139.

Jabko, Nicolas (2006): *Playing the Market. A Political Strategy for Uniting Europe, 1985-2005* (Ithaca: Cornell University Press).

Jacquot, Sophie/Woll, Cornelia (2004): Usages et travail politiques: une sociologie compréhensive des usages de l'intégration européenne, in : Jacquot, Sophie/Woll, Cornelia (dir.) : *Les usages de l'Europe. Acteurs et transformations européennes* (Paris : L'Harmattan), 1-32.

Jansen, Dorothea (2006): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele*, 3., überarbeitete Auflage (Wiesbaden: VS Verlag).

Jenson, Jane/Mérand, Frédéric (2010): Sociology, institutionalism and the European Union, *Comparative European Politics*, 8, 74-92.

Judge, David/Earnshaw, David (2006): No Simple Dichotomies: Lobbyists and the European Parliament, *The Journal of Legislative Studies*, 8, 4, 61-79.

Judge, David/Earnshaw, David (2008): *The European Parliament*, 2nd edition (Basingstoke: Palgrave Macmillan).

Junge, Matthias (2009): *Kultursoziologie. Eine Einführung in die Theorien* (Stuttgart: UTB).

Kaeding, Michael (2005): The World of Committee Reports: Rapporteurship Assignment in the European Parliament, *The Journal of Legislative Studies*, 11, 1, 82-104.

Katz, Richard S. (1999): Role Orientations in Parliaments, in: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (eds.): *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration* (Oxford: Oxford University Press), 61-85.

Kauppi, Niilo (2003): Bourdieu's political sociology and the politics of European integration, *Theory and Society*, 32, 775-789.

Kauppi, Niilo (2005): *Democracy, Social Resources, and Political Power in the European Union* (Manchester: Manchester University Press).

Kauppi, Niilo (2011): EU Politics, in: Favell, Adrien/Guiraudon, Virginie (eds.): *The Sociology of the European Union* (London: Palgrave Macmillan), 150-171.

Kelle, Udo/Kluge, Susanne (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung (Opladen: Leske + Budrich).

Kinzelbach, Katrin/Kozma, Julia (2009): Portraying Normative Legitimacy: The EU in Need of Institutional Safeguards for Human Rights, *Perspectives on European Politics and Society*, 10, 4, 603-620.

Kostoris Padoa-Schioppa, Fiorella (2007): Dominant losers: a comment on the services directive from an economic perspective, *Journal of European Public Policy*, 14, 5, 735-742.

Kreppel, Amie (2002): *The European Parliament and Supranational Party System. A study in institutional development* (Cambridge: Cambridge University Press).

Lamont, Michèle (1996): Das Wesen der Tugend. Symbolische Grenzen in der französischen und amerikanischen oberen Mittelklasse, *Berliner Journal für Soziologie*, 6, 1, 15-31.

Lenz, Karl (1991): Erving Goffman – Werk und Rezeption, in: Lenz, Karl/Hettlage, Robert (Hrsg.): *Erving Goffman. Ein soziologischer Klassiker der zweiten Generation* (Stuttgart: Haupt), 25-94.

Lévi-Strauss, Claude (1993): *Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

- Lichterhan, Paul/Cefai, Daniel (2005): The idea of political culture, in: Goodin, Robert E./Tilly, Charles (eds.): *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis* (Oxford: Oxford University Press), 392-414.
- Lijphart, Arend (1980): The Structure of Inference, in: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (eds.): *The Civic Culture Revisited* (Boston: Little & Brown), 37-56.
- Lindberg, Björn (2008): Are political parties controlling legislative decision-making in the European Parliament? The case of the services directive, *Journal of European Public Policy*, 15, 8, 1184-1204.
- Lindgren, Karl-Oskar/Persson, Thomas (2008): The Structure of Conflict over EU Chemicals Policy, *European Union Politics*, 9, 1, 31-58.
- Lord, Christopher (2003a): The European Parliament in the Economic Governance of the European Union, *Journal of Common Market Studies*, 41, 2, 249- 269.
- Lord, Christopher (2003b): The European Parliament, Not a Very European Parliament?, *Politique européenne* 9, 1, 30-48.
- Luhmann, Niklas (1969): *Legitimation durch Verfahren* (Frankfurt: Suhrkamp).
- Mackert, Jürgen (Hrsg., 2004): *Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven* (Wiesbaden: VS Verlag).
- Maines, David R. (1993): Narrative's Moment and Sociology's Phenomena, *Sociological Quarterly*, 34, 1, 17-38.
- Mamadouh, Virginie/Raunio, Tapio (2003): The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, in: Hix, Simon/Raunio, Tapio/Scully, Roger (eds.): *Fifty Years On: Research on the European Parliament*, *Journal of Common Market Studies*, 41, 2, 333-351.
- Mangenot, Michel/Rowell, Jay (eds., 2010): *The political sociology of the European Union* (Manchester: Manchester University Press).
- Marschall, Stefan (2005): *Parlamentarismus. Eine Einführung* (Baden-Baden: Nomos).

Maurer, Andreas (2002): *Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente* (Baden-Baden: Nomos).

Maurer, Andreas (2003): *The Legislative Powers and Impact of the European Parliament*, in: Hix, Simon/Raunio, Tapio/Scully, Roger (eds.): *Fifty Years On: Research on the European Parliament*, *Journal of Common Market Studies*, 41, 2, 227-247.

Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (2003): *Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza: Akteur, Arena oder Alibi?* (Baden-Baden: Nomos).

Mayntz, Renate/Neidhardt, Friedhelm (1989): *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie*, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 20, 3, 370-387.

Mayring, Philipp (2007): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 9. Auflage (Weinheim: Deutscher Studien Verlag).

McElroy, Gail/Benoit, Kenneth (2012): *Policy Positioning in the European Parliament*, *European Union Politics*, 13, 1, 150-167.

Meier, Michael (2004): *Bourdieu's Theorie der Praxis – eine "Theorie sozialer Praktiken"?*, in: Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hrsg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis* (Bielefeld: transcript), 55-69.

Mény, Yves (et al., 2009): *Der Aufbau eines Parlaments: 50 Jahre Geschichte des Europäischen Parlaments 1958-2008* (Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften).

Mische, Ann (2011): *Relational Sociology, Culture and Agency*, in: Carrington, Peter/Scott, John (eds.): *Sage Handbook of Social Network Analysis* (London: Sage Publications), 80-97.

Mitschele, Anna (2007): *Politik als Markt. Kommunikatives Chaos in der Debatte um den europäischen Gottesbezug*, *Berliner Journal für Soziologie*, 17, 4, 465-487.

Moebius, Stephan (2009): *Kultur. Einführung in die Kulturosoziologie* (Bielefeld: transcript).

Müller-Funk, Wolfgang (2006): *Kulturtheorie. Eine Einführung* (Tübingen: UTB).

Müller-Funk, Wolfgang (2002): *Die Kultur und ihre Narrative. Eine methodologische Einführung* (Wien/New York: Springer).

Münch, Richard (1999): Talcott Parsons (1902-1979), in: Kaesler, Dirk (Hrsg.): *Klassiker der Soziologie. Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu*, Bd. 2 (München: Beck), 24-50.

Mützel, Sophie (2007): *Marktkonstitution durch narrativen Wettbewerb*, *Berliner Journal für Soziologie*, 17, 4, 451-464.

Nohl, Arnd-Michael (2006): *Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis*. (Wiesbaden: VS Verlag).

Norris, Pippa (1999): *Recruitment into the European Parliament*, in: Katz, Richard/Wessels, Bernard (eds.): *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration* (Oxford: Oxford University Press), 86-103.

Parsons, Talcott/Shils, Edward (1990 [1951]): *Values and social systems*, in: Alexander, Jeffrey C./Seidman, Steven (eds.): *Culture and Society. Contemporary Debates* (Cambridge: Cambridge University Press), 39-46.

Patzelt, Werner (2003): *Parlamente und ihre Funktionen*, in: Patzelt, Werner (Hrsg.): *Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich* (Wiesbaden: VS Verlag), 13-49.

Pesendorfer, Dieter (2006): *EU Environmental Policy und Pressure: Chemicals Policy Change between Antagonistic Goals?*, *Environmental Politics*, 15, 1, 95-114.

Pitkin, Hanna Fenichel (1965): *The Concept of Representation* (Berkeley, Los Angeles: University of California Press).

Polletta, Francesca (2006): *It was like a fever. Storytelling in Protest and Politics* (Chicago: The University of Chicago Press).

Pop, Liliana (2009): *Strategic action is not enough: A Bourdieui-an approach to EU enlargement*, *Perspectives on European Politics and Society*, 10:2, 254-267.

Priestley, Julian (2008): *Six battles that shaped Europe's parliament* (London: John Harper Publishing).

Przyborski, Aglaja (2004): *Gesprächsanalyse und dokumentarische Methode. Qualitative Auswertung von Gesprächen, Gruppendiskussionen und anderen Diskursen* (Wiesbaden: VS Verlag).

Putnam, Robert D. (with Robert Leonardi and Raffaella Y. Nanetti) (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy* (Princeton: Princeton University Press).

Raiser, Christoph (2013): *Performativität als Grundlage politischer Handlung. Ein kultursoziologischer Einwurf zur Debatte um politische Kultur*, *Zeitschrift für Politische Theorie*, 4, 2, 190-210.

Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien* (Weilerswist: Velbrück Wissenschaft).

Reckwitz, Andreas (2004): *Die Reproduktion und die Subversion sozialer Praktiken – zugleich ein Kommentar zu Pierre Bourdieu und Judith Butler*, in: Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hrsg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis* (Bielefeld: transcript), 40-54.

Reckwitz, Andreas (2003): *Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive*, *Zeitschrift für Soziologie*, 32, 4, 282-301.

Reinhardt, Thomas (2008): *Claude Lévi-Strauss zur Einführung* (Hamburg: Junius).

Ripoll Servent, Ariadna (2011): *Co-decision in the European Parliament: Comparing Rationalist and Constructivist Explanations of the Returns Directive*, *Journal of Contemporary European Research*, 7, 1, 3-22.

Ripoll Servent, Ariadna (2013): *Holding the European Parliament responsible: policy shift in the Data Retention Directive from consultation to codecision*, *Journal of European Public Policy*, 20, 7 (Special Issue: Twenty years of legislative codecision in the European Union), 972-987.

Rittberger, Berthold (2005): *Building Europe's parliament. Democratic representation beyond the nation-state* (Oxford: Oxford University Press).

Rohe, Karl (1994): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus v. (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland (Berlin: Akademie-Verlag), 1-21.

Rose, Richard/Borz, Gabriela (2011): Un-coordinated aggregation in the European Parliament Party System, Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde Glasgow, Paper Series „Studies in Public Policy“, 482.

Ross, George (2011): Postscript, in: Favell, Adrien/Guiraudon, Virginie (eds.): The Sociology of the European Union (London: Palgrave Macmillan), 215-224.

Ross, Marc Howard (1999): Culture and Identity in Comparative Political Analysis, in: Lichbach, Mark Irving/Zuckerman, Alan S. (eds.): Comparative Politics. Rationality, Culture and Structure (Cambridge: Cambridge University Press) 42-80.

Rumford, Chris (2002): The European Union: A Political Sociology (Oxford: Blackwell).

Sacconi, Guido (2008): REACHStory. Il racconto di un successo della buona politica (Milano: Guerini e Associati).

Salih, Sara (2003): The Judith Butler Reader, ed. by Sara Salih (Hoboken/New Jersey: Wiley and Sons).

Salzborn, Samuel (2009, Hrsg.): Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven (Frankfurt/Main: Peter Lang).

Saurugger, Sabine (2008): Une sociologie de l'intégration européenne, Politique européenne, 25, 5-22.

Saurugger, Sabine/Mérand, Frédéric (eds., 2010): Special Issue: Mainstreaming Sociology in EU Studies, Comparative European Politics, 8, 1.

Saurugger, Sabine/Mérand, Frédéric (2010): Does European Integration Theory need Sociology, in: Saurugger, Sabine/Mérand, Frédéric (eds.): Special Issue: Mainstreaming Sociology in EU Studies, Comparative European Politics, 8, 1, 1-18.

Saussure, Ferdinand de (2001 [1931]): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft (Berlin: de Gruyter).

Scarrow, Susan (1997): Political Career Paths and the European Parliament, *Legislative Studies Quarterly*, 22, 253-263.

Schank, Jan/Michaeler, Matthias/Scheffer, Thomas (2010): Procedure Weak or Strong. Understanding the Limits of Political Inquiries, *European Journal of Sociology*, 51, 1, 93-128.

Schatzki, Theodore (2001): Introduction: Practice Theory, in: Schatzki, Theodore/Knorr-Cetina, Karin/Savigny, Eike von (eds.), *The Practice Turn in Contemporary Theory* (London/New York: Routledge), 1-14.

Schechner, Richard (1990): Theater-Anthropologie. Spiel und Ritual im Kulturvergleich (Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag).

Schimmelfennig, Frank (2002): Goffman Meets IR: Dramaturgical Action in International Community, *International Review of Sociology*, 12, 3, 417-438.

Schmidt, Susanne K. (2007): Mutual recognition as a new mode of governance, *Journal of European Public Policy*, 14, 5, 667-681.

Schönberger, Peter (1994): Hauptsache Europa. Perspektiven für das Europäische Parlament (Berlin: Duncker & Humblot).

Schuppert, Folke Gunnar (2008): Politische Kultur (Baden-Baden: Nomos).

Schütz, Alfred (1974): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Schütz, Alfred (1977): Zur Theorie sozialen Handelns. Ein Briefwechsel mit Talcott Parsons (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Schütze, Fritz (1976): Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen: *Kommunikative Sozialforschung* (München: Fink), 159-260.

Schwelling, Birgit (2001): Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem ‚cultural turn‘, *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 11, 2, 601-629.

Scully, Roger (1997): The EP and the Co-Decision Procedure: A Reassessment, *Journal of Legislative Studies*, 3, 3, 58-73.

Scully, Roger (2000): Conditional Independence: Understanding MEP-National Party Relations, Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington, DC.

Scully, Roger/Farrell, David (2003): MEPs as representatives: Individual and Institutional Roles, in: Hix, Simon/Raunio, Tapio/Scully, Roger (eds.): *Fifty Years On: Research on the European Parliament*, *Journal of Common Market Studies*, 41, 2, 269-288.

Scully, Roger (2005): *Becoming Europeans? Attitudes, Behavior and Socialization in the European Parliament* (Oxford: Oxford University Press).

Scully, Roger/Hix, Simon/Farrell, David (2012): National or European Parliamentarians? Evidence from a New Survey of the Members of the European Parliament, *Journal of Common Market Studies*, 50, 4, 670-683.

Selin, Henrik (2007): Coalition Politics and Chemicals Management in a Regulatory Ambitious Europe, *Global Environmental Politics*, 7, 3, 63-93.

Settembri, Pierpaolo/Neuhold, Christine (2009): Achieving Consensus Through Committees: Does the European Parliament Manage?, *Journal of Common Market Studies*, 47, 1, 127-151.

Sewell, William H. jr. (1999): The Concept(s) of Culture, in: Bonnell, Victoria E./Hunt, Lynn (eds.): *Beyond the Cultural Turn: New Directions in the Study of Society and Culture* (Berkeley: University of California Press), 35-61.

Shore, Chris (2000): *Building Europe: The Cultural Politics of European Integration* (London: Routledge).

Silber, Ilana Friedrich (2003): Pragmatic Sociology as Cultural Sociology: Beyond Repertoire Theory?, *European Journal of Social Theory*, 6, 4, 427-449.

Simmel, Georg (1919): Der Begriff und die Tragödie der Kultur, in: Simmel, Georg: *Philosophische Kultur* (Stuttgart/Leipzig: Kröner), 223-253.

Slapin, Jonathan B./Proksch, Sven-Oliver (2010): Look who's talking: Parliamentary debate in the European Union, *European Union Politics*, 11, 333-357.

Smith, Karen E. (2004): The European Parliament and human rights: norm entrepreneur or ineffective talking shop?, PE 11/2004, Online dossier on the European Parliament's role in foreign policy, Observatory of European Foreign Policy, Autonomous University of Barcelona, available at: <http://iuee.eu/pdf-dossier/19/jPGzMke8lRsBPmVPjzf8.PDF>, 14.01.2014.

Smith, Philip (1991): Codes and Conflict. Toward a theory of war as ritual, *Theory and Society*, 20, 103-138.

Smith, Tammy (2007): Narrative Boundaries and the dynamics of ethnic conflict and conciliation, *Poetics*, 35, 22-46.

Snow, David A./Rochford, E. Burke Jr./Worden, Steven K./Benford, Robert D. (1986): Frame Alignment Processes, Micro-mobilization, and Movement Participation, *American Sociological Review*, 51, 464-481.

Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (eds.): *International Social Movement Research*, Vol. 1 (London, Greenwich, CT: JAI Press), 197-217.

Soeffner, Hans-Georg (2004): *Auslegung des Alltags – Der Alltag der Auslegung* (Konstanz: UVK).

Somers, Margaret (1994): The narrative constitution of identity: A relational and network approach, *Theory and Society*, 23, 605-649.

Spencer, Tom (2003): New Dimensions of Parliamentary Representation, in: Morgan, Roger/Steed, Michael (eds.): *Choice and Representation in the European Union* (London: The Federal Trust for Education and Research), 77-87.

Stamm, Julia (2008): *Unity in diversity? The European Parliament and its elite after enlargement* (Baden-Baden: Nomos).

Steinberg, Marc (1999): *The talk and back talk of collective action: a dialogic analysis of repertoires of discourse among nineteenth-century English cotton spinners*, *American Journal of Sociology*, 105, 736-780.

Steunenberg, Bernard/Thomassen, Jacques (2002): *Introduction*, in: Steunenberg, Bernard/Thomassen, Jacques (eds.): *The European Parliament. Moving toward Democracy in the EU* (Oxford: Rowman & Littlefield Publishers), 1-12.

Sturm, Roland (2004): *Politische Kultur*, in: Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung* (Frankfurt/Main: Campus), 303-323.

Swidler, Ann (1986): *Culture in Action: Symbols and Strategies*, in: *American Sociological Review*, 51, April, 273-286.

Tilly, Charles (2002): *The Trouble with Stories*, in: Tilly, Charles: *Stories, Identities, and Political Change* (Oxford: Rowman & Littlefield Publishers), 25-43.

Trezzini, Bruno (1998): *Theoretische Aspekte der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse*, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 24, 511-544.

Tsebelis, George (1994): *The Power of the European Parliament as a Conditional Agenda-Setter*, *American Political Science Review*, 88, 1, 128-142.

Tsebelis, George/Garrett, Geoffrey (1997): *Agenda Setting, Vetoes, and the European Union's Co-decision Procedure*, *Journal of Legislative Studies*, 3, 3, 74-92.

Tsebelis, George/Kalandrakis, Anastassios (2002): *The European Parliament and Environmental Legislation*, in: Steunenberg, Bernard/Thomassen, Jacques (eds.): *The European Parliament. Moving toward Democracy in the EU* (Oxford: Rowman & Littlefield Publishers), 185-211.

Turner, Victor (1989): *Vom Ritual zum Theater. Der Ernst des menschlichen Spiels* (Frankfurt/Main: Campus).

- Villa, Paula-Irene (2003): Judith Butler. Einführung (Frankfurt/Main: Campus).
- Viviani, Lorenzo (2007): *L'Europa dei partiti. Per una sociologia dei partiti politici nel processo di integrazione europea* (Firenze: Firenze University Press).
- Weber, Max (1972 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5., revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann (Tübingen: Mohr Siebeck).
- Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what states make of it: The social construction of power politics, *International Organization*, 46, 391-425.
- Wessels, Bernhard (1999): European Parliament and Interest Groups, in: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (eds.): *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration* (Oxford: Oxford University Press), 105-128.
- Whitaker, Richard (2005): National Parties in the European Parliament. An Influence in the Committee System?, *European Union Politics*, 6, 1, 5-28.
- White, Harrison (2008): *Identity & Control. How Social Formations Emerge*, 2nd edition (Princeton: Princeton University Press).
- Wimmer, Andreas (1996): Kultur. Zur Reformulierung eines sozialanthropologischen Grundbegriffs, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 48, Heft 3, 401-425.
- Wimmer, Andreas (2005): *Kultur als Prozess. Zur Dynamik des Aushandelns von Bedeutungen* (Wiesbaden: VS Verlag).
- Wohlrab-Sahr, Monika/Przyborski, Aglaja (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch* (München: Oldenbourg).
- Wonka, Arndt (2008): Decision-making dynamics in the European Commission: partisan, national or sectoral?, *Journal of European Public Policy*, 15, 8, 1145-1163.

Yordanova, Nikoleta (2011): Inter-institutional Rules and Division of Power in the European Parliament: Allocation of Consultation and Co-decision Reports, *West European Politics*, 34, 1 (Special Issue: Linking Inter- and Intra-institutional Change in the European Union), 97-121.

DOKUMENTE

Europäische Union (2007): Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, verfügbar unter: http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm, 14.01.2014.

Europäische Kommission (2004): Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on services in the internal market [SEC(2004) 21]/COM/2004/0002 final - COD 2004/0001/, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/background/index_en.htm#maincontentSec8, 14.01.2014.

EP/OEIL (2006a): Chemicals: REACH system and European Agency, Procedure file to legislative act COD/2003/0256, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=237952>, 14.01.2014.

EP/OEIL (2006b): Internal market: freedom of establishment for service providers and free movement of services ('Bolkestein Directive' or 'Services Directive'), Procedure file to legislative act COD/2004/0001, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=240902>, 14.01.2014.

EP/OEIL (2007): Alleged use of European countries by the CIA for the transportation and illegal detention of prisoners, procedure file to resolution INI/2006/2200, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5370452>, 14.01.2014.

EP/OEIL (2008): Challenges to collective agreements in the EU, procedure file to resolution INI/2008/2085, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5620232>, 14.01.2014.

EP/OEIL (2009a): Reduction of CO₂ emissions from light-duty vehicles: emission performance standards for new passenger cars, procedure file to legislative act COD/2007/0297, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5582632>, 14.01.2014.

EP/OEIL (2009b): Pesticides: framework for Community action to achieve a sustainable use of pesticides, procedure file to legislative act COD/2006/0132, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5372322>, 14.01.2014.

EP (2007): End of the Identity, Tradition and Sovereignty political group as Romanian MEPs leave, Post-plenary briefing, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=en&type=IM-PRESS&reference=20071109BRI12778&secondRef=ITEM-003-en>, 14.01.2014.

EP (2011): Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00a4c9dab6/Geschäftsordnung.html>, 14.01.2014.

Europäischer Rat (2000): Europäischer Rat am 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm, 14.01.2014.

Council of Europe (2006): Alleged secret detentions in Council of Europe member states, Chronology of Council of Europe action, verfügbar unter: <http://www.coe.int/T/E/Com/Files/Events/2006-cia/>, 14.01.2014.

TECHNISCHE ANMERKUNGEN UND CODIERREGELN

A.1 TECHNISCHE ANMERKUNGEN

Die Interviews wurden ohne Ausnahme im Brüsseler Gebäude des Europäischen Parlaments geführt, davon alle bis auf vier in den Büros der Abgeordneten, die restlichen in Cafés oder auf den Fluren des Parlaments.

Transkribiert wurden die Gespräche nach Wortlaut, jedoch ohne die Auszeichnung von längeren Pausen, Atemzügen etc., da es hier vornehmlich um den Inhalt der Interviews und die Reihenfolge der Argumente ging. Transkribiert, aber nicht codiert wurden diejenigen Teile der Gespräche, in denen es um andere legislative Fälle ging, da für die Untersuchung nur die Erzählung eines Falls interessierte.

Die Unterteilung der Texte in Elemente erfolgte mit dem Programm Atlas.ti, einem Hilfswerkzeug für qualitative Textanalyse.

Die Netzwerke wurden mit dem Programm visone (<http://www.visone.info>) erstellt, einem Programm zur Darstellung Sozialer Netzwerke, das sich in unserem Fall auch als besonders zweckdienlich für die Repräsentation Narrativer Netzwerke gezeigt hat.

A.2 CODIERREGELN

Bereits in der methodischen Reflektion in Kapitel 4 wurde erläutert, dass die Erstellung der Netzwerke in mehreren Schritten erfolgte. Zunächst wurden epistemische Elemente voneinander getrennt, wobei im Prinzip immer dann ein neues Element beginnt, wenn der erzählte Text eine neue Aussage beinhaltet oder von einem neuen Ereignis berichtet. Im Mittel wurden so aus einem Interview etwa 40 Elemente generiert, die dann in drei großen Schritten kategorial unterteilt wurden.

Lokale, externe und kognitive Elemente

Erstens erfolgte die Unterteilung in lokale, externe und kognitive Elemente, deren Unterscheidung bereits im methodischen Teil erklärt wurde. Lokale Ereignisse sind als runde Rechtecke gekennzeichnet, externe Ereignisse als Dreiecke und kognitive Elemente als Ellipsen. Typisches lokale Ereignisse etwa sind Abstimmungen, aber auch Schilderungen, wie die Erzählenden selbst Argumente dargelegt haben, um die Gegenseite zu überzeugen. Demgegenüber ist der Eingriff einer nationalen Regierung ein typisches externes Ereignis, auch die Art und Weise, wie Lobbies versuchen, auf einen Prozess Einfluss zu nehmen, fällt in diese Kategorie. Zu den kognitiven Elementen schließlich zählen alle übrigen Elemente, wobei hier Argumentationsstränge und auch die Beschreibungen sich wiederholender oder länger andauernder Performances zu den kognitiven Elementen gezählt werden. Als Beispiel kann etwa die Beschreibung der Positionen anderer Fraktionen durch die Befragten angeführt werden, wenn sie nicht in einer klar begrenzten Performance dargelegt wurde. So spricht etwa AE, davon, dass "die Sozialdemokraten von Anfang an dagegen" waren. Da es sich bei diesen Beschreibungen eher um Teile einer Argumentationskette handelt, werden sie als kognitive Elemente codiert.

Ereignisse und Performances

Zweitens wurden die Elemente danach unterschieden, ob sie a) ein Ereignis ohne klare Akteursbezeichnung schildern bzw. eine Akteurskonstellation mit mehreren Akteuren oder b) eine singuläre Performance durch einen klar bezeichneten Akteur oder c) eine Performance, die entweder wiederholt wird oder sich über einen längeren Zeitraum zieht. Die erste Kategorie, zu der etwa solche Ereignisse wie Wahlen oder eine neutrale Beschreibung einer Abstimmung im Ausschuss gehören, wurden als durchsichtige Elemente dargestellt, während die zweite und dritte Kategorie als graue oder schwarze Felder mit weißem Kasten gezeichnet wurden. Singuläre und sich wiederholende Performances unterscheiden sich wiederum gemäß der ersten Unterteilung durch ihre Form: Rechteck für singuläre Handlungen, Ellipse für rekurrende.

Inhaltliche und institutionelle Elemente

Drittens wiederum wurden die Elemente danach unterschieden, ob sie ein inhaltliches Argument machen, eine institutionelle Erwägung einbeziehen, auf eine Kultur des Kompromisses verweisen oder aber ein national orientiertes Argument befördern. Inhaltliche Argumente wurden grau gefärbt, institutionelle Erwägungen schwarz, nationale Argumente mit gestricheltem Rand versehen und Elemente, die auf eine Kultur des Kompromisses verweisen, grau mit schwarzem Kasten und weißer Schrift. Inhaltliche Argumente waren je nach Fallbeispiel unterschiedlich, institutionelle Erwägungen und Hinweise auf die Kultur des Kompromisses über alle Fälle verteilt.

Kombinationen: Inhaltliche und institutionelle Performances

Aus diesen Unterscheidungen ergeben sich diverse Kombinationsmöglichkeiten, von denen zwei für die hier präsentierten Ergebnisse von besonderer Bedeutung sind: Inhaltliche und Institutionelle Performances. Sofern die Befragten von eigenen Performances berichten, wurde das Element mit keinem Akteursnamen versehen, sondern lediglich eine Handlung beschrieben. Berichteten die Interviewpartner hingegen von den Performances anderer Abgeordneter oder externer Akteure, so wird ein Akteur mit einer Handlung im Beschriftungsfeld angegeben. In einigen Fällen haben ein Performance-Feld und ein Argumentationsfeld dieselbe Beschriftung, das heißt die gleiche Aussage wird getroffen. Dennoch wird an der Unterscheidung festgehalten, da es sich in dem einen Fall um eine eigene Performance handelt, etwa im Sinn von "Ich habe den Kollegen dann gesagt, dass..." und im anderen Fall um den Teil einer Argumentationskette: "Ich halte eine strengere Regulierung für sinnvoll". Im ersten Fall wird eine oder werden mehrere gleiche Handlungen beschrieben, im zweiten Fall dagegen ein Argument in der Jetzt-Zeit dargelegt. Dies ist ein struktureller Unterschied, der nicht aufgehoben werden sollte, wenn Performances im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Abschließend noch der Hinweis auf eine letzte Klasse von Elementen, und zwar den Performances (grau mit weißem Kasten) mit gestricheltem Rand. Diese bezeichnen

inhaltliche Unterschiede entlang der Grenzen zwischen nationalen Delegationen.

Codierung

Beschriftet und codiert wurden die Elemente dann gemäß der Hauptaussage ihres Inhalts. Dabei bildeten die soeben beschriebenen, aus der Theorie hergeleiteten Kategorien die Grundlage Codierschema, das aber durch ein iteratives Codiervorgehen angepasst und erweitert wurde. Iterativ heißt in diesem Fall, dass ein Code wie "Majority Orientation" (Code 1 - 1 in der Tabelle Anhang D) in vielen unterschiedlichen Formen im Interviewmaterial gesichtet wurde und daher in sechs Unter-codes und 27 Unterunter-codes differenziert wurde. Dabei aber bleibt die Hauptaussage gleich, dass die Befragten in dieser Textpassage eine solide Mehrheit als das Ziel des parlamentarischen Prozesses ansehen, es ändert sich aber die Art und Weise, wie sie ausgedrückt wird. Andererseits heißt iterativ aber auch, dass neue Codefamilien eingeführt werden mussten wie etwa "Critique Procedures EP" (1 - 10), die Passagen bezeichnen, in denen die Befragten Kritik an eben dieser Mehrheitsfixierung üben und beklagen, dass dadurch politische Grenzen verwischt würden und Transparenz verloren ginge.

Neben diesen generellen Regeln der Codierung waren noch folgende Aspekte für die Zuordnung von Belang:

- Ist ein Akteur oder sind mehrere Akteure klar benannt? Wenn dies der Fall war, so wurde das Element mit einem dreifachen Code jeweils aus den Familien der Akteure, der Performances und der Argumente versehen.
- Führt der Befragte die beschriebene Handlung selbst aus? Wenn ja, so wurde ein Akteurscode (A - 1) vergeben, der sich aber in den Netzwerken aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht wiederfindet.
- Wurde ein Code doppelt innerhalb eines Interviews vergeben, so wurden die Elemente im Netzwerk vereinigt, wenn dadurch die Ketten, innerhalb derer die Elemente angesiedelt waren, noch voneinander unterschieden werden konnten. Der Grund dafür war, die Menge an dargestellten Elementen

verringern zu können und so auch mehrfache Verknüpfungen zu einem Element mit derselben Aussage deutlich machen zu können, was sonst durch einen rekursiven Link erreicht wurde. Wichtig ist dabei jedoch, dass die Fusion von Elementen erst dann durchgeführt wurde, wenn ihre identische Bedeutung trotz der Bedingung der Relationierung als gesichert gelten konnte. Zu diesem Punkt folgen weitere Ausführungen weiter unten.

Die Codierung des Kompromisses

Eine entscheidende Frage für die empirischen Ergebnisse war unter anderem auch, ob die Textpassage, in der die Einigung beschrieben wird, als Performance oder als Ereignis codiert wird. Wie bei der Übersicht der Netzwerke deutlich wird, ist diese nicht einheitlich geregelt, da es hier zwischen den Fällen auch bedeutende Unterschiede gab. Während im Fall der Chemikalienverordnung REACH der Kompromiss eine Performance des Entgegenkommens signalisierte, war er in den Interviews zur Dienstleistungsrichtlinie ein Ereignis, das aus der Arbeitsgruppengründung folgte, aber nicht mehr mit einer bestimmten inhaltlichen Botschaft verbunden war. Daher wurde er in diesen Interviews als Ereignis, nicht aber als Performance codiert.

Verbindungen der Elemente

Die Elemente wurden dann in einem nächsten Schritt miteinander verbunden bzw. es wurden die Kanten für die Netzwerke erstellt. Dabei gilt es drei Arten von Verbindungen zu unterscheiden: Chronologische Links werden zwischen zwei narrativen Elementen gezogen, wenn sie direkt aufeinander folgend erzählt werden. Diese Arten von Verbindungen werden durch dicke schwarze Pfeile dargestellt. Logische Links bestehen dann, wenn Elemente hintereinander berichtet wurden, aber nicht rein narrativ sind, also zwischen lokalen und kognitiven oder zwischen lokalen und externen oder zwischen externen und kognitiven Elementen. Für diese Arten von Links wurden in der graphischen Darstellung dünne schwarze Pfeile verwendet. Schließlich gibt es noch rekursive Links, indem eine

Passage auf eine frühere Passage Bezug nimmt, was durch gestrichelte schwarze Pfeile symbolisiert wird.

Relationierung

Wie in den Kapiteln 2 und 4 mehrfach erwähnt, baut diese Arbeit methodisch auf der Einsicht auf, dass die Bedeutung von Elementen auf ihrer strukturellen Lage beruht. Diese Einsicht hat auch Konsequenzen für die Codierung, da es nicht ohne Weiteres möglich ist, Codes durch einfache Attribution zuzuteilen. Der Code "Other" etwa war in einigen Interviews einfach zuzuteilen, da die Frage 'Welche Argumente führte die andere Seite auf?' von den Interviewpartnern ebenso direkt beantwortet wurde. In anderen Fällen hingegen ergab sich die Bezeichnung der anderen Seite aus der Lage der Beschreibung einer von einem anderen Akteur gebrauchten Argumentation als irrational oder falsch, was wiederum nur im Zusammenhang mit der eigenen Argumentation deutlich wurde. AE etwa spricht zunächst nur davon, dass der entscheidende Knackpunkt in der Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie die Frage nach dem Herkunftslandprinzip war. In dem darauf folgenden Element beschreibt er, dass er dieses Prinzip für richtig hält, um im wiederum nächsten Element die Sozialdemokraten als Gegenspieler aufzubauen, indem er sagt: "Sie waren von Anfang an dagegen". So kann diesem Element der Code Other zugeordnet werden. Ein anderes Beispiel findet sich im Interview mit AF, die in einer Textpassage die kleinen Fraktionen aus inhaltlichen Gründen als nicht kompromissfähig bezeichnet und in einer nächsten Textpassage institutionelle Gründe anführt. Auch wenn die Aussage fast dieselbe ist, so wurden beide Elemente in diesem Fall nicht zusammengelegt, weil die Codierung durch die unterschiedliche strukturelle Lage eine andere sein musste. Sofern also die Lage der Elemente für die Bedeutung und damit für die Codierung wichtig war, wurde sie möglichst einbezogen.

Ketten und Einschübe

Die jeweils gegen Ende der empirischen Kapitel untersuchten narrativen Ketten und kognitiven Einschübe sind in den graphischen Repräsentationen relativ einfach zu identifizieren: Narrative Ketten

sind diejenigen Stellen in den Netzwerken, an denen mehrere externe und lokale Ereignisse aufeinander folgen, ohne durch einen Seitenarm kognitiver Elemente unterbrochen zu werden. Gibt es dagegen eine Abzweigung in den Verknüpfungen, so gilt dies als kognitiver Einschub.

NETZWERKE NACH FÄLLEN UND FRAKTIONEN

In den Netzwerken, die in diesem Anhang wiedergegeben werden, sind die Elemente nicht mit ihren Zahlencodes bezeichnet, sondern mit den Kurzversionen ihrer Aussagen, das heißt mit einer kurzen Nennung des Akteurs und des Arguments oder der Performance. Diese Organisation erfolgte aus einer Abwägung heraus, dass die Zahlencodes allein in der graphischen Darstellung unübersichtlich wirken und ihre Aussagefähigkeit begrenzt ist, sofern die Codetabelle nicht ständig zur Hand ist – zumal, wie oben beschrieben, im Normalfall zwischen zwei und drei Codes pro Element vergeben wurden. Die nun gewählte Darstellungsweise hofft, der Übersichtlichkeit entgegenkommen zu können.

Die Netzwerke sind wie folgt strukturiert: Die Ereignisketten sind jeweils in der unteren Hälfte angeordnet, wobei sie links beginnen und rechts enden. Wendepunkte sorgen für den Ausschlag nach oben – im Fall einer für den Befragten positiven Entwicklung – oder nach unten – im Fall einer negativen Entwicklung. Die Elementegruppen in der oberen Hälfte wiederum sind Antworten auf Nachfragen von links nach rechts in der Reihenfolge, wie sie im Interview gefallen sind.

Die Reihenfolge der Abbildungen folgt der Abhandlung der Fallstudien, das heißt die ersten Netzwerke geben die Interviews zu REACH wieder, dann folgen die Netzwerke der Interviews zur Dienstleistungsrichtlinie und schließlich die zum CIA-Ausschuss. Innerhalb dieser Gruppen sind die Netzwerke zunächst nach Größe der Fraktion und dann nach Größe des Mitgliedslands geordnet.

LEGENDE ZU DEN NETZWERKABBILDUNGEN

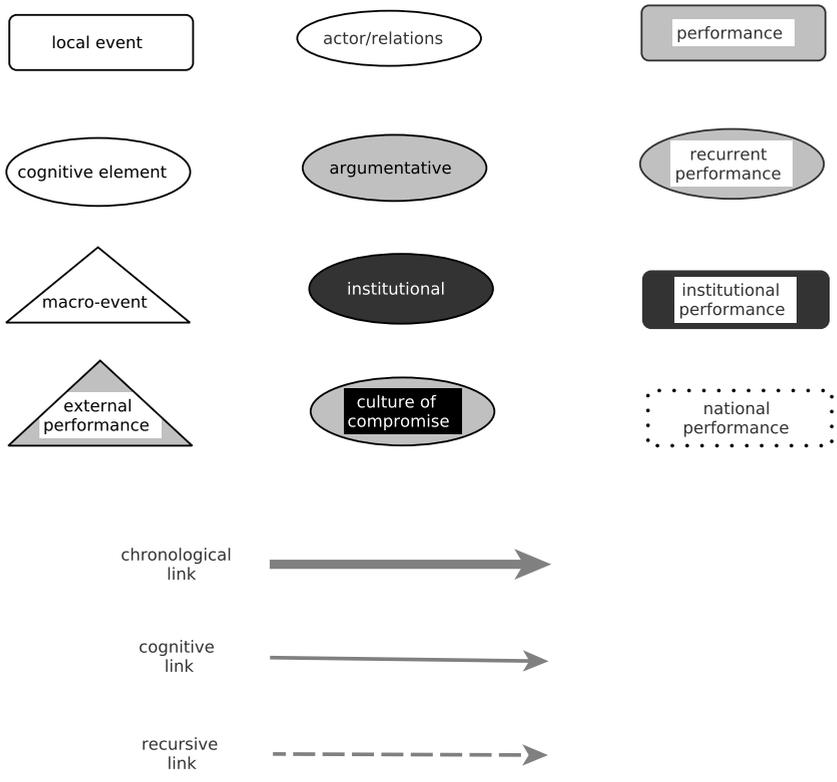


Abbildung 8: Legende

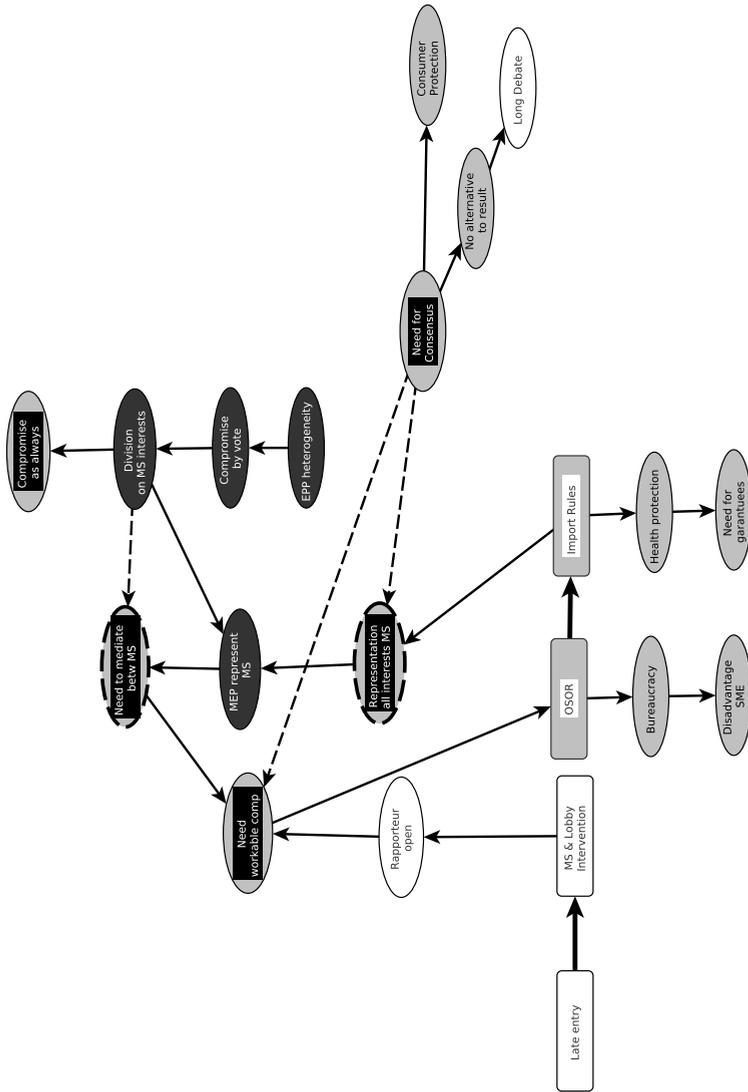


Abbildung 11: BG (EPP-ED/REACH)

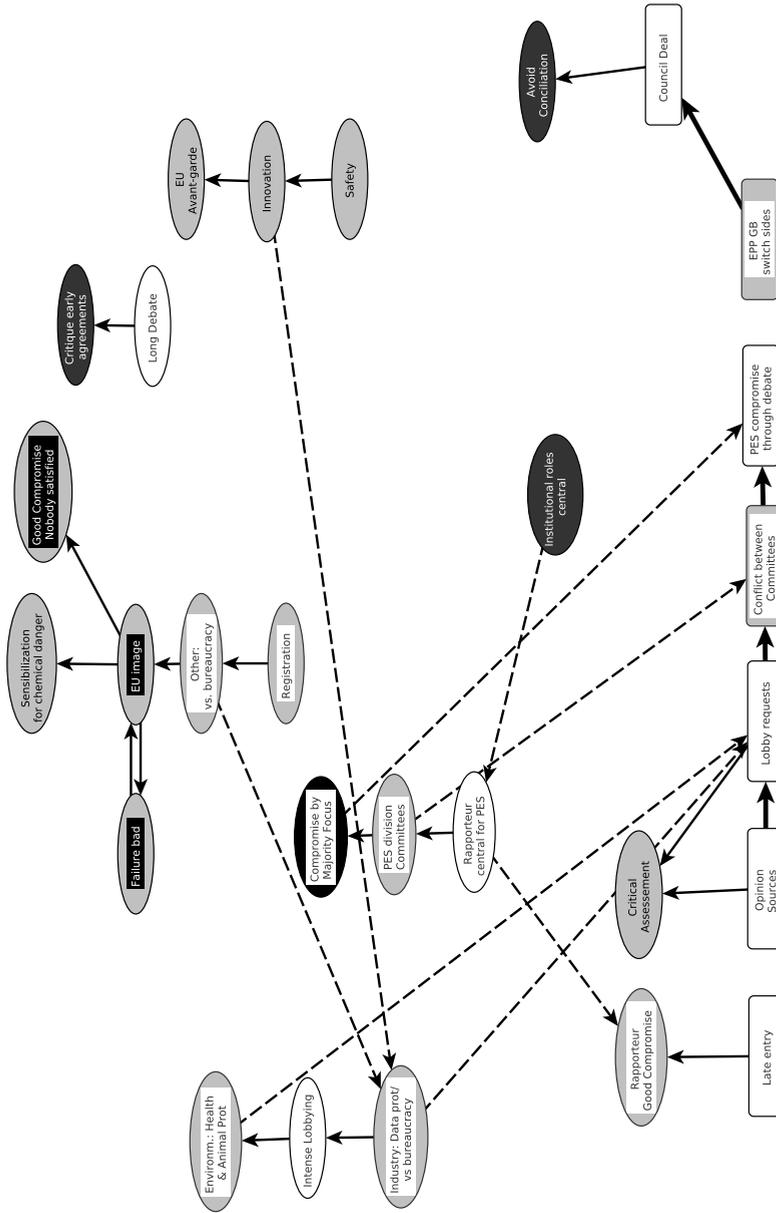


Abbildung 12: AY (PES/REACH)

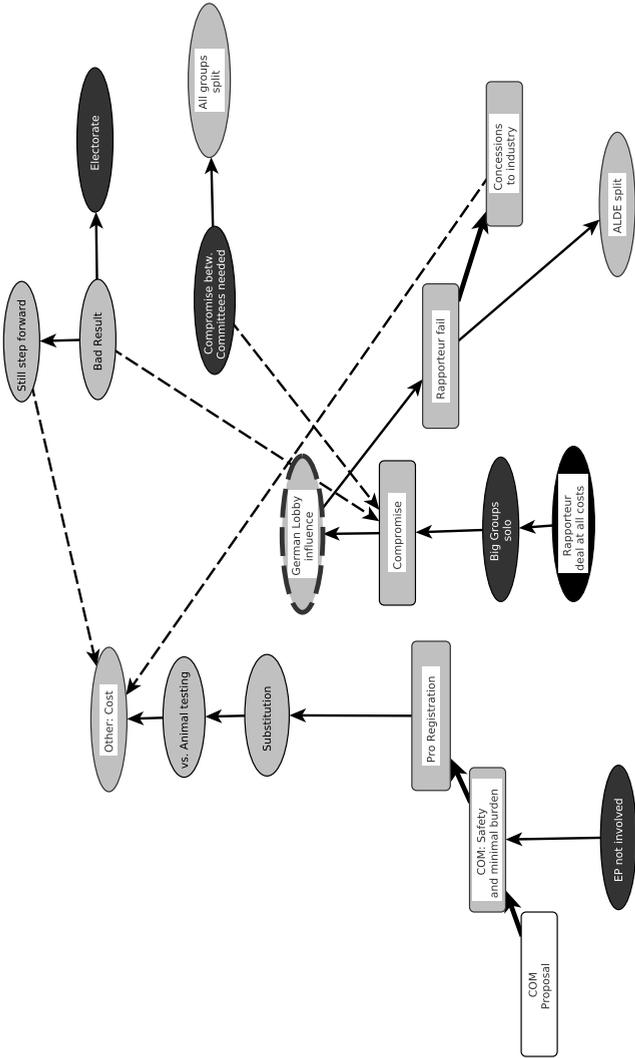


Abbildung 15: AT (ALDE/REACH)

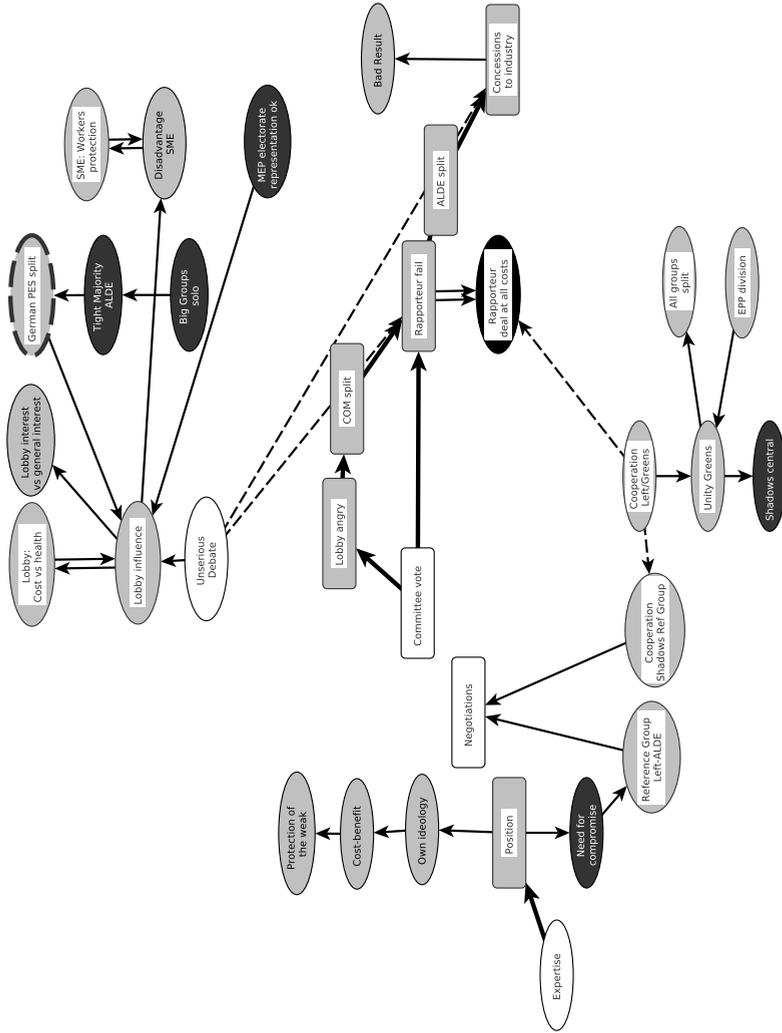


Abbildung 17: AJ (GREENS/REACH)

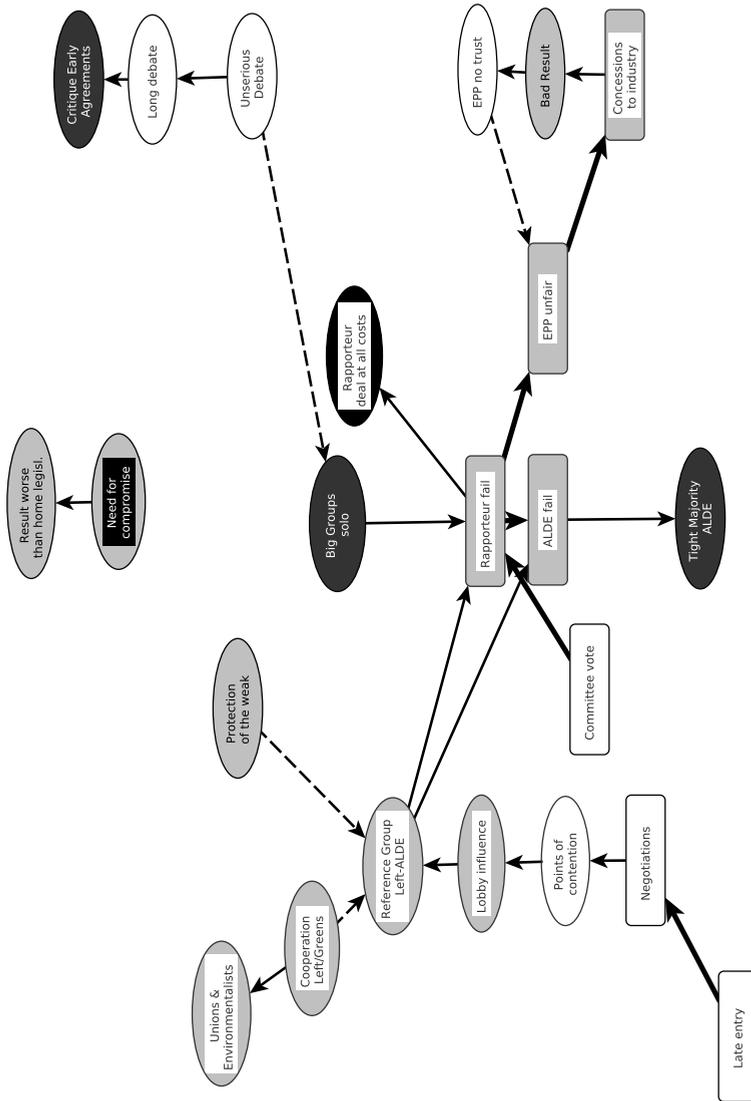


Abbildung 19: AL (GUE/NGL/REACH)

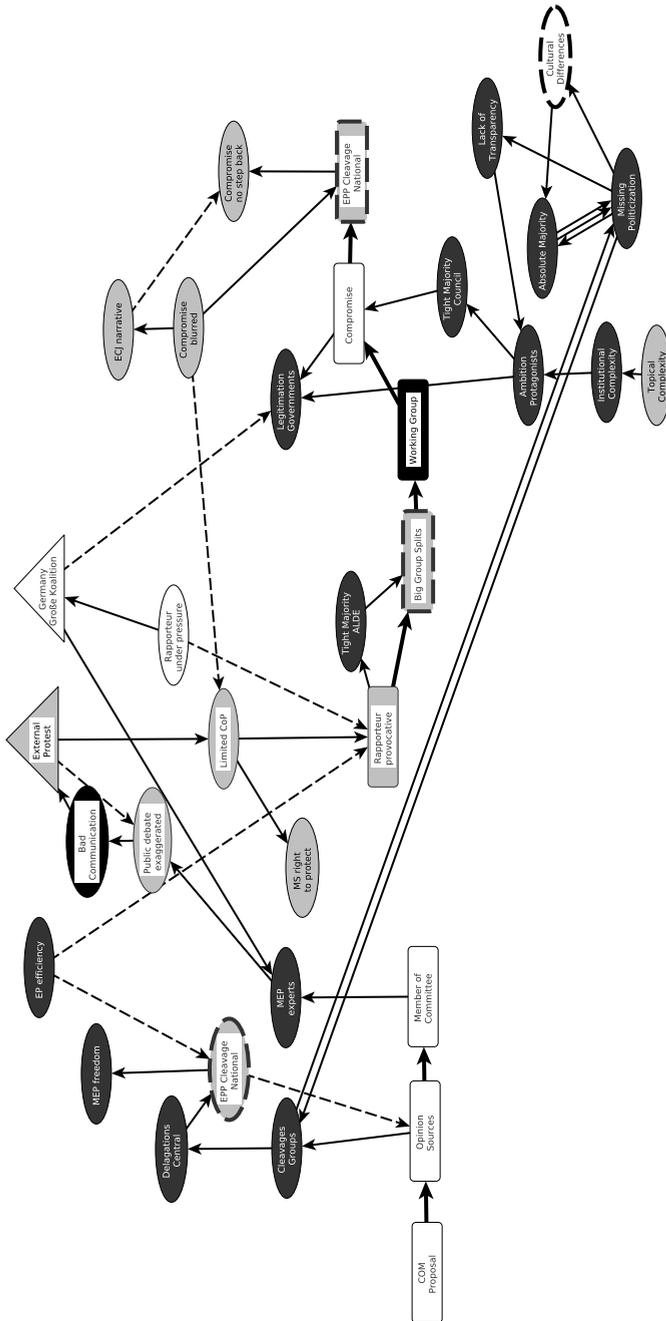


Abbildung 21: AH (EPP-ED/DLR)

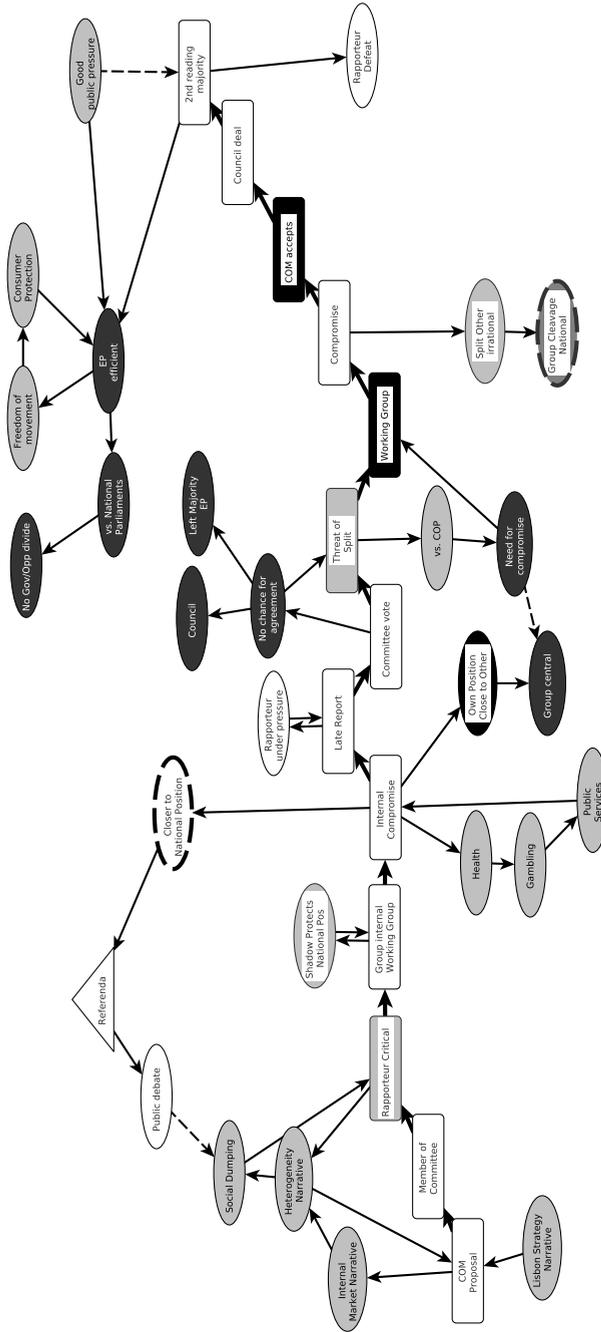


Abbildung 22: BH (EPP-ED/DLR)

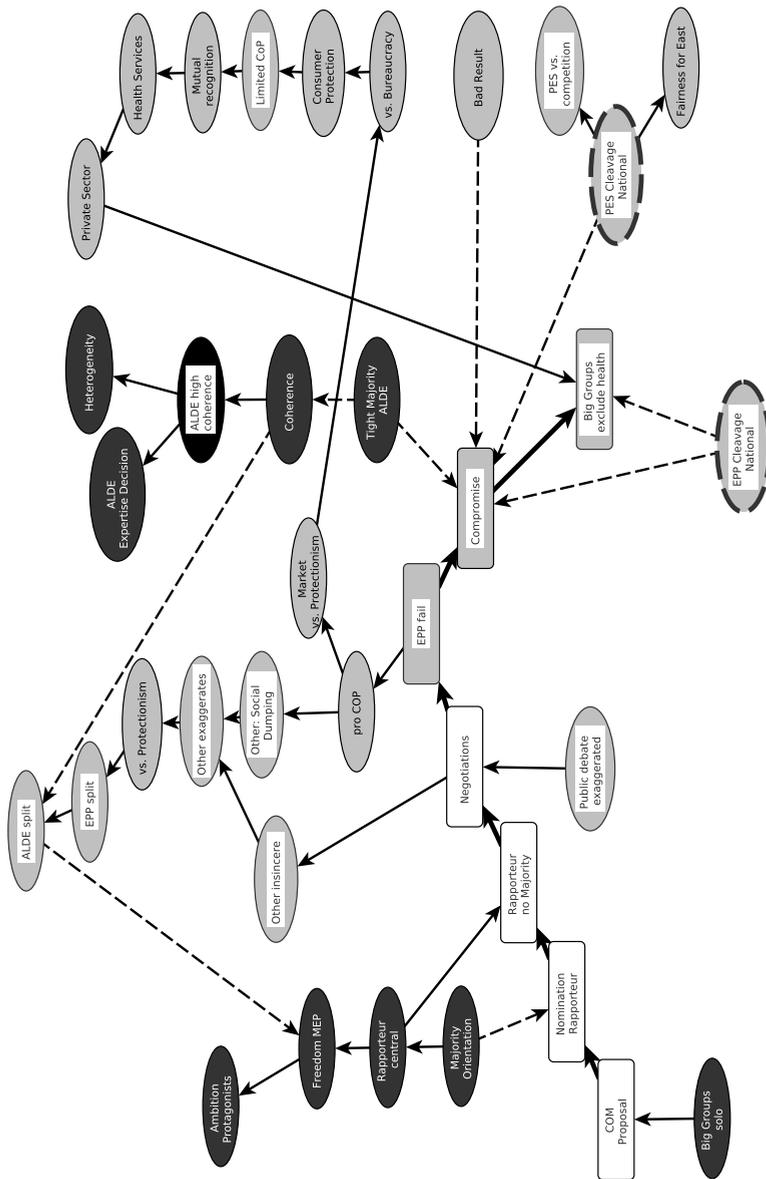


Abbildung 25: AE (ALDE/DLR)

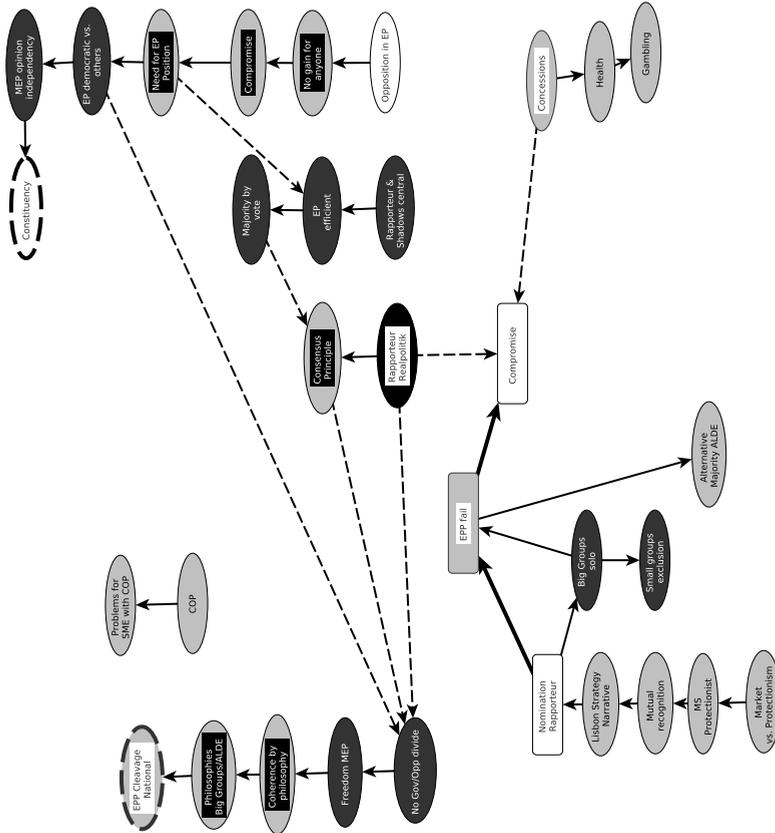


Abbildung 26: AG (ALDE/DLR)

NETZWERKE DER INTERVIEWS ZUM CIA-AUSSCHUSS

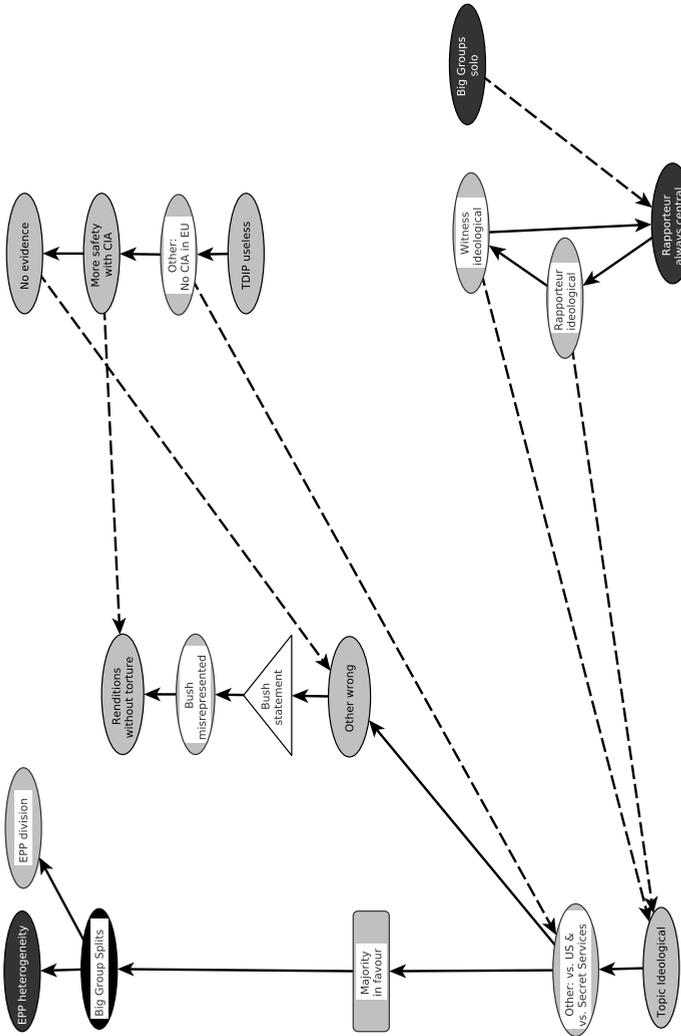


Abbildung 28: BF (EPP-ED/TDIP)

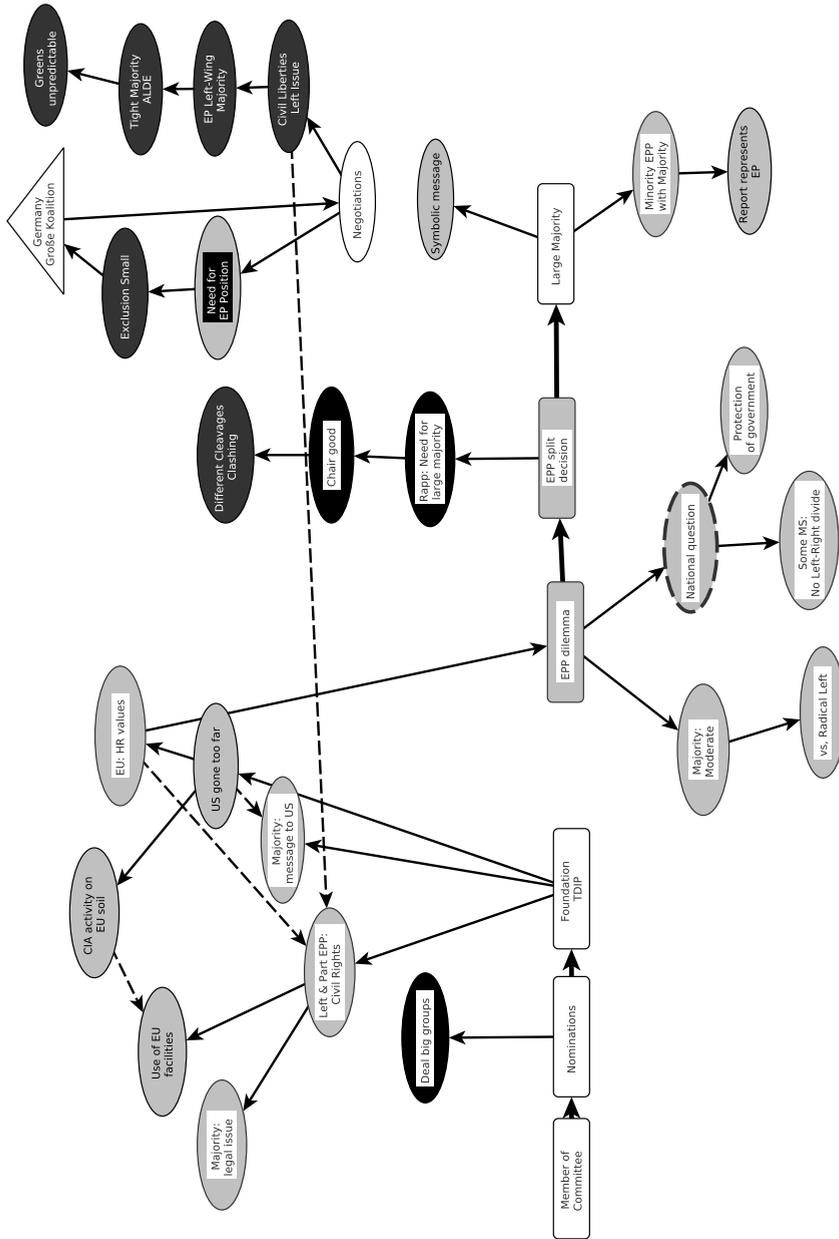


Abbildung 30: AD (EPP-ED/TDIP)

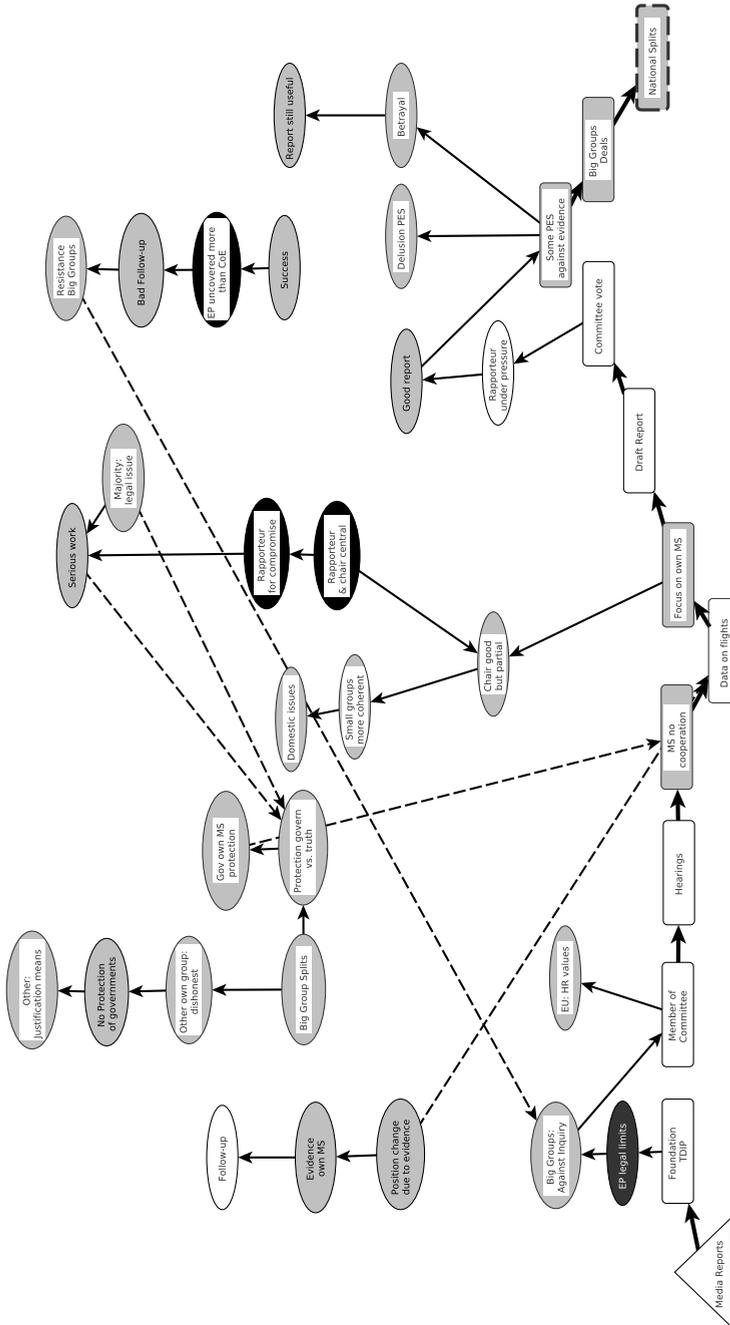


Abbildung 33: AS (PES/TDIP)

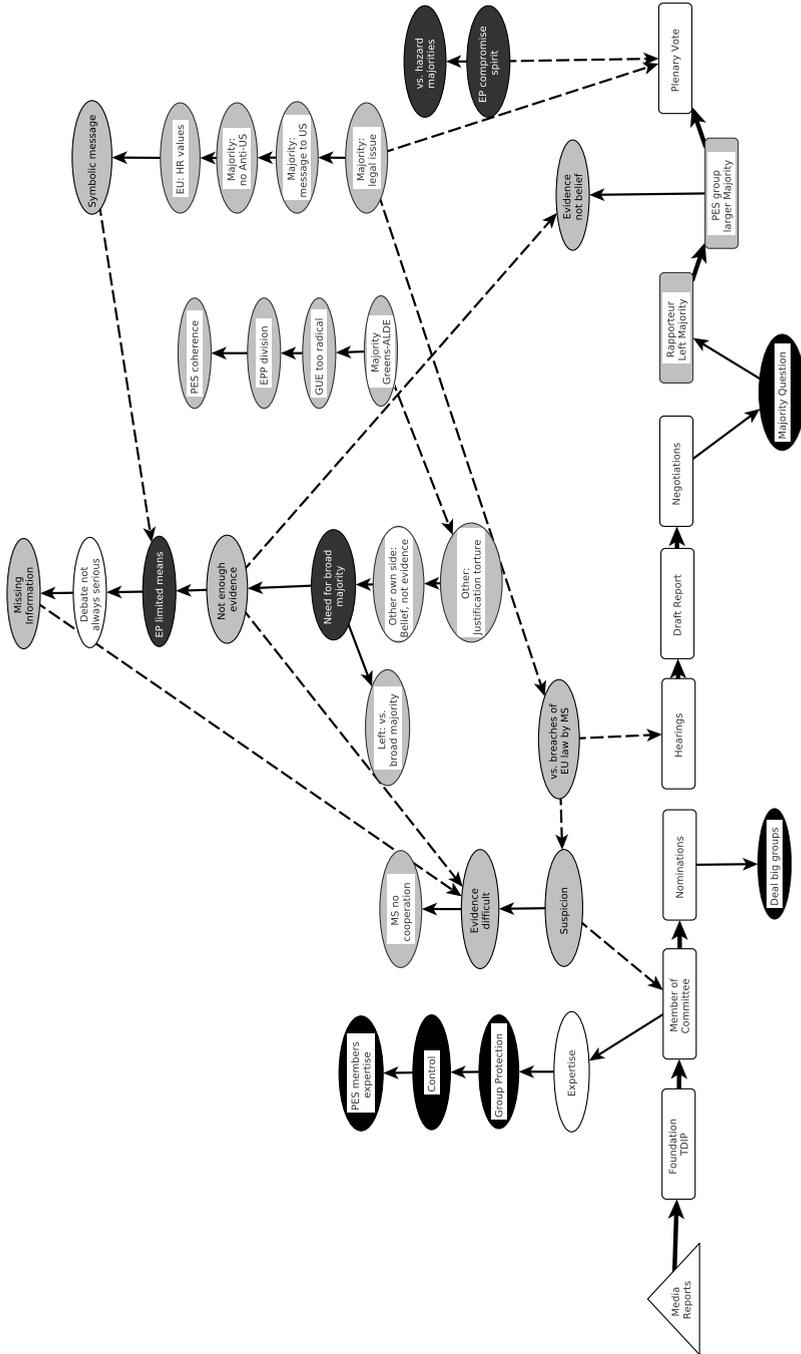


Abbildung 34: AK (PES/TDIP)

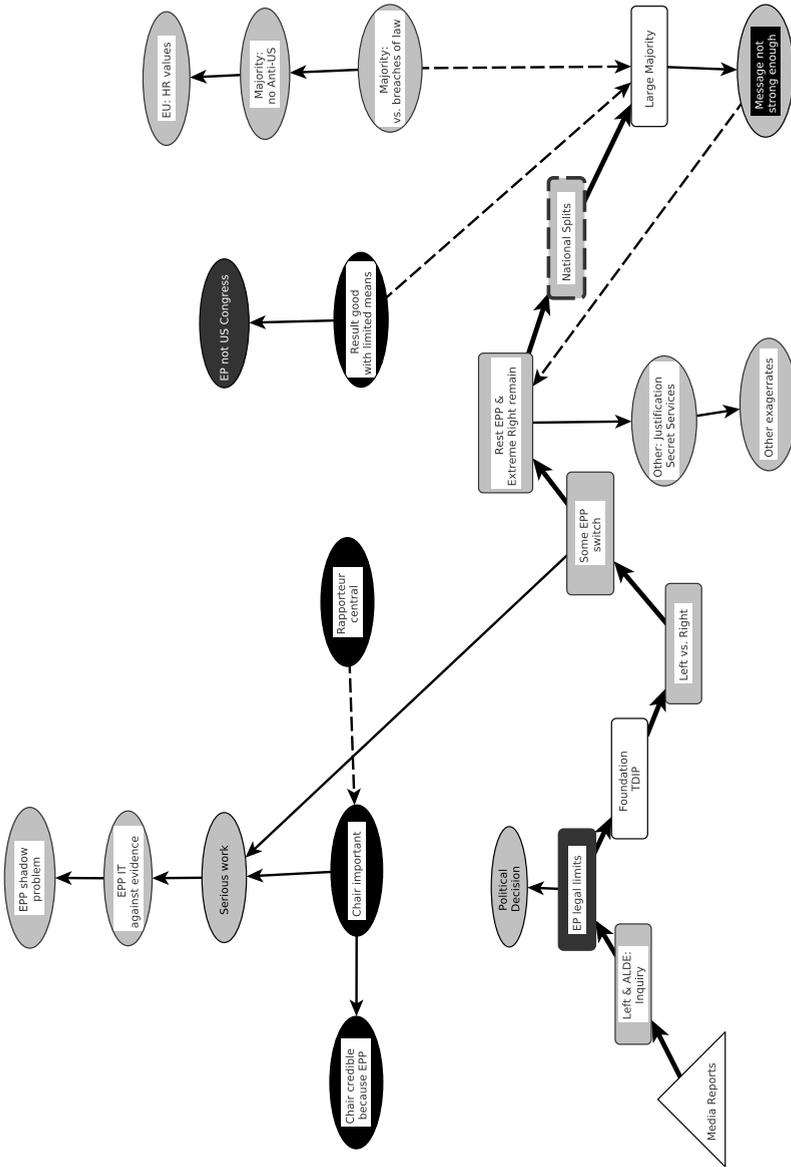


Abbildung 36: AP (ALDE/TDIP)

INTERVIEWLEITFADEN

Die folgenden Fragen dienen als Orientierung in den Interviews, bei denen das primäre Ziel war, die Befragten so viel wie möglich von selbst erzählen zu lassen.

Beginn:

Ich würde Sie gerne bitten, mit Ihrer persönlichen Geschichte des Verhandlungsprozesses zur Richtlinie zu erzählen. Einige Fragen dabei sind: Wann und wie fing es für Sie an, wie haben Sie Ihre Position zu Beginn gefunden, wie hat diese sich gewandelt, wie kam der Kompromiss zustande und welche Akteure waren dabei besonders wichtig?

Weitere Fragen, je nach Bedarf:

1. Wann und wie kam Sie zum ersten Mal mit dem Thema der Richtlinie in Kontakt?
2. Welche war Ihre Position zu Beginn und wie haben sie Ihre Meinung formuliert?
3. Wurde diese Meinung von Ihrer Fraktion geteilt?
4. Welche Rolle haben Sie selbst im Verhandlungsprozess gespielt, welche Verantwortung hatten Sie?
5. Welche waren die Hauptstreitpunkte im Verhandlungsprozess und welche Argumente wurden ins Feld geführt?
6. Wer waren auf Ihrer Seite die wichtigsten Akteure?
7. Und auf der anderen Seite?
8. Welche Rolle spielte der Berichterstatter/die Berichterstatterin?
9. Und die Schattenberichterstatter der anderen Fraktionen?

10. Wie kam der Kompromiss letztendlich zustande?
11. Wie wurde Meinungsbildung in Ihrer Fraktion organisiert?
War Ihre Fraktion einer Meinung?
12. Welches waren die Schlüsselmomente im Prozess zum Kompromiss?
13. Wurde die Debatte innerhalb des Parlaments seriös geführt?
14. Zusammenfassend, war der Prozess ein Erfolg?
15. War es ein besonderes Verfahren im Vergleich zu anderen Verfahren aus Ihrer Erfahrung?
16. Welches war Ihrer Meinung nach das Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Mehrheit?

CODEBUCH

In den Tabellen auf den folgenden Seiten sind die Codefamilien aufgeführt, mit denen das Interviewmaterial bearbeitet und sortiert wurde. Das ausführliche Codebuch kann beim Autor angefragt werden, die Familien geben aber bereits ein genügendes Bild der Regeln des Codierens, die in Anhang A erläutert wurden.

Codefamilie	Codenummer	Code	Untercode
Institutional – 1			
	1 – 1	Majority orientation	
	1 – 1 – 1		<i>Majority Orientation</i>
	1 – 1 – 2		<i>Need for compromise/wording change</i>
	1 – 1 – 3		<i>Group central for majority</i>
	1 – 1 – 4		<i>Big Groups Solo</i>
	1 – 1 – 5		<i>Tight majorities</i>
	1 – 1 – 6		<i>Exclusion small groups</i>
	1 – 2	EP left majority	
	1 – 3	EP conservative majority	
	1 – 4	Different cleavages	
	1 – 5	Council adversary	
	1 – 6	Council/COM	
	1 – 1	EP vs. COM	
	1 – 8	EP praise	
	1 – 8 – 1		<i>EP democratic vs other inst</i>
	1 – 8 – 2		<i>EP effectiveness</i>
	1 – 8 – 4		<i>Difference EP/NP</i>
	1 – 8 – 5		<i>EP experts</i>
	1 – 9	EP limited means	
	1 – 10	Critique procedures EP	
National/regional – 2			
	2 – 1	National governments partner	
	2 – 2	National governments adversary	
	2 – 3	Germany big coalition	
	2 – 4	Delegations central	
	2 – 5	Cultural differences	
	2 – 6	Constituency narrative	
Culture (of Compromise) – 3			
	3 – 1	Compromise good	
	3 – 2	Need for workable compromise	
	3 – 3	Need for EP position	
	3 – 4	Coherence by philosophies	
	3 – 5	vs. Culture of Compromise	
Power – 4			
	4 – 1	Substantial power	
	4 – 2	Hierarchical power	
Argument general – 5			
	5 – 1	Territorial	
	5 – 2	European	
	5 – 3	vs. ideological barriers	
	5 – 4	General concepts	
	5 – 4 – 1		<i>Green ideology</i>
	5 – 4 – 2		<i>Market unfair</i>
	5 – 4 – 3		<i>vs. bureaucracy</i>
	5 – 4 – 4		<i>pro consumer rights</i>
	5 – 4 – 5		<i>more transparency</i>
	5 – 4 – 6		<i>vs. principles</i>
	5 – 4 – 7		<i>everybody's victory</i>
	5 – 4 – 8		<i>need to protest</i>
	5 – 5	External input	
	5 – 6	ECJ narrative	
	5 – 7	Compromise step forward	
	5 – 8	Compromise blurred	
	5 – 9	No political rejection	

Argument/TDIP – 6			
	6 – 1	Human Rights and EU values	
	6 – 2	MS responsibility	
	6 – 3	National interest/Domestic issues	
	6 – 4	Sovereignty	
	6 – 5	Legal limits political question	
	6 – 6	Evidence	
	6 – 7	No evidence	
	6 – 8	Need to prove/Moderate position	
	6 – 9	US-EU relations	
	6 – 10	Clearance to CIA	
	6 – 11	Ideological conflict	
Argument/Services – 7			
	7 – 1	Free Market principle	
	7 – 2	Social Justice principle	
	7 – 3	East/West-Problem	
	7 – 4	Mutual recognition	
	7 – 5	Limitations to CoP	
	7 – 6	Posting of workers renewal	
	7 – 7	Legal clarity	
	7 – 8	Topical complexity	
	7 – 9	Rejection proposal	
Argument REACH – 8			
	8 – 1	Need for legislation	
	8 – 2	Protection industry	
	8 – 3	Efficiency	
	8 – 4	Quantity	
	8 – 5	Responsability of industry	
	8 – 6	Safety/Consumer Protection	
	8 – 7	Innovation	
	8 – 8	OSOR	
	8 – 9	Animal protection	
	8 – 10	Compromise economy ecology	
	8 – 11	Strong agency	
	8 – 12	Environmental Position general	
Local Events – 9			
	9 – 1	Proposal/Foundation TDIP	
	9 – 2	Nomination	
	9 – 3	External information	
	9 – 4	Initial quarrels	
	9 – 5	Negotiation	
	9 – 6	Draft report	
	9 – 7	Report	
	9 – 8	Committee vote	
	9 – 9	Compromise/Majority	
	9 – 10	Plenary debate	

External events – 10			
	10 – 1	COM proposal	
	10 – 2	Compromise EP/Council	
	10 – 3	Lobbying	
	10 – 4	External protest	
	10 – 5	Referenda NL/F	
	10 – 6	Bush statement	
	10 – 7	Media reports	
	10 – 8	Public debate/Debates in other Parl	
	10 – 9	Election campaign	
	10 – 10	COM accepts EP reading	
	10 – 11	German Government position	
Performances – P			
	P – 1	Proposing	
	P – 2	Provocative	
	P – 2 – 1		<i>Questioning</i>
	P – 2 – 2		<i>Irrational/Exaggerating</i>
	P – 2 – 3		<i>Push/Influence</i>
	P – 2 – 4		<i>Attack/Hard fight</i>
	P – 2 – 5		<i>Defeat Rapporteur</i>
	P – 2 – 6		<i>Blackmail</i>
	P – 2 – 7		<i>Ignore arguments/regulation</i>
	P – 2 – 8		<i>obstructive/negotiation but no vote</i>
	P – 2 – 9		<i>protectionist</i>
	P – 2 – 10		<i>government protection</i>
	P – 2 – 11		<i>vs. arguments</i>
	P – 3	Strategic	
	P – 3 – 1		<i>Own group position</i>
	P – 3 – 2		<i>Coalition building</i>
	P – 3 – 3		<i>Threat of split</i>
	P – 3 – 4		<i>asking for big majority</i>
	P – 3 – 5		<i>Realpolitik: Big Majorities</i>
	P – 4	Conciliant	
	P – 4 – 1		<i>Pragmatic</i>
	P – 4 – 2		<i>Concessions to Council</i>
	P – 4 – 3		<i>propose compromise</i>
	P – 4 – 4		<i>save compromise</i>
	P – 4 – 5		<i>Cooperation</i>
	P – 5	Withdrawal/Betrayal/Move other side	
	P – 5 – 1		<i>Concessions/Fail reference group</i>
	P – 5 – 2		<i>split reference group</i>
	P – 5 – 3		<i>stay quiet</i>
	P – 5 – 4		<i>fail</i>
	P – 6	Joining our side	
	P – 7	Interference	
	P – 8	Information	
	P – 9	Routine	
	P – 10	Hierarchical	
	P – 10 – 1		<i>Leaders vs rapporteur</i>

Actor Constellations – AC		
AC – 1	Left-Right-Divide	
AC – 2	Big-Small-Divide	
AC – 3	Groups divisions	
AC – 4	National delegation split	
AC – 5	East/West-Divide	
AC – 6	Sectoral split	
AC – 7	Liberal-Right Reference Group	
AC – 8	Liberal-Left Reference Group	
AC – 9	Territorial Reference Group	
AC – 10	Reference group across groups	
AC – 11	Rapporteur & Shadow	
AC – 12	Rapporteur & Chairman	
AC – 13	Majority	
AC – 14	Internal working group	
AC – 15	Unity own group	
Actor – A		
A – 1	Me	
A – 2	We	
A – 3	Other	
A – 4	Rapporteur	
A – 5	Shadow Rapporteur	
A – 6	Chairman	
A – 7	Group Heads	
A – 8	Commission	
A – 9	Council	
A – 10	EPP-ED	
A – 11	PES	
A – 12	ALDE	
A – 13	GREENS/EFA	
A – 14	GUE/NGL	
A – 15	UEN & right	
A – 16	ENVI	
A – 17	IMCO	
A – 18	TDIP	
A – 19	Left	
A – 20	Right	
A – 21	Big Groups	
A – 22	EP	
A – 23	Press	
A – 24	Industry lobby	
A – 25	Environmental lobby	
A – 26	Unions	
Attributes – 14		
14 – 1	Good – mediating and open	
14 – 2	Unity our side	
14 – 3	Bad – closed and split	
14 – 4	neutral	
Evaluations – 15		
15 – 1	Success	
15 – 2	Representative of EP	
15 – 3	pragmatic	
15 – 4	quality debate not always serious	
15 – 5	bad result	

Das Europäische Parlament ist zweifelsohne die mächtigste parlamentarische Versammlung auf supranationaler Ebene. Das provoziert die Frage, wie Entscheidungen in diesem Parlament gefällt werden und wie sie begründet werden können. Darin liegt das Hauptanliegen dieser Arbeit, die zur Beantwortung dieser Frage auf soziologische Ansätze der Erklärung sozialen Handelns zurückgreift und damit einen neuen Zugang zur Beobachtung parlamentarischen Handelns schafft. Dabei arbeitet sie heraus, wie wichtig es ist, bei der Analyse politischer Entscheidungsprozesse zu beachten, wie politische Probleme von Akteuren interpretiert und gegenüber Verhandlungspartnern dargestellt werden. An den Fallbeispielen der Entscheidungsprozesse zur Dienstleistungsrichtlinie, zur Chemikalien-Verordnung REACH und dem TDIP (CIA)-Ausschuss in der Legislaturperiode 2004–2009, wird der soziale Mechanismus dargestellt, der hinter Einigungen im Europäischen Parlament steckt. Kultur als Interpretation der Welt wird so zum Schlüssel des Verständnisses politischer Entscheidungen auf supranationaler Ebene.

ISBN 978-3-86956-283-4



9 783869 562834